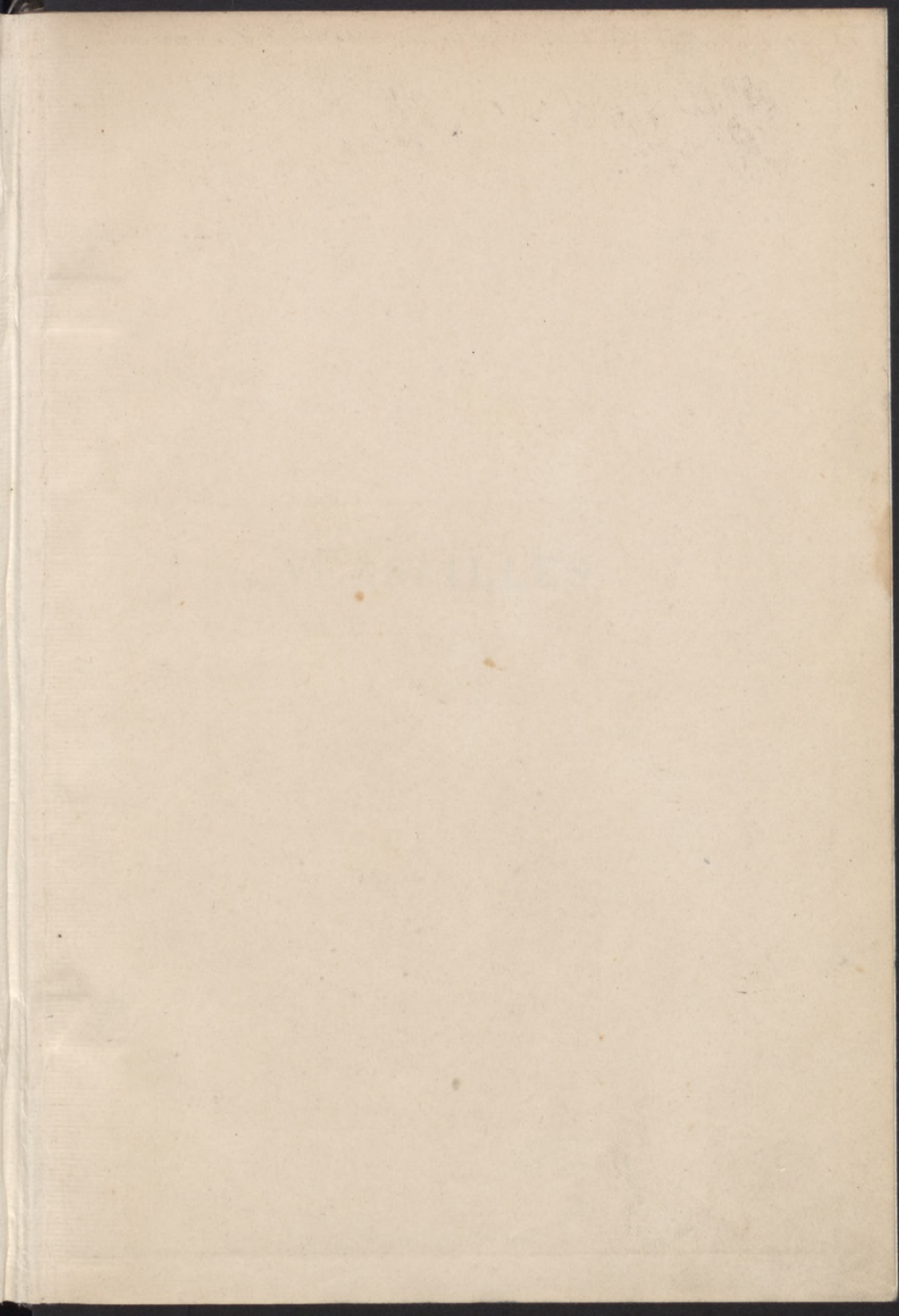
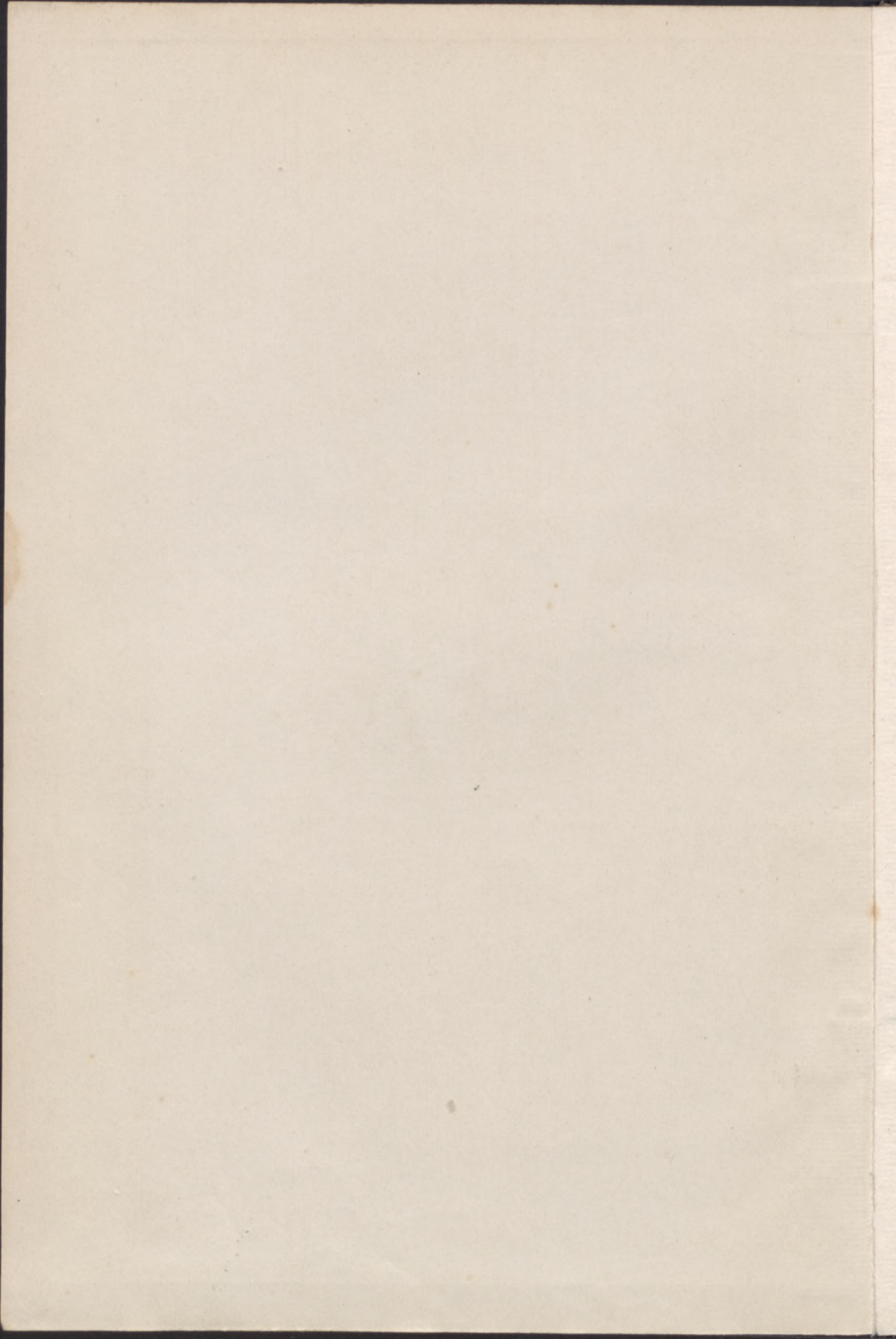


KARL FRIEDRICH NOWAK

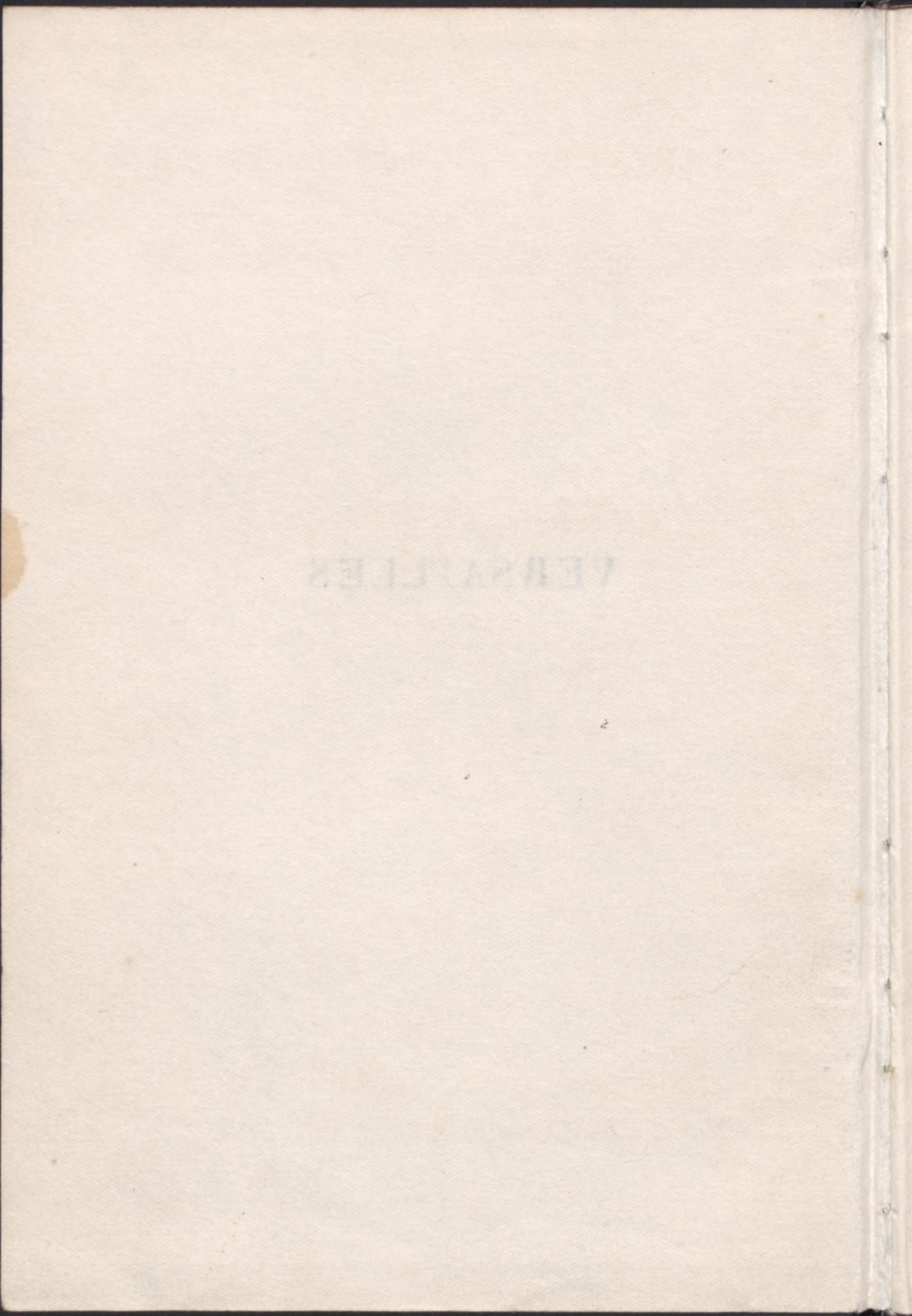
VERSAILLES





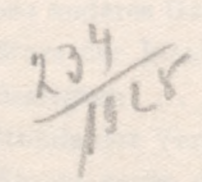


VERSAILLES



KARL FRIEDRICH NOWAK

VERSAILLES



VERLAG FÜR KULTURPOLITIK
BERLIN

4.—6. Auflage
Printed in Germany







DRUCK VON OSCAR BRANDSTETTER IN LEIPZIG

Inhalt

Die hier unternommene Schilderung der Geschichte des Versailler Friedensvertrages verarbeitet dreierlei Material. Ihren Grundriß nahm sie aus den Mitteilungen zahlreicher Staatsmänner, Diplomaten und hoher Militärs: sowohl der „alliierten und assoziierten Mächte“ wie des Deutschen Reiches. Sie alle waren Teilnehmer oder Führer der Versailler Friedenskonferenz.

Ihre Darlegungen ergänzte das Studium teils öffentlicher Dokumente, teils vertraulicher Schriftstücke und Aufzeichnungen.

Die Wiedergabe des Wilsonschen Briefes, der zu dem „Pakt vom 5. November 1918“ führte, folgt nicht ganz der Übertragung des deutschen Weißbuches, sondern vor allem dem Text der Mitteilungen, die „confidentiel“ an die verbündeten Teilnehmer der Friedenskonferenz von Fall zu Fall gereicht wurden. Die Reden im Kapitel „Wilson Triumphator“ halten sich an den Wortlaut von Protokollen der „Conférence des Préliminaires de Paix“. Das „Dokument von Fontainebleau“ wurde dem Autor von dem früheren britischen Premierminister Lloyd George zur Verfügung gestellt. Das ursprüngliche, für die große Sitzung im „Trianon-Palast-Hotel“ bestimmte Konzept der Rede des deutschen Delegationsführers steuerte der frühere Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau bei.

Von Veröffentlichungen über das Thema des Friedensvertrages wurden für die Arbeit, abgesehen von anderen Werken, vor allem die von R. St. Baker herausgegebenen „Memoiren und Dokumente Woodrow Wilsons“, H. W. F. Temperleys „A History of the Peace Conference of Paris“, André Tardieus „La Paix“, sowie die Werke von Francesco Nitti und Professor Keynes herangezogen.

Berlin, im Frühjahr 1927.

Karl Friedrich Nowak.

Die Waffenstreckung

In hundert Stunden starb in den ersten Novembertagen 1918 unter letztem Geschützdonner der Krieg. Die deutschen Bevollmächtigten verließen am 7. November das Große Hauptquartier in Spa, um die Waffenstillstandsbedingungen ihrer Gegner entgegenzunehmen. Der Generalfeldmarschall von Hindenburg hatte sie vorher noch zu kurzer Unterredung empfangen:

„Reisen Sie mit Gott, und suchen Sie das Beste für unser Vaterland herauszuholen“ — —

Der Soldat hatte die Abgesandten gebeten, an die Ehre der Armee zu denken. Dann sollte vor allem die Einstellung der Feindseligkeiten noch vor der Unterschrift der Bedingungen erwirkt werden. Einer der Generalstabsoffiziere des Marschalls hatte mit bedrücktem Ernst erklärt:

„Jeder Tag kostet zehntausend Mann.“

Die Kraftwagen mit den Unterhändlern waren abgegangen, abends hielten sie im Kampfgebiet. Den Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission Staatssekretär Matthias Erzberger und den Gesandten Graf Oberndorff, den General von Winterfeldt und den Kapitän zur See von Vanselow mit ihrem kleinen Hilfsstabe führte ein Offizier bis zu den äußersten deutschen Linien bei La Capelle. Ein Trompeter saß auf, seine weiße Flagge wehte, seine Signale riefen über die Schwarmlinien. Das Feuer schwieg. Langsam fuhren die Wagen weiter, ohne Hindernis. Auf offener Landstraße wartete, schon im Kampffeld des Gegners, ein französischer Offizier, mit ihm ein feindlicher Hor-

nist. Sie schwangen sich auf den ersten Wagen, der Zug ging weiter. Manchmal ein Zuruf der französischen Soldaten:

„Das ist der Friede!“

Oder sie sprangen aus den Gräben auf, verwundert und ungläubig:

„Was bedeutet das?“

Man hielt im Hofe eines alten Schlosses. Die Nacht war niedergesunken, mondüberflutet, silberhell. Der französische Major Graf Bourbon-Buzy, hier in seinem Kommando oder für den Augenblick befohlen, ließ die Abgesandten die Fahrzeuge wechseln. Militärautos der Franzosen sollten sie weiter bringen, in jedes Auto stieg ein Offizier. Zerstörtes Gebiet flog vorbei, Ruinen ragten scharf im Umriß, oft mit grellen Wänden. Stunden vergingen, die Fahrt nahm Umwege. Mitternacht war vorüber, als endlich die Wagen vor einem kleinen, halb zerschossenen Hause hielten, offenbar einem Stabsquartier. Die Abgesandten wurden in ein Zimmer geführt, ein Imbiß wurde gereicht. Ein französischer General trat ein, steif stellte er sich vor:

„General Debeney.“ Er wies mit kühler Ironie auf die Dürftigkeit des Mahles: „Wir teilen mit unseren Soldaten“ —

Das Gespräch brach ab. Die Autos fuhren weiter, bald darauf ein verfallener Bahnhof. Dort nahm ein Schlafwagenzug die Abgesandten auf. Er lief, nicht absichtslos mit verhängten Fenstern, fast mit der Romantik früherer ähnlicher Beispiele, eine Weile erst in die Irre. Die Nacht verrollte. Am Morgen war das Ziel erreicht. Der Zug hielt auf einem Klauengeleise inmitten einer Lichtung im Walde von Compiègne. Ihm gegenüber stand der Sonderzug mit dem Salonwagen des Marschalls Foch. Aber hier verscheuchte die feindliche Sprache alle Romantik rasch. Der Konferenzraum im Salonwagen: ein großer nüchterner

Tisch, Stühle um ihn, Bleistifte und Papier. Eine Reihe jüngerer Offiziere war da, als die Bevollmächtigten — um die neunte Vormittagsstunde — eintraten. Unmittelbar darauf erschien Marschall Foch, mit ihm der englische Admiral Sir Rosselyn Wemyss und sein Seeoffizierstab, Marschall Fochs Generalstabschef Weygand, noch einige andere französische Offiziere. Die Vorstellung war kurz, frostig mit abgemessener Verbeugung. Die Gegner saßen einander gleich darauf gegenüber — die Unterhaltung eröffnete der Generalissimus:

„Fragen Sie die Herren, was Sie wünschen."

Er wandte sich damit an seinen Dragoman, eiskalt und scheinbar nebenher, um in betonter Form die Begegnung einzuleiten. Der Staatssekretär Erzberger begann in deutscher Sprache:

„Wir sind hierhergekommen, um die Vorschläge der verbündeten Mächte betreffend einen Waffenstillstand zu Wasser, zu Lande und in der Luft entgegenzunehmen."

Der Dolmetsch übersetzte. Bewegung entstand, da er von „Vorschlägen" sprach. Marschall Foch befahl dem Dragoman:

„Antworten Sie diesen Herren, daß ich ihnen Vorschläge nicht zu machen habe."

Der Generalissimus erhob sich halb von seinem Stuhle, es schien, als wollte er die Unterhaltung abbrechen und den Konferenzraum verlassen. Aber Graf Oberndorff griff ein. Er wandte sich quer über den Tisch, unmittelbar an den Generalissimus in französischer Sprache:

„Herr Marschall, der Augenblick scheint mir zu ernst, um über Worte zu streiten. Wie wünschen Sie, daß wir uns ausdrücken? Es ist uns vollständig gleichgültig."

Foch antwortete brüsk:

„Es ist an den Herren, zu sagen, was sie wünschen."

„Wie Sie wissen, Herr Marschall," fuhr Graf Oberndorff

fort, „sind wir hier auf Grund einer Note des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Mit Ihrer Erlaubnis werde ich sie vorlesen.“

Es war ein Brief des amerikanischen Staatssekretärs Robert Lansing, gerichtet an den Schweizer Gesandten in Washington zur Weitersendung an die deutsche Regierung, der englische Text von Wilsons Voraussetzung für den Abschluß eines Waffenstillstandes. Der Präsident der Vereinigten Staaten hatte seiner Botschaft der „Vierzehn Punkte“, verkündet am 8. Januar 1918, von den Mittelmächten durch wiederholten Notenaustausch als Friedensgrundlage anerkannt, zwei Einschränkungen auf Verlangen der ihm verbündeten Mächte beigefügt. Der Schweizer Gesandte hatte das Schreiben der deutschen Regierung übermittelt, sie hatte die Waffenstillstandskommission daraufhin entsandt. Den Verbündeten Mächten war vom amerikanischen Staatssekretär das Schreiben gleichfalls zugesandt, sie stimmten mit der amerikanischen Regierung überein. Das Schreiben lautete:

„In meiner Note vom 23. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel mit den autoritativen deutschen Stellen den mit den Vereinigten Staaten im Kriege verbundenen Regierungen übermittelt hat, mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbündeten Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, sofern sie einen solchen Waf-

fenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten.

Der Präsident hat jetzt ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenwechsel erhalten, der folgendermaßen lautet:

‚Die Alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschlusse mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß Punkt 2, der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere, verschiedene Auslegungen einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand bei Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.‘

Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müßten. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen durch seinen Angriff zu Wasser, zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teil des Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist. Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen

ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen."

Die Verlesung war zu Ende.

„Wenn ich richtig übersetze," fügte Graf Oberndorff hinzu, „so heißt das, daß Sie uns die Waffenstillstandsbedingungen mitteilen werden."

Marschall Foch schien befriedigt. Er warf einen seiner kurzen Zwischenrufe hin:

„'s ist gut" — —

General Weygand verkündete die achtzehn Punkte der Waffenstillstandsbedingungen: jeder niederschmetternder für die Deutschen als der andere. Die Frist, die für die Entscheidung der deutschen Unterhändler gestellt war, sagte zweiundsiebzig Stunden an. Sie hatte auf Annahme oder Ablehnung der Bedingungen zu lauten. Die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten wurde abgelehnt. General von Winterfeldt und Graf Oberndorff fragten, wer ihnen nötige militärische und politische Auskunft geben sollte. Es wurde entschieden, daß die Bevollmächtigten sich in solchem Falle an General Weygand zu wenden hätten.

Dann erhob sich der Marschall. Die deutschen Abgesandten zogen sich zurück.

* * *

Ihre Beratung ergab, daß die vom Gegner gestellten Bedingungen Reich, Heer und deutsche Zukunft in hoffnungslose Lage brachten. Daß sie in solcher Härte aus eigener Machtvollkommenheit von den Bevollmächtigten weder angenommen noch abgelehnt werden konnten. Sie beschlossen darum, die Entscheidung der kaiserlichen Regierung zu verlangen, und schickten aus ihrem Hilfsstabe den Rittmeister von Helldorff und einen Begleit-

schreiber in das deutsche Hauptquartier nach Spa zurück. Die beiden Kuriere fuhren sofort, nicht ohne Schwierigkeiten und Verzögerungen an den deutschen Linien, die den Vorgang nicht verstanden und sie erst unablässig beschossen.

Zur gleichen Zeit — in den Nachmittagsstunden des Ankunftstages — suchte Graf Oberndorff den Generalstabschef Weygand auf. So wie am Morgen, führte Graf Oberndorff aus, kämen die Verhandlungen nicht weiter. Der General sollte ihm erklären, ob sie nicht einmal ruhig als vernünftige Männer miteinander sprechen könnten. Graf Oberndorffs Versuch blieb nicht ohne Wirkung: Weygand erklärte sich zu einer Aussprache bereit. Sein Eindruck wäre, gestand jetzt offen Graf Oberndorff, daß die Verbündeten den Waffenstillstand gar nicht wollten. Gewiß hätten die Bevollmächtigten schwere Bedingungen erwartet. Aber was die Verbündeten forderten, bedeute Unmögliches. Deutschland würde dem Bolschewismus in die Arme getrieben, gewiß keine geringere Gefahr auch für Frankreich und für Europa überhaupt. General Weygand widersprach. Er versicherte, daß die Verbündeten — den Generalissimus erwähnte er nicht — durchaus ehrlich zu einem Waffenstillstand gelangen wollten. Auch die gestellten Bedingungen sähen sie keineswegs als unerfüllbar an. Bei ihrer Überreichung am Morgen, setzte Graf Oberndorff fort, wäre jede Unterhaltung über die Forderungen abgelehnt worden. Aber jetzt sei er der Ansicht, daß darum doch kein Hindernis mindestens für vertrauliche Aussprache, für die Abfassung wenigstens einer vertraulichen Denkschrift und Stellungnahme der Bevollmächtigten bestehen müßte. Da gab der General endlich nach:

„Schreiben Sie auf, was Sie für unmöglich halten.“

Ein Zugeständnis war erreicht. Graf Oberndorff ging fort, gleich darauf versuchte auch noch General von Winterfeldt sein Glück bei dem Gegner. Auch er wollte Wey-

gand von der Unmöglichkeit überzeugen, daß Bedingungen von der festgesetzten Schwere undurchführbar wären, selbst wenn man sie schon annähme. Der deutsche General hatte sich Brest-Litowsks erinnert und des Admirals Altvater, der dort den deutschen Siegern vorausgesagt hatte:

„Sie bekommen den Bolschewismus auch“ — —

„Wenn die Bedingungen so schwer werden,“ hielt General von Winterfeldt seinem Gegner vor, „daß ein Zusammenbruch erfolgt, so wird Bolschewismus das Ergebnis sein.“

Aber General Weygand, vornehm auch gegen den Überwundenen, in seiner Haltung sehr elegant, in seinen Worten ohne den Willen, den Wehrlosen zu verletzen, hatte sachlich zu diesen Fragen eine andere Auffassung:

„Der Sieger hat nichts zu fürchten“ — —

Im Wagen neben dem Marschall gab er dem General Winterfeldt dann bereitwillig jede gewünschte Auskunft. Auch die englischen Seeoffiziere unterhielten sich höflich über Schiffsfragen mit dem Kapitän zur See von Vanselow. Aber zwischen den beiden Eisenbahnzügen, auf den zwei Klauengeleisen einander gegenübergestellt, von allen Seiten umstarrt von schweigsamen Posten, bereitete sich die deutsche Unterwerfung darum doch endgültig vor. Denn auch die Auskunft des Generals Weygand und der Engländer nahmen den Bedingungen von ihrer Härte tatsächlich nichts. Ihr Schriftsatz war Punkt um Punkt studiert worden. Das große Memoire der Bevollmächtigten, nach Weygands Erlaubnis sofort begonnen, begründete die Unmöglichkeit der Forderungen ausführlich. Aber die Antwort des Gegners, nicht minder ausführlich, nicht minder genau, lehnte doch bis auf einige, ganz unwesentliche Zugeständnisse jede wirkliche Milderung ab. Und zwischen die vertrauliche Schlußunterhaltung der beiden Generale Weygand und von Winterfeldt trat endlich, mürrisch und

verdrossen, wie er in Wahrheit über den nach seiner Ansicht vorzeitig beendeten Krieg war, Marschall Foch.

„Sind Sie noch immer nicht fertig?“ Er kam aus seinem Salonwagen in Weygands Abteil herüber. „Wenn Sie es in einer Viertelstunde nicht sind, komme ich wieder und garantiere Ihnen, daß wir in fünf Minuten fertig sind“ — —

* * *

Von den beiden abgesandten Kurieren, vom Hauptquartier in Spa war keinerlei Nachricht bei den Bevollmächtigten bisher eingetroffen. Sie wagten es nicht, die Verantwortung einer Annahme der Bedingungen ohne weiteres auf sich zu nehmen. Funkentelegramme wurden trotz der Entsendung der Kuriere auch über den Eiffelturm nach Berlin gegeben. Der Staatssekretär Erzberger verlangte noch einmal Verhaltungsmaßregeln. Aber niemand antwortete. Die vier Deutschen wußten schließlich nicht, was im eigenen Heer, was in der Heimat sich zutrug. Sie wußten nur undeutlich, was sich schon zugetragen hatte, aus französischen Zeitungsblättern, die ihnen in ihren Waggon hineingereicht worden waren: grell gemalte Dinge standen darin, vielleicht übertrieben. Zwei Tage nach den Bevollmächtigten war im Walde von Compiègne noch die zweite Staffel von deutschen Offizieren, Technikern der Materie, von Hilfskräften für die Waffenstillstandskommission eingetroffen. Als sie erzählten, stand freilich Deutschlands Bild blitzartig überhellt vor den Vier. In Berlin die deutsche Republik ausgerufen. Reichskanzler war der Sozialistenführer Fritz Ebert. Der deutsche Kaiser fort nach Holland. Aber mehr wußte auch von den Ankömmlingen niemand. Vielleicht war der Rest Aufruhr, völlige Anarchie — — Die Bevollmächtigten konnten nur eins: um Aufschub bis zum Eintreffen einer Entscheidung bitten. Trostlos war ihre Lage. Vierundzwanzig Stunden

sollten für die Entscheidung noch gewährt werden. Aber die Antwort des Marschalls kam sofort zurück:

„Keine Stunde länger als zweiundsiebzig Stunden."

Endlich griff das Große Hauptquartier aus Spa durch Funkspruch in der Nacht vom 10. November ein. Gegen die achtzehn Forderungen des französischen Generalissimus erhob der Generalfeldmarschall von Hindenburg neun Einwände. Aber die Zwecklosigkeit einer Weigerung, wenn die Einwände verworfen würden, hatte das Große Hauptquartier selbst eingesehen. Die deutschen Abgesandten sollten unterzeichnen um jeden Preis: wurde wirklich bis zum Schlusse keine Erleichterung gewährt, so wäre flammender Protest unter Berufung auf Wilson zu erheben.

Dem Funkspruch des Generalfeldmarschalls folgte dann noch eine Depesche des Reichskanzlers. Den Kämpfern in Deutsch-Ostafrika sollte wenigstens ehrenvolle Kapitulation erwirkt werden, auf drohende Hungersnot sollte verwiesen werden, wenn die Blockade blieb.

Nunmehr beschlossen die Bevollmächtigten, zu unterschreiben. Im Salonwagen des Marschalls Foch trafen die beiden Gegner noch einmal zusammen. Sie verhandelten von nachts zwei Uhr bis in die fünfte Morgenstunde. Aber der Streit ging bei dieser zweiten und letzten Zusammenkunft kaum noch um Einzelheiten weiter. Knapp vor der Unterschrift gelang dem Staatssekretär Erzberger die Herabminderung der Lastwagenzahl, die an den Gegner abgeliefert werden sollte, von 10000 auf 5000, der Maschinengewehre von 30000 auf 25000, der Flugzeuge von 2000 auf 1700. Die neutrale Zone rechts des Rheins, die eingerichtet werden sollte, vermochte er von ursprünglich vierzig bis auf zehn Kilometer zu verringern. Den deutschen Truppen in Ost-Afrika freien Abzug in bestimmter Frist statt bedingungsloser Übergabe durchzusetzen. Der englische Admiral und seine Offiziere hatten dreihundert

Tauchboote im Besitz der deutschen Flotte vermutet. Sie hörten verblüfft die deutsche Antwort:

„Meine Herren, so viel haben wir nie gehabt.“

Sie begnügten sich also mit dem Drittel ihrer Forderung, das ohnehin fast den Gesamtbestand der Tauchboote ausmachte. Damit war alle Milde des Siegers erschöpft.

Die Bevollmächtigten unterschrieben endlich: daß binnen vierzehn Tagen Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen zu räumen seien. „Was an Truppen nach dieser Zeit übrigbleibt, interniert und kriegsgefangen.“ Sie unterschrieben, daß 5000 Kanonen, 25 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 1700 Flugzeuge, 5000 Lokomotiven, 10 000 Waggons, 5000 Kraftwagen, 100 Unterseeboote, 8 leichte Kreuzer, 6 Dreadnoughts an den Gegner ausgeliefert werden müßten. „Die übrigen Schiffe desarmiert und überwacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.“ Daß man das linke Rheinufer räumen müsse: „Mainz, Koblenz, Köln besetzt vom Feind auf Radius von zehn Kilometern Tiefe“ — — Daß die Blockade des Niedergeworfenen bestehen blieb. Die Zusage des Gegners, sie durch Lebensmittellieferungen zu mildern, war mehr Versprechen als Bindung. Deutschland legte jede Waffe, jedes Selbstwehrmittel aus der Hand, es kapitulierte vollständig und ohne jede Einschränkung. Nie war ein Bankrott von Staatsführung und mehr noch Feldherrnkunst sichtbarer, nie furchtbarer geworden. Zwar erhob der Staatssekretär Erzberger in pathetischer Rede den vom Generalfeldmarschall begehrten „flammenden Protest“:

„Ein Volk von siebzig Millionen leidet, aber es stirbt nicht.“

Trocken erwiderte Marschall Foch nur:

„Schon gut“ — —

Sechs Stunden nach der Unterschrift schwiegen die Geschütze. Deutschland lag wehrlos von dieser Sekunde,

wehrlos im Dunkel der Zukunft. Aber in den feindlichen Hauptstädten flammten die Freudenfeuer auf.

* * *

Sie flammten am hellsten über den Nachthimmel von New-York, das der Taumel ergriff. Ein Sternfeuerregen prasselte nieder auf Brooklyn-Bridge, sprang von Ufer zu Ufer und zerstob in die Raketenbrände, die Coney Island losgeschossen hatte. Die Wolkenkratzer glühten, von ihren Türmen stürzte das strömende Gold in Kaskaden, ihre Fassaden lohten von schreienden, farbigen Lichtern, von Feuerblumen und Kränzen, die den endlichen Triumph ausriefen. Auf dem Broadway staute sich das Menschenmeer, ausgelassen, toll, sinnlos vor Freude, vom Siege völlig berauscht. Amerika hatte den Krieg gewonnen. Amerika hatte den Krieg entschieden. Jetzt war es an Amerika, die Ordnung der Welt zu schaffen.

Nachdenklich schaute ein alter Herr in Mantel und Schlapphut in das Feuerwerk und Fahnengewirr hinauf. Fast sah er, seit Jahren ein Flüchtling aus ferner Heimat, sein Ziel erreicht. Er selbst hätte Waffenstillstand nie gewährt. An der Spitze siegreicher Divisionen hätte er lieber durch die Hauptstadt der Deutschen reiten wollen. Immerhin: der Staat, um den er kämpfte, stand. Langsam schritt Thomas G. Masaryk durch die berauschte Menge. Alles, was noch geschehen mußte, um seinen Staat zu sichern, hing jetzt von ihrem Oberhaupt ab: von Woodrow Wilson — —

Auf Woodrow Wilson warteten nicht nur die Tschechen. Die Hauptstädte der Welt, Rom und Paris und London, alle Nationen, die Besiegten nicht weniger als die Sieger, ersehnten den Augenblick, da der Präsident der Vereinigten Staaten das Machtwort seines Friedens sprechen werde. Auf die Führer der Völker hatte der erste Rausch des Triumphes fast wie Lähmung gewirkt. So ungeheuer der

Jubel der Mengen über den Waffenstillstand war, so verdutzt vor dem Ereignis standen die Mächtigen, die ihn geschlossen hatten. In London sah sich der Premierminister Lloyd George von der vollzogenen Tatsache erschreckt, so sehr sie ihm auch die Sorgen über die Kriegsmüdigkeit aller Verbündeten linderte. Der großen Sprache der Militärs hatte der Premierminister mißtraut. Noch in den ersten Tagen des November hatte Marschall Foch den Krieg überhaupt nicht beendigen wollen. Ihm und dem Ministerpräsidenten Clemenceau, dem italienischen Ministerpräsidenten Orlando und dem Tschechoslowaken Benesch, der aus Genf herübergekommen war, hatte der Marschall eine Kriegsdauer von überhaupt nur mehr wenigen Wochen vorgerechnet. Er wollte die Deutschen völlig und sichtbar schlagen. Vielleicht dreißigtausend Mann Verluste würde der Kampf noch kosten. In Wahrheit widerwillig, enttäuscht von der Widerstandslosigkeit der Deutschen, die er so nicht erhofft, hatte der Generalissimus den Waffenstillstand gewährt. Aber Lloyd George hatte mit deutschem Widerstand in seinen Gedanken noch ein volles, weiteres Jahr gerechnet. Der Sorge um den Widerspruch der alliierten Völker, das Kriegselend noch weiter hinzunehmen, war er nunmehr ledig. Zwar sah er die gänzliche Entwaffnung des besiegten Gegners nicht mit dem soldatischen Bedauern des englischen Marschalls Haig, der, ein wenig verstimmt über den nicht deutlich genug gerühmten Anteil seiner Truppen, die Tapferkeit der Deutschen bei jeder Gelegenheit rühmte. Aber der britische Premier sah, unbehaglich mit einem Seitenblick auf den französischen Verbündeten, die Möglichkeiten komplizierter Zukunft. Nur daß Lloyd George ein Mann des Augenblicks war, trug ihn über die Überraschung des jähen Kriegsabbruches fort. Er hatte den Erfolg gebraucht, den vollen Erfolg, und vor allem das Ende — —
Dem Besiegten gegenüber hatte er darum der Härte zuge-

stimmt. Die Deutschen sollten die Waffen niederlegen. Erstens glaubte er nicht, daß sie es täten. Dann wußte er selbst nicht, was ihm lieber war: die sofortige politische Wirkung so ungeheuren Sieges in der Heimat und die Beruhigung im müden Heer oder leichtere Zukunftsarbeit mit dem Machtlosen. Aber jetzt war, da der Gegner wahrhaftig sich hatte entwaffnen lassen, die Zukunft doch erst wieder eine Frage von morgen.

Wilson sollte vor allem nach Europa kommen. Er hatte die Botschaft von der Ordnung der Welt ausgerufen. Erst sollte Wilson nach Europa kommen. Auf ihn wartete Lloyd George. Auf ihn warteten die Staatsoberhäupter. Auf ihn warteten die Völker. Alle warteten auf Woodrow Wilson.

Der Ordner der Welt

Am Vorderdeck der „George Washington“, die ihn von New-York hinübertrug nach Brest, stand der hochaufgeschossene, schweigsame Professor Wilson oft, den starren Blick in der Richtung der Fahrt, dem Kontinent entgegen, den eigentlich er durch die Waffengewalt seines Staates bezwungen hatte, dessen Vergangenheit aus uralten, blutdurchtränkten Völkererbschaften er verachtete und dem er ein wahres Menschheitsvermächtnis für alle Zeit befehlen wollte. Er war Professor der Geschichte Amerikas, wohlbewandert auf dem glanzvollen Wege, den sein Volk seit der Aufrichtung der Freiheit der „Union“ marschiert war bis zu den Tagen seiner eigenen Präsidentschaft, ein Kenner und Durchleuchter aller nationalen Staatsweisheiten seit der großen „Virginia Bill of Rights“ und der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, sicherlich der erste Staatsrechtslehrer und Ausdeuter der „Verfassung der Staaten“ nicht bloß der Universität in Princeton. Von ihrer Professorenkanzel hatte ihn das amerikanische Volk als Staatshaupt in das „Weiße Haus“ von Washington geholt, weil niemand gegen Bestechlichkeit und Kompromißwirtschaft, gegen Parteiklüngel und Vorteilsergatterung in der Politik — wie der Professor es sah: das größte Unheil eines Staates und aller Staaten überhaupt — so aufrecht, so leidenschaftlich, so schonungslos wie er losgezogen war. Das amerikanische Volk hatte der Präsident dann nicht allein darum in das große europäische Kriegsringen geführt, weil er durch die deutschen Unterseeboote die Freiheit der Meere und die Sicherheit der Schiffe be-

droht sah, die das Sternenbanner trugen. Auch brachten vielleicht nicht einmal die empörten, drängenden Stimmen der amerikanischen Schwerindustrie, die in Kriegslieferungen nicht gestört sein wollten, freie Kriegsgeschäfte forderten und vom Präsidenten in ihren Rechten geschützt zu werden verlangten, die innere Hauptentscheidung für den Staatsführer. Aber in Europa war durch ein beispielloses Unrecht, wie der Professor sich sagte, durch beispiellose, brutale Gewalt, die allem ins Gesicht schlug, was in der reinen Völkerethik amerikanischer Geschichte und Verfassung an Menschheitsrecht verbrieft war, eine Völkerkatastrophe entstanden. Zwar mußte sie auf die meergeschützte Neue Welt nicht unmittelbar mit Mord und Brandzeichen übergreifen, obgleich sie Handel, Wohlfahrt und Geschäfte auch drüben mit Schaden antastete. Aber noch schlimmer als Störung der Geschäfte war gleichgültiges Zusehen, wie unter den Völkern wieder die Faustrechtsherrschaft aufgerichtet werden sollte — gegen sittliches, menschliches, göttliches Recht, gegen Menschenwürde und Christentum. Der Professor hatte den Überfall auf das unschuldige Belgien gesehen. Dem deutschen Kaiser hatte er, als der Herrscher eine Erklärung der Vorgänge versuchte, unabhängig und hart in seiner Antwort vom Tage des Gerichts erzählt, an dem Unrecht und Verschulden deutlich sichtbar und abgewogen würde. Dann waren zu unmenschlichen Soldatengreueln, von denen er in seinem Arbeitskabinett täglich las, die Piratenschrecknisse der Tauchboote gekommen. Brandgeruch zog unmittelbar bis nach Amerika hinüber. Jetzt wollte er mithelfen, die Unmenschen niederzuschlagen, die die blühende Welt nach europäischer Schlachtmanier vernichteten. Er trat in den Krieg ein. Denn am Tage des Gerichts wollte er selbst mitsprechen: eben für wahre Völkerrechtsideale, die er schon in Princeton studiert und vorgetragen hatte, für die Völkerrechtsideale nicht nur seines Landes, son-

dern der ganzen bedrohten Welt. Er wollte nichts für sich durch den Krieg. Nichts für Amerika. Im Gegenteil: Amerika war reich, Amerika sollte sogar geben. Aber von dem einen, einzigen Ziel wollte der Professor nicht mehr lassen: den Grundsatz vom Recht der stärksten Macht, jahrtausendalt als Peiniger der Menschheit, wollte er endlich und endgültig zerschmettern durch sittlich neue Ordnung. Um dieser neuen Ordnung willen hatte er in Europa die amerikanischen Geschütze donnern lassen. Er hatte gewußt, daß sie allein, zwischen ermatteten Gegnern nach drei Kriegsjahren eingesetzt, den restlosen Sieg vollenden mußten. Die Geschütze in Europa waren nunmehr seit Wochen verstummt. Der Professor fuhr nach Paris, um seine Ordnung aufzurichten.

Ihre Grundlinien hatte er in seiner Weltbotschaft, in den „Vierzehn Punkten", längst aufgestellt. Er hatte sie durch besondere „Vier Punkte" einige Monate vor Kriegsende noch weiter ergänzt. Seinen Blick hatte er sich dabei durch einseitige Unterscheidung von Freund und Feind nicht wollen trüben lassen. Den aufhorchenden Völkern in allen Lagern, in allen Erdteilen wollte er die höchsten Güter schenken, deren eine Nation teilhaftig werden konnte auf dieser Erde: dauernden, verbürgten Frieden und Selbstbestimmung, wohin sie gehören, wie sie regiert sein wollte. Nichts als diese beiden Grundelemente aller freiheitlichen Völkerentwicklung hatte der Professor gesehen. Seine „Vierzehn Punkte", seine „Vier Punkte" umschwärmten die beiden Grundelemente als Fixsterne. Was sie alle über die Freiheit der Meere, über freien Handel unter den Nationen, über die Öffentlichkeit aller Abmachungen im Verkehr von Volk zu Volk sagten, deren Schicksal ja von solchen Vereinbarungen abhing, was sie an besonderen Regelungen begehrten, ob sie über die freiheitsdurstigen, bisher unterdrückten Stämme der österreichisch-ungarischen Monarchie, ob über die Beschränkung

der Machtgelüste türkischer Oberherren über nichttürkische Menschen, was sie über die sofortige Freigabe überfallener, gewaltsam besetzter Länder und ihren Wiederaufbau bestimmten: das unveräußerliche Recht, ihr Schicksal selbst zu entscheiden, die unerläßliche Gerechtigkeit auch im Verkehr der Völker trugen von selbst alle seine Forderungen. Waren sie angenommen von der Mehrzahl oder gar von allen Nationen — wenn nur einzelne sich gegen die neue Ethik wehren wollten, so konnte man sie zu Sittlichkeit und Rechttun leicht zwingen —, dann war der große, heilige Traum der Menschheit wirklich Erfüllung geworden: der Völkerbundtempel war dann auch schon da, um dessen willen er den Riesen Amerika am Kriege hatte teilnehmen lassen. Und der verjüngte Erdball endlich bevölkert von der edlen, freien, neuen Gesellschaft geläuterter Nationen, die Krieg in Zukunft nicht mehr duldete und Gerechtigkeit, Sicherheit von Leben, Dasein, Entwicklung und Besitz auch an Arme und Schwache gab, die keine Kanonen besaßen.

Der Präsident hatte den Jubel, den Aufschrei der gemarterten Welt vernommen, als solch unerhörte Botschaft für ein Kriegsziel, für die Wiederaufrichtung des Friedens vom „Weißen Haus" in die Alte Welt herübergekommen war. Neu war gewiß nicht alles, was der Präsident verkündet hatte. In der großen Unruhe, wohin der Sieg vielleicht doch noch fallen könnte, hatten die Alliierten, durch Kriegskrisen sittlich geworden, selbst schon 1917 Erklärungen unter ihre Völker geschickt, die weniger von Eroberungen, als von Gerechtigkeit und von verbrieften Rechten der Nationen sprachen. Der Sozialistenkongreß zu Stockholm hatte zu Beginn von 1918 auch schon das Selbstbestimmungsrecht der Völker auszurufen versucht. Aber so machtvoll, so einheitlich und überwältigend, verkündet vom Mächtigsten, den die Erde in diesem Augenblicke trug, so überzeugungsstark in seiner Reinheit hatte

doch noch kein Aufruf, kein Vorschlag und Programmversuch, keine Botschaft die ganze weite, fiebergeschüttelte Welt aufgewühlt, wie die Lehre vom neuen Heil, das Evangelium des Professors Wilson. Die Kämpfenden wollten wirklich Einhalt tun im Morden und Brennen, wenn das Evangelium sich verwirklichen ließ. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wußte, daß der Waffengang früher oder später mit dem Niederbruch der Mittelmächte enden mußte, daß er, vereint mit seinen Bundesgenossen, seine neue Ordnung der Welt dann durch Machtspruch durchsetzen konnte. Wenn aber selbst der Feind der neuen Botschaft zujauchzte, wenn er noch im Kampf annehmen wollte, was die Weltordnung des Professors als Friedensgrundlage begehrte, dann mußte das Töten gar nicht erst weitergehen. Schon dies war ein unerhörter Sieg des neuen Weltapostels, daß kriegführende Barbaren die Schwerter senken wollten, wenn die verkündeten, neuen Weltgrundlagen ihnen nur verbürgt wurden. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der nunmehr jahrelang um sein Weltbild, um seine Form, um seinen Ausdruck gerungen hatte, der starke, mächtige Verbündete, der sich eins wußte in seinen Zielen und Gedanken mit seinen Bundesgenossen, vermochte natürlich jede Bürgschaft zu übernehmen, daß die Waffenstreckung nicht mißbraucht würde, er vermochte die Bürgschaft auf den gewaltigen Schultern Amerikas zu tragen. Der Professor machte Waffenstillstand. Für die Neuordnung der Welt gab er sein Wort. An Ort und Stelle wollte er es einlösen als ein hoher Diktator des Rechts, als ein Völkermessias, nichts weiter als ein Diener am Heil der Menschheit. Die „George Washington“ dampfte.

Kisten, Kasten und Koffer trugen das Rüstzeug des Präsidenten mit, den Niederschlag seiner Ideen, Gedanken, eine ganze Bibliothek von Bänden, die seine Sachverstän-

digen über alle erdenklichen Friedensfragen vor geraumer Zeit schon gearbeitet hatten. So wichtig aber das Wissen auch sein mochte, das im Packraum der „George Washington“ aufgestapelt war, so zahllos sich seit Waffenstillstandsabschluß und auf der Überfahrt nach Europa die drahtlosen Hilfeschreie, die Bitten um Anhörung nationaler Wünsche verschiedenster Völker, die Verzweiflungsausbrüche hungernder Städte häuften: nichts sollte dem Präsidenten die Zähigkeit des Denkens, seine unverrückbare, als Pflicht längst beschlossene Richtung irgendwie beeinflussen dürfen — um Selbstbestimmung der Menschheit und um den Traum seines Völkerbundes, um sie allein, kreisten alle seine Gedanken.

Nichts freilich war, obgleich seine Botschaft die Welt in einen Aufruhr der Freude versetzt hatte, an diesen Gedanken das wirkliche Eigentum des Präsidenten Wilson: Sinn um Sinn, Wort um Wort, Satz um Satz hatte er, von seinem starken, gläubigen Willen, von seiner leidenschaftlich erkannten Mission getrieben, von anderen und Fremden entlehnt, von fremden Denkern oder aus gut gekannten, oft durchsuchten Überlieferungen. Vielleicht hatte ihn Walter H. Page, der amerikanische Botschafter in London bei Kriegsausbruch, zugleich sein Jugendfreund, durch seine Anregungen in oft gewechselten Briefen überhaupt erst darauf gebracht, daß Amerika allein dazu berufen war, der Welt den Frieden der Menschenwürde zu diktieren. Dann waren die Worte vom Selbstbestimmungsrecht und Völkerbund aufgeflattert. Ihr Inhalt, ihr Umkreis, ihre Möglichkeiten und Wirkungen hatten den puritanischen Gelehrten immer tiefer beschäftigt. In seinem Studierzimmer in Washington hing er, der von sich selbst sagte, „daß er ein einseitiges Denken besaß“, fast von dem Augenblicke an, da er an Deutschland den Krieg erklärt hatte, überhaupt kaum mehr irgendeinem anderen Gedanken an. Vor ihm lagen die Pläne, die Stimmen, wie sich die ameri-

kanische „Liga zur Erzwingung des Friedens“, wie sich der englische „Bund der Gesellschaft der Nationen“ die Zukunft der Völker dachten. Vor ihm lag vor allem der Bericht, den eine von dem englischen Außenminister Balfour zu Anfang 1918 unter dem Vorsitz des Barons Phillimore versammelte Gelehrtengesellschaft über die Idee eines Völkerbundes geliefert hatte. Niemand hatte all diese Anregungen und Pläne aufmerksamer verfolgt, niemand sie gründlicher abgewogen, als der Präsident, niemand vermochte sie so genau mit den ethischen Vermächtnissen zu vergleichen, die das amerikanische Volk aus eigener Entwicklung besaß. Wenn der Professor selbst den Entwurf zu einem Völkerbund fertiggestellt hatte, so bedeutete dies nur die Vereinigung dessen, das ihm das Beste aus vielerlei Quellen schien. Er übernahm den Sinn einer Forderung, wenn sie in sein sittliches Wollen sich einfügte, so gern und willig, wie er ein scharf geschliffenes, den Inhalt zweifelsfrei abgrenzendes Wort ohne weiteres für sich herüberholte. Seine beiden großen Postulate für den Frieden, der bald geschlossen werden sollte, hatte der Präsident nicht genial erschaffen. Er hatte sie gebaut. Hatte Steine und Materialien von allen Seiten gesammelt und Bauskizzen davon angefertigt. Vielleicht hatte er sich außer mit dem amerikanischen Oberst House — auch der Oberst hatte ihm Ideen und Ausdrücke, allerlei Verwendbares beigesteuert — überhaupt mit niemand über die Botschaften und Bestimmungen besprochen, die er in die Welt hinausgeschickt hatte, um durch sie die Welt zu erlösen. Er liebte es nicht, über die Dinge auch zu sprechen, über die er einsam grübelte. Vielleicht haßte er die Flüchtigkeit, die Schnelligkeit des gesprochenen Worts, stets pflegte er sich auf die Sicherheit des Geschriebenen lieber zu verlassen. Rings um seine Studierlampe häufte er die Entwürfe und Vorschläge, die ihm täglich zukamen, die „Virginia Bill“ und die „Unabhängigkeitserklärung“ lagen

da, er brauchte sich nur in seine eigenen Bücher zu vertiefen und in ihnen nachzublättern, wenn er sich zurückrufen wollte, was wichtig war im Leben der Staaten, in seine „History of the United States", in „The State". Er mußte sich bloß, wenn er wissen wollte, wie ein Staatsmann sein Volk groß machen wollte, in sein „Life of George Washington" versenken, das er mit blendendem Geist beschrieben und gedeutet hatte, wie kein anderer Professor in der Union. Den Präsidenten störten Gespräche mehr, als sie ihm nützten und willkommen waren. Sie brachten ihn leicht aus der Richtung seiner Gedanken, die ihm das Wichtigste waren, auch wenn er sie selbst „einseitig" nannte. Viel litt er an merkwürdigen Hemmungen. Oft war es ihm versagt, deutlich zu erklären, was er meinte. Oder er vermochte überhaupt nicht, sich zu erklären. Er schrieb lieber alles nieder. Nahm Ähnliches her, verglich und übernahm, machte Randbemerkungen und schrieb nochmals, so daß ein neuer Text fertig wurde. Mit dem neuen Text begann er die gleiche Arbeit noch einmal. Er war das Vorbild des Kompilators: voll Gründlichkeit, voll Fleiß und Offenheit. Aber sein zähes Denken konnte Arbeit tun nur in unbedingter Ruhe, hinter verschlossenen Türen, aus denen seine Botschaften, das Gefundene an Wissen und Belehrung dann schon rechtzeitig und laut genug ins Freie streben sollten. In Princeton hatte er in einfacher Studierstube gesessen und dann zu den Studenten gesprochen. In Washington saß er im Präsidentenzimmer und sprach zur aufhorchenden Welt. Im Grunde hatte sich wenig, in der Methode nichts geändert. In Princeton hatte er Meinung und Zensur schriftlich an die Universitätshörer gegeben. Von Washington schickte er Anweisung und Befehl, verlangte er Bericht und Aufklärung schriftlich von Ministern und Botschaftern. Ob er seinen Staatssekretär für äußere Angelegenheiten sah und sprach oder nicht, war für keine Staatsangelegenheit

in seinen Augen von Belang. Der Staatssekretär für äußere Angelegenheiten mochte oft klagen:

„Der Präsident nimmt keinen Rat an“ — —

Der Präsident arbeitete unbekümmert jede Angelegenheit selbst. Er arbeitete sie mit Gleichmaß tief und gründlich. Die Vielzahl seiner Konzepte mußte schon um der Gründlichkeit willen immer und bei jedem Thema bewirken, daß das, was der Schlußentwurf besagte, allen sonnenklar zu sein hatte. Auch seine Botschaft von den „Vierzehn Punkten“ war ja von aller Welt verstanden worden. Und was er über seine beiden Axiome jetzt mit sich nach Europa führte, sein Programm über Völkerselbstbestimmung und Völkerbund, war wahrhaftig nicht minder klar — —

Wenn er vom Vorderdeck der „George Washington“ nach Osten spähte, stumm den Blick über den weiten, unendlichen Wassern, dann war es vielleicht nicht Unruhe um seinen ethischen Sieg, die ihn bewegen mochte, vielleicht nur die Ungeduld, den Schauplatz abschließender Tat endlich auftauchen zu sehen. Indes versuchte er, noch Tage der Erholung vor dem Kampf auszukosten. Niemand wußte, was wirklich in ihm vorging, nur selten sprach er über nächste Zukunft mit einem Mitglied der amerikanischen Abgesandtschaft, die ihn begleitete. Anspruchslos lebte er, wie sonst, manchmal fand ihn ein Gast, den er zu Tische zog, sogar heiter. Vor Tische sprach er sein Gebet, wie überhaupt alle Welt von ihm wußte, daß sein Alltag die Schlichtheit und Gläubigkeit eines Reverends hatte. Einmal ergriff ihn drei Tage vor der Landung in Europa, unvermittelt nach außen, wie alle seine Handlungen oder Äußerungen waren, entweder die Sorge oder auch nur der Wunsch, seinen Mitkämpfern eine Schlußparole zu geben. Er rief seinen Stab, vor allem die Sachverständigen, auf die er sich bei seiner Friedensschöpfung stützen wollte, zu sich in die Kajüte:

„Zeigen Sie mir, was recht ist, und ich werde da-

für kämpfen; verschaffen Sie mir eine gesicherte Position“ — —

Es schien, als schwanke der Präsident doch plötzlich zwischen Zuversicht und irgendeiner Bangigkeit. Seinem Begleiter George Creel gestand er eines Abends:

„Was sich meinem Geiste darstellt — von Herzen wünsche ich, ich möchte mich täuschen — ist eine Tragödie von Enttäuschungen.“

Die „George Washington“ legte am 13. Dezember 1918 in Brest an. Sicherlich wußte der Präsident, wodurch er vielleicht enttäuscht werden konnte. Aber er wußte keinesfalls, warum „eine Tragödie“ vielleicht kommen mußte.

Die Technik der Konferenz

Rauschende Feste setzten ein. Durch drei Länder ging die Triumphfahrt der ersten Wochen für den Präsidenten der Vereinigten Staaten, der blumenüberschüttet überall, wo er sich zeigte, ehrenüberhäuft und von Geschenken überladen, unter Franzosen und Italienern, in London und Manchester den überschäumenden, ekstatischen Rausch sah, den er in die Alte Welt gebracht. Auf dem Forum Romanum wehte ihn, der andere, neue Gewalten unter den Menschen schaffen wollte, der letzte Hauch einer Weltherrschaft durch Macht und Knechtschaft an. König und Königin von England zwangen ihn in hoher Huldigung in ihren Wagen, der einsame Studierer aus Washington war erschöpft vom Dank, mit dem er den tausendfachen Zuruf der sich stauenden Menge vor Westminster Abbey, vor der Bank von England annahm. Er sah, daß diese Menge, wohin er kam, König und Königin, in Paris selbst Marschall Foch und den Ministerpräsidenten Clemenceau nicht bemerkte. Immer stärker spürte er, daß er apostolische Sendung trug. Noch entbrannte nicht der Kampf um sie. Bei Festen und Gepränge wollte er vorerst nichts anderes zeigen, als gesellschaftliche Artigkeit und Leichtigkeit, allmählich meldete sich selbst in seinem lebensdüsteren, freudeabgewandten Blut schottischer Vorfahren der weiche, mild verführerische Atem der Luft von Paris und milderte bisweilen des Puritaners Härte und Starre.

Sein kleines Haus an der „Place des Etats Unis“ war voll Behagen in die Stille eines Gartens eingebettet. Auch

hier hatte er sein Studierzimmer. Vor dem flackernden Kamin, zwischen alten Bildern und kostbaren Büchern sollte er über Entscheidungen ungestört grübeln dürfen. Von nicht allzu kräftiger Gesundheit, jetzt zwar vom Aufstieg seiner Gedanken getragen, ermattete er in wichtiger Arbeit doch leicht und schnell. Er hatte sein Ruhezimmer neben dem Studio, ein Druck auf den Knopf einer versteckten, bücherübermalten Tapetentür: er konnte entrinnen. Auf dem Gartenkies vor dem Hause marschierten die amerikanischen Wachtposten auf und ab. Er war mit einer stattlichen Anzahl von Soldaten gekommen, denn auch im freundschaftlichen Frankreich wollte er, daß amerikanische Hoheitszeichen ihn sichtbar umgeben sollten. Zum nahen „Hotel Crillon", an der „Place du Carroussel", wo sein Stab unter Colonel House sich einrichtete, führte ein besonderer, von niemand überwachter Fernsprechdraht. Es war selbstverständlich, daß er für sein Pressebureau völlige, von Keinem abhängige Berichtfreiheit nach Amerika anordnete. Zwischen Reisen, Festen und technischen Vorspielen verrannen die ersten vier Wochen seit der Anwesenheit des Präsidenten Wilson schnell.

Die britischen Abgesandten zur Friedenskonferenz hatten ihre Kisten und Koffer knapp vor Weihnachten gepackt. Aber niemand in London hatte gewußt, wann die Abgesandtschaft reisen sollte. Depeschen waren zwischen Paris und London hin und her gegangen. Die Kisten und Koffer standen nunmehr schon seit geraumer Zeit und warteten: die Hüter der britischen Sammlung an Wissen und Dokumenten als Unterlagen zur Friedensarbeit. Denn gleich dem amerikanischen „Untersuchungsausschuß", den schon zwei Jahre vor dem Kriegsende im Auftrag des Präsidenten Wilson drüben Colonel House eingerichtet hatte, waren vom britischen „Foreign Office", vom „War Cabinet" Historiker, Rechtsgelehrte und Sachverständige

der Wirtschaft nach London berufen worden, die alle wichtigen Probleme in ihren Zusammenhängen und Wesenszügen klären sollten. Auch die britischen Sachverständigen hatten fast zweijährige Arbeit hinter sich, und seit dem Abschluß des Waffenstillstandes hatten sie ihre Arbeit im Eifer zehnfach beschleunigt. Niemand unter ihnen hatte fertige Programme für die Bestimmungen des bevorstehenden Friedens, wie unter den französischen Sachverständigen André Tardieu, der sich völlig im klaren schien, wie rings die Welt nach der Niederschlagung der Gegner auszusehen hätte. Aber die Zahl der schmalen, weißen, englischen Bändchen, die sich einmal mit der Frage der belgischen Neutralität, dann mit dem Problem des Rheins, der Donau, den Möglichkeiten der Zukunft des kleinen Luxemburg, mit hundert anderen Themen beschäftigten, die Zahl all dieser Nachschlagewerke war Legion. Die englische Sammlung umspannte das meiste Material unter allen ähnlichen Führern durch die Wirrnis der neu zu ordnenden Erde, sie schien vielen systematischer, übersichtlicher angelegt, als etwa die amerikanische oder auch die französische Sammlung. Selbst Amerikaner und Franzosen bevorzugten oft die kleinen, weißen, englischen Bände, wenn sie auf der Suche nach unbekannten Dingen waren, über deren Zukunft sie bestimmen sollten.

In London gab der Premierminister Lloyd George das Zeichen zur Abreise dann unerwartet. Er selbst stellte sich an die Spitze der Abgesandtschaft. Auch er nahm einen Schwarm von Soldaten mit. Am 10. Januar trafen die britischen Bevollmächtigten in Paris ein. Viele Abgesandtschaften waren inzwischen in der französischen Hauptstadt angelangt: die siebenundzwanzig Sprecher der mit den Mittelmächten kriegführenden, jetzt abrechnenden Welt. Frankreich war ihr Gastgeber, Frankreich hatte die Einladungen ergehen lassen. Am Quai d'Orsay im großen Saal Napoleons III. begrüßte die mächtige Versammlung

feierlich der Präsident der französischen Republik Raymond Poincaré. Es war ein Akt des Prunks. Aber gleich darauf — am 12. Januar 1919 — tagte die erste richtige Beratung der Friedenskonferenz am Quai d'Orsay.

Kein Friedensschluß auf Erden hatte bisher ähnlich großen Aufwand in jeder Rücksicht verlangt, an Problemen, wie Einrichtung, selbst der Kongreß von Wien verblaßte gegenüber den Forderungen der Friedensversammlung, die zu Paris ihrer Aufgaben harrte. Gleich am Morgen der ersten Konferenzsitzung erklärte, um vorwärts zu kommen, der französische Außenminister Pichon als Vorsitzender der großen Arbeitszusammenkunft, „daß es jetzt für die Versammlung an der Zeit sei, den Geschäftsgang der Konferenz zu erwägen" — —

Der Minister sprach natürlich französisch. Aber es war fraglich, ob alle oder wie viele Delegierte ihn überhaupt verstanden hatten. Der Präsident der Vereinigten Staaten beherrschte das Französische nicht. Er sprach lediglich englisch. Die britischen Abgesandten und die Vertreter Kanadas befanden sich in der gleichen Lage. Die Frage wurde zunächst also aufgeworfen, in welcher Sprache die Verhandlungen, da die Franzosen fast alle und auch der italienische Ministerpräsident Orlando nur französisch redeten, eigentlich geführt werden sollten. Auch mußten die Protokolle der Konferenz, ebenso der Friedensvertrag, auf einen bestimmten, authentischen Text gestellt werden, der bei Streitfällen und Auslegungen späterer Zeit für die suchenden Parteien den „Standardtext" bedeuten sollte. Der französische Ministerpräsident Clemenceau fand, daß die Staatsmänner und Diplomaten sich bisher noch immer bei ihren wichtigen Akten und Werken des Französischen bedient hätten. Er sah nicht ein, weshalb, besonders wenn man bedächte, „was Frankreich durchgemacht hätte", solche Gewohnheit geändert werden sollte. Aber die eng-

lisch sprechenden Mitglieder der Konferenz vertraten fast die halbe Welt. Auch stellte der Premierminister Lloyd George fest, daß zum ersten Male die Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Schlachtfelde der Diplomatie erschienen wären: „sie machten zusammen mit dem britischen Reich die Majorität der assoziierten Regierungen aus, die Englisch als offizielle Schriftsprache hätten.“ Der Premierminister schlug vor, neben dem Französischen das Englische auf der Konferenz zu gebrauchen, eine ausgleichende, versöhnliche Anregung, die der düstere, manchmal fast herrische Baron Sonnino, der italienische Außenminister, sogleich dahin erweiterte, daß dann neben dem Englischen und Französischen auch das Italienische als Konferenzsprache gelten solle. Wenn man schon bedachte, „was Frankreich durchgemacht hätte“, so durfte man „trotzdem nicht vergessen, daß Italien seinen vollen Anteil am Kriege geleistet und vier bis fünf Millionen Soldaten ins Feld gestellt habe“. Baron Sonnino fügte noch etwas von „ausgesprochener Beleidigung“ hinzu. Verdrossen über den Kampf um die „Standardsprache“ erklärte der französische Ministerpräsident Clemenceau, „daß es, wenn so kleinen Angelegenheiten so viel Wichtigkeit beigemessen würde, in Wahrheit einen schlechten Anfang für einen Bund der Nationen bedeute“. Aber der Kampf um die kleinen Angelegenheiten ging doch noch eine Weile weiter.

Die „Standardsprache“ wurde endlich Englisch und Französisch. Baron Sonnino sagte nichts mehr. Übrigens sprach er beide Sprachen gleich ausgezeichnet. Auch der Präsident der Vereinigten Staaten war für das Englische neben dem Französischen gewesen. Wenn exotische Abgesandte, deren Reiche den Mittelmächten gleichfalls eine Rechnung vorzulegen hatten, vor der Konferenz Reden halten wollten — etwa der arabische Emir Feisal —, so mußten Dolmetscher auf alle Fälle verwendet werden. Sie

sollten nur englisch oder französisch vortragen. Die Sprachenfrage war erledigt. Aber nunmehr mußte man wissen, wie der Körper der Friedenskonferenz beschaffen sein sollte: wie viele Abgesandte — und in welcher Eingliederung — überhaupt auf der Konferenz sollten reden dürfen.

Siebenundzwanzig Nationen hatten ihre Vertreter nach Paris geschickt. Siebenundzwanzig Nationen, die großen wie die kleinen, wollten Anteil haben an den Angelegenheiten der Konferenz, sie wollten mitsprechen, mitberaten, mitentscheiden. Aber solch Riesenorganismus schien den einen überflüssig, den anderen ungerecht. Denn die neuen Grenzen des Deutschen Reiches gingen die Vertreter Ecuadors so wenig an wie den Emir oder den Freistaat Liberia. Allen aber erschien ein Beratungskörper sämtlicher Abgesandten als technische Unmöglichkeit. Überdies hatten sich auf der Friedenskonferenz auch die Vertreter der britischen Dominien eingefunden. Sie waren freilich so gut wie selbständige Staaten.

„Wir sind ebenso wichtig wie Portugal", erklärten die Abgesandten Kanadas.

Die englische Friedenskommission erwog, ob sie nicht fünf Vertreter Englands und zwei oder drei Sprecher der Kolonien zu den Beratungen entsenden wolle. Dann tauchte für die Gesamteinrichtung flüchtig das Vorbild des Wiener Kongresses auf: Kommissionen zu „Vier" und „Acht" sollten die einzelnen Probleme behandeln und entscheiden. Über ihren Beschlüssen wieder sollte eine „Hauptkommission der Fünf" wachen. In jede wichtige Kommission sollten die Großmächte einen oder zwei Vertreter entsenden. Wenn es um Dinge ging, an denen auch die kleineren Mächte beteiligt waren — man wies auf die Frage der Reparationen hin, in der Belgien so gut Ansprüche zu vertreten hatte wie Serbien oder ein anderer —, überall in solchen Beratungsgruppen sollten auch die Sprecher der

kleinen Nationen sitzen. Aber man verwarf die Vorschläge wieder. Vor allem der Ministerpräsident Clemenceau war gegen allzu eindringliche und allzu häufige Befragung anderer Mächte als der Großmächte. Auch war er dafür, sich das Bild von den Friedensbedingungen vor der Durchbesprechung in Vollsitzungen in ganz kleinem Kreise zu machen, und eben die Großmächte dachte er sich als den ganz kleinen, einzig wichtigen und ausschlaggebenden Kreis.

„Ich bin stets der Ansicht gewesen," führte der französische Ministerpräsident aus, „man wäre übereingekommen, daß die fünf Großmächte sich in wichtigen Fragen ihre Meinung bilden, bevor sie die Sitzungssäle der Konferenz betreten. Für den Fall eines neuen Krieges würde Deutschland seine gesamte Heeresmacht weder auf Cuba noch auf Honduras, sondern auf Frankreich werfen; es würde immer Frankreich sein. Ich verlange daher, daß wir an den hier gefaßten Vorschlägen festhalten, an den Vorschlägen, welche darauf hinauslaufen, daß Zusammenkünfte stattfinden mögen, an denen die Vertreter der fünf genannten Großmächte teilnehmen sollen, um in den wichtigen Fragen zu einer Entscheidung zu gelangen, und daß die Untersuchung der an zweiter Stelle stehenden Fragen vor Zusammentritt der Konferenz den Kommissionen und Komitees überwiesen werden mögen."

Der Präsident der Vereinigten Staaten war nicht ganz einverstanden. Gegen „zwanglose Aussprachen" der Häupter der Großmächte, für die auch der englische Premierminister zu sein schien, hatte er nichts Wesentliches einzuwenden. Dennoch war er der Meinung, daß, abgesehen von den „zwanglosen" Beratungen, eine sichere, klare Organisation geschaffen werden mußte, die sämtliche Nationen auf der Friedenskonferenz vereinigte. Die kleinen Staaten sollten weder Grund zur Klage noch zur Verdrossenheit erhalten. In der Hauptsache war ein Arbeits-

rahmen damit gegeben, daß die fünf Großmächte sich zu einem besonderen, höchsten Rat vereinigten, der sich äußerste Entscheidungen vorbehielt. Sie schufen den „Rat der Zehn“, in den sie ihre Staatsoberhäupter oder Ministerpräsidenten und ihre Außenminister beriefen: für Amerika den Präsidenten Wilson und den Staatssekretär Lansing, für England den Premierminister Lloyd George und den Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten Arthur J. Balfour, für Frankreich den Ministerpräsidenten Clemenceau und den Außenminister Pichon, für Italien den Ministerpräsidenten Orlando und Baron Sonnino, für Japan endlich Baron Makino und Viscount Chinda. Das waren die „Zehn“. Sämtliche Mächte wurden außerdem in Vollmitgliedschaft zusammengefaßt: sie hatten sich in „Plenarsitzungen“ zu versammeln. Jm Übrigen war für besondere Fragen, für einzelne Themen der Gedanke von Einzelkommissionen, Studienkommissionen, Hauptkommissionen, Unterkommissionen da. Sie sollten von Fall zu Fall eingerichtet werden, sofern man nicht sofort Stoff für sie hatte, blitzschnell und je nach Bedarf. Ihre Ergebnisse hatten sie dem „Rat der Zehn“ zu unterbreiten. Vom „Rat der Zehn“ hing es ab, was er in die Vollversammlung aller Staaten bringen wollte. Eigentlich hätte, sowie Sprache und Gliederung der Konferenz bestimmt waren, auch schon die erste Sitzung der Friedenskonferenz unverzüglich an ihre unmittelbare Arbeit gehen können. Aber da erhob sich vorher noch der französische Marschall Foch — —

Wenn hier in erlauchter Versammlung der Frieden der Welt auch vorbereitet wurde: für den Generalissimus war der Krieg noch nicht zu Ende. Deutschland war niedergeworfen. Aber der Kontinent flammte in Aufruhr. Vom Osten her drohte der zivilisierten Menschheit schwere Gefahr, über das erzitternde Deutschland, unfähig geworden

zu äußerem wie innerem Widerstande, mußte russischer Bolschewismus die Grenzen Frankreichs rasch erreichen. Dem General von Winterfeldt hatte im Walde von Compiègne der Generalstabschef des Marschalls auf seine Besorgnisse vor der Ausbreitung bolschewistischer Keime zwar kühl geantwortet:

„Der Sieger hat nichts zu fürchten". — —

Aber der Generalissimus war offenbar anderer Meinung als sein Generalstabschef. Marschall Foch fand, daß seine Truppen noch genug zu marschieren und zu fechten hätten. Er hatte ein Memorandum über einen neuen, ungeheuerlichen Kriegszug ausgearbeitet, der die verbündeten Heere durch Deutschland bis nach Moskau, von Moskau noch weiter führen sollte. Das Schicksal der napoleonischen Adler in den russischen Schneefeldern schreckte den Marschall nicht. Es war eine andere Zeit, es gab andere Mittel. Die amerikanischen Truppen zeigten noch die größte Frische. So sollte das Heer der Vereinigten Staaten den Hauptstock der Massen bilden, die zu der Expedition bestimmt werden konnten. Ihr erstes Ziel sollte Polen sein. Dann erfolgte die Abrechnung mit der Moskauer Gefahr von selbst.

Nicht nur der Präsident der Vereinigten Staaten war von der Idee des Generalissimus wenig erbaut. Wilson sah in den Ausstrahlungen der fremden Weltlehre, die von Moskau her nicht nur Rußland beherrschte, sondern überall in der Welt schwere Unruhe, Unheil, Umsturz zu stiften und zu betreiben begann, die allergrößte Gefahr. Aber er hatte die Auffassung, daß politischen und sozialen Problemen nicht durch Tanks und Kanonenschüsse beizukommen war. Auch hatte er sich nicht zu einer Friedenskonferenz begeben, um das Schießen fortsetzen zu lassen. Vor allem die kriegerischen Gewohnheiten der Militärs sollten abgelegt werden, so schnell es ging. Die amerikanischen Soldaten wollte er nicht weiter marschieren lassen, sie

sollten lieber nach Hause fahren. Nicht nur der Präsident der Vereinigten Staaten lehnte also den neuen Vormarsch ab, Lloyd George erblaßte sogar, da er die frischen Kriegsfanfaren hörte. Der englische Premier sah das nächste, wünschenswerte Ziel im baldigen Abmarsch der Soldaten Englands, soweit dies nur möglich war. Indes Marschall Foch an Kriegsplänen weiterarbeitete, schlugen daheim die Meutereien kriegsüberdrüssiger Soldaten hoch. Soeben war der englische Generalissimus Marschall Haig auf der Pariser Konferenz eingetroffen, nicht nur, um die Fragen der Demobilisierung zu besprechen, sondern um auf Demobilisierung zu drängen. Über die militärischen Aussichten des neuen Kriegszuges äußerte sich der englische Marschall vor der Konferenz gar nicht. Was ihn betraf, so hatte er das Wesen der Strategie Marschall Fochs schon immer darin gefunden, „daß die Engländer angriffen und dann, wenn wir siegten, alles sehr schön war“. Aber die Rivalitäten um den Ruhm der Vergangenheit berührten ihn nicht weiter. Nur für das erneute Einsetzen von Engländern war er nicht. Seine Forderung war vielmehr, daß schnellstens ein Ende des wirklichen Krieges herbeigeführt würde. Der englische Premierminister konnte andere Meinung gar nicht haben. Auch gab es nichts, was Lloyd George weniger liebte, als die ihm ferne, fremde und gar nicht sympathische Völkerschaft der Polen, die Marschall Foch ganz unvermutet retten wollte. Lloyd George verwarf das Abenteuer ebenso wie Präsident Wilson.

Nicht einmal der französische Ministerpräsident Clemenceau half dem großen, siegreichen Heerführer. Fast überall wollte der Ministerpräsident das gleiche wie der Marschall. Soldat und Staatsmann waren sich klar darüber, daß Frankreich anderes suchte, anderes brauchte als England oder Amerika oder irgendein Staat auf der Konferenz. Sie wußten beide, daß es für Frankreich fast überhaupt nur

eine Hauptforderung, ein Hauptproblem gab nach diesem Kriege: die Schaffung von Sicherheit vor ähnlichen Erlebnissen wie 1914. Selbst die Wiedererstattung von Verlorenem, die Entschädigungen für Einbußen durch den Krieg, die ganze Wiedergutmachungsfrage war nicht so wichtig wie die Frage der künftigen Sicherheit Frankreichs vor deutschem Überfall und deutscher Rache. Marschall und Staatsmann waren sich einig darüber, daß sie Frankreichs Soldaten noch lange nicht heimschicken durften. Frankreichs Heer war die Bürgschaft dafür, daß von Deutschland die Bedingungen des Friedens erfüllt würden, den man den Geschlagenen gewähren wollte. Marschall und Staatsmann waren sich fast einig darüber, daß das linke Rheinufer durch Besetzung weiter ein Faustpfand für die Friedenserfüllung bedeute. Nur daß der Ministerpräsident sich als Ende solcher Besetzung einen deutschen Pufferstaat vor Frankreichs Grenzen dachte, der Marschall aber — genau wie der Präsident der französischen Republik Poincaré, dem der Soldat näherstand als dem Ministerpräsidenten — einen völlig von Frankreich abhängigen Rheinlandstaat wünschte. Ein neuer, von Frankreich unbedingt beherrschter Rheinstaat, das Hinausschieben der Demobilisierung, auch der neue Kriegszug waren das Programm der französischen Militärpartei, deren Führer und Rufer der Marschall nicht einmal selbst auf hitzigste Art darstellte. Mit seinem Werk war Foch im Grunde zufrieden:

„Für gewisse Zeit haben wir von Deutschland nichts zu fürchten."

Was er militärisch, was er sonst als wirtschaftlichen und politischen Siegespreis von Deutschland forderte, erschien ihm durchaus gerecht und mäßig. Um der „Sicherheit" willen war mehr gar nicht nötig. Er wollte sich begnügen. Aber im Kriegsministerium wünschten die Generale Albi und Buat, die eigentlichen Häupter der Militärpartei, noch we-

sentlich mehr. In der Kammer überschrie der Führer der Exaltierten Lefèvre gleichfalls noch weit die vermeintlichen Forderungen des Marschalls Foch. Indes bot auch Mordaque, der Kabinettschef des Kriegsministers, alles auf, um bei dem Ministerpräsidenten Clemenceau — der zugleich Kriegsminister war — die militärischen Ziele über die Forderungen des Marschalls hinauszuspannen. Aber den Marschall selbst beschäftigte das geschlagene Deutschland eigentlich nicht mehr allzuviel. Zwischen den Staatsmännern wollte er natürlich mitsprechen. Ihre Politik, ihre neue Ordnung der Welt sollte selbstverständlich der Ausdruck des großen, nicht umsonst errungenen Sieges sein. Aber stärker als alle Politik war der Soldat in Marschall Foch, der reine, kriegwollende Soldat, der die Möglichkeit einer Neuordnung mit den Waffen geschaffen hatte, der die Waffen noch in den Händen hielt, der sie nützen wollte. Der Einmarsch in Berlin war versäumt. Verspäteter Einmarsch ohne Kampf war kein Marschallstriumph. So wollte er die Waffen nach Rußland tragen. Aber der Ministerpräsident schrie ihn an...

Nicht nur um der Rücksicht willen, die er auf die Ansichten der Verbündeten nehmen wollte und nehmen mußte. Nicht nur, weil auch ihm — nach vier Jahren des Krieges — militärische Glanztaten vor Moskau überflüssig schienen. Vertraute Zeugen hatten zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Marschall nur wenige Unterredungen mitangehört, die ohne Heftigkeit, ohne Sturm zum Schluß verlaufen waren, obgleich ihre Auffassungen über den kommenden Frieden sich fast deckten. Der Marschall war kurz angebunden, voll Schroffheit, wenn er sich herausgefordert glaubte, voll Befehlsschärfe, wenn seinen Wünschen nicht soldatisch schnelle Ausführung, die Ausführung ohne Denken und Deuten wurde. Vielen schien, daß er so überhaupt nur wenig von französischem Wesen hatte. Der Ministerpräsident brach rauh gegen alle los, die seinen

Weg zu ungelegener Zeit oder mit anderer Meinung kreuzten. Im Wort war George Clemenceau brutal, er scheute Szenen nicht. Er führte sie herbei. Er brach sie nicht ab, wenn beliebige Zuhörerschaft ihn peinlich betroffen umstand. Er sagte alles, hörte brüsk auf, dann ging er. In Frankreich war er die eine Gottheit neben Marschall Foch. Die Temperamente der beiden stießen aneinander: fast immer stoben die Funken. Aber mit dem Marschall zerstritt sich der Ministerpräsident, obgleich sie sachlich fast überall einer Meinung waren, doch nicht nur aus Gründen gleich heißer, rasch aufpolternder Wesensart. Der Ministerpräsident haßte die Generale, sah sehr von oben auf sie herab, verachtete sie:

„Als ich noch Journalist war, mußte ich die Hände in die Taschen stecken, damit sie sie nicht küssen" — —

Jetzt war es das Erste, daß der Ministerpräsident und Kriegsminister die Generale aus den Sitzungssälen der Konferenz hinauswarf. Vom Ostfeldzug des Marschalls wollte er nichts wissen. Von den Generalen überhaupt wollte er nichts mehr wissen. Fünf Staatsoberhäupter genügten, um einen Frieden auszudenken. Anders hätte der immer stille, schon etwas alt gewordene Pichon, gehorsam allen Weisungen, die er, ebenso häufig angefahren wie alle anderen, vom Ministerpräsidenten empfing, nie den Vorschlag vor der Konferenz gewagt: „daß die Zusammenkünfte ohne die Militärs fortgeführt werden sollten, die sich darauf zurückzogen" — —

Der Kampfplan des Marschalls war abgelehnt. Die Generale selbst waren aus den Sitzungssälen fort. Auch die kleinen Nationen waren fort, die den Ministerpräsidenten Clemenceau nun nicht mehr störten. Reine staatsmännische Konferenzluft wehte. Am nächsten Morgen überreichte der Präsident der Vereinigten Staaten die „Liste von Gegenständen", die er sich für die Reihenfolge der Konferenzarbeiten zurechtgelegt hatte:

„Völkerbund"
„Reparation"
„Neue Staaten"
„Grenzen"
„Kolonien"

Die Konferenz nahm Liste und Reihenfolge an. Die wirkliche Arbeit sollte beginnen. Der Präsident der Vereinigten Staaten rollte die Frage des Völkerbundes unverzüglich auf.

Der Völkerbund

Der erste Versuch des englischen Barons Phillimore aus dem Frühjahre 1918, die Umrisse für einen Völkerbund wenigstens in großen Zügen darzustellen, hatte durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten manche Änderung und Ausgestaltung erfahren.

Unter achtzehn Artikeln waren die Forderungen nach irgendeinem, von dem Baron noch nicht näher bezeichneten Schiedsgericht, das die Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des beabsichtigten Bundes untersuchen und schlichten sollte, und der Vollzug von Strafen durch Anwendung von Gewalt, wenn ein Völkerbundmitglied dem Schiedsgericht sich nicht fügen wollte, die beiden Artikel von grundlegender Art gewesen. Dann hatte der Präsident aufmerksam die Vorschläge studiert, die ihm Oberst House einige Monate später überreichte. Er hatte die verschwommene „indirekte Garantie", die der „Phillimorebericht" den Völkern durch Schiedsgericht und Strafmöglichkeit für ihre Sicherheit gewähren wollte, in den Satzungen durch eine „direkte Garantie" ersetzt. Sie sprach es als unumstößlich aus, daß sie den Völkern des Bundes — wie Oberst House nach dem Beispiel aus der Verfassung der amerikanischen Staaten vorschlug — „territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit" verbürgte. Der amerikanische Oberst hatte sich eine solche „direkte Garantie" dabei nicht als eine starre Formel gedacht, die bei keiner Entwicklung notwendigen Änderungen sich anpassen könnte. Sie sollte im Gegenteil „elastisch" sein: beeinflußbar durch das Selbstbestimmungs-

recht der Völker, beeinflußbar also durch obersten Spruch des Bundes. Der Oberst hatte indes noch weitere Einfälle gehabt. Ein besonderes Sekretariat sollte die Arbeiten des Völkerbundes versehen. Ein internationaler Gerichtshof sollte gegründet und ein Teil des Bundes werden. Für Strafmöglichkeit gegenüber Widerspenstigen war auch Oberst House, nur schien ihm das Mittel der Blockade wirksamer, dabei minder brutal, als Waffengewalt. Den Gedanken an ein Völkerbundsekretariat hatte Präsident Wilson übernommen, was indes den internationalen Gerichtshof betraf, so hatte er sich zunächst für ihn entschieden, dann den Gedanken wieder fallen gelassen. Die Blockade als Strafmittel hatte er abgelehnt. Wenn es so hohe Ziele galt, wie Gerechtigkeit und Verhinderung des Unrechts, waren dem Präsidenten auch blutige, harte Waffen nur recht, um die hohen Ziele durchzusetzen.

Mit einem Entwurf, der eine Mischung der Gedanken Baron Phillimores und Oberst House's zeigte, war der Präsident nach Europa gekommen. Fast unmittelbar nach der Ankunft in Frankreich wurden ihm zwei weitere Entwürfe überreicht: die Vorschläge des südafrikanischen Generalleutnants Smuts und des Lords Robert Cecil. Präsident Wilson, dankbar für jede Anregung, die seine Lieblingsidee, seine Grundidee von einem dauernden Weltfrieden ausbauen konnte, studierte auch die Pläne der Engländer genau. Der Generalleutnant wünschte für den Völkerbund einen großen, mit aller Machtfülle ausgestatteten „Rat“. Er schlug für die Gebiete, die von den besiegten Mächten abgetrennt werden sollten, von den Mittelmächten, von der Türkei, auch für die Gebiete Rußlands, über die man neu bestimmen sollte, ein System der „Mandate“ vor. Die plötzlich heimatlos gewordenen Länder — deren Selbstbestimmungsrecht eben die alte Heimat ablehnte — sollten unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden, der Völkerbund sollte bestimmen, wer und wie man diese

Länder zu verwalten hätte. Auch wollte der Generalleutnant die kleinen Staaten im Bunde vertreten wissen, zum Schlusse forderte er Beschränkung der Rüstungen von allen Mitgliedern.

Lord Robert Cecil war dem Völkerbundgedanken längst eifrig zugeneigt: überhaupt ein Mann friedlicher Völkerentwicklung, soweit es die weißen, kultivierten Nationen anging. Hochmütig abgeschlossen nur vor der Berührung mit Farbigen, zeigte er sich, wo immer es darum ging, unter Abendländern jeder Entscheidung mit waffenklirrender Faust abhold. Er war ein Kopf voll klarer Ausdruckskraft und vor allem von ruhiger Furchtlosigkeit, wenn er unangenehmen Zwischenfällen auf die Spur kam und sie unverzüglich aufdeckte. Lord Robert Cecil teilte die Smutsschen Ideen fast alle. Gleich dem Generalleutnant dachte er sich an der Völkerbundspitze einen beherrschenden Rat oder irgendeine höhere, in der Zahl begrenzte und ausgewählte Körperschaft. Die Fähigkeiten der kleinen Staaten schätzte er, der Staatsmann aus politisch seit Jahrhunderten erzogenem, überlegenem Volk, nicht ganz so gläubig ein, wie der Südafrikaner. In der höchsten, entscheidenden Körperschaft wünschte der Lord ausschließlich die Vertreter großer Mächte.

Der Präsident der Vereinigten Staaten nahm begierig auch diese neuen Anregungen auf. Vor allem gefiel ihm, dem Völkerbund die besondere Repräsentation und geschlossene Macht eines „Rates“ zu geben, aber abgesehen von solch technischer Ausgestaltung, hatte vor allem das ihm vorgeschlagene Mandatsystem sofort seinen Beifall und seine Zustimmung. Er arbeitete jetzt einen ganz neuen Entwurf, vereinigte alle ihm brauchbar scheinenden Niederschläge — aus den Gedanken Baron Phillimores und Oberst House's, aus den Satzungen des Generalleutnants und des Lords — in einer einzigen, möglichst kurzen Fassung. Seine ganze Art zu arbeiten, das Kompilatorische

seines Wesens, seine literarisch angewehte Neigung, sich oft an Worte besonders hinzugeben, weil sie ihm gefielen, selbst Unkontrollierbares und Abergläubisches in ihm wurde nirgends sichtbarer, als an diesem zweiten Völkerbundentwurf. Noch drüben in der Union hatte er, so oft er vom „Covenant“, dem „Bunde“, in seinen öffentlichen Reden sprach, sich gern als „Covenanter“ bezeichnet. Inhalt und Klang des Ausdrucks liebte er gleich stark, vielleicht auch nur, weil er mit einem einzigen Worte allen einprägen wollte, was ihm der Sinn, Bezirk und Umfang seiner Sendung schien. Jetzt nahm er das Smutssche Wort vom „Mandatar“ herüber. Es hatte den ethischen Beigeschmack, den er für seinen Inhalt suchte, den er aber selbst, spröde und karg in schöpferischer Arbeit, immer nur ein Übernehmer, Absucher nach Passendem und dann ein harter Weiterbauer, nicht hatte finden können. Den Völkerbundentwurf des Obersten House hatte er schon im Juli 1918, als er ihn empfing, in der Zahl seiner Artikel vermindert. Er hatte die Zahl seiner Bestimmungen auf dreizehn herabgesetzt. Er blieb bei dieser Zahl, denn was auch an Neuem aus frischeren Vorschlägen hinzukommen mochte, preßte er lieber in Zusätze, als in neue Satzungen. Dann legte er, was er als vorläufigen Schlußentwurf selbst in kalte Maschinenschrift gegossen hatte, zu den vielen Maschinenschriftstücken, die er bisher gesammelt hatte. Der Schlußentwurf war noch nicht das Endergebnis. Denn abermals neue Anregungen kamen ihm: keine durch ihn selbst.

Gedanken von der Stockholmer Arbeiterkonferenz flatterten verspätet noch einmal auf. Die Bestimmungen über Arbeiterschutz mußten schärfer gefaßt werden, sie mußten verbessert werden. Von den amerikanischen Juden, die Menschen waren, wie alle anderen auch, kamen Abgesandte, die Vorschläge über Rassenschutz brachten. General Tasker H. Bliss, der vernünftige, militärische Be-

rater des Präsidenten, ein sonderbarer Soldat, wenn man ihn mit den Generalen Frankreichs oder irgendeiner anderen Kriegsmacht verglich, ein Mann mit schweren, versponnenen Augen, die nur allmählich im Sprechen erwachten, aber dann in der Erhitzung des Gesprächs ein starkes, reines Feuer zu bekommen pflegten, dieser merkwürdige Krieger, der für Völkerbundideen und Abrüstungsgedanken, für schleunigste Heimschaffung der Truppen eintrat, damit sie wieder in den Fabriken, in den Kontoren arbeiten sollten, hatte auch noch über die Waffenmacht des Völkerbundes etwas zu sagen, wenn sie zustande käme. Sie sollte nicht verwendet werden dürfen, wenn es sich um innere Unruhen eines Staates handelte. Jedes Volk sollte seine innere Ordnung nach eigenem Gutdünken einrichten und verteidigen. Keinen dieser vielen Gedanken wollte der Präsident unberücksichtigt oder wenigstens unerwogen lassen. Nur was sein eigener Staatssekretär Lansing an Anregungen beisteuerte, schien ihm kaum der Prüfung wert. Der Staatssekretär war gegen alle Gewaltmittel im Völkerbund. Von Waffenanwendung gegen Störrische wollte er gar nichts wissen, die Blockade schien ihm zu hart. Der Abbruch der Beziehungen gegenüber Störenfrieden genügte ihm: der Staatssekretär war weder für „indirekte", noch „direkte", sondern für „negative" Garantien. Er fand auch das System der Mandate bedenklich. Eines Tages konnte den Vereinigten Staaten zugemutet werden, selbst ein Mandat über irgendeine fremde, ferne Völkerschaft auszuüben. Amerika aber sollte in Amerika bleiben. Der Staatssekretär war skeptisch, wenn sein Präsident sittlich durchglühte Reden über die Pflicht der Starken, vor allem Amerikas hielt, daß sie dem Dienste an der Menschheit sich hingeben, nicht Rechte schaffen und Rechte verteilen sollten. Der Staatssekretär stand überhaupt vor vielen Dingen im Gegensatz zu seinem Präsidenten. Der Präsident pflegte selten mit ihm zu sprechen, ihn selten

zu sehen, das Wichtigste erledigte er schriftlich — stumm ging er an ihm vorüber. Vom Schwarm der Anreger und Gedankenbringer stand der Staatssekretär Lansing abseits. Bei Konferenzen kam es häufig, daß er nur mit Karikaturenzeichnen sich beschäftigte. Der Präsident kümmerte sich auch in der Völkerbundfrage um den Staatssekretär nicht. Material für ihre Ausarbeitung besaß er genug. Jetzt arbeitete er seinen dritten Völkerbundentwurf. Und hatte ihn fertig, als er, gleich am zweiten Sitzungstage, den Kampf um sein Friedensziel, um sein Menschheitsziel eröffnete.

Natürlich wollten alle Mächte den Völkerbund. Als der Präsident der französischen Republik Poincaré mit dem Ministerpräsidenten Clemenceau dem Premierminister Lloyd George am 1. Dezember 1918 einen Besuch in London abstattete, wußte keiner der Drei, welch eine Art Mensch dieser Gelehrte, welch ein Art Staatsmann dieser Präsident war. Sie hatten sich über ihre Wünsche in der syrischen Frage unterhalten, die eine Teilfrage der türkischen Neuordnung war, aber nicht einmal ihre Stellung gegenüber dem Präsidenten hatten sie genauer festlegen können. Sie wußten noch jetzt nicht, wie es im Innern des Professors aussah, was wahr und stark an ihm war, was sich vielleicht umbiegen oder gewinnen ließ. Nicht nur der „oberste Kriegsrat", dessen Köpfe zugleich die Befehler der Konferenz wurden, wußte bloß Ungenaues über den Mächtigsten in seiner Mitte. Niemand wußte etwas. Aber alle wußten, daß er eine Lieblingsidee, vielleicht auch eine fixe Idee hatte: den Völkerbund. Alle Mächte wollten also die Völkerverbrüderung nicht minder — —

Lord Robert Cecil, der Sprecher der Engländer, hatte ehrliche Vorschläge getan. Die Italiener hatten eine Satzung ausgearbeitet, wie sie sich das künftige Zusammengehen der Nationen dachten. Die Sicherung des Friedens durch einen Völkerbund schien selbst den Fran-

zosen wichtig. Für sie hatte der Gelehrte Léon Bourgeois in fünf klaren Abschnitten zusammengetragen, was Frankreich zu dem Problem beisteuern konnte. Einige Unstimmigkeit herrschte nur über die Grundsätze, auf denen der Bund sich aufbauen, und über die Rolle, die ihm im Gesamtrahmen des Friedensvertrages zugewiesen werden sollte. Der Präsident der Vereinigten Staaten hatte die Auffassung, daß Friedensvertrag und Völkerbundbestimmungen selbstverständlich ein einziges, alle verpflichtendes Instrument werden müßten. Er hatte nicht umsonst jetzt neunzehn Punkte ergrübelt, die auf alles paßten, alles auf die beste Art ordneten, neunzehn große, bequeme Bogen über den Völkern der Welt, weit genug, um alles darunter an den rechten Ort und Platz einzuordnen, wenn man, was er als Gesamtgebäude erdacht, nur willig und richtig annahm. Eigentlich war der Friedensvertrag selbst für den Präsidenten nur eine Ergänzung, eine Ordnung von Einzelheiten, wie sie sich nach dem großen Kriege gerade ergeben hatten. Der Völkerbund aber, die geistige und ethische Lehre aus dem Kriege, sollte Ewiges sein. Die Einzelheiten würden sich ändern: die Grundlinien schwer gefundenen, sittlichen Vermächtnisses sollten bleiben. Dem Präsidenten schien der Völkerbund der wichtigste Inhalt des Friedensvertrages. Aber schon die Engländer schwankten. Sie wußten nicht, ob es gerade allzu klug war, ethische Bindungen schon jetzt unbedingt mit irdischen Einzelheiten zu verknüpfen, ob es nicht besser war, die beiden Schöpfungen jede für sich zu gestalten und jede für sich bestehen zu lassen: neben dem Friedensvertrag einen Völkerbund. Den Franzosen war vor allem der Friedensvertrag und der Abschluß seiner Bedingungen wichtig. Auch wenn die Arbeit, die in stiller Gelehrtenstube von Léon Bourgeois besorgt wurde, sich nach Sinn und Absicht gar nicht so sehr von den französischen Wünschen für den Frieden entfernten. Denn die eine Hauptforderung des Ge-

lehrten war die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für alle Völkerbundmitglieder. Seine zweite Forderung war ein mächtiger, internationaler Generalstab. Aber es schien, daß der Präsident der Vereinigten Staaten sich durch keinerlei Verschiedenheit der Auffassungen an der Durchsetzung der eigenen Wünsche wollte irre machen lassen. Der „Rat der Zehn“ versammelte sich nunmehr jeden Tag. Schon schwirrten die Einzelheiten der Friedenswünsche auf. Aber der Präsident blieb hartnäckig bei seiner Meinung, die den Völkerbund als den wichtigsten Punkt des Vertrages bezeichnete. Zwei Tage, nachdem er das Thema aufgerührt, hatten die Engländer ihre Völkerbundvorschläge eingereicht. Ihr Entgegenkommen bestärkte den Präsidenten darin, artig auf alles zu hören, aber dennoch nur vom Völkerbunde weiterzusprechen. Der „Rat der Zehn“ begann nach Atem zu ringen. Er hatte sich die nächsten und ersten Verhandlungen über die Probleme des Friedens auf anderen Gebieten gedacht. Wenige Tage nach dem Beginn der Konferenz war in großer Vollsitzung der Präsident der Republik Poincaré erschienen, um alle Abgesandten in sorgsam gefeilter Rede zu begrüßen, und der feierliche Akt hatte damit geschlossen, daß der französische Ministerpräsident zum Vorsitzenden der ganzen Konferenz gewählt wurde. Aber auch der größere Mut, der den neuen Konferenzpräsidenten vor seinem Vorgänger Pichon auszeichnete, lockte den Präsidenten der Vereinigten Staaten vom Völkerbunde nicht fort. Noch vier Tage rieben sich die Gespräche weiter. Dann fand der „Rat der Zehn“, daß es das Richtige und Beste wäre, den ganzen Völkerbundgedanken einer besonderen Kommission anzuvertrauen. Sie zu lenken, in ihr zu wirken, sollte dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vorbehalten sein. Dem Präsidenten war damit große Ehrung geschehen. Der neuen Völkerbundskommission fiel der Glanz und die Macht ihres einflußreichen Leiters zu. Die

ganze Völkerbundidee erstrahlte dadurch stärker. Der „Rat der Zehn“ konnte sich so auch leichter anderen, wichtigen Aufgaben zuwenden. Etwa der Frage der Kolonien. Der Abrüstungsfrage. Den „Reparationen“ — —

Aber der Präsident der Vereinigten Staaten, so schnell er durch Geschäfte ermüdete, so sehr die vielfache Betätigung ihn anzustrengen schien, ließ sich dennoch weder durch Erschöpfung noch durch scheinbar fördernde Ablenkung von seinem Richtziel fortführen. Eine Völkerbundkommission war viel. Aber nur die Zustimmung der Mächte zum Bunde war alles. Die Engländer hatten ihre Zustimmung zur Wichtigkeit der Völkerbundsatzung im Friedensvertrage bisher sehr vorsichtig gefaßt. Die Franzosen waren klarer gewesen: „Dieser Bund soll als Teil des Friedens geschaffen werden.“ Sie waren in sophistischer Fassung also für Absplitterung. Friedensvertrag und Völkerbund waren für sie zweierlei. Der Präsident aber hatte den wichtigsten Teil seiner Arbeit auf die Verbesserung und Verschärfung der englischen Zustimmung verwendet. Zwei Wochen nach Beginn der Friedenskonferenz, am 25. Januar, verlas er seine Forderung in der Vollsitzung der Nationen:

„Dieser Bund soll als ein integrierender Bestandteil des allgemeinen Friedensvertrages geschaffen werden“ — —

Die Versammlung der Nationen nahm die Forderung an. Sie wurde zum Beschluß. Der erste, große Sieg war bei dem Präsidenten der Vereinigten Staaten. Er atmete hoch auf. Jetzt war er auch für Einzelheiten im „Rat der Zehn“ zu sprechen. Auch im Kampf. Denn seit drei Tagen gingen im „Rat der Zehn“ die ersten Anzeichen von ernsten Zusammenstößen der erbitterten Friedensfreunde.

Ethik und Kolonien

Unvermittelt war im „Rat der Zehn", dennoch von jedem erwünscht, außer vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, das Wort von den Kolonien gefallen. Der englische Premierminister hatte es in den Rat geworfen, durchaus bereit, die ethischen Aufgaben Woodrow Wilsons zu seiner eigenen Aufgabe zu machen, ebenso bereit, nicht eines der wichtigsten Ziele zu vergessen, die das britische Reich auf der Konferenz erstreben wollte. Die Kunst des Staatsmannes Lloyd George mußte es sein, beide Bereitschaften ohne Reibung zu erfüllen.

Im „Rat der Zehn", unter allen Abgesandten zur Pariser Konferenz, war niemand beweglicher, niemand bestrickender, niemand registerreicher als Lloyd George, der gepflegte Mann mit dem weißen Lockenhaupt über rosigen, vollendet rasierten Wangen, mit schnellen Bewegungen und eindrucksvollen Gebärden, sichtbar verwöhnt von allen Äußerlichkeiten des Lebens, gebunden an sie, wie an seine Teestunde, der Mann des Augenblicks und seiner Forderungen, die er blitzartig erfaßte und sturmartig vertrat. Ein Meister der Rede, die seine Zuhörer wie ein Mantel einhüllte, wie eine Flut überströmte, spielte und beherrschte Lloyd George alle Register. Er wechselte sie, wie das Raketenwerk seiner Blicke: sie sahen freundlich drein, warm wie das liberale England, sie blickten im Zuhören listig, wenn Gefahr aufstieg, sie wurden die Augen eines Fuchses, der der längst erkannten Falle entwischt, sprühten plötzlich wieder gut dirigierte Blitze und männliche Entschlossenheit, hinter der abermals jeder England sah — dann aber das andere England, das ihn als Geschäftsunterhändler

geschickt hatte, das starke, meerbeherrschende England, das vor allem mitzusprechen hatte in der Welt. Wenn der zähe, schwer denkende und die Gedanken mühsam tragende Präsident Wilson bei einer Völkerbundsatzung etwa sich ruhelos abmühte, irgendeine wichtige Bestimmung, um sie dauerhaft noch in ferne Zeiten zu retten, besonders „elastisch" zu gestalten, so war nichts dauerhafter, nichts leichter für Lloyd George, als gerade Elastizität. Natürlich sah manches Problem von einem Tag zum anderen Tage anders aus. Natürlich sah der englische Premierminister dann gleichfalls von einem zum nächsten Tage anders aus. Sicherlich war Menschlichkeit sein wahrer Unterton. Wilsons Völkereintracht war allen erwünscht, Sittlichkeit war immer zu vertreten. Klug angewandt, deckte sie vielleicht auch die Zukunft, an die Lloyd George nur manchmal dachte. Aber zunächst, in lebendiger, ihm nützlich zugewandter Gegenwart, war gerade im Rahmen der Menschlichkeit nichts Menschliches ihm fremd. Nur wer dies nicht verstand, mochte von den Extremen überrascht sein, in die ihn sein Register von heute auf morgen, vom Vormittag zum Nachmittag, vom Anfang zum Ende einer Sitzung trieb. Ein italienischer Abgesandter fand ihn — nicht ohne überlegen anerkennende Heiterkeit — verworren:

„Lloyd George will in jedem Augenblick verschiedene andere Sachen."

Aber es war nur Pfiffigkeit. Philipp Kerr, der Sekretär des Premierministers, gab zu, daß Lloyd George sich Unabhängigkeit zu wahren wußte. Er wollte, was unter jedem Eindruck, unter jedem neuen Ereignis, unter jedem Ausblick England und Englands öffentliche Meinung wollte. England aber wollte endlich Kolonien.

Plötzlich schlug der Premierminister vor, über die Zukunft der Kolonien zu sprechen, die man Deutschland mi-

litärisch bereits abgenommen hatte, und, da die Gespräche über koloniale Fragen eben eröffnet werden sollten, zugleich auch die Zukunft türkischer Länderstücke zu beraten. Der französische Ministerpräsident fand die Anregung sehr natürlich, denn ihn machte das Schicksal von Togo und Kamerun besorgt, und Baron Sonnino hatte gegen die Beratung über die Kolonien auch nichts einzuwenden, denn er erinnerte sich, daß der englische Premierminister ihm Smyrna für Italien versprochen hatte. Unnötig schien es den drei Ministern, schon jetzt im Drange wichtiger Geschäfte den Präsidenten der Vereinigten Staaten darüber aufzuklären, was die Großmächte einander überhaupt versprochen hatten. Irgend etwas mußte endlich in Angriff genommen werden, auch außerhalb des Völkerbundes. Lloyd George versicherte, „die orientalischen und die Kolonialfragen wären weniger kompliziert" —, hier war für die Konferenzarbeit daher die Möglichkeit eines positiven Anfangs. Aber der britische Premierminister irrte.

Dringender als die Ordnung aller Zustände in den Kolonien, wichtiger als gerade ihre Zukunft, an die er in seinem Völkerbundsentwurf ohnehin gedacht hatte, erschienen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten die Zustände in Europa. Die neuen Grenzen der Kulturvölker wogen schwerer als alle anderen Grenzen. Europas Leiden abzukürzen, war erste Pflicht. Im britischen Premierminister siegte daraufhin die Menschlichkeit, obgleich er an diesem Tage sehr durch Besuche beschäftigt war, die er am nächsten Morgen dem „Rate der Zehn" vorstellte. Dem Beschlusse des Rates, daß alle europäischen Staaten zunächst ihre Grenzansprüche ansagen sollten, hatte auch Lloyd George zugestimmt, aber niemand durfte dem ersten Minister Großbritanniens wehren, daß er seine Besucher — „die Ministerpräsidenten der Dominien" — verschiedene Wünsche und Auffassungen vor dem Präsidenten Wilson selbst

aussprechen ließ. Lloyd George konnte gar nicht anders. Freilich wollten die Ministerpräsidenten der Dominien den Besitz der deutschen Kolonien: Kanadier, Neuseeländer, Australier hatten sie erobert. Die Ordnung in Europa interessierte sie nicht. Lloyd George hielt während ihrer Ausführungen sein Temperament zurück. Es war Sache der Dominien, sich für Dinge zu erhitzen, die sie selbst wollten. Seine Meinung war nur, keinesfalls Deutschland die Kolonien zurückzugeben. Der italienische Ministerpräsident Orlando, sonst immer stumm im „Rat der Zehn“, stimmte ohne weiteres zu. Baron Makino, der Abgesandte des Mikado, in der Regel überhaupt den Beratungen fern, hatte offenbar gewußt, daß der englische Premierminister spontan über Kolonien verhandeln wollte. Vornehm und leise, wie der japanische Aristokrat sich immer gab, hatte Baron Makino schon am Vortage der Behandlung der Kolonien beigepflichtet. Wenn Japan endlich Schantung erhalten sollte, dazu die früher deutschen Inseln im Pazifik nördlich des Äquators, die England ihm beide zugesagt hatte, so mußte auch er die endgültige Fortnahme des deutschen Kolonialbesitzes selbstverständlich nennen. Sachlich gestärkt durch das Mitgehen seiner gleichdenkenden Verbündeten, hielt jetzt der britische Premierminister eine große Rede, eine seiner blitzenden, sonnenklar aufgebauten, meist allen Widerstand niederrennenden Reden, die dem ganzen Kolonialproblem auf den Grund ging. Man konnte den Völkerbund die Kolonien verwalten lassen. Oder der Völkerbund konnte die Kolonien bestimmten Mandataren anvertrauen. Oder man konnte Kolonien auch annektieren. Eine vierte Lösung gab es nicht. Übrigens wäre es, was die englischen Dominien betraf, das Allerbeste, wenn man die Bestimmung über früheren deutschen Besitz gar nicht als eine Frage von Kolonien, sondern „als einen Teil der Dominien behandelte, die sie ja erobert hätten“ — —

Der Präsident der Vereinigten Staaten erkannte Ziel und

Richtung des Ansturms. Höflich, indes bestimmt, widersprach er, ermattet von dem vielen Hin und Her, bedrückte Enttäuschung im Gesicht, dennoch entschlossen bei seinen Grundsätzen. Als hätte er nie den Vorschlag eines Völkerbunds getan, als hätte er nie Mandate für die Unentwickelten, für die Kinder unter den Völkern verlangt, als hätte er nie das Wort in die Welt gerufen: „Völker und Provinzen lassen sich nicht von Staat zu Staat verschachern und verschieben wie leblose Waren oder Spielfiguren" — maskenlos, dürr, nüchtern wurde hier um Landbeute und Menschenbesitz gerungen. Er sah hinüber zu Generalleutnant Jan Smuts, dem er nicht genug hatte danken können für all die Anregungen, die dieser kluge, menschliche Soldat ihm für seinen Völkerbund gegeben. Smuts selbst hatte zum erstenmal das Wort vom „Mandatar" gesprochen. Von ihm hatte er überhaupt das „Mandatsystem" übernommen. Aber in der Kolonialfrage war, wenigstens was Südwestafrika betraf, der Burengeneral für bedingungslose Überantwortung der deutschen Kolonie an seine Heimat. Natürlich hatte Smuts das „Mandatsystem" ehrlich gewünscht: für die von den Mittelmächten in Europa abgetrennten Gebiete, für Länder, die von der Türkei befreit werden sollten. Südafrika war eine andere Angelegenheit, Südafrika lag nicht in Europa. Seit Tagen ging nunmehr schon der Kampf um das Kolonienschicksal — am Völkerbund vorbei, über den Völkerbund hinweg, als sollte es keinen Völkerbund geben. Sinnlos fand Präsident Wilson den ganzen Bund, wenn er erst geschaffen wurde nach der Verteilung der Welt — in alter, nur Werte anerkennender, Werte berechnender Art. Sinnlos mußten ihn dann auch die andern finden, die freilich gerade die Sinnlosigkeit, die Harmlosigkeit, die Unschädlichkeit des Bundes wollten. Sie alle gedachten sittlich zu sein, uneigennützig zu sein, im Völkerbund sich menschheitsfroh zu vereinen, — wenn der Besitz, der Neubesitz

aus dem Kriege geborgen war. Nicht früher. So stand der französische Kolonialminister Simon auf. Er wollte „das von ihm begonnene Werk der Zivilisation in Zentralafrika" weiterführen. Frankreich hätte ein verbürgtes Recht auf uneingeschränktes Eigentum an diesem Gebiete. Ein Briefwechsel zwischen dem französischen Außenminister Cambon und Sir Edward Grey, noch aus der Zeit des Krieges, den er mitteilen könne — —

Da erschrak der englische Premierminister. Dies war nicht der Augenblick, von geheimen Briefwechseln, überhaupt von Geheimverträgen zu sprechen. Aber die Geduld des Präsidenten der Vereinigten Staaten war erschöpft. Die wichtigsten Grundsätze seines Völkerbundes ließ er sich nicht niederreißen. Den Bund nicht verhöhnen. Kein Volk sollte verschachert werden. Auf dem System der Mandate bestand er jetzt. Vor keiner Frage sah er deutlicher, daß der Völkerbund das Erste war, das geschaffen werden mußte. Sonst wurde er verneint, außerhalb seines Rahmens, noch ehe er geschaffen wurde. Seit fünfzehn Tagen verhandelte er, redete in das Gewissen der Versammlung, erhitzte sich in heiligem Willen. Niemand leistete ihm, außer mit schönen Worten, in Wahrheit Gefolgschaft. So ging es nicht weiter. Der Präsident der Vereinigten Staaten, der sich eine neue Weltbotschaft, eine neue Heilslehre abgerungen, war kein Diplomatenspielzeug. Er vermochte auch anders zu sprechen.

Er drohte mit seiner Abreise.

Woodrow Wilsons Gestalt hob sich im Augenblick gewaltig, lichtvoll am Himmel der Konferenz ab. Aber an den Rändern des Horizonts stiegen die Schatten empor. Die Tage verrannen, sie wurden zu Wochen, die Sitzungen des „Rats der Zehn" lösten einander ab, die Konferenz hatte im Grunde ein einziges Thema: den Völkerbund — nichts weiter geschah. Viele andere Themen schwirrten auf.

Aber es war nur Höflichkeit, daß man sich mit den Anlegenheiten der Tschechen, der Rumänen, der Polen beschäftigte, deren Vertreter genau so ungeduldig der Erledigung ihrer Wünsche harrten, wie die Sprecher der Großmächte. Den ersten Vorstoß um die Kolonien hatte der Präsident abzuwehren gewußt. Was die Andeutungen über geheime Abmachungen der Mächte untereinander aus der Zeit des Krieges betraf, so schien es, als sähe der Präsident über solche Dinge hinweg. Sie bestanden für ihn nicht. Er beschäftigte sich mit ihnen nicht. Sie waren ihm nicht wichtig:

„Da die Vereinigten Staaten nicht durch irgendeinen der in Frage kommenden (geheimen) Verträge gebunden sind, sind sie durchaus bereit, einen Ausgleich auf Grund von Tatsachen anzuerkennen."

Was der Präsident mit den „Tatsachen" meinte, gefiel niemand. Sein Wissen über die Probleme der Konferenz hatte er aus den Gutachten der Sachverständigen geschöpft, die er nicht umsonst um den Oberst House sich hatte versammeln lassen. Wenn es nötig war, über neue Themen oder noch unerforschte Gebiete, über Völker und Länder zu entscheiden, deren Beschaffenheit, Zugehörigkeit, Schicksal zu Zweifeln führte, so sollten abermals die Sachverständigen zu Rate gezogen werden, auf deren Bericht die Konferenz ihr Urteil aufbauen konnte. Die Kommissionen, die nach der Meinung des Präsidenten in alle Welt dazu hinausziehen sollten, dachte er sich als eine Expertengruppe, die sich aus Sachverständigen verschiedener Nationen zusammensetzte. Nur, was sie an „Tatsachen" zusammenholten, sollte für alle Entschlüsse entscheidend sein. Für seine eigenen Entschlüsse unbedingt. Lloyd George half dem Präsidenten. Die Rumänen waren gekommen und hatten Grenzansprüche gestellt. Der englische Premierminister erkannte die Schwierigkeit an, derlei Dinge in Pariser Gesprächen allein zu ordnen. Eine Gruppe von

Fachmännern, von Engländern, Franzosen, Amerikanern, Italienern sollte vorerst in den rumänischen Grenzgebieten genauen Studien nachgehen.

„Was für eine Art von Fachmännern?“ fragte der italienische Ministerpräsident Orlando. Er hätte keine. „Sie dürften auch schwer zu finden sein.“

Wenn der italienische Ministerpräsident sich für rumänische Fragen mit Nachprüfern von behaupteten Tatsachen einverstanden erklärte, so erschienen eines Tages Sachverständige auch in anderen Gebieten, in denen Italien weniger die Tatsachen als der Besitz wichtig waren. Der italienische Ministerpräsident sprach sich ganz und gar gegen Verzögerungen durch Sachverständige aus. Er brauchte sie überhaupt nicht.

Aber der Präsident der Vereinigten Staaten gab nicht nach. Er setzte seinen Willen durch. Die Verwendung und Anhörung von Sachverständigen wurde beschlossen. Schlimm war, daß der Präsident in gar keinem Punkte, in gar keiner seiner Ansichten Zugeständnisse machen wollte. Als Vorsitzender der Friedenskonferenz ließ der Ministerpräsident Clemenceau die Themen im „Rat der Zehn“ mit meisterhafter Geschicklichkeit wechseln. Fast niemand sprach in der Regel länger als fünf Minuten: Clemenceau selbst sehr bestimmt, entschlossesn zu augenblicklicher Erreichung seines Ziels — Lloyd George mit wirbelnden Sätzen, witzig, gern mit kleinen Scherzen, wenn er nicht attackierte — Wilson sehr langsam, gemessene Würde in jedem Wort, oft den Blick starr in der Ferne — Orlando sprach fast überhaupt nicht — Baron Makino hatte nur Höflichkeit, nur Bescheidenheit, er sprach, wie er kam und ging, fast unhörbar. Verwickelten sich auch die Verhandlungen über die Fünfminutenreden der Staatsoberhäupter oft durch viele Stunden, bis der „Rat der Zehn“ sich erschöpft, ohne Ergebnis verabschiedete, so blieben doch ebenso häufig die Reden ohne Verhandlung, ihr Inhalt

wanderte zu den Kommissionen, die nächste Rede kam, so daß die Themen flirrten. Wenn der Präsident der Vereinigten Staaten die Kolonialfrage unliebsam, unduldsam hinausschleppte, wenn man zu der Frage der Reparationen vorläufig noch gar nicht kam, wenn sich der Streit tagelang um Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit der Konferenzarbeit drehte, wobei Präsident Wilson wiederum — gegen seinen eigenen Staatssekretär Lansing — nur seinen Willen durchsetzte, daß nämlich die Öffentlichkeit in Amerika ein Anrecht auf offene, ehrliche, von keinem anderen zensurierte Berichte hätte, wenn auch damit kein besonderer Fortschritt brennendster Konferenzwünsche erreicht war oder gerade wiederum ihr Gegenteil: ein Kapitel gab es wenigstens, das den Präsidenten aufhorchen ließ, so sehr ihn alle sonst nur in das Werden des Völkerbundes vertieft sahen. Der englische Marschall Haig war gekommen, um bei seinem Premier auf Demobilisierung zu drängen. Am gleichen Tage, da Lloyd George den Kolonialkampf eröffnete, hatte er nebenher Militärfragen vor den „Rat der Zehn" gebracht. Die englischen Soldaten sollten nachhause. Deutschlands Entwaffnung war darum eilig, überdies konnte gleichzeitig eine Kommission der Großmächte mit der Ausarbeitung eines Planes beginnen, wie in Zukunft eine „dauernde Herabsetzung der Lasten der Streitkräfte und Rüstungen" einzurichten sei. Der englische Premierminister hatte nicht umsonst auf die Zusammenhänge mit gleichen Wünschen des Völkerbundprogramms hingewiesen. Wilson horchte auf. Er wollte sofort sogar mit der genaueren Behandlung des Themas beginnen.

Polens zweiter Abgesandter Dmowski gab dem Präsidenten die Möglichkeit dazu. Er überreichte am Tage nach des Präsidenten Wilson Drohung, die Konferenz verlassen zu wollen, eine Denkschrift. Das neue Polen, eine Barriere zwischen Rußland und Deutschland, vermöchte überhaupt

nicht abzurüsten. Der Präsident fragte, wozu denn Polen vor einem entwaffneten Deutschland eine andere Armee brauche, als eine Polizeiarmee zum Schutze innerer Ordnung. Marschall Fochs Denkschrift verlangte ein starkes Heer gegen Deutschland am Rhein. Der Gelehrte Bourgeois hatte in seinem Völkerbundplan die Frage allgemeiner Wehrpflicht aufgeworfen. Ihn ergänzte der französische Wiederaufbauminister Loucheur durch die Auffassung, daß der Krieg in Deutschland nicht aufhören, sondern nur mit andern Mitteln weitergehen werde, auf wirtschaftlichem Plan. Frankreich brauchte also Kontrolloffiziere, Kontrolltruppen, entschlossene Soldaten zur Besetzung Essens, um die wichtigsten deutschen Industrien zu beaufsichtigen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten stellte fest: „Ein Programm der Panik" — —

Die Italiener stimmten nicht ihm zu, was die Soldaten und ihre Abrüstung betraf, sondern den Franzosen. Aber keinesfalls wollte der Präsident sich besiegen lassen. Weder in den Kolonialfragen, noch in den Rüstungen. All das schlug dem Völkerbund ins Gesicht. All das sollte eben der Völkerbund anders ordnen, als überlebte, waffenklirrende Zeiten, rot von Blut. Vielleicht half ihm Lloyd George. Es schien, daß der britische Premierminister hier wenigstens mit ihm gehen wollte. Schon solche Hilfe war viel. Vorerst verbiß sich Wilson erst recht in die Schaffung des Völkerbundes.

Aber dieser Völkerbund machte allmählich die Konferenz nervös. Alle Abgesandten begannen gegen ihn anzurennen, sich zu erbittern, heimlich, da sie es offen nicht wagten, doch immer entschlossener, täglich heftiger. Selbst Lloyd George, der mit den Kolonien nicht weiter kam, wurde wieder unruhig. Die Abgesandten der Dominien drängten. Er wollte das Heer nach Hause schicken. Er wollte den Abschluß des Friedens. Der französische

Ministerpräsident mochte von den größeren Leiden Frankreichs erzählen, was er wollte. Er mochte es übelnehmen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten nicht einmal auf die Trümmerstätten der Kriegsfelder hinausfuhr, um im Anblick deutscher Barbarei zu begreifen, wie nötig Frankreich Sicherheit und Wiedergutmachung brauche. Lloyd George mußte ein Ende schaffen. Aber der Präsident der Vereinigten Staaten sah weder rechts noch links. Er ging seinem Völkerbunde nach.

Angriffe setzten ein. Der Präsident las erstaunt, was im „Rat der Zehn" vertraulich gesprochen worden war, in übersetzten Ausschnitten aus französischen Zeitungen. Dann in den englischen Blättern genau, wie sein Zusammenstoß mit dem in jeder Art dickhörigen Australier Hughes wegen der Forderung der Dominien oder irgendeine andere Kontroverse gewesen war. Schließlich verbat er sich das Hinaustragen und die Verwendung der Geschehnisse im „Rate der Zehn" höflich, ohne seine Verstimmung zuzugeben, doch fest im Ton. Wenn die andern über Dinge sprächen, die nicht fertig wären, und die Zeitungen darüber Meinungen austauschten, so konnte gelegentlich auch er seine Auffassung über vertrauliche Vorgänge und ihren wirklichen Sinn öffentlich bekannt werden lassen. Im nächsten Augenblick schwiegen die Zeitungen. Auch durch Bloßstellungsversuche von unsichtbaren, gutunterrichteten und angeleiteten Kämpfern, auch durch den Druck, der von ungeduldig gemachter, kriegsmüder Bevölkerung ausgehen und wirken sollte, war der Präsident nicht zu besiegen.

Sie fürchteten alle den hageren, stets überernst blickenden Mann, der sich in seinen Lehnstuhl mit der stummen, aber von jedem gefühlten Ansage niederließ, daß hier der Richter, der Ordner und Befreier der Welt saß, der unbestechlich blieb gegenüber allen, den niemand täuschen konnte. Sie haßten allmählich die wolkenumwehte Art,

mit der seine Worte sparsam aus irgendeiner Höhe fielen, die Diplomaten sahen sich einem bisher nie erlebten Rivalen gegenüber, von dem sie nicht wußten, ob er ein Idealist oder nur ein Pedant, wirklich ein Weltumstürzler oder ein Oberlehrer und nur ein Reverend am falschen Platze war. Den kleinen Staaten flößte seine Feierlichkeit scheue Achtung ein. Sie wetterten gegen den Präsidenten nur in ihren Zirkeln. Marschall Haig fand, daß er mit allen wie mit kleinen Kindern sprach. Der tschechische Professor Thomas G. Masaryk hatte einmal, noch drüben in Amerika, festgestellt, daß der Präsident die Dinge in Europa wie durch ein umgekehrtes Fernrohr betrachtete. Ärgerlich fanden viele, daß er jetzt noch durch das Fernrohr blickte. Irgend Fremdes, Sonderbares, Starres umgab ihn stets. Von einem organischen Leiden des Präsidenten zu sprechen, das manche Merkwürdigkeit, manche Hemmung, manche Vergeßlichkeit, oft den erregten, selbst zerzerrten Ausdruck seines konvulsivisch zuckenden Gesichts nach schwerer, nach außen feierlicher Beherrschung erklärt hätte, all das zu deuten, wagte niemand. Aber heimlich begannen Gerüchte an seine Unanfechtbarkeit zu tasten. Unkontrollierbar war, was in den Zirkeln der Konferenz über den Umgang des Präsidenten mit Frauen, seine übergroße Erschöpfung, seine Verschwendung von Kräften, seine Ermattung, seine oft erschreckende Geistesabwesenheit umging. Ein italienischer Abgesandter kam nach Rom zurück:

„Wilson hat sich in Paris wie ein Gott amüsiert" — —

Vielleicht war es nur Gehässigkeit, die den Verzögerer politischer Wünsche treffen wollte, die ihn verdächtigte und von Staatsmännern wiederholt wurde. Soviel stand fest, daß der Präsident zwischen Gesellschaft, „göttlichen" Vergnügungen und Konferenzgeschäften strenge Trennung übte. Daß ihn weder die Angriffe der Presse, noch Anmut der Frauen, noch die Ungeduld der Staatsmänner aus

seiner Richtung auch nur um einen Haarstrich drängen konnten. In seinem Völkerbundsausschuß setzte er in den ersten Februartagen durch, daß sein jüngster Völkerbundentwurf, noch bereichert um Anregungen, die für die Engländer J. Hurst, für die Amerikaner David H. Miller beigesteuert hatten — von beiden lag ein eigener Entwurf vor —, als Ausgangspunkt für die endgültige Fassung angenommen wurde. Jetzt befeuerte er die Kommission. Half selbst mit, durch seine Autorität auftauchende Gegensätze zu überbrücken. Der Präsident rechnete endlich mit kaum zwei Wochen, mit Tagen, die die Fertigstellung der Schlußsatzung über den Völkerbund bringen mußten.

Seine Drohung, den Schauplatz der Konferenz zu verlassen, hatte die verbündeten Staatsmänner wahrhaft in Schrecken versetzt. Sie sahen sich gründlich in ihren Geschäften gestört. Sie sahen, daß diese Geschäfte auf so einfache Art nicht abzuwickeln waren. Weder die Kolonienverteilung noch anderes. Sie hatten alles versucht, um ihre Rechnung durchzusetzen: den Völkerbund außerhalb des Friedensvertrages aufzurichten, so daß die Erfüllung ihrer Wünsche im Friedensvertrag selbst festgesetzt werden konnte. Der Völkerbund war dann nicht mehr als ein theoretisch-ethischer Anhang, der das wirkliche Aussehen der Tatsachen nicht mehr beeinflußte. Aber der Präsident der Vereinigten Staaten hatte durchgesetzt, daß der Völkerbund unmittelbar in den Friedensvertrag aufgenommen werden mußte, und zwar als „integrierender Bestandteil“. Die verbündeten Staatsmänner hatten einen neuen Plan ersinnen müssen, um zu ihren wichtigsten Erwerbungen zu kommen. Lloyd George hatte, wenn schon Alt-England die amerikanischen Ideale nicht im Stich lassen wollte, doch die Ministerpräsidenten der Dominien dem Präsidenten Wilson vorführen müssen. Der Australier Hughes hatte mit unwirschem Knurren deutlich herausgesagt, daß er nichts von Mandaten, nur Land und Leute

haben wollte. Aber es hatte nichts genützt: der Präsident hatte auch den Vorgeschobenen abgelehnt. Der Einfallsreichste unter den Männern im „Rat der Zehn" — Lloyd George — sann nicht lange. Er wußte noch einen andern Ausweg.

Eigentlich wäre der Bund der Völker „in Wahrheit ja längst geboren". Er wäre „als integrierender Bestandteil des Friedensvertrages" längst beschlossen. Der englische Premierminister entdeckte dies plötzlich, wie eine Erleuchtung sich eben einstellt. Ob die einzelnen Satzungen ein wenig früher, ein wenig später ganz zu Ende niedergeschrieben würden, sei nicht das Wichtigste. Die Mandatverteilung über die Kolonien könne daher ohne weiteres beginnen. Auf alle Fälle käme man damit in der Geschäftsordnung weiter.

Aber der Präsident der Vereinigten Staaten blieb „hoffnungsloser Idealist", er blieb der Pedant, der er war. Ein Völkerbundsgesetz, das nicht ausgearbeitet und in der Ausarbeitung angenommen war, bedeute weder Bindung noch Gesetz. Waren die Kolonien verteilt, war irgend etwas gegen den Sinn des Völkerbundes beschlossen und festgesetzt, ehe die Satzung Richtlinien und Behandlung vorschrieb und erzwang, so war die ganze Völkerbundidee eine Farce. Endlich „erfüllte" die Hartnäckigkeit des Präsidenten den englischen Premier „mit Verzweiflung". Lloyd George „konnte nicht umhin, dies auszusprechen". Er hatte nicht die eiserne, verbissene Ruhe, die den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau lange Zeit, auch im Augenblick noch, von dem Ansprung des Gegners zurückhielt, den er immer erst tat, wenn der Ansprung unvermeidlich war. Auch führte Lloyd George diese ersten, offenen Angriffe auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit so unvergleichlichem dialektischen Geschick, der Anblick des von Verzweiflung Erfüllten mit dem sich aufsträubenden, wundervollen weißen Lockenhaar, unter

dem die dunklen, schmerzbewegten, anklagenden Augen alle im Rate suchten — jetzt war er ein König Lear der Politik —: dieser Anblick riß ohne Zweifel so sehr hin zu Mitleid und Rührung, daß der französische Ministerpräsident vorläufig in Ruhe den Ausgang absehen konnte. Lloyd George aber fragte, wer denn überhaupt die Zeit abwarten könne, bis ein so inhaltschweres, so schwieriges Instrument wie der Völkerbund ganz ausgearbeitet sei. Er nannte es „sanguinisch", die Fertigstellung der Völkerbundverfassung in zehn Tagen zu erwarten. Die ganze Welt brauche den Frieden. Er selbst, alle brauchten den Frieden.

Es war erstaunlich, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die von ihm bezeichnete, von Lloyd George angezweifelte Frist noch bestätigte. Aber gar nicht erstaunlich war, daß der von Verzweiflung erfüllte Lloyd George daraufhin, als hätte er die angenehme Überraschung geradezu erhofft, in restloses Entzücken geriet. Wenn es nur um zehn Tage ging, dann mußte man natürlich warten. Wenn es nur um zehn Tage ging, dann war ja alles gut. Wenn es nur um Tage ging, so wollte er endlich dem Ideologen seinen Willen tun, wenn schon gar nichts anderes mit ihm anzufangen war. Er wollte sogar selbst mit Feuer und Flamme hinter allen her sein, damit sie endlich mit diesem verdammten Völkerbund fertig würden. Und wenn es noch um zehn Tage ging, konnte auch allerlei Anderes noch versucht werden. Vielleicht ging es diesmal über Clemenceau. Vielleicht versuchte der französische Ministerpräsident jetzt einmal den Ansprung auf den Gegner — —

Stumm sah Clemenceau dem neuen Enthusiasmus Lloyd Georges für die schnelle Aufstellung des Völkerbundes zu. Auch er hatte noch zehn Tage Zeit. Es gab nur zwei Dinge. Entweder mußte der Ministerpräsident, was Frankreich brauchte, wirklich in rücksichtslosem Ansprung erringen. Oder er mußte einen Völkerbund nach französischem Rezept durchsetzen. Am besten Beides.

Die Völkerbundskommission beschleunigte tatsächlich ihre Arbeiten fieberhaft.

Mitten in die Kämpfe um Kolonien und Völkerbund fiel die Erledigung einer unaufschiebbaren Frage. Die Frist des den Deutschen gewährten Waffenstillstandes war beinahe abgelaufen, das Abkommen mußte erneuert werden. Vorwürfe wegen allzu milder Waffenstillstandsbedingungen hatte von der Militärpartei, von den Generalen im Kriegsministerium, von seinen eigenen, nächsten Generalen, von den Radikalen in der Kammer selbst Marschall Foch gehört. Seine schärfsten Kritiker hatten ihm als schwersten Fehler verübelt, daß er die aus den besetzten Gebieten hinter den Rhein verwiesenen Deutschen überhaupt mit Waffen hatte abziehen lassen. So hart der Marschall sich den Besiegten gegenüber auch zeigen, so rücksichtslos er ihnen befehlen, sie selbst erniedrigen wollte, den ärgsten Schreiern hatte er doch geantwortet:

„Die Deutschen haben sich gut geschlagen — ich kann braven Soldaten nicht die Waffen nehmen.“

In der Vorkonferenz der Militärs, im gleichen Salonwagen des Marschalls, in dem er dann zum Schlusse den beratenden Gegnern nur mehr die Zeit einer Viertelstunde zum Fertigwerden geben wollte, in der Vorkonferenz der Militärs hatte es im Walde von Compiègne neben allzu anspruchsvollen Forderern auch Generale der Mäßigung und Vorsicht gegeben.

„Spannen Sie den Bogen nicht zu weit“ — —

Der Marschall hatte die von seinen Beratern vorgeschlagenen Bedingungen erst verschärft. Dann war die Zahl der Geschütze, die abgeliefert werden sollten, wieder herabgesetzt worden, die Frist, in der die besetzten Gebiete geräumt werden mußten, war auch wieder verlängert worden. Der Marschall hatte nach seiner Auffassung Einiges doch wieder gemildert, wenn er auch damals am liebsten den

Krieg weitergeführt hätte. Aber solchen Entschluß entschieden schließlich die Häupter der alliierten Mächte. Da die Schlachten zu Ende schienen, sprach vielleicht der Soldat in ihm, der als Sieger die Tapferkeit des Gegners nicht verkennen wollte. Jedenfalls: Marschall Foch war, so furchtbar seine Forderungen den Geschlagenen scheinen mochten, von seinem Standpunkte milde gewesen. Vorwürfe wollte er sich darum zum zweiten Male nicht machen lassen.

Auch sah der Generalissimus, daß auf der Konferenz nicht alles lief, wie er es sich vorgestellt und erwünscht hatte. Er war kein amerikanischer General, der sein Handwerk mit Abrüstungsgedanken übte. Über die Ideen der Völkerverbrüderung lächelte er. Die Konferenz hatte gewagt, ihn mit allen anderen Generalen fortzuschicken. Jetzt war seine Zeit wiedergekommen. Der Marschall wollte einen Frieden durch Macht und Befehl, durch dauernde, täglich sichtbare, täglich klirrende militärische Drohung. Mit dem Ministerpräsidenten Clemenceau vertrug er sich selten. Der Ministerpräsident nahm es sich heraus, ihn, den Führer und Sieger der Alliierten, sogar anzufahren, wenn er sich einfallen ließ, mit einer von Clemenceau einmal bereits abgelehnten Denkschrift über ein von Frankreich abhängiges und nur so nach seiner Meinung mögliches Rheinland noch einmal wiederzukommen. Aber was die Gelegenheit betraf, sich bei der Erneuerung des Waffenstillstandsabkommens im Voraus deutsche Verbindlichkeiten zu sichern, die von der Friedenskonferenz bisher nicht zu erreichen gewesen, vielleicht überhaupt nicht zu erreichen waren: über solche Gelegenheit und die Selbstverständlichkeit ihrer Ausnutzung dachten Marschall und Ministerpräsident ganz gleich. Der Waffenstillstand sollte allerdings erneuert werden. Aber es sollte eigentlich kein Waffenstillstandsabkommen mehr, sondern ein Präliminarfrieden werden. Man konnte darin

von Reparationen sprechen. Ihren größten Teil gleich festlegen. Alle Grundzüge eines Militärfriedens ließen sich in erweiterten Waffenstillstandsbedingungen erzwingen. Aber der Präsident der Vereinigten Staaten warf abermals ein Verbot dazwischen. Die Verschärfung einmal gewährter Bedingungen hielt er gegen die Ehre. Bindungen, die natürlich gegen Geist und Gesetz des Völkerbundes verstoßen würden, lehnte er ab. Er wollte sie gar nicht aufkommen lassen. Der vollständigen Entwaffnung des Gegners — so schnell wie möglich und so gründlich wie möglich — stimmte er zu. Marschall Foch konnte nachholen, was er wollte. Über die Entwaffnungsfrage war der Präsident einer Meinung mit Lloyd George. Sie wollten beide die Heimfahrt ihrer Soldaten. Sie war um so schneller möglich, je wehrloser der Gegner zurückblieb.

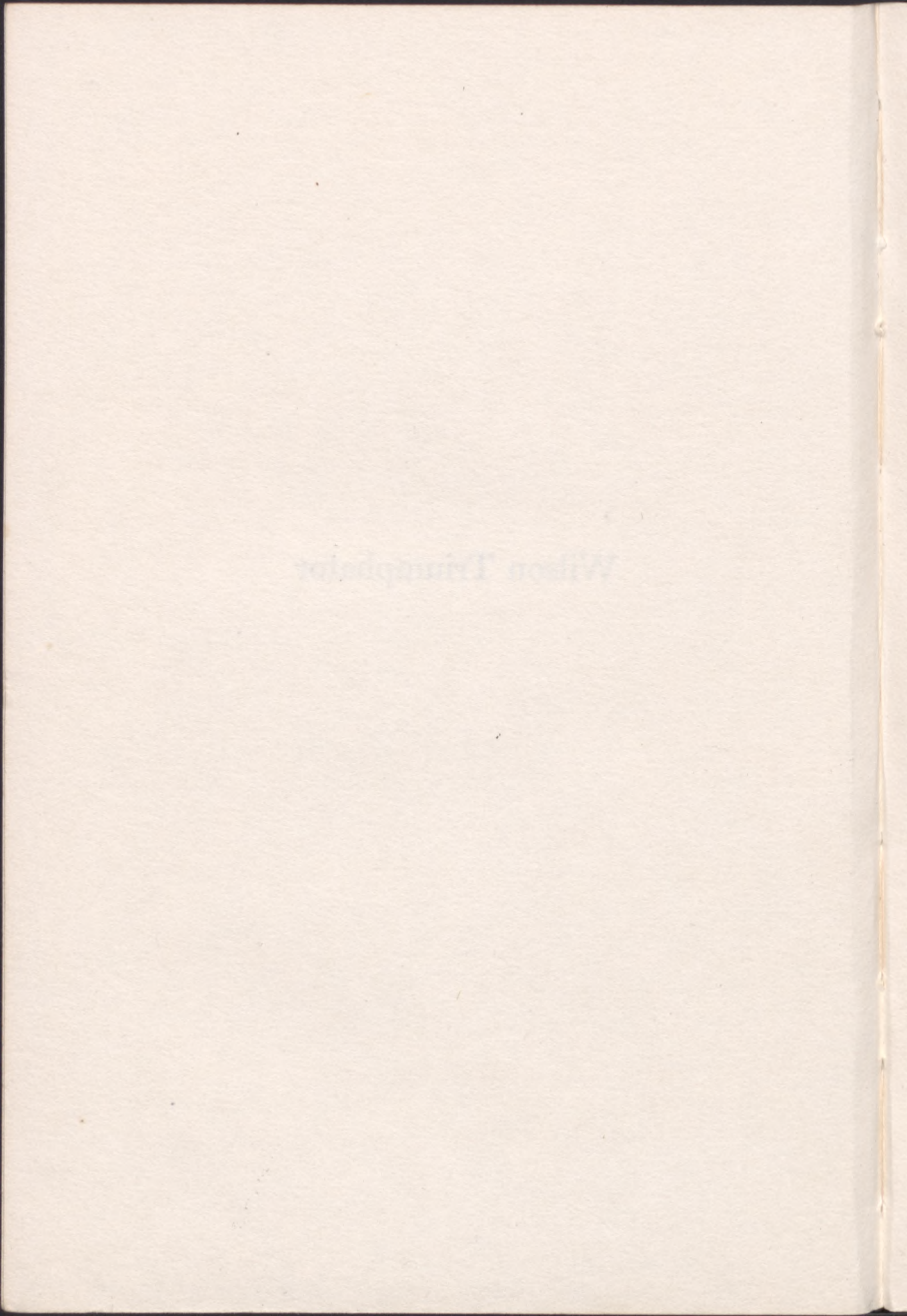
Die Frage der Waffenstillstandserneuerung brachte den ersten schweren, fast brutalen Zusammenstoß des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau mit Woodrow Wilson. Es fiel Clemenceau dabei nicht ein, Worte zu verstecken. Dem Staatsmann mit „akademischem, theoretischem und doktrinärem Licht" für die notwendigsten Dinge der Welt erklärte er rücksichtslos und hart: nur die Gewalt, nur das Heer könne erzwingen, was er für Frankreich wollte. Frankreich aber wolle gar nichts anderes als den Frieden durch Soldaten. Nur Soldaten könnten die Deutschen niederhalten.

Es war das erstemal, daß Clemenceau tobte. Die Würde des Vorsitzenden war ihm gleich. Alles war ihm gleich. Aber der Präsident der Vereinigten Staaten ließ sich weder rühren noch erschrecken. Stumm blieb diesmal Lloyd George. Bei sich selbst mußte der englische Premierminister feststellen, daß die Folgen des Ansprunges, die ganze Szene bis zu der Frage der Kolonien, wie er gehofft hatte, gar nicht gedieh. Aus seiner philosophischen Ruhe, die

ihn in seinem Lehnstuhl nie verließ, erwachte während des Streites der alte, jeder Erregung abholde, vor allem bequeme Lord Balfour. Er wußte, daß der Präsident der Vereinigten Staaten Europa bald verließ. Daß sein Völkerbund in zehn Tagen geboren sein sollte, nahm er nicht an, da er an seiner eigenen Lust zur Arbeit maß. Was geschah, wenn der Präsident erst abgereist war, war eine andere Frage, die dann mit noch größerer Ruhe erwogen werden konnte. Jetzt schlug er vor, den Waffenstillstand in der Hauptsache so zu erneuern, wie er war. Die „militärischen und maritimen Bedingungen" der deutschen Entwaffnung konnten immerhin festgelegt werden. Dies hatte auch der Präsident der Vereinigten Staaten gewünscht, der, wenn er nach Europa zurückkehrte, von Soldatensachen gar nichts mehr hören, nur die Weltordnung durchführen wollte.

Der französische Ministerpräsident stand einsam. Er mußte nachgeben. Die letzte Möglichkeit, ein Instrument zu schaffen, einen Nebenweg zu finden, auf dem sich alles Wichtige, Erstrebenswerte und Erhoffte rechtzeitig und unabhängig von Heilslehren bergen ließ, war verstrichen. Nichts anderes blieb übrig, als in die feierliche Vollsitzung zu gehen, in der von allen Nationen der Völkerbund beschlossen werden sollte.

Wilson Triumphator



Von den Abgesandten der siebenundzwanzig Staaten zur Friedenskonferenz wurde die Verfassung des Völkerbundes am 14. Februar 1919 angenommen. Nicht einstimmig zwar, aber die Mehrheit von vierzehn Nationen begründete den Völkerbundsieg. Bewegt legte der Präsident der Vereinigten Staaten den wirklich am Vorabend zustandegekommenen, endgültigen Entwurf vor. Vielleicht waren manche Punkte der Versammlung nicht ganz klar. Der Präsident griff sie heraus, verlas sie langsam und gab Beispiele, wie sie auszulegen wären, wenn auch seine Deutung ein wenig unter der meist sehr abstrakten Art litt, die fast alle seine Darlegungen zeigten. Was hinter ihm lag, sah er in begeisterter Genugtuung nicht mehr. Was die Mandatforderung seines Völkerbundentwurfes betraf, so war ja auch diese Bestimmung als Beschluß und künftiges Gesetz angenommen worden. Der Präsident war überglücklich. Selbst die Kämpfe um die Kolonien, alles hatte er vergessen. Einmütig sah er nur Freunde vor dem Ziel:

„Nachdem ich den Entwurf, das Ergebnis unserer Arbeit, verlesen habe, habe ich das Vergnügen, hinzuzufügen, daß die Diskussion während der Kommissionssitzungen nicht nur sehr instruktiv, sondern auch durchwegs sehr ermutigend war. Im Laufe unserer Unterhaltungen gab es niemals eine ernste Verschiedenheit von Meinung oder Motiv über das Ziel, das wir erreichen wollten, wenn auch verschiedene Ansichten über die Methoden, die angewendet werden sollten, manchmal sichtbar wurden."

Von den Auseinandersetzungen mit Lloyd George, mit den Ministerpräsidenten der Dominien sprach der Präsi-

dent nicht mehr. Selbst an den großen, allgemeinen Generalstab, den Bourgeois vorgeschlagen hatte, an das ganze französische Völkerbundprogramm dachte er in dem Augenblicke nicht zurück, da die großen, freiheitlichen, von Amerika herübergebrachten, vom Hauch amerikanischen Verfassungsgeistes durchwehten Völkerbundideen den Sieg davongetragen hatten. Die Apotheose seines Werkes riß ihn fort:

„Dieser Krieg hat furchtbare, aber auch sehr schöne Folgen gezeitigt. Das Verbrechen ist besiegt worden. Die Welt ist sich, mehr denn jemals zuvor, der Majestät des Rechts bewußt geworden. Völker, die einander mißtrauten, können jetzt als Freunde und Kameraden leben, eine einzige Familie bilden, und sie wünschen, daß es so sein möge! Miasmen des Mißtrauens und der Intrigen sind fortgefegt. Die Menschen sehen einander ins Antlitz und sagen: Wir sind Brüder und wir haben ein gemeinsames Ziel! Wir ahnten es früher nicht, aber jetzt geben wir uns Rechenschaft darüber. Und hier ist unser Pakt der Verbrüderung und Freundschaft!“

Sachlich sprach nach dem Präsidenten, mehr mit der Befriedigung über erfolgreiche Arbeit, mehr mit Zweckausdeutung als mit hymnischen Tönen, Wilsons vielleicht wichtigster Mitarbeiter am Völkerbund, Lord Cecil. Ohne den Lord, ohne die Hilfe von Lloyd George, der den Völkerbund nicht nur der englischen Liberalen wegen wollte, auf die er Rücksicht zu nehmen hatte, ohne Lloyd George, der den Bund, trotz der Schwierigkeiten, die er ihm schaffte, auch aus der Konstruktion und Anlage eigenen politischen Wesens heraus begünstigt hatte: ohne Englands Hilfe hätte der Präsident der Vereinigten Staaten trotz aller Entflammtheit, trotz seiner Unbeugsamkeit diese Stunde des Triumphes nie erlebt. Auch Lord Cecil sah bessere Regelungen durch den Völkerbund, als die Vergangenheit der Völker sie hatte:

„Das Problem, zu dessen Lösung wir uns verpflichtet hatten, bot wirklich große Schwierigkeiten. Es handelte sich darum, wahrhaft wirksame Mittel zur Erhaltung des Weltfriedens zu finden, wobei so wenig wie möglich in die Sphäre nationaler Souveränitäten eingegriffen werden sollte. Sie haben die Verlesung des Entwurfes angehört, und ich habe keine Ursache, im Einzelnen bei ihm zu verweilen. Es genügt zu sagen, daß wir versucht haben, den Weltfrieden durch Aufstellung bestimmter Grundsätze zu beschirmen.

Das erste und hauptsächlichste dieser Prinzipien ist, daß keine Nation in einen Krieg eintreten darf, bevor nicht alle freundschaftlichen Mittel zur Regelung der Streitigkeit vollständig und ehrlich versucht worden sind.

Zweitens stellen wir als Tatsache auf, daß in keinem Falle eine Nation die gewaltsame Änderung der in diesem Frieden festgesetzten Gebietsregelung oder sonst irgend etwas gegen die politische Unabhängigkeit einer der Staaten der Welt wird versuchen dürfen.

Hier sind die beiden Hauptgrundsätze, die wir zur Ordnung der internationalen Beziehungen festzusetzen versuchen. Und wir haben erkannt, daß wir noch einen Schritt weiter gehen müssen, wenn diese Grundsätze zu ihrer wirklichen Durchführung gelangen sollen, daß nämlich keine Nation ihre Bewaffnung in einem Maße beibehalten darf, das kein anderes Ziel als angriffslustige Absichten voraussetzen lassen kann. Die Anwendung unserer Grundsätze wird ohne Zweifel recht schwierig sein; aber sie sind klar und deutlich in unserem Dokument niedergelegt, und die Organe des Bundes haben, um den Regierungen der Welt ihre Prüfung und die Mitarbeit an ihrer Verwirklichung zu gestatten, die Aufgabe erhalten, einen dem Studium zugänglichen Plan zu schaffen, der die Prinzipien zur Anwendung bringen soll.

Schließlich haben wir uns gedacht, daß es nicht ge-

nügt, den Krieg zu verhindern, wenn die Welt den Frieden genießen soll. Man muß noch etwas mehr tun. Man muß versuchen, das Prinzip der internationalen Konkurrenz durch das der internationalen Zusammenarbeit zu ersetzen. Der Entwurf enthält in seinen letzten Artikeln mehrere Klauseln, deren Gedankengang der Welt durch die Mitarbeit jeglicher Nation die Erfüllung ihrer den Zielen der Gesamtheit der Nationen dienenden Pflichten erleichtern soll. Wir haben Beispiele dafür, was zu geschehen hat, es ist aber auch mancherlei weggelassen worden. Ein Artikel sieht vor, daß sich in Zukunft die Bemühungen um internationale Zusammenarbeit unter der Aufsicht und im Zusammenhang mit dem Völkerbund abwickeln sollen. Doch hätte ich ohne Zweifel sehr gern in dem Dokument noch einige Fragen behandelt gesehen, wie den Opiumhandel, die Menschenschinderei und in einem anderen Ideengang die Regelung der Luftfahrt, die in dem Entwurf nicht erwähnt werden, obgleich sie nach wirksamer internationaler Zusammenarbeit verlangen. Wenn es uns gelänge, eines schönen Tages die Völker an das Zusammenarbeiten zu gewöhnen, so würden wir gewiß die Quelle und den Ursprung aller oder fast aller Kriege, die die Weltgeschichte je in Trauer versetzten, in ihrem Kerne treffen.

Das sind die Prinzipien, auf die wir uns zum Schutze des Friedens gestützt haben. Was die internationale Souveränität anlangt, so haben wir geglaubt, daß der Bund in erster Linie niemals in die inneren Angelegenheiten eines Landes eingreifen darf. Ich sehe in der Arbeitsklausel keine Intervention dieser Art, denn sicherlich kann man ohne internationale Übereinstimmung keinen wirklichen Fortschritt in der Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten erhoffen. Wenn sonst die Organisation der Arbeitsbedingungen in gewissem Sinne eine Frage der inneren Politik eines Landes ist, so trifft das durchaus nicht

für die augenblickliche Lage der Welt zu. Die ungünstigen Arbeitsbedingungen eines Landes üben eine fatale Rückwirkung auf die andern Länder, deren Arbeitsbedingungen sich dadurch minder befriedigend gestalten.

An zweiter Stelle haben wir als Grundsatz aufgestellt — und er soll das leitende Prinzip jeder Handlung sein, gleichviel, ob des ausführenden Rates oder der Delegiertenversammlung, mit Ausnahme ganz außergewöhnlicher Fälle oder bei ganz besonderen Gründen, die im Pakt bezeichnet sind —, daß jedes Vorgehen mit Einmütigkeit beschlossen werden muß, entsprechend unserem allgemeinen, die internationalen Beziehungen beherrschenden Beschluß. Zweifellos scheint dieser Zwang in gewissem Grade der Handlungsschnelligkeit der Bundesorgane Hindernisse zu bieten, aber meiner Ansicht nach wird die Unzuträglichkeit durch das Vertrauen darein aufgewogen, daß keine Nation, ob groß oder klein, keinerlei Unterdrückung von den Bundesorganen zu befürchten hat.

Ich habe noch etwas hinzuzufügen. Der Präsident hat hervorgehoben, daß der Rahmen der von uns vorgeschlagenen Organisation ein sehr einfacher ist. Er hat auf gewisse Punkte hingedeutet, deren Vorbereitungsarbeit man sich weiter fortgeschritten hätte wünschen können, aber ich erkenne mit ihm an, daß die Einfachheit das Wesentlichste unserer Entwürfe ist. Wir haben nicht versucht, für die Welt ein in jeder Hinsicht vollkommenes und fertiges Gebäude zu errichten. Solch ein Versuch wäre Tollheit und Vermessenheit gewesen. Alles, was wir zu tun versucht haben, — alles, was wir erhoffen dürfen, — ist die Aufrichtung fester und ehrlicher Grundlagen, auf denen unsere Nachfolger weiterbauen können.

Ich halte sie in der Tat für fest gegründet. Von unsern Nachfolgern wird die Beschaffenheit und Dauerhaftigkeit des aufgerichteten Gebäudes abhängen.

Wenn es sich nun heute bloß um eine Wiederholung der

Erfahrungen einstiger Allianzen, nur um eine neue Version der Heiligen Allianz handeln würde, obwohl wir höhere Ziele verfolgen, so wäre unser Versuch, glauben Sie mir, dem Mißerfolg geweiht. Unser Tun darf aber ebensowenig nur eine irreale Bemühung auf dem Felde der internationalen Politik sein. Es muß etwas Praktisches sein, — und das ist der springende Punkt —, etwas Lebendiges, mit einem realen Ziel, das die Hauptartikel des Programms, das wir im Auge haben, ihrer Verwirklichung zuführen soll. Und wenn dann diejenigen, die auf unseren Grundlagen bauen, wirklich glauben, daß der Vorteil eines jeden den Vorteil aller bedeutet und daß das Gedeihen der Welt dem Gedeihen jeder einzelnen der Nationen verknüpft ist, die sie formen — wenn sie also aufgerufen werden, eine einzige Familie zu gründen —, dann, aber erst dann wird der vollendete Plan des Völkerbundes sein, was er sein sollte: die Sicherheit und der Ruhm der Menschheit."

Alle Zuhörer spendeten, als Lord Cecil geendet hatte, ihren Beifall reichlich. Aber noch jetzt atmete der italienische Ministerpräsident Orlando schwer in der Erinnerung an die Arbeit auf, die hier geleistet und vom Lord Cecil in den Ergebnissen geschildert worden war. Er selbst hatte in der Kommission des Völkerbundes mitgesessen, hatte dort so wenig gesprochen, wie sonst auch. Aber auch der italienische Staatsmann, der nur ein wenig unvorbereitet, ein wenig überstürzt in die Völkerbundversammlung, wie überhaupt zur Friedenskonferenz gekommen war, zeigte sich aufs höchste befriedigt. Nicht ganz so befriedigt ließ sich gleich darauf Frankreichs Vertreter Bourgeois aus, von der Notwendigkeit überzeugt, daß auch die fertige, angenommene Völkerbundsatzung der Nationen noch manche Anregung über Auslegung und Anwendung später bieten müßte. Erstaunt horchte die Ver-

sammlung auf, als der englische Arbeiterführer Barnes sprach. Es schien, daß der Sozialistenführer der schönen Einmütigkeit der Nationen, ihrem Wollen zu friedlichem Wirken mißtraute. Gerade er forderte — wenn auch nicht Wehrpflicht und Riesengeneralstab, wie dies Bourgeois getan hatte — so doch eine starke Armee verläßlicher, reale Achtung einflößender Völkerbundsoldaten.

Aber die ganze, weite Welt, die Sprecher ihrer so vielfach abgestuften, bisher so fremden Nationen fanden und sahen sich hier zum erstenmal verbrüdert und versöhnt. Die Stimme Chinas wurde laut. Der Sendbote des Mikado brachte seine Glückwünsche dar. Rostem Heidar, der Vertreter des Hedjaz, meldete sich. Er hatte eine einzige Bestimmung nicht ganz verstanden:

„Ich weiß sehr wohl, daß die kürzesten Reden am besten aufgenommen werden. Ich werde also meine Betrachtungen in wenige Sätze zusammenfassen.

Ich habe den Worten meiner Vorredner nichts hinzuzufügen. Es steht mir nicht an, denen Lobsprüche zu erteilen, die den kleinen Nationen die Gerechtigkeit zusichern. Was ich sagen möchte, bezieht sich auf den Artikel 19, in dem von den Nationalitäten die Rede ist, die bisher der türkischen Herrschaft unterstanden. Es findet sich im Text ein Wort, das mir recht unklar erscheint. Es ist das Wort „Mandat". Was versteht man darunter? Man weiß es nicht genau. Und dennoch wird von der Auslegung dieses Wortes die Zukunft der daran interessierten Nationen abhängen, die bis heute von Tyrannen unterdrückt worden sind.

Wir behalten uns darum jede Freiheit der Diskussion über diesen Text vor, bis der Augenblick gekommen sein wird, ihn Artikel um Artikel zu prüfen. Jetzt lege ich nur Wert darauf zu sagen, daß die Nationen, in deren Namen ich spreche, gewillt sind, sich frei die Macht zu erwählen, von der sie Rat erbitten wollen. Im Prinzip hat man ihnen

das Recht zuerkannt, über ihr Schicksal in Zukunft selbst zu bestimmen. Sehr gut! Aber Sie werden mir die Bemerkung erlauben, daß eine geheime Konvention vorbereitet worden ist, um diese Nationen aufzuteilen, und daß man sie darüber durchaus nicht gehört hat. Ich frage die Versammlung, ob die Bedingung bestehen bleiben soll oder nicht? In dem Augenblick, wo dieser Artikel von allen Mächten angenommen worden ist, spreche ich den Wunsch aus, daß die an der Frage interessierten Mächte die ohne ihre Zustimmung abgeschlossene Konvention als rechtsungültig erklären sollen.

Schließlich möchte ich noch allen Mächten, die an dem großartigen Werk des Völkerbundes mitgearbeitet haben, in Zukunft zu Schirmherrn der kleinen Nationalitäten ausersehen, meinen unendlichen Dank aussprechen.“

Niemand antwortete. Aber Antwort schien auch gar nicht nötig, denn erstens hätte kein Sprecher Erwiderung eines anderen Völkerbundmitgliedes gefunden, zweitens hätte keine Auskunft den Wißbegierigen befriedigen oder die Dinge ändern können. Drittens stimmte auch Rostem Haidar, da er dies offenbar wußte und begriff, der Annahme der Völkerbundsatzung zu. Noch nie waren dreieinhalb Stunden einer Konferenzsitzung gleich feierlich verstrichen.

Am nächsten Tage donnerten die Küstenbatterien von Brest dem scheidenden Präsidenten der Vereinigten Staaten Salut. Er fuhr heim, um den amerikanischen Kongreß zu vertagen. Um die schwer erkaufte, endlich wahrhaft geschaffene, der ganzen Menschheit geschenkte Völkerbundverfassung den Amerikanern vorzulegen. Der Präsident durfte sich sagen, daß er nicht einen Zoll breit von seinen Plänen, von seinen großen Ideen abgewichen war. Daß er Mächte, die sein Wollen feindlich bekämpft, seine Absichten hatten durchkreuzen wollen, mit noch größerer

Macht, mit reinster Macht sittlicher Gedanken niedergeworfen und besiegt hatte. Er war gewachsen und gewachsen auf der Konferenz, riesengroß und unantastbar als Erfüller seiner Botschaft. Nie hatte vor ihm, seit den Tagen Alexanders, Cäsars, Napoleons — und vor diesen schüttelte ihn der Abscheu — ein Heros ähnliches Reich erobert. Ihre weiten, geistigen, sittlichen Grenzen brachte er, der Sohn der Neuen Welt, Amerika als Triumph des Krieges zurück. Nie war Ähnliches erreicht worden — —

Die Brester Batterien feuerten und dröhnten. Das Schiff mit den wehenden Sternenbannerwimpeln fuhr aus. Noch grüßte den Apostel jubelnd eine unabsehbare, vieltausendköpfige, glückselige Menge vom Kai.

Lloyd George in Not

Über die Männer der Friedenskonferenz ging das Gefühl von Entspannung und Befreiung. Nicht weil endlich der Völkerbund — das große, unbesiegbare Hindernis — wirklich geschaffen war, sondern weil der Präsident der Vereinigten Staaten das Schlachtfeld verlassen hatte. Lloyd George eilte nach London, um vernachlässigte Kabinettsgeschäfte wieder aufzunehmen, die er selbst führen mußte. Der italienische Ministerpräsident fuhr nach Rom. Es war die Zeit, da keiner der „großen Vier" im „Rate der Zehn" sich zeigte. Denn auch der französische Ministerpräsident war am Erscheinen bei den Sitzungen verhindert. Clemenceau lag krank, wenn auch nicht gefährlich, so doch arg mitgenommen. Ein Anarchist hatte ihm eine Kugel zugedacht. Sie hatte getroffen, doch nicht getötet.

Täglich versammelte sich auch weiterhin der „Rat der Zehn", ohne die „großen Vier", die alle ihre Stellvertreter hatten. Für den Präsidenten der Vereinigten Staaten waren der Staatssekretär Lansing und Oberst House da, beide mit den Gedanken und Absichten Wilsons völlig vertraut, der Staatssekretär noch als Mitteilnehmer der Sitzung, in der auf Lord Balfours Anregung der Abschluß eines rein militärischen Präliminarfriedens beschlossen worden war, Oberst House als engster Vertrauter und einflußreichster Berater des Präsidenten überhaupt. Ihn hatte Wilson vor seiner Abreise als seinen Vertreter ausdrücklich bezeichnet. An Stelle Orlandos war für Italien Baron Sonnino in Paris wieder eingetroffen, trotz starrer Haltung,

trotz geringer Neigung, Kompromisse dort zu schließen, wo auf andere Art das Weiterkommen mühsam war, als Staatsmann seinem Ministerpräsidenten dennoch ungleich überlegen. Lloyd George wußte Lord Balfour in Paris. Ihm sandte er noch das Kabinettsmitglied Winston Churchill an die Seite.

Aber die Umgruppierung war nicht nur ein Wechsel der Persönlichkeiten für gewisse Zeit. Binnen wenigen Tagen war der Geist des „Rats der Zehn“ ein anderer. Vor dem Attentat auf den französischen Ministerpräsidenten beherrschte sein mächtiger Wille, sein ungeschmälerter Einfluß gewaltig den Pariser Plan. Der Revolverschuß hatte den Willen nicht gebrochen, nicht einmal angetastet: Clemenceau erzwang jetzt, da er allein war, den Gang der Ereignisse vom Krankenbette ganz nach seinem Kopf. Noch im Krankenzimmer widersetzte er sich zäh den Vernichtungsplänen des Präsidenten Wilson gegen das französische Friedensprogramm. Er dachte gar nicht daran, Frankreichs Sicherheit, seine Wirtschaftsziele und Wirtschaftsnotwendigkeiten von den fanatischen Verbrüderungsideen eines Mannes abhängig zu machen, den er für einen weltfremden Theoretiker, für einen Schwärmer, vielleicht für einen Narren hielt. Der Präsident der Vereinigten Staaten hatte den Kampfplatz verlassen. Clemenceau beschloß, rücksichtslos jetzt alles zu wagen, was zur Rettung seines Friedens nötig war. Der Besuch seines Außenministers Pichon, der Lord Balfour zu dem Kranken brachte, erleichterte ihm die Pläne.

Lord Balfour hatte zwar selbst vor dem Präsidenten Wilson den Vorschlag getan, die Waffenstillstandsbedingungen mit den Deutschen ohne Einbeziehung neuer Verpflichtungen zu erneuern. Aber das war schon acht Tage her. Inzwischen war Winston Churchill in Paris eingetroffen, der immer kriegerische und kriegsbereite Hasser der Bolschewiken, der über ferne, ihm nützlich scheinende Feld-

züge im Osten nicht anders dachte als Marschall Foch, zugleich ein überzeugter Verächter des Völkerbunds, der für England, wie er sagte, nicht der Ersatz einer Flotte war. Ohne Zweifel hatte Lloyd George bei seiner Heimkehr in London Schwierigkeiten im Kabinette vorgefunden. Der englische Premierminister war in seinen Entschlüssen nicht unabhängig, wie der Präsident der Vereinigten Staaten, der eigene, letzte Entscheidungen verantworten und fällen konnte auch ohne seine Minister, selbst im Widerspruch zu ihrer Meinung. Was das Londoner Kabinett beschloß, an Richtlinien und Wendungen, an Zielen und Notwendigkeiten seiner Politik, war bindende Entscheidung seit altersher, seit uraltem Überlieferungsgesetz für jedes hinausgeschickte Kabinettsmitglied, auch wenn dies Kabinettsmitglied der Premierminister selber war. Sicherlich widerstrebte Lloyd George der ganze Handel mit den Kolonien. Er war gegen die Grundsätze des Demokraten, der fast den Sozialisten zuneigte. England brauchte keine Kolonien. Es hatte reichlich Ländereien. Im Grunde hatte England ein einziges, von allen Engländern gewolltes, unverrückbares und unantastbares Kriegsziel: die Vernichtung der deutschen Flotte. Der englische Premierminister hatte daran gezweifelt, daß die Deutschen tatsächlich die ihnen abverlangten Schiffe auch abliefern würden. Er hatte im besten Falle irgendeinen Streich erwartet, wahrscheinlich die Vernichtung der Schiffe durch die Deutschen selbst. An einer Auffüllung der britischen Flotte durch die deutschen Schiffe lag ihm gar nichts. An ihrer Ausschaltung, so oder so, lag ihm alles. Das Jahr 1917 war ein schweres Sorgenjahr für England gewesen. Unsicher war es damals, ob die englischen Werften genug Abwehrkampfzeuge gegen die Tauchboote liefern konnten, ob sie überhaupt im Bau des Nötigsten für die Flotte mitkämen. Nie wieder durfte Ähnliches für England sich ereignen. Aber jetzt war die deutsche Flotte zur

Strecke gebracht. Die Deutschen hatten sie wahrhaftig ausgeliefert. Sie bestand nicht mehr. Das wichtigste, erste und von allen begehrte Kriegsziel war für England erreicht — —

An solchem Sieg gemessen, verblaßten die Kolonien an Bedeutung. Auch die Frage der Reparationen war keine Lebensfrage für England. Endlich begannen die Grundsätze in Lloyd George sich zu regen. Der kleine, ruhelose, seiner Partei von Mann zu Mann bekannte, mit allen vertraute, volkstümliche Calviner, der in Wales — „non conformist" — die kleinen Gemeinden überall ihre kleinen Kirchen bauen gelehrt hatte, der die feudale anglikanische Hochkirche haßte, wie nur noch das Haus der Lords, der Freiheitsrufer für Irland, der Steuerreformer der Ärmeren, der Arbeitervorkämpfer für Lebensversicherung und Altersversorgung, der Helfer der Männer ohne Arbeit, war im Innersten leidenschaftlicher Demokrat. Jetzt bekam er die Berichte des britischen Generals Malcolm, der aus Deutschland schrieb, wie das alte System dort wirklich gefallen war, wie die Revolution sich langsam, dennoch fest und täglich sichtbarer durchsetzte. Lloyd George sah plötzlich ein anderes Deutschland. Er dachte nicht daran, wesentlich anders gerichtet in seinen Grundsätzen als George Clemenceau, Deutschland, wenn es wirklich demokratisch wurde oder schon wirklich war, völlig zugrunde richten zu lassen. Nur war Lloyd George nicht bloß ein Mann der Grundsätze. Er war zugleich Politiker. Er war auch ein Temperament.

Das Temperament hatte ihn, seit er seine Mannesjahre genoß, niemals leben lassen ohne Politik in jeder Form. Er war gewesen, wo immer Bewegung war. Im arbeitenden Volk, unter den Arbeitern und Bürgern, hatte er immer auf allen Wegen gestanden, die durch die Menge zur Macht führten. Das Wort hatte er in die Menge geworfen, geschleudert, mit ihm gearbeitet, wie nur irgendein Tribun.

Er sprach zu den Massen, er rief Einzelne in ihnen an, die er gerade kannte, er berief sich auf sie. Der Augenblick verführte sein Temperament bei jeder Wendung. Er zögerte nie, sondern er faßte ihn blitzschnell und nutzte ihn. Über die Vergangenheit dachte er nicht nach, die Zukunft beschwerte ihn wenig. Er sah sie nur in ganz fernen, entlegenen Umrissen. Mehr nach allgemeinem Gefühl, nicht nach Kritik, tat er nichts, was unmittelbar gegen seine natürlichen Anschauungen in Bezug auch auf ferne Entwicklungen war. Aber im Augenblick tat er alles, was ihn weitertrug. Geschehnisse mochten sich überstürzen. Er überstürzte sich mit ihnen. Wenn die Stunde den Tatsachen der Vorstunde ins Gesicht schlug, so schlug er mit. Wer gestern mit überzeugender Kraft mit ihm sprach, hatte bei ihm recht. Wer dies heute anders tat, aber wiederum mit der Kraft des Überzeugenkönnens, hatte noch mehr recht. Er liebte die allzu breiten Berichte, die Akten und Eingaben nicht. Er kannte selbst alle Welt. Wenn er Granaten brauchte, wenn die Erzeugung nicht Schritt hielt, bemühte er nicht erst die Ministerien. Er telegraphierte irgendeinen Munitionsdirektor, den er kannte, zum nächsten Lunch herbei. Er bekam seine Granaten. Er wartete kaum je die Vorträge seines eigenen Ministeriums ab. Er hatte die ausgesandten Berichterstatter, die heimgekehrten Diplomaten bei irgendeinem Tee, abends in irgendeinem Hotel immer schon gesprochen. Sein Temperament brodelte unaufhörlich, er mußte sich handeln, reden, von Zuhörern umgeben, mußte immer sich wirken sehen. Im Dezember 1918 hatte er, zwischen unabsehbarer Menge, ein Faß umgekehrt, war auf seinen Boden gesprungen und hatte, mit einem Schütteln seiner Mähne, mit seinen warmen, von Überzeugung tief durchrollten Baritonströmen ausgerufen:

„Jawohl: die Taschen werden wir diesen Deutschen durchsuchen!“

Das Schauspiel des Kaisergerichts hatte er den Londonern versprochen. Es war der Augenblick der Wahlen gewesen. Das umgekehrte Faß hatte er längst vergessen. Wie die Angelegenheit mit dem Kaiserschauspiel ausgehen, ob man ihn erinnern würde, wußte er nicht. Wenn er tausend Situationen gewachsen war, so fand er dann sicher auch die tausendste Rede. Die Mähne vermochte er immer zu schütteln, die Wirkung war immer da, auch die warmen Stimmtöne. Langsam kamen, da die Monate verstrichen, da die deutsche Flotte nicht mehr bestand, da die Meldungen des Generals Malcolm eintrafen, Lloyd Georges menschlich demokratische Grundsätze wieder hervor. Aber obgleich er ihnen jetzt nachgehen wollte: sein eigenes Kabinett setzte ihm auseinander, wie groß die Schwierigkeit war, menschlich, vernünftig, versöhnlich zu sein.

Das Kabinett rechnete Lloyd George die festen Verpflichtungen Englands vor. Der Gedanke des Völkerbundes war groß und sittlich, ein ungeheurer Fortschritt im Leben der Völker. Aber der Krieg war hart, war furchtbare Gefahr gewesen. Wenn die Dominien, wenn Japan und Italien ihre Hilfe nicht gaben, war er vielleicht verloren. Doch sie alle hatten ihre Hilfe nicht umsonst geben wollen. Italien hatte im Jahre 1915 mit den beiden kriegführenden Mächten verhandelt, des Preises wegen noch unsicher, wem es sich mit seinen Truppen anschließen sollte. Das Ausspringen aus dem Dreibunde machte Italien wenig Sorge. Der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren Graf Leopold Berchtold hatte versäumt, dem Bundesgenossen rechtzeitig und vor seiner Abgabe das Ultimatum an Serbien anzuzeigen. Graf Berchtold hatte zwar genau gewußt, warum er dies tat, denn er hatte Nachweise dafür, daß jede vertrauliche Mitteilung der Doppelmonarchie nach Rom spätestens zwölf Stunden später von dem Dreibundgefährten an das Petersburger Kabinett weitergegeben wurde. Immerhin hatte Italien einen formalen

Rechtsschein für sich anführen können, wenn es sich vom Dreibund trennte. Die Donaumonarchie bot zu wenig. England bot mehr. Der „Londoner Vertrag“ von 1915 sicherte Italien Dalmatien und Istrien, die Inseln davor, das Trento und Triest, Südtirol bis zum Brenner, die Grafschaften Görz und Gradiska, darüber weit hinaus die Inseln des Dodekanes, endlich „im Falle der Aufteilung der Türkei Anspruch auf einen Anteil im Mittelmeerbecken, der den Erwerbungen Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands gleichkäme“, wenn das Königreich sich entschloß, in den Rücken seines bisherigen Verbündeten zu schießen. Italien hatte, befeuert von Salandras Fanfare vom „sacro egoismo“, in St. Jean de Maurienne noch das Abkommen erreicht, daß Smyrna nach dem Kriege italienisch werden sollte. Das Königreich Italien hatte den neuen Alliierten daraufhin bis zum Kriegsende in Treue angehangen. Aber jetzt waren die Schuldverschreibungen einzulösen. Überhaupt hatten sich die Alliierten, vielleicht England noch mehr als Frankreich, häufig beide im Verein, in Schulden und Zusagen Hals über Kopf gestürzt. Um Rumänien für den gemeinsamen Krieg gegen die Mittelmächte zu gewinnen, hatte man ihm — im August 1916 — Siebenbürgen, das ungarische Banat und die Bukowina versprochen. Über die Aufteilung des ottomanischen Reiches lagen ganz bestimmte Verträge vor. Frankreich hatte sich mit Rußland im März 1917 über den Norden Kleinasiens verständigt. Ohne daß England dies ganz sicher wußte, hatte Frankreich sich freilich mit Rußland über den Besitz von Konstantinopel geeinigt. Wenn man ihm die Sicherung seines seit Jahrhunderten begehrten Kriegszieles nicht gab, sprang Rußland vielleicht aus dem Kriege aus. Da aber die nordasiatische Türkei schon einmal verteilt war, so lag kein Grund vor, daß man nicht auch den Süden von Kleinasien fortgab. Darüber hatte England im Mai 1916 durch den „Sykes-Picot-Vertrag“ genaue Ab-

machungen mit Frankreich getroffen. Umsonst war auch Japan nicht in den Krieg gegangen. Man hatte die Japaner erst hingehalten. Aber im Jahre 1917 brauchte man ihre Flotte, ihre Hilfe gegen die Tauchboote der Gegner im Mittelmeer. Die Japaner kamen erst, als man ihnen — am 16. Februar 1917 — Schantung und die deutschen Inseln im nördlichen Pazifik verschrieben hatte.

Dann war, damit darüber nur Klarheit herrsche, über die deutschen Kolonien verfügt worden. Noch im Kriege. Frankreich hatte sich vor allem Kamerun und Togo gesichert. Die Kolonien mußten den Franzosen gegeben werden, sonst machten sie Schwierigkeiten in Bezug auf die Gebiete, die England seinen Dominien zusprechen mußte. Denn mit den Dominien bestanden darüber Verträge wie mit anderen Staaten auch. Über ihre Truppen verfügten die Dominien selbständig. Anders hätten sie ihre Soldaten gar nicht in den Krieg geschickt.

Der englische Premierminister spürte, wie wenig sittliches Recht in der Verfügung über all diese Länder, Menschen und fremden Werte zu finden war. Auch die Erkenntnis blieb ihm nicht fern, daß die Verteilung der Güter der Welt nicht ganz mit dem Geiste des Völkerbundes zu vereinen war, den er dennoch ehrlich wollte. Aber sein Kabinett bestand darauf, daß England sein einmal gegebenes Wort einlöste, selbst gegenüber den Juden, für die ein neues Reich in Palästina aufgerichtet werden sollte, wie dies vom Kabinett Lord Rothschild und den großen, reichen jüdischen Familien in England für ihre Geldhilfe versprochen worden war. Am tiefsten verabscheute Lloyd George das Geschäft mit Italien. In den Polen sah er ein Rebellenvolk, das er nirgends gegen Englands früheren Bundesgenossen Rußland begünstigen wollte. Einmal stürzten, so hoffte er, doch die Bolschewiken: dann war in irgendeiner Form wieder das andere Rußland da, mit dem er sich vertragen würde. Die Polen

liebte er nicht. In Italiens ganzer Haltung aber sah er nur den Verrat. England wollte er nur genau so viel an Italien bezahlen lassen, wie es im äußersten Falle mußte, um gerade sein Wort nicht zu brechen. Das palästinensische Reich bot keine allzu großen Schwierigkeiten, selbst wenn dort die arabischen Nachbarn der Juden verstimmt waren. Aber der Einlösung der Versprechungen an Japan und die Dominien konnte England trotz aller Schwierigkeiten nicht entgehen. Japan war Englands wirklicher Bundesgenosse. Eine britische Reichsfrage mit den Dominien, die ihre eigene Verfassung, ihre eigene Regierung hatten, die selbst England den Rücken kehren konnten, wenn sie wollten: solch eine Möglichkeit durfte er der deutschen Kolonien wegen schon gar nicht entstehen lassen — —

Zwischen Grundsätzen und Notwendigkeiten, die das Kabinett ihm vorrechnete und deren Durchführung er beschloß, entschied sich Lloyd George, wie stets für die Auswege des Augenblicks. Der Völkerbund, dem er zugestimmt, den er gefördert hatte, sollte aufgerichtet werden. Ein einziges Mal mußten die unsauberen Geschäfte noch ausgetragen werden. Denn jeder schrie, jeder wollte sein Geschäft, jeder den ihm zugesicherten Kaufpreis und jedem sollte England die Bezahlung verschaffen. Lloyd George wollte dabei abstreichen, soviel sich abstreichen ließ. Aber nach der Abrechnung mit den Bundesgenossen war dann der Völkerbund da. Durch ihn war in Zukunft Ähnliches nicht mehr möglich. Der Völkerbund sorgte durch seine Bindungen dafür. Der Präsident der Vereinigten Staaten forderte, daß Gerechtigkeit sofort walten sollte. Lloyd George aber wollte die Gerechtigkeit erst, wenn England seiner Schwierigkeiten ledig und nicht wortbrüchig geworden war. So kam es, daß der englische Premierminister für die Aufrichtung des Völkerbundes und für die Verteilung eines großen Teiles der Welt mit der gleich feurigen Überzeugung eintrat, die er in allen Dingen

für alle Dinge hatte, die er besiegen mußte, um weiterzukommen — auch wenn sich Überzeugung und Überzeugung für andere Zuschauer bisweilen auszuschließen schienen.

Vier Wochen wollte der Präsident der Vereinigten Staaten von Paris fernbleiben. Tatsächlich mußten die Verpflichtungen aus den Geheimabkommen endlich irgendwie geregelt werden. Lloyd George hatte genug darum gekämpft. Vom Kabinett wußte er, daß England sein Wort also halten werde. Vielleicht war die Frage doch noch vor Wilsons Wiederkehr zu ordnen. Ihm war der Streit lästig. Die ganze Situation unbehaglich. Allzu häufiges Zusammensein mit Clemenceau schätzte er nicht. Er teilte die Auffassungen des französischen Ministerpräsidenten in vielen Punkten nicht. Konnte die Kolonialfrage aber geregelt werden, konnten überhaupt Themen in bindender Art geklärt werden, die mit dem Sinn und den Gesetzen des Völkerbundes nicht gerade harmonierten, so wollte nicht er es sein, mit dem der Präsident der Vereinigten Staaten dann neue erschöpfende Aussprachen begann, wenn er wiederkam. Daß der französische Ministerpräsident alles vorwärtstreiben würde, soviel und soweit er konnte, dies wußte Lloyd George. Er selbst wollte jetzt eine Weile aus der Ferne zusehen.

Aber er sandte als seinen Vertreter Winston Churchill nach Paris: den Völkerbundshasser, den Militaristen.

Amerikanische Staatsmänner

Nachdenklich, von philosophischem Gleichmut angeweht, wie immer, in ausgezeichnet stilisierten Sätzen, die er besser zu formen wußte als irgendein Mitglied der Friedenskonferenz, überreichte Lord Balfour, genau eine Woche nach der Abreise des Präsidenten der Vereinigten Staaten, dem „Rate der Zehn" eine neue Anregung, die zugleich ein Antrag war. Den hitzigen Streit zwischen Wilson und Clemenceau wegen der Erweiterung der Waffenstillstandbedingungen hatte er im entscheidenden Augenblick durch den Vorschlag abgebrochen, daß die Bedingungen bleiben sollten, wie sie waren. Dann hatte er mit dem Außenminister Pichon den kranken Clemenceau besucht. Dann hatten Winston Churchill und Marschall Foch ihre Meinungen ausgetauscht. Und jetzt schlug Lord Balfour vor, von den Friedensbedingungen doch lieber das Wichtigste in den Präliminarfrieden mit den Deutschen gleich hineinzunehmen.

So erstaunlich die Wendung war: außer Lord Milner drückte niemand im „Rat der Zehn" sein Erstaunen aus. Den Streit zwischen Wilson und Clemenceau hatte Lord Milner vor einer Woche miterlebt, die Schlichtung ebenso, die Lord Balfour durchgesetzt hatte. Wenn sich Lord Milner auch nicht nach den Gründen erkundigte, die Lord Balfour so unvermutet das Gegenteil seines Vorschlages vor acht Tagen vertreten ließen, so war er doch dafür, etwas Abgemachtes, vor dem Präsidenten der Vereinigten Staaten fest Beschlossenes auch einzuhalten. Aber nur Lord Milner hatte solche Auffassung. Der französische

Außenminister Pichon, mit dem Lord Balfour bei Clemenceau gewesen, bestätigte gern dem Rate, daß der Lord hier nur vorschlug, womit der französische Ministerpräsident einverstanden sei. „Unbeschadet der Entscheidung des Obersten Kriegsrats, Deutschland binnen kurzem die militärischen Friedensbedingungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft zu überreichen", war es „wünschenswert", schon jetzt die „approximativen künftigen Grenzen Deutschlands", seine wirtschaftlichen Verpflichtungen, die Weite seiner Verantwortlichkeit für Verletzung der Kriegsgesetze und anderes Wichtige endgültig festzulegen. Die Festlegung eilte sogar. Sie sollte, wie Lord Balfour weiter vorschlug, spätestens in sechzehn Tagen vollendet sein, jedenfalls vor Februarmitte. Lord Balfour betonte gar nicht, daß um die Mitte des Februars der Präsident der Vereinigten Staaten wieder in Paris sein wollte. Den Präsidenten erwähnte er überhaupt nicht. Es schien auch nicht nötig, denn im „Rate der Zehn" saß neben dem Staatssekretär Lansing der Oberst House: beide die Sprecher, beide die Vertreter des Präsidenten.

Oberst E. M. House, ein sympathisch sich gebender, offener Mann aus Texas, von dem jeder wußte, wie groß seine „Unwiderstehlichkeit" bei persönlicher Berührung, wie groß sein Eifer war, die Menschen in Güte einander näher zu bringen, Oberst E. M. House war seit Jahren nicht nur Wilsons Freund. Als Vertrauter, als Berater, als Befeurer, als der immer bewegliche, von Menschenliebe fast überflutende, stets selbstlose Helfer, der die Verbindung des Präsidenten mit wichtigen Persönlichkeiten herstellte, der den Präsidenten über ihm fremde oder ihm schwer zugängliche Einzelheiten unterrichtete, hatte er allmählich steigenden Einfluß auf den Präsidenten Wilson gewonnen. Vor dem Kriege hatte ihn eines Tages Kaiser Wilhelm II., dem man den Obersten als wichtigen, amerikanischen Militär bezeichnet hatte, indes er den Colonelsrang nur als

Schmucktitel trug, auf Drängen des amerikanischen Botschafters empfangen. Mit dem Freimut des Amerikaners hatte der Oberst vor dem Kaiser über deutsch-englische Fragen und über düstere europäische Entwicklungsmöglichkeiten gesprochen. Der Kaiser hatte sehr nachdenklich und aufmerksam zugehört, fast ein Ereignis bei der Art, die man sonst von ihm gewohnt zu sein behauptete, dann hatte der Oberst in herzhafter Frische sich erboten, dem Kaiser auch über seine Eindrücke in England zu berichten. Seither waren die politische Bedeutung des texikanischen Obersts, soweit sie nicht ohnehin außer Zweifel stand, und zugleich seine staatsmännischen Fähigkeiten in den Vereinigten Staaten sichergestellt. Er nahm nicht Amt, nicht Würden an. Er nahm auch kein Blatt vor den Mund. Dies um so weniger, als er seine wichtigste Aufgabe darin sah, den oft ermunterungsbedürftigen Präsidenten in seinen Handlungen oder zu neuen Handlungen zu ermutigen. Er kannte Wilsons Vorliebe für schriftlichen Verkehr. Er wußte, daß nichts dem Präsidenten sich gleich einprägte, wie das geschriebene Wort. Häufig sandte er ihm darum kleine Billetts, die in der Tat, wenn man bedachte, daß sie von einem Soldatenobersten aus Texas stammten, allerliebst waren:

„Lieber Chef! Ich glaube, daß alles, was Sie heute gesagt haben, die Völker mit Mut erfüllen wird, wie nichts zuvor. Es war erschöpfend und zufriedenstellend."

Über eine Rede des Präsidenten ein andermal:

„Lieber Chef! Die beste, die Sie bisher gehalten haben. E. M. H."

Baker, der Herausgeber der Wilsonschen Papiere und Dokumente, führt noch solch ein „Zettelchen" an:

„Nichts hätte besser sein können. Es hat der Sicherheit noch Sicherheit verliehen. E. M. H."

So viel stand fest, daß der Oberst auf viele als Persönlichkeit wirkte und daß, wer sein Ohr hatte, leicht auch

das Ohr des Präsidenten fand. Jedenfalls wußte er genau, was wichtig genug war, um bis zu dem Präsidenten zu dringen, ebenso genau, was ihm fernzuhalten war. Ein Unglück bedeutete es allerdings dabei, daß es häufig ihm allein überlassen blieb, die Entscheidung über Wichtigkeit oder Unwichtigkeit zu treffen. Denn in Wahrheit stellte sich bisweilen heraus, daß der offene, bestrickende Soldat überhaupt nicht ganz begriff, was man mit ihm sprach. Daß er zwar „Zettelchen" über den Gesamteindruck einer Rede oder Ansprache seines Staatsoberhauptes sinnig abfassen konnte, andererseits aber auch die schwerwiegendsten Mitteilungen nicht verstand oder abzuschätzen wußte, die fremde Staatsmänner ihm vermittelten. Der Oberst hatte noch eine andere Schwäche. So sehr sein Charme jedermann im Gespräch bezauberte, so schnell er durch seine Heiterkeit, durch sein ganzes, unbeschwertes Wesen überall zum Mittelpunkt der Gesellschaft wurde: nie wußte der Umworbene, der Gefeierte, wenn er an ernstem Sitzungstische saß, was eigentlich unter den Sitzungspartnern vorging. Sie mochten in schroffstem Gegensatz einander voll sachlicher Feindschaft, in Unversöhnlichkeit gegenübersitzen. Der Oberst ging stets heim mit dem Eindruck vollster Harmonie. Von seinem Mitarbeiter André Tardieu, dem unermüdlichen Besucher aller Kommissionen, dem von allen Zwischenfällen Unterrichteten, dem genauen Kenner aller Dinge und Menschen auf der Konferenz, dem feinsten Einfühler in seinen eigenen Geist und in seine heimlichsten Gedanken, behauptete der französische Ministerpräsident Clemenceau: „Er ist mein bester Mann!" Von Oberst E. M. House sprach der Präsident der Vereinigten Staaten nicht anders. Und jetzt vertrat eben dieser Oberst House, der genaue Wisser und beste Deuter Wilsonschen Willens und Wilsonscher Pläne, seinen „lieben Chef" im „Rat der Zehn".

Natürlich stimmte er Lord Balfours Vorschlag bei. Keine

Gelegenheit war besser, auf schnelle Art vorwärts zu kommen. Zwar stand Lord Milner auf wie das mahnende Gewissen. Er verwies auf den Präsidenten. Aber der Oberst konnte mit bestem Willen nur feststellen, „daß die Meinungen der Konferenzmitglieder gar nicht auseinandergingen“. Der Staatssekretär Lansing hatte überhaupt nichts dagegen, daß man die Friedensbedingungen endlich festlegte. Mit Lord Balfour, mit Lord Milner hatte er der Ratssitzung der Zehn beigewohnt, in der vor Wilson die militärischen Grenzen des Präliminarfriedens besprochen worden waren. Der Präsident war abgereist, ohne dem Staatssekretär eine Weisung zu geben. Unsicher war, ob er es unterlassen hatte, weil der Staatssekretär der Sitzung ohnehin beigewohnt hatte. Oder weil er mit seinem Staatssekretär meist möglichst wenig sprach. Lansing aber hielt die Staatskunst seines Präsidenten für den Rauschzustand eines Träumers. Für ihn war der Völkerbund eine Utopie. Wenn er Politik machen wollte, so sollte es nur amerikanische, nur amerikanischen Interessen dienende Politik sein. Der Präsident verwickelte sein Land nur. Ethische und geistige Güter machten die Welt nicht aus. Er sprach lieber über handgreifliche Dinge, über Länder und Wirtschaft, wenn es sein mußte, über Kabel. Er wollte schleunigst Frieden. Er wollte, daß Amerika schnellstens nach Amerika zurückkäme. Er war glücklich, wenn man erstens an die Ordnung von wirklichen Sachen ging, zweitens, wenn er die Gefahren der Utopien seines Präsidenten umbiegen konnte. Was Wilson tat, wenn er wiederkam, war ihm gleich. Der ganze Präsident war ihm gleich. Hier saß auch Oberst House, unorientiert wie immer, mit seinem befreienden Lachen hilflos wie immer, der Lage nicht gewachsen, aber begeistert wie immer. Vielleicht hatte der Präsident sich's überhaupt überlegt. Der Staatssekretär ging mit Lord Balfour.

Vorsichtig fragte noch Baron Makino, ob in den „appro-

ximativen deutschen Grenzen die deutschen Kolonien inbegriffen seien". Lord Balfour hatte keine Veranlassung, die Frage zu verneinen. Wenn man schon alles ordnete, Reparationen, Wirtschaft, Grenzen, war es das Beste, auch die Kolonien gleich zu verteilen. Waffenstillstand und Völkerbund hatten wirklich nichts miteinander zu tun. Unnötig war es daher, auf den Völkerbund auch nur mit einem einzigen Worte zurückzukommen.

Baron Makino war ebensosehr für rasche neue Ordnung, wie alle andern. Er dachte an Schantung. Die Hauptsache war Eile. Denn der Präliminarfrieden, die ganze Arbeit hatte nur Sinn, wenn der Vertrag fertiggestellt, in Spa vorgelegt, von den Deutschen untersiegelt war, ehe die „George Washington" zum zweiten Male im Hafen von Brest ankerte.

Der Schatten Monroes

Schwere Sorge hatte den Präsidenten der Vereinigten Staaten auf der Rückfahrt nach Europa umschattet, ob er auch „Shuffle-Board“ an Deck spielte, sich heiter gab, Anekdoten bei Tisch erzählte und mit den Matrosen alte, feierliche Lieder sang. Seine flammende Rede im „Metropolitan-Opernhaus“ hatte vor zehn Tagen noch einmal den Amerikanern verkündet, daß nichts den Präsidenten davon abbringen würde, der Menschheit den Völkerbundbau amerikanischen Geistes und amerikanischer Freiheit aufzurichten. Aber ein undeutliches, dann immer drängenderes Gefühl hatte ihn beschlichen, eben in seiner Heimat, gerade zwischen den Stimmungen und Meinungen Amerikas, wie er sie bei seiner Rückkehr zur Senatsvertagung vorgefunden hatte. Amerika, für das er sprach, Amerika, das allein ihm Stärke gab, Amerika, durch das er überhaupt seine Forderungen durchsetzen konnte, dachte vielleicht gar nicht, was Woodrow Wilson dachte. Die Amerikaner wollten vielleicht gar nicht, was Woodrow Wilson wollte.

Groß war die Zahl der Präsidentengegner in den Vereinigten Staaten an sich. Unsinnig vielleicht und ungerecht mochten die Gerüchte sein, die, in einem Lande lauter und herausfordernder Sittlichkeit, über den persönlichen Lebenswandel des Präsidenten umliefen. Neid mochte sie einem Manne höchster staatlicher Würde anhängen. Männer seiner engsten Umgebung bestätigten freilich die Frauengeschichten, in deren Mitte sie den im Kriege verwitweten, durch allzu rasche Wiederheirat ohnehin viel-

beredeten Staatschef stellten, sie selbst hatten sie besonders zur Zeit des Waffenstillstandsabschlusses ausgestreut, da die Feste fast als Orgien einander angeblich gejagt hätten. Die Vermischung persönlich menschlicher Neigungen mit staatsmännischem Wollen oder Können war unanständig auf jeden Fall. Undenkbar wäre sie in einem Lande wie Frankreich gewesen, verächtlich überall sonst. Aber in keinem Staate war der oberste Führer gleich abhängig von Urteil und Beurteilung der Öffentlichkeit, wie in Amerika. Gerade in den puritanisch strengen Staaten hätten viele überhaupt lieber einen anderen Präsidenten gesehen als den offenbaren Scheinpuritaner Woodrow Wilson.

Wo immer aber seine Landsleute über Dinge nachdachten, die nicht mit Menschlichkeiten zusammenhingen, die in den Vereinigten Staaten natürlich weder bestanden noch erlaubt waren, überall dort gab es, im Gegensatz zu Wilsons Menschheitspriestertum, nur ein einziges Interesse: Amerika. Nur seine Überlieferung, sein Gedeihen wie bisher, seine unbehelligte, für sich bestehende Existenz. Zwei Jahre lang hatte Amerika Krieg geführt, Krieg auf einem fernen Kontinent, jetzt wachte amerikanische Selbstbesinnung auf: nichts ging im Grunde der ganze, ferne Erdteil das amerikanische Volk und den Kontinent der „Monroedoktrin“ an.

Für den Völkerbund war geraume Zeit auch die amerikanische Öffentlichkeit begeistert gewesen. Aber je länger die Geschäfte des Welthandels stockten, je länger die Soldaten — zwei Millionen Menschen — sich jenseits des Ozeans herumtrieben, statt den Geschäften nachzugehen, desto sicherer, desto gründlicher bekam der ehrwürdige, weise Präsident Monroe gegenüber dem viel angefeindeten Präsidenten Woodrow Wilson recht, der Amerika durch seine Völkerbundgedanken nur in neue Verwicklungen trieb. Das zum Verfassungsrecht gewordene Vermächtnis Monroes hatte zwei fundamentale Forderungen an sein

Volk. Es befahl den Zusammenschluß aller amerikanischen Staaten gegen jeden Eingriffsversuch irgendeiner Macht auf dem Boden der Union und die Abwehr des Eingriffs, gemeinsame Bürgschaft für Sicherheit und Unabhängigkeit jedes einzelnen Staates. Ferner verkündete es das Verbot jeder amerikanischen, bewaffneten Einmischung außerhalb der westlichen Hemisphäre. Plötzlich war die Klarheit da, daß der Präsident der Vereinigten Staaten, der schon einmal, da er das Volk in den europäischen Krieg führte, die Monroedoktrin durchbrochen hatte, durch den Völkerbund eigentlich Amerikas Fundamentalgesetz noch einmal umwarf. Vergessen war der Schrei geschäftslüsterner Industrien um ihr Recht, vergessen die sittliche Entrüstung über Barbarengreuel in der ganzen Union, die den Straffeldzug für Freiheit und Schutz der Schwachen gebilligt hatte. Selbst Männer, wie Taft, der Vorgänger des Präsidenten, zeigten sich beunruhigt über den Bestand der Monroedoktrin, wenn auch sie den Gedanken idealer Zusammenarbeit friedlich gewordener Völker priesen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hatte es nicht nötig, sein Kabinett zu befragen, wenn er einen Völkerbund anregen, entwerfen, ihn bei seinen Verbündeten durchsetzen wollte. Er konnte auf seine Verantwortung tun, was er wollte. Nur mußte später auch der amerikanische Senat zustimmen. Er mußte mit einer Mehrheit von zwei Dritteln billigen, was der Präsident getan. Dann erst bestand ein Gesetz. Dann erst war wirkliche Bindung geworden, was der Präsident von vornherein ungehemmt, als richtig nach seiner Überzeugung eingeleitet hatte. Aber es war unsicher, was der Senat über den Völkerbund und mögliche Zusammenhänge mit der Monroedoktrin dachte. Noch wußte es der Präsident nicht. Nur die Begeisterung war diesmal während des Aufenthaltes Wilsons kühler gewesen, als bei seiner ersten Ausfahrt. Kritik war laut geworden, Bedenken und Abneigung. Der Präsident war von Europa

voll des Triumphes abgereist, den Völkerbund bei den Verbündeten geborgen zu haben. Jetzt hatten sich Stimmen gemeldet, die fragten, ob ihn denn die Amerikaner auch wollten — —

Schwere Sorgen umschatteten den Präsidenten.

Lawinengleich überfiel ihn die Arbeit vom ersten Augenblick an, da er in Paris wieder eintraf. Von Marschall Foch wurde ihm ein Memorandum überbracht. Memoranden überbrachten die Italiener, die Jugoslawen, die Japaner, die Griechen, die Albaner. Sie alle sprachen zu dem gerechten Ordner der Welt, der zu erfüllen hatte, was sie wünschten.

Oberst House war dem Präsidenten entgegengefahren. Noch während Wilson in Amerika gewesen war, hatte ihn der Colonel durch Kabelgramme über die merkwürdigen Vorgänge im „Rate der Zehn" unterrichtet. Unklar blieb, ob er dies aus schlechtem Gewissen oder aus seiner ganzen Kindlichkeit vor staatsmännischen Problemen getan. Der Präsident schien immerhin von da ab gegenüber dem Oberst nicht mehr der gleich herzliche und gleich vertrauensvolle Freund zu sein. Aber voll Entschlossenheit, nichts von seinem Wollen, nichts von bereits Erreichtem preiszugeben, auch wenn seine eigenen Vertreter seine Angelegenheiten gründlich verfahren hatten, ungebrochen in seinem Mute stürzte er sich in die neue Arbeit.

Die Verbündeten überraschte er durch öffentliche Erklärung, daß es bei dem Völkerbund als „integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages" bleibe. Kein Präliminarfrieden, keine Sonderabmachung — die er auch nicht anerkennen wolle — vermöchte an solcher Tatsache etwas zu ändern. Übrigens waren die Verbündeten mit dem Präliminarfrieden, wie sie ihn sich gedacht hatten, gar nicht zu Rande gekommen. Die Frist, die sie zu seiner Fertig-

stellung angesetzt hatten, der 8. März, war längst vorbei, die Einigung war in den Einzelheiten zu schwer gewesen. So lange hatten sich die Verbündeten darüber gezankt, bis der Präsident der Vereinigten Staaten wieder eingetroffen war. Übrigens hatte der französische Ministerpräsident selbst eingesehen, daß so radikale Friedensbereinigung ohne Wilson, ohne Lloyd George sich nicht durchführen ließ. Sie waren beide nunmehr wieder in Paris. Rücksichtslos machte Wilson das Komplott hinter seinem Rücken zunichte.

Im Innersten aber beschäftigten ihn ohne Unterlaß die Bedenken, die ihm Amerikas mögliche, sogar wahrscheinliche Haltung zum Völkerbund eingab. Ein Kabelgramm des früheren Präsidenten Taft traf bei ihm ein. Es ergänzte ein Schreiben des Senators Hitchcock, das den Präsidenten noch vor seiner Ausreise von New York erreicht hatte und ihm die gleichen Ratschläge gab, wie jetzt das Kabelgramm. Wenn in der Völkerbundsatzung nicht ausdrücklich die Monroedoktrin anerkannt, wenn Amerika nicht die Möglichkeit des Austritts aus dem Völkerbund nach bestimmter Zeit gegeben, wenn amerikanisches Gebiet nicht ausdrücklich gegen eine Übergabe an eine fremde Macht sichergestellt würde, so kämpfe Präsident Wilson hoffnungslos. Anders wäre die Annahme des Völkerbunds, auch wenn die Verbündeten unterschrieben, durch den Senat Amerikas nicht denkbar. Das Kabelgramm schlug vor, die Völkerbundsatzung durch einen Zusatz zu erweitern:

„Sämtlichen amerikanischen Staaten, ob einzeln oder vereint, soll das Recht zustehen, die Integrität amerikanischen Gebietes und die Unabhängigkeit der Regierung, der dieses Gebiet gehört, zu schützen, einerlei, ob Mitglied des Bundes oder nicht. Ebenso soll ihnen das Recht zustehen, im Interesse des amerikanischen Friedens gegen die weitere Übergabe amerikanischen Gebietes und ameri-

kanischer Hoheitsrechte an irgendeine europäische oder nichtamerikanische Macht zu protestieren und solches zu verhindern.“

Der Präsident las den Vorschlag in großer Bedrücktheit. Fast umsonst war alles, was er in Paris erreicht hatte. Amerika selbst fiel ihm wirklich in den Rücken. Vor ihm waren erbitterte Gegner, die einen völlig anderen Frieden, aus völlig anderem Geiste, mit ganz anderen Gewinnen wollten, als er. Ihre Bändigung durch seines Landes stützende Macht war mit einemmal zweifelhaft. Es konnte sein, daß er jäh, zu beliebiger Stunde allein stand zwischen den Beschlüssen Europas und den Entscheidungen Amerikas. Alles mußte er tun, um sein Werk zu retten. Alles, um einen Ausweg zu finden. Nur Flucht durfte es nicht sein.

Nie wollte er nachgeben.

Frankreichs Programm

Indes der Präsident der Vereinigten Staaten über den Kabelgrammen grübelte, die von New York aus ihm die Gefahren für sein ganzes Werk ansagten, erhob sich eines Tages, von ihm nicht im Entferntesten erwartet, dennoch wie auf Verabredung, der ungeheure Sturm, der, seit Monaten über der Konferenz, endlich alle Probleme, alle geheimen und wilden Forderungen, alle Gegensätze, alles Mißtrauen und allen ewigen Haß siegreicher Verbündeter so elementar hochriß, daß er in wenigen Tagen nahezu die ganze Konferenz fortzuwirbeln drohte.

Jetzt erst sah jeder der „Großen Vier", daß keiner wußte, was der andere wollte, daß jeder nur das eine klar erkannte, wie der andere anderes wollte, unvereinbar mit eigenen Wünschen und mit den eigenen Programmen. Die englische Abgesandtschaft war in der Mitte des März in Paris wieder eingetroffen, der englische Premierminister hatte Weekends in Fontainebleau vorgeschlagen, um zu einer Klärung der Konferenzgedanken zu gelangen. Auf weiten, einsamen Spaziergängen im Park des alten Schlosses versuchte er, sich ein Gesamtbild zu umranden, wie er sich vom englischen Standpunkt aus den Frieden dachte. Es war ein wenig spät, dennoch versuchte er's. Sein Sekretär Philipp Kerr berichtete zwischendurch, welches Bild von der Situation er selbst aus Pariser Eindrücken davongetragen hatte. Philipp Kerr hatte Anschluß an Clemenceaus Vertrauten Tardieu gesucht, von dem er wußte, daß er vollständig ausgearbeitete und französisch abgerundete Friedensvorschläge in der Tasche trug, aber so wenig Tar-

dieu bei aller Vorsicht von seinen Gedanken versteckte, so wenig Lust entdeckte der englische Sekretär auch bei Tardieu, sein Land selbst an die höchsten und unwahrscheinlichsten Forderungen zu binden. Denn es konnte sein, daß Frankreich immer noch schärfere, bessere Bedingungen erwirkte. Die Macht des Präsidenten der Vereinigten Staaten, seine starren, dennoch so leidenschaftlichen Anstrengungen, einen Weltfrieden amerikanischen Geistes aufzurichten, sah Philipp Kerr mit leiser Skepsis an. Was der Präsident in erster Bedrücktheit dunkel fühlte, die selbstquälerische Vorahnung, daß Amerika ihn eines Tages vollkommen im Stiche lassen könnte, erklärten dem Sekretär täglich hundert Amerikaner. Sie erzählten von einem anderen Amerika, als Präsident Wilson: von der starken Opposition, die gegen den Professor in Amerika stand, die nichts billigen wollte, was er überhaupt unternehmen würde, weil sie sich irgendwie diskreditiert fühlten durch ihren Präsidenten und ihn überhaupt zu Fall bringen wollten. Es war klar, daß diese Opposition vor allem ein Ziel, einen Willen verfolgte: nicht in europäische Angelegenheiten verwickelt zu werden. Sie kannten Europa gar nicht. Europa ging sie gar nichts an. Europa war „ein übler Ort“. Wenige Menschen gab es in der Neuen Welt, die anders von ihm sprachen, als von „Sodom und Gomorrha“. Friedenspakt, Völkerbund, alles, was damit zusammenhing, waren europäische Angelegenheiten.

Philipp Kerr wurde immer skeptischer, was die Wahrscheinlichkeit eines Machtwortes betraf, das zum Schlusse der Präsident der Vereinigten Staaten sprechen konnte. Was Lloyd George darüber dachte, verriet der Premierminister nicht. In Fontainebleau, auf den weiten, einsamen Spaziergängen, führte er lange Diskussionen. Philipp Kerr schien es, daß Lloyd George, obgleich er hundert Themen auf hundertfache Art und von hundert verschiedenen Seiten besprach, doch „seine Unabhängigkeit bewahrte“. Viel-

leicht war Lloyd Georges Vielseitigkeit, seine Wechselbereitschaft überhaupt nur eine Technik. Die Technik, sich mit dem Augenblick abzufinden — —

Der Sturm, der die Konferenz aufstörte, hatte die Vorspiele und Ansagen, die sich in Forderungen der Italiener und Japaner ausdrückten, bald überrannt. Die Vorzeichen fielen vorerst zu Boden, der Präsident kümmerte sich nicht um sie, weder um Besuche noch um Memoranden. Aber endlich stand das französische Problem da, als herrische Drohung und unabwendbar, unaufschiebbar geworden. Der französische Ministerpräsident Clemenceau, der Präsident der Republik und Marschall Foch, zwischen deren Meinungen der Ministerpräsident nicht ganz unabhängig war, denn hinter beiden waren weite, drängende Stimmungen des Landes: das Land selbst, die Öffentlichkeit wollte nicht länger warten. Vor vier Monaten war der Krieg zu Ende gewesen. Er war gewonnen worden. Noch war kein Friede da. Noch immer berieten die Staatsoberhäupter. Abstrakte Gedankengerüste waren sichtbar geworden, wie der Völkerbund. Clemenceau machte ein Ende. Viele nüchterne, sachliche, konkrete Fragen gab es zu regeln — jetzt zählte er sie auf im „Rat der Zehn“: Sicherheit — Rüstungen — Reparationen. Es war ein ganzer Fragenkomplex, mit einer Unzahl von Unterfragen. Keine wollte er auch nur einen Tag länger sich hinausschleppen sehen.

Sicherheit: das war die künftige „strategische Grenze“ zwischen Frankreich und Deutschland, die neue, feste Barriere zwischen den Deutschen und den „westlichen Demokratien“, wie André Tardieu die Neuordnung bezeichnete, nicht ohne den Beifall des Marschalls Foch, dessen Memoire sich mit gleicher Forderung für die Demokratien des Westens erhob. Sicherheit: das war die restlose, gründliche Entwaffnung des Gegners, die Kontrolle seiner Rüstungen und Soldaten, seiner Waffenherstellung für alle Zeiten. Sicherheit, — das war die Aufstellung eines „Ge-

sundheitskordons“ an Deutschlands Ostgrenzen. Ein neuer tschechoslowakischer Staat war gut. Aber Clemenceau liebte nicht allzusehr, was vom alten Österreich übriggeblieben war: selbst wenn es Frankreichs Freund war. Ein „starkes Polen“ war unerläßlich. Ein großes polnisches Heer darum eine Notwendigkeit. Zwischen der Demokratienbarriere im Westen und polnischer Waffenmacht im Osten würde Deutschland in Zucht und Unterwerfung gehalten. Aber restlose Sicherheit war Frankreich auch damit nicht gegeben. Die Kraft der Völker kam aus der Kraft der Wirtschaft: Deutschland mußte „ökonomisch ein Krüppel“ werden. Frankreich hatte viel verloren, an Menschen, an Werten. Die Wiedergutmachung war beschlossen. Aber ein Weg mußte gefunden werden, auf dem die Forderung nach Sicherheit und Reparationen eine einzige, große, triumphale Einheit zum völligen Untergang des Besiegten wurde. Sicherheit, — das waren auch die Reparationen. Nur technisch, nur in der Behandlung waren sie von den militärischen und politischen Forderungen zu trennen. Auch was Frankreich über die Reparationen dachte, wollte der französische Ministerpräsident nicht länger mehr verstecken.

Deutschland hatte die Rechnung dieses Kriegs zu bezahlen. Die Bedingungen, die der Präsident der Vereinigten Staaten vor Waffenstillstandsabschluß für einen Frieden bekanntgegeben hatte, schlossen die Eintreibung von Kriegskosten zwar aus. Aber es war ein neuer Einfall des französischen Wiedergutmachungsprogrammes, daß es in die Aufstellung der Reparationsforderungen auch die Pensionen einzubeziehen gedachte, die an die Hinterbliebenen der Kriegsopfer, an Verwundete, an Arbeitsunfähige durch den Krieg zu zahlen wären. Auf jeden Fall ließ sich so die Reparationssumme beträchtlich erhöhen, auch wenn sie selbst noch gar nicht bestimmt war. Der Cambridger

Professor Keynes, eine Autorität auf finanzwirtschaftlichem Gebiet, hatte schon im November 1918 dem englischen Premierminister vorgelegt, was er in dessen Auftrag als eine für Deutschland erschwingliche Reparationssumme errechnet hatte. Sie stellte nach der Ansicht des englischen Gelehrten ungefähr den durch den Krieg wirklich angerichteten Schaden dar. Professor Keynes hatte vorgeschlagen, daß Deutschland in fünfundzwanzig bis dreißig Jahren zehn bis fünfzehn Milliarden Dollars bezahlen solle. Aber der von Frankreich bestellte Sachverständige Loucheur war zu einer Summe gelangt, die selbst den von Lloyd George in seinen Dezemberwahlreden angekündigten, phantastischen Betrag von einhundertfünfzig Milliarden Dollars weit überstieg. Der französische Sachverständige Loucheur wollte zweihundert Milliarden Dollars von Deutschland haben. Anders sahen die Amerikaner die berechtigte deutsche Zahlungsverpflichtung. Der Sachverständige Lamont war nur zu achtundfünfzig Milliarden gekommen. Um die Gegensätze zu überbrücken, trat eben in den Tagen nach der Rückkehr des Präsidenten Wilson eine Sonderkommission zusammen, in der mit dem Engländer Montagu und dem Franzosen Loucheur der Amerikaner Davis nach einer von allen dreien billig gefundenen Ziffer suchten. Aber ihre Arbeit umspannte nur bares Geld: für Wiederaufbau, für Pensionen. Es war längst nicht alles, nicht einmal das Wichtigste, das zu Clemenceaus Reparationen gehörte.

Das Wichtigste war das Kohlenland der Saar. Deutschland hatte im Kriege die nordfranzösischen Bergwerke vernichtet. Frankreich begehrte als Ersatz das Kohlenland der Saar. Frankreich brauchte Koks. Aus der Saarkohle ließ sich Koks nicht herstellen. Aber die französischen Sachverständigen erklärten, daß sie ihn auch aus dem Saarland holen könnten. Außerdem besannen sich die historischen Sachverständigen, daß die Saar einmal franzö-

sisches Gebiet gewesen sei. So forderte Frankreich dies Gebiet zurück mit den Grenzen von 1814. Schon deshalb war es nach seiner Ansicht kostbarer französischer Boden, weil ein französischer Heros aus dem Saarland gekommen war: Marschall Ney aus Saarlouis.

Rüstungsforderungen, märchenhafte Reparationssummen, vor allem das Annexionsverlangen nach der Saar: all das war gegen Woodrow Wilsons Programm, gegen Woodrow Wilsons Geist, gegen den Völkerbundgedanken und seinen Frieden durch Gerechtigkeit. Unvermeidlich war der große Sturm, da die Franzosen von solchen Friedensbedingungen als offenem, unerläßlichem Postulat sprachen. Und sie sprachen von ihm jetzt jeden Tag — —

Marschall Foch rollte am 17. März die Rheinfrage auf. Der Generalissimus klirrte an diesem Tage überhaupt in Erz. Brand war in Galizien ausgebrochen, roter, lodernder Brand, der Frankreich schwer schädigte und fast halb Europa in Mitleidenschaft zog, denn die Ukrainer belagerten das polnische Lemberg, der Marschall sah das neue, noch gar nicht geschaffene Polen in Gefahr, dem beizustehen französische Pflicht war. Unverzüglich sollte die Armee des Generals Haller über Wien ausgeschickt werden, zum Entsatze Lembergs.

Gleichzeitig mit der Rheinfrage war also die polnische Frage aufgerollt, obgleich die Marschfanfaren des Generalissimus verworfen wurden und General Haller ohne Auftrag blieb. Aber den Ruf vom „starken Polen“ warf doch auch der französische Ministerpräsident in den Streit der Meinungen. Es schien, daß der Präsident der Vereinigten Staaten gegen polnischen Gebietszuwachs wenig einzuwenden hatte. Sein Urteil war den Polen freundlich, die Berichte seines Beraters Professor Lord, den er in das Land geschickt, waren günstig gewesen. Er wollte Danzig dem neuen Staate geben. Für schweres polnisches Rüst-

zeug indes war der Präsident nicht zu haben. Der französische Ministerpräsident aber wollte Gebietszuwachs und Rüstungen. Noch bevor die Meinungsverschiedenheit ausgetragen werden konnte, sprang der englische Premierminister ein. Er hatte an dem Berichte Professor Lords verschiedene Punkte auszusetzen. Mancherlei darin stimmte nicht. An einem „starken Polen" hatte Lloyd George kein Interesse. Danzig wollte er nicht an die Polen geben. Der Streit war da. Die polnische Frage blieb ungelöst — —

Aber der Streit flaute nicht ab, er wurde noch heftiger, als es um die „strategische Rheingrenze" und um die Rüstungen im besonderen ging. Der französische Ministerpräsident begehrte, wie Marschall Foch, wie André Tardieu, die dauernde, militärische Kontrolle und, wie den polnischen „Puffer im Osten", die Einrichtung des linken Rheinufers als autonomen Staat. Über die zweite Forderung schien der Präsident der Vereinigten Staaten zu schwanken. Die militärische Kontrolle auf ewige Zeiten lehnte er ab. Sie war berechtigt, um Deutschlands Entwaffnung zu beaufsichtigen. Dauernde Eingriffe in die deutsche Souveränität nach Friedensschluß wollte er nicht zulassen. Überhaupt war er nicht für die Entwaffnung Deutschlands allein. Er war für Abrüstung überhaupt: „Sollten die alliierten Armeen dauernd unter Waffen gehalten werden, um die Erfüllung der Friedensbedingungen zu überwachen, so würde nicht der Frieden, sondern eine dauernde militärische Herrschaft der Alliierten errichtet werden." Der französische Ministerpräsident leugnete gar nicht, daß er durchaus für „eine dauernde militärische Herrschaft der Alliierten" war. Aber ehe auch diese Meinungsverschiedenheit in Ordnung gebracht werden konnte, sprang wieder der englische Premierminister ein. Für Abrüstung war auch Lloyd George. Aber nie wollte er zugeben, das das Rheinland von Deutschland losgerissen werde. Überhaupt war er dafür, daß nirgends wirklich

deutsches Land den Deutschen fortgenommen werden sollte.

Außer sich vor Entrüstung verließ der französische Ministerpräsident die Sitzung. Er wußte nicht, wer eigentlich sein Gegner war. Einmal schien es der Präsident der Vereinigten Staaten, einmal der englische Premierminister zu sein. Aber beide sollten irren, wenn sie wirklich glaubten, daß er kapituliere.

Im Gegenteil: zum Angriff wollte er übergehen. Nicht umsonst sollte man sagen, daß er alle mit Meisterschaft brüskiere. Dem starrsinnigen Ideologen Wilson wollte er, mißlaunig, wie er war, eine Angelegenheit an den Professorenkopf werfen, daß der Kopf ihm surren sollte. Er wollte einmal über die Türkei mit ihm sprechen, er sollte nur anhören, was damit zu machen war. Wenn der englische Premierminister, vorsichtig mit Unterhaltungen über ältere Verträge, seine Absicht vielleicht nicht ganz zeitgemäß fand, wenn ihm die Kolonialsorgen der Dominien wichtiger waren, wenn Clemenceau ihn in Ungelegenheiten brachte, so brannte der Ministerpräsident erst recht darauf, seine Absicht durchzuführen. Auch auf Lloyd George war er im Augenblick nicht gut zu sprechen. Er brauchte nur an die „strategische Rheingrenze“, an Polen, an Danzig zu denken. Ihm sagte er kurz den Inhalt der von ihm beschlossenen Sitzung an. Den Präsidenten lud er, als Vorsitzender der Friedenskonferenz, ohne Ansage in die Wohnung des englischen Premiers in die Rue Nitot.

Dem Außenminister Pichon gab er dort das Wort. Der „Sykes-Picot-Vertrag“, abgeschlossen zwischen Großbritannien und Frankreich im Jahre 1916, sollte die Billigung der Konferenz erfahren. Auch Lloyd George hatte, wie Clemenceau, seinen Außenminister mitgebracht. Außerdem zwei Generale. Mit dem Ministerpräsidenten Orlando war Baron Sonnino gekommen. Rasch entwickelte sich, ohne

jede Einleitung und mit ebenso großer Selbstverständlichkeit wie Klarheit, der Sinn dieser fast nebenher und mit Gewalt beschlossenen Nachmittagskonferenz. Die Aufteilung des türkischen Reiches sollte vollzogen werden. Sprachlos saß der Präsident der Vereinigten Staaten da. Nie hatte er etwas über Abmachungen solcher Art gehört, die jetzt ohne weiteres Syrien den Franzosen, Mesopotamien den Engländern zusprachen und arabische Verpflichtungen aufführten, die längst von den beiden Großmächten allein vereinbart worden waren. Auf besondere Art schien überdies Italien in den Handel verwickelt. Denn ohne Zweck waren Italiens Abgesandte gewiß nicht in der Geheimsitzung erschienen.

Daß sein ganzes Werk, all seine Pläne und hochfliegenden, sittlichen Ideen, seit die Konferenz tagte, von Dingen im Dunkel bedroht und gehemmt waren, die er nicht kannte oder nicht ganz kannte, die sich nie hervorwagten oder im Dunkel wieder verschwanden, wenn irgendwer sie nannte oder danach griff, hatte der Präsident der Vereinigten Staaten längst gespürt. Unkenntliches und Verschwörerhaftes gegen alles, was er mit seinem Fundamentalprinzip von Völkerversöhnung und Eintracht wollte. Aber was hier vorgetragen, als ganz natürlich verhandelt und gefordert wurde, ihm neu und fremd, war Länderraub auf eigene Faust, nicht mehr und nicht weniger, das Gegenteil der Völkerbundforderungen, ihre offene Verhöhnung. Der Präsident der Vereinigten Staaten weigerte sich. So war die Ordnung der Welt unmöglich. In besondere Unterhaltungen von Großmächten untereinander konnte und wollte er natürlich nicht dreinsprechen. Aber wenn es um Aufgaben ging, die Sache und Entscheidung der Konferenz und ihrer Grundsätze waren, wenn er um seine eigene und entscheidende Stellung zu dem Thema befragt wurde, so war sie ihm eben durch seine Grundsätze, durch den Völkerbundgedanken vorge-

schrieben. Erst sollten, wie man das auch für andere Mandatländer beschlossen hatte, Sachverständige in die asiatische Türkei entsandt werden. Seine Grundsätze verlangten, daß zunächst „Tatsachen“ festgestellt würden. Dann erst stände man vor der Frage besonderer Mandatübertragungen für türkische Gebiete. Es war noch abzuwarten, ob die Syrer die Franzosen, die Mesopotamier die Engländer überhaupt haben wollten.

Lloyd George und Clemenceau sahen, daß der Präsident stets derselbe war. Es schien, daß er auch hier keine Geschäfte dulden wollte. Im Augenblick kamen sie nicht weiter. Sie hatten freilich das Thema vorerst nur einmal vorgebracht. In erster Schlacht war nicht alles zu gewinnen und noch gar nichts entschieden. Nur der Feldzug war eingeleitet, in dem sie sich für eine Taktik entscheiden mußten. Eine Untersuchung durch Sachverständige konnte man also anstellen lassen. Sie band noch nicht. Aber auf jeden Fall verlangte der französische Ministerpräsident für die Erkundung der Tatsachen „gewisse Garantien“. Er war der Meinung, „die ganze Untersuchung würde eine außerordentlich delikate Angelegenheit sein“. Lloyd George war in der ganzen Frage plötzlich das Entgegenkommen selbst. Nichts von Enttäuschung war an ihm zu merken. Zwischendurch, ganz beiläufig, bemerkte er nur:

„Angenommen, das Beweismaterial wäre so überwältigend, um das britische Reich aus Mesopotamien hinauszuwerfen, dann hätten sie (die Engländer) doch wohl freie Hand, zu erwägen, ob sie anderswo in der Türkei ein Mandat übernehmen könnten“ — —

Die Sitzung war zu Ende. Sie hatte höfliche, korrekte Formen gewahrt. Der französische Ministerpräsident hatte nicht getobt. Lloyd George war verbindlich geblieben. Kein polterndes Wort war gefallen. Aber es war die eiskalte Höflicheit unüberbrückbarer Gegensätze, mit der man sich

trennte. Völlig fremde Weltideen hatten einander gegenübergestanden. Man trug die Verstimmung diesmal in bester Erziehung fort. Völlig verstört, sichtbar von Abscheu erfüllt, verließ die Rue Nitot der Präsident der Vereinigten Staaten.

Niemand konnte leugnen, daß die Staatsoberhäupter ihre Aufgaben von da ab in unverhülltem Konflikt berieten. Ihre Meinungen trennten sich schroff, ob die Aussprachen selbst höflich waren oder nicht. Der Streit begann in alle Zeitungen zu dringen. Mit besonderer Ausschmückung kehrten seine Einzelheiten drei Tage lang wieder. Verbindlich kühl war Lloyd George noch gestern am Nachmittage gewesen, als er seine türkischen Abmachungen vorläufig zurückgestellt sah. Aber unverbindlich erregt, im höchsten Grade erbitterte er sich heute im „Rate der Zehn" über die verworrenen, nur halb richtigen und entstellenden Mitteilungen, die die Zeitungen über seine Meinungen und Absichten in bezug auf Danzig und über das Zerwürfnis darüber brachten. Was der Präsident der Vereinigten Staaten vor knapp sechs Wochen erfahren hatte, erfuhr diesmal Lloyd George an sich selbst, nur daß er im Gegensatz zu dem Präsidenten seiner Verstimmung freien Lauf ließ. Im „Rat der Zehn" war seine Beschwerde energisch und deutlich. „Derartigen Vorfällen müßte ein Riegel vorgeschoben werden." Er nützte den Anlaß sogleich zu reinigender Rede. Von Zeit zu Zeit war es ganz gut, auch auf die Macht hinzudeuten, die er vertrat:

„Wenn das so weitergeht, so gehe ich zurück. So kann ich keine Geschäfte machen" — —

Der „Rat der Zehn" war seit Tagen erfüllt von Meinungsverschiedenheiten und Angriffslust, selbst von Lärm. Der bissige, feindselige Wortkampf, in den der immer noch nicht ganz hergestellte Clemenceau mit ewigem, bellendem Husten schnitt, die ganze Szenerie, die Herabwürdigung

des Tribunals verdroß ihn. Die Regelung der Friedensbedingungen sollte überhaupt nicht mehr durch den „Rat der Zehn“ gehen. Dort hatte man sich seit einiger Zeit nicht mehr richtig ausgesprochen. Man hatte sich eigentlich nur mehr gezankt. Der Präsident der Vereinigten Staaten zwar in würdiger, gemessener Trauer, der französische Ministerpräsident mit hitzigen, boshaften und stachligen Worten, die Lloyd George ihm mit sanguinischem Temperament reichlich zurückgegeben hatte. Daß der Zank sich wiederholen mußte, war allen dreien klar. Daß er kein Schauspiel für den „Rat der Zehn“ war, dachte nicht nur Lloyd George. Im „Rat der Zehn“ fand daher in diesen Tagen der englische Premierminister, daß die Tagesordnung des Rates viel zu sehr belastet sei. Den Ministerpräsidenten und den Außenministern erklärte er:

„Das ist viel zu viel“ — —

Er fand es besser, wenn fortan zwei Kommissionen in zwei verschiedenen Zimmern tagten. Er ordnete an, daß die Außenminister, getrennt von den „Großen Vier“, künftig unter dem Vorsitz Lord Curzons zusammentreten sollten. Von den Ministerpräsidenten verabschiedet, sah Lord Curzon die Tagesordnung an:

„Da ist ja gar nichts zu tun!“

Der italienische Abgesandte Scialoja antwortete:

„Haben Sie denn nicht verstanden, daß der wirkliche Grund der ist, daß man uns nicht im anderen Zimmer haben will.“

Seither tagten die „Großen Vier“ heimlich und allein. Es war die einschneidendste, von allen Abgesandten der Konferenz, von allen Zeitungen wieder vielbesprochene Änderung der Konferenzorganisation. Der „Rat der Zehn“ bestand allerdings noch weiter. Aber nur selten mehr wurde er um Pichons großen Arbeitstisch versammelt. Der neue „Rat der Außenminister“, der „Rat der kleinen Fünf“ war aus der von Lloyd George festgestellten Arbeitsüber-

lastung plötzlich geboren. Die „Großen Vier“ aber zogen als Hauptkomitee, als abgeschlossene Oberste Ratsstelle, endgültig fort vom Quai d’Orsay. Sie erhitzten sich in größerer Abgeschlossenheit, völlig untereinander, in Lloyd Georges behaglicher Wohnung in der Rue Nitot. Sie saßen noch öfter in dem stilvollen, ruhigen Bibliothekszimmer des Präsidenten Wilson, rund um den Kamin in großen Lehnstühlen, häufig selbst ohne ihre Sekretäre. Manchmal, wenn es sich um Dinge handelte, die auch ihm nicht gleichgültig waren, setzte sich der japanische Abgesandte mit an den Kamin. In diesen vertraulichen, abgedichteten Sitzungen besprach man sich fortan regelmäßig von morgens zehn oder elf Uhr an. Am Nachmittage wurde der Raum gern gewechselt. Experten wurden befohlen und geholt, wenn der Gegenstand es nötig machte. Im Vorzimmer harrten aller Anfragen, aller Wünsche und Befehle die Ordonnanzoffiziere. In einem Saale über der Etage des Präsidenten saßen die Sachverständigen. Manchmal sandte Wilson, manchmal Lloyd George, begierig nach schneller Auskunft, die seinen Standpunkt stützen konnte, einen mit Bleistift gekritzelten Zettel hinaus:

„Tschechoslowak —

Was ist das? Wo liegt das? Und wie viele gibt’s davon?“

Dann lief der Offizier. Vor dem Kamine knisterten die Probleme weiter. Bliesen sich an. Immer mächtiger. Immer lodernder. Bis sie der Sturmwind um den ganzen Konferenzhimmel trug.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hatte, was ihn selbst betraf, aufs neue versucht, sich aus all seinem Abscheu, aus seiner großen Verstimmung in die reineren Gefilde seiner Völkerbundideen zurückzuflüchten. Unermüdlich sann und grübelte er, sowie die zahllosen, von Frankreich jetzt hitzig betriebenen Geschäfte und Anforderungen ihn einen Augenblick freigaben, wie er wenigstens diesen

„integrierenden Bestandteil“ des Weltfriedens sichern könnte, vor allem gegen die Widerstände und Gefahren, die ihm von Amerika selbst drohten, obgleich die Konferenz ihn schon angenommen hatte.

Die Völkerbundsatzung konnte gar nicht so bleiben, wie sie nach schweren Kämpfen abgerundet worden war. Der Präsident sah ein, daß irgendein Wort, eine Anmerkung, eine Klausel über die Anerkennung der Monroedoktrin aufgenommen werden mußte — um der Amerikaner willen. Aber verlangte der Präsident die Festlegung solch einer Klausel im Entwurf, so stieß er vermutlich auf Frankreichs Widerstand. Den Franzosen hatte er den Völkerbund als Sicherheit bieten, als garantierten Beistand aller Mitglieder gegen jeden Angriff in Zukunft, besonders gegen den so gefürchteten deutschen Vergeltungskampf geben wollen. Aber den Franzosen war der Völkerbund selbst in der angenommenen Fassung nicht als eine annehmbare, wirkliche „Sicherheit“ erschienen. Sie begehrten Zukunftsschutz durch konkretere Mittel und Zusagen. Wenn der Präsident die Aufnahme einer Klausel über die Monroedoktrin verlangte, so würden die Franzosen darauf verweisen, daß eben die Monroedoktrin jede Einmischung Amerikas außerhalb ihres Landes, jeden Aufmarsch amerikanischer Truppen für eine befreundete Macht in Europa verbot. Was er als Zugeständnis für Amerika haben mußte, um den Senat für die Annahme des Völkerbundes zu gewinnen, nahm Frankreich nicht an. Es lehnte dann den Völkerbund überhaupt ab. Was er aber Frankreich zubilligen mußte, zerschlug sein Werk in der Heimat. Mühsam stilisierte er, in gleich schwerer, kompilatorischer Art, wie die Völkerbundsatzung selbst sich allmählich kristallisiert hatte, aus den Vorschlägen, die ihm aus Amerika zugegangen waren, den Entwurf einer der Klauseln:

„In dem vorliegenden Bundesvertrag soll nichts so ausgelegt werden, als beeinträchtige es das Recht irgend-

welcher amerikanischer Staaten, ob einzeln oder vereint, die Integrität amerikanischen Gebietes und die Unabhängigkeit irgendeiner amerikanischen Regierung, deren Gebiet bedroht ist, zu beschützen, einerlei, ob der betreffende Staat ein Mitglied des Bundes ist oder nicht. Das Gleiche gilt von dem Recht der amerikanischen Staaten, im Interesse des amerikanischen Friedens gegen die weitere Abtretung amerikanischen Gebietes oder amerikanischer Hoheitsrechte an irgendeine Macht außerhalb der westlichen Hemisphäre zu protestieren und diese zu verhindern."

Dennoch mußte er, wenn er ehrlich sein wollte, sich ohne Verbrämung sagen, daß der Entwurf der Klausel im Grunde keinen befriedigen konnte, weder Frankreich noch Amerika. Die Einmischung fremder Staaten in Amerika war durch die Monroeergänzung des Präsidenten ausgeschaltet. Der eingefügte Satz war wirklich wichtig für die Heimat, aber gleichgültig für Frankreich. Daß dann im weiteren Text der Klausel ein Satz über die Nichteinmischung Amerikas in Europa fehlte, war zwar wichtig für Frankreich, Amerika aber konnte, würde vielleicht das so geschaffene Arrangement ablehnen. Denn es war dann doch gebunden. Gewiß, der Präsident wiederholte sich, wiederholte seinen amerikanischen Freunden, namentlich jedem Franzosen, wenn er nur zuhören wollte, daß Völkerbundsatzung und Monroedoktrin gar nicht miteinander im Gegensatze wären. Aber die Halbheit im Entwurfe blieb darum doch. Den Amerikanern hatte er den die Union schützenden Teil der Monroedoktrin gerettet: vielleicht waren sie mit der einen Hälfte zufrieden. Die andere Hälfte hatte er im Interesse der Franzosen verschwiegen. Vielleicht waren damit die Franzosen zufriedengestellt. Die Amerikaner konnten es kaum sein. Außer sie merkten das Verschweigen nicht, das eine Bindung an Europa war — —

Mühsam quälte sich der Präsident. Vorsichtig wollte er in seinen Entwürfen sein, nichts in Eile überhasten. Aber nicht nur die Verstimmungen, Enttäuschungen, Zerwürfnisse der jüngsten Tage störten ihn in seiner Arbeit, die er immer noch für die wichtigste hielt. Auch die Kabelgramme aus Amerika liefen weiter. Sein Sekretär Tumulty meldete:

„Die gegenwärtige Situation bedeutet für Sie eine große Gefahr. Ich bemerke Anzeichen, daß unsere Feinde hier und im Auslande den Anschein zu erwecken versuchen, daß Sie für die Hinauszögerung der Friedensabmachungen verantwortlich sind, und daß die Verzögerung den Bolschewismus und die Anarchie in Ungarn und auf dem Balkan verstärkt hat. Läßt sich die Verantwortlichkeit für die Verzögerung auf irgendeine Weise von Ihnen feststellen?"

Daß Eile nötig war, wußte der Präsident. Die Welt war wirklich in Aufruhr. Schnell mußte Friede werden, so schnell wie möglich, schon deshalb, weil Marschall Foch und die französischen Generale sich noch immer nicht aus den Kriegsgedanken reißen, weil sie einmal um Lemberg, dann vor Moskau Krieg führen wollten, weil sie einmal zwischen Ungarn und Rumänen, dann, wenn es nur irgend ging, wieder anderwärts Krieg auf eigene Faust, ohne ihre Regierungen, hinter dem Rücken ihrer Regierungen entfachten. Aber auch jetzt wollte der Präsident nichts überstürzen. Immer mehr glaubte er, daß die einzige Bürgschaft für eine neue, anders denkende Friedenswelt der Völkerbund war. Die amerikanische Unruhe befahl er durch Erklärungen zu glätten. Nichts würde verzögert. Was wichtig war für die Einzelheiten des Friedens, um dem endlichen Vertrage und dem endlichen Kriegsabschluß näherzukommen, würde sorgsam und mit größter Beschleunigung durchgearbeitet, überhaupt unabhängig und außerhalb der Verhandlungen über den Völkerbund. Keines „der

zahlreichen anderen, verwickelten Friedensprobleme" würde verzettelt — —

Er sprach die Wahrheit. Er selbst mußte seine Formulierungen für die Völkerbunderweiterung wieder zurückstellen. Denn „andere" Friedensprobleme gab es jetzt täglich, stündlich. Und so sehr „verwickelt" waren sie, daß sie ihm Kraft und Atem zugleich zu nehmen drohten.

Der englische Premierminister hatte zum Wochenende die Ruhe von Fontainebleau gesucht. Fern von Paris, fern den Aufregungen, die dort die Sitzungssäle ohne Unterbrechung beherrschen zu wollen schienen, durchdachte er nicht nur die äußersten Zugeständnisse, die er seinem Verbündeten Clemenceau für seine Friedensforderungen gewähren könne, damit Frankreich mit England weiter in Freundschaft lebe. In Fontainebleau dachte er über den Augenblick, der sonst sein Lenker und Bestimmer war, und über die Schwierigkeiten des Augenblicks hinaus. Er schrieb sein „Dokument von Fontainebleau" nieder. So weit es möglich war, alle Gebiete einer Friedensgrundlage in knappem Umriß zu umfassen, wollte er endlich eine Art Programm aufstellen, dessen Durchführung den gewiß schwer errichteten Frieden über eine Generation hinaus vor neuem Krieg sichern sollte. Er formulierte „Einige Betrachtungen für die Friedenskonferenz vor dem endgültigen Entwurf ihrer Bedingungen". Das Schriftstück sandte er dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau:

„Einige Betrachtungen für die Friedenskonferenz vor dem endgültigen Entwurf ihrer Bedingungen.

I.

Wenn Nationen durch Kriege erschöpft sind, für die sie alle ihre Kräfte eingesetzt haben, wenn sie müde, blu-

tend und gebrochen zurückblieben, so ist es nicht schwierig, einen Frieden zu schaffen, der so lange dauern kann, bis die Generation dahingegangen ist, die seine Schrecken erfuhr. Bilder von Heldentum und Triumph locken nur Menschen, die nichts von den Leiden und Schrecknissen des Krieges wissen. Es ist darum verhältnismäßig leicht, einen Frieden aufzurichten, der 30 Jahre dauern wird.

Schwer jedoch ist es, einen Frieden zu machen, der keinen neuen Kampf hervorrufen soll, sobald auch diejenigen nicht mehr leben, die praktisch die Bedeutung des Krieges erfuhren. Die Weltgeschichte hat gezeigt, daß ein Frieden, von einer siegreichen Nation als der Triumph diplomatischer und staatsmännischer Geschicklichkeit, sogar der Mäßigung gerühmt, im Lauf der Zeit sich als kurzsichtig und voller Gefahr für den Sieger erwiesen hat. Mit dem Frieden von 1871 hatte Deutschland geglaubt, nicht nur seine Sicherheit, sondern auch seine dauernde Überlegenheit sicherzustellen. Die Tatsachen haben genau das Gegenteil ergeben. Frankreich selbst hat bewiesen, daß Leute, die behaupten, Deutschland so schwächen zu können, daß es nie wieder würde zurückschlagen können, im äußersten Unrecht sind. Von Jahr zu Jahr wurde Frankreich numerisch schwächer als sein siegreicher Nachbar, in Wahrheit aber wurde es sogar mächtiger. Es beobachtete Europa, es schloß Bündnisse mit denen, die Deutschland bedroht oder denen es Unrecht getan hatte, es hörte nie auf, die Welt vor der Gefahr zu warnen, und am Ende gelang es ihm, die viel gewaltigere Macht zu stürzen, die es so brutal mit Füßen getreten hatte. Sie mögen Deutschland seiner Kolonien berauben, seine Rüstungen zu einer bloßen Polizeimacht und seine Flotte zu der einer Macht fünften Grades herabsetzen; es ist schließlich alles gleich, wenn es sich im Frieden von 1919 ungerecht behandelt fühlt, wird es Mittel finden, um an seinen Besiegern Rache zu nehmen. Der Eindruck, der tiefe Eindruck, den vier

Jahre beispiellosen Kampfes auf das menschliche Herz ausübten, wird mit den Herzen verschwinden, denen er mit dem furchtbaren Schwert des großen Krieges eingepreßt wurde. Die Aufrechterhaltung des Friedens wird dann von der Tatsache abhängen, ob Ursachen zur Verzweifelung vorhanden sind, die dauernd den Geist des Patriotismus, der Gerechtigkeit oder des „fair play“ aufstacheln. Unsere Bedingungen dürfen hart, sogar erbarmungslos sein, aber gleichzeitig können sie so gerecht sein, daß das Land, dem sie auferlegt werden, in seinem Herzen fühlen wird, daß es kein Recht zur Klage hat. Aber Ungerechtigkeit und Anmaßung, ausgespielt in der Stunde des Triumphes, werden nie vergessen und vergeben werden.

Aus diesen Gründen bin ich auf das schärfste dagegen, mehr Deutsche als unerläßlich nötig ist, der deutschen Herrschaft zu entziehen, um sie einer anderen Nation zu unterstellen. Ich kann kaum eine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg erblicken, als daß das deutsche Volk, das sich zweifellos als eine der kraftvollsten und mächtigsten Rassen der Welt erwiesen hat, rings von einer Anzahl kleiner Staaten umgeben werden soll, von denen viele aus Völkern bestehen, die noch nie vorher eine selbständige Regierung aufgestellt haben, aber jedes breite Massen von Deutschen umschließen, die die Vereinigung mit ihrem Heimatland fordern. Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2100000 Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zur Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen. Was ich von den Deutschen sagte, gilt ebenso für die Magyaren. Es wird kein Friede sein in Südosteuropa, wenn jeder jetzt ins Dasein tretende kleine Staat eine starke ungarische Irredenta in seinen Grenzen beherbergt. Ich möchte es darum zum führenden Grundsatz des Frie-

dens nehmen, soweit wie menschenmöglich, die verschiedenen Rassen ihrem Mutterlande einzuverleiben, und dies menschliche Kriterium alle Erwägungen der Strategie, der Wirtschaft oder der Kommunikationen überwiegen zu lassen, die auch auf andere Weise in Ordnung gebracht werden können. Zweitens möchte ich sagen, daß die Reparationszahlungen, wenn möglich mit der Generation ihr Ende finden sollen, die den Krieg gemacht hat.

Aber eine andere Erwägung im Sinne eines langfristigen Friedens beeinflußt mich noch mehr, als der Wunsch, keine berechtigten Ursachen für den erneuten Ausbruch eines Krieges nach 30 Jahren zu hinterlassen. Ein Element unterscheidet die Lage der Völker von ihrer Stellung um 1815. Im napoleonischen Krieg waren die Nationen gleichfalls erschöpft, aber der Geist der Revolution hatte seine Kraft in seinem Geburtsland verbraucht, und Deutschland hatte die berechtigten Volkswünsche jener Zeit durch eine Reihe wirtschaftlicher Änderungen befriedigt, die von Mut, Voraussicht und hoher staatsmännischer Weisheit eingegeben waren. Sogar in Rußland hatte der Zar große Reformen durchgeführt, die damals für die halbwilde Bevölkerung vermutlich sogar zu fortschrittlich waren. Die Situation ist heute wesentlich anders. Die Revolution steckt noch in ihren Kinderschuhen. Die extremen Erscheinungen des Terrors sind in Rußland noch an der Herrschaft. Ganz Europa ist erfüllt vom Geiste der Revolution. Ein tiefes Gefühl, nicht der Unzufriedenheit allein, sondern des Ärgers und Aufruhrs herrscht unter den Arbeitern gegen die Vorkriegsbedingungen. Die ganze bestehende Ordnung der Dinge in ihren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ausblicken ist von einem Ende Europas bis zum andern durch die Massen der Bevölkerung in Frage gestellt. In manchen Ländern, wie Deutschland und Rußland, nimmt die Unruhe die Form offenen Aufruhrs, in anderen, wie Frankreich, Großbritannien und Italien, die Gestalt von

Streiks und der allgemeinen Unlust an, sich ruhig zur Arbeit niederzulassen — Symptome, die ebensosehr mit dem Wunsch nach politischen und sozialen Änderungen, wie mit unklaren Forderungen zusammenhängen.

Vieles von dieser Unruhe ist gesund. Wir werden es nie zu einem dauernden Frieden bringen, falls wir die Wiederherstellung der Bedingungen von 1914 versuchen. Aber es besteht die Gefahr, daß wir die Bevölkerungsmassen ganz Europas in die Arme der Extremisten treiben, deren einzige Idee über die Wiedergeburt der Menschheit in der völligen Zerstörung des ganzen bestehenden Gebäudes der Gesellschaft besteht. Diese Männer haben in Rußland triumphiert. Sie taten es um einen furchtbaren Preis. Hunderttausende der Bevölkerung gingen zugrunde. Die Eisenbahnen, die Straßen, die Städte, der ganze innere Bau Rußlands ist fast ganz zerstört, aber auf die eine oder andere Weise ist es den Männern doch gelungen, Macht über die Massen des russischen Volkes zu bekommen, und was noch viel bedeutungsvoller ist, es glückte ihnen, eine große Armee zu schaffen, die scheinbar gut geführt, gut diszipliniert und in ihrem größten Teil bereit ist, für ihre Ideale zu sterben. In einem weiteren Jahr kann Rußland, befeuert von neuer Begeisterung, sich von seiner Friedensleidenschaft erholt haben und die einzige noch kampfbegierige Armee zur Verfügung haben, denn sie ist die einzige Armee, die glaubt, noch für irgend etwas zu kämpfen zu haben.

Die größte Gefahr der gegenwärtigen Lage sehe ich darin, daß Deutschland sich dem Bolschewismus zuwenden und seine Hilfsquellen, seine Köpfe, seine ungeheure Organisationskraft den revolutionären Fanatikern zur Verfügung stellen könnte, deren Traum es ist, die Welt dem Bolschewismus mit Waffengewalt zu erobern. Diese Gefahr ist kein bloßes Hirngespinst. Die gegenwärtige Regierung in Deutschland ist schwach, sie hat kein Ansehen,

ihre Autorität wird ständig herausgefordert. Sie hält sich nur, weil sonst kein anderer Ausweg als der Spartakismus bleibt, und Deutschland ist nicht zum Spartakismus bereit. Aber die Argumente, die die Spartakisten just jetzt mit großem Erfolg ins Feld führen, sind, daß nur sie allein Deutschland von den unerträglichen Bedingungen befreien können, die der Krieg ihm aufgeladen. Sie bieten dem deutschen Volk die Entschuldung von den Alliierten, die Entschuldung von den eigenen reichern Klassen. Sie bieten ihnen völliges Verfügungsrecht über ihre eigenen Angelegenheiten und den Ausblick auf einen neuen Himmel, eine neue Erde. Es ist wahr, der Preis wird hoch sein: zwei oder drei Jahre Anarchie, vielleicht Blutvergießen, aber am Ende wird das Land bleiben, das Volk wird bleiben, der größere Teil der Fabriken und Häuser wird bleiben, die Eisenbahnen und Straßen werden bleiben, und Deutschland, seiner Lasten ledig, wird imstande sein, von vorne zu beginnen.

Geht Deutschland zu den Spartakisten über, so ist es unvermeidlich, daß es seinen Anteil in die Wagschale der russischen Bolschewisten wirft. Ist dies einmal geschehen, so wird ganz Osteuropa in den Wirbelsturm der Bolschewistenrevolution hineingerissen, und in einem Jahre könnten wir Zeuge des Schauspiels werden, wie nahezu dreihundert Millionen Menschen, organisiert zu einer ungeheuren roten Armee unter deutschen Instruktoren und deutschen Generalen, ausgerüstet mit deutschen Geschützen und deutschen Maschinengewehren, zu erneutem Angriff auf Westeuropa sich bereithalten. Ein Ausblick, dem keiner mit Gleichgültigkeit entgegensehen kann. Schon die Nachrichten, die gestern aus Ungarn kamen, beweisen nur zu deutlich, daß solche Gefahr kein Phantasiegebilde ist. Und welche Gründe werden für den Umsturz angeführt? Einzig der Glaube, daß eine große Anzahl Ungarn der Herrschaft Fremder ausgeliefert wer-

den soll. Wenn wir klug sind, so werden wir Deutschland einen Frieden anbieten, der, weil er gerecht ist, für alle vernünftigen Menschen der Alternative des Bolschewismus vorzuziehen sein wird. Ich würde es darum in die Vorrede des Friedens aufnehmen, daß wir Deutschland, sobald es unsere Bedingungen, besonders die Reparationen annimmt, die Rohstoffe und Märkte der Welt zu den gleichen Bedingungen wie uns selbst zugänglich machen wollen, und daß wir alles nur Erdenkliche tun werden, um es dem deutschen Volk zu ermöglichen, wieder auf die Beine zu kommen. Wir können es nicht zum Krüppel machen und gleichzeitig von ihm erwarten, daß es zahle.

Schließlich müssen wir Bedingungen bieten, die eine verantwortliche Regierung in Deutschland als durchführbar auf sich nehmen kann. Wenn wir Deutschland ungerechte oder äußerst entehrende Bedingungen vorlegen, wird keine verantwortliche Regierung sie unterzeichnen, bestimmt nicht die jetzige schwache Verwaltung. Täte sie es, so würde sie, so sagte man mir, binnen 24 Stunden weggefegt sein. Welch eine Lage aber würde sich ergeben, wenn niemand sich in Deutschland findet, der seine Handschrift unter einen Friedensvertrag setzt? Eine große Besatzungsarmee für unendliche Zeit steht außer Frage. Deutschland hätte nichts dagegen. Ein großer Teil der Bevölkerung des Landes würde sie als die einzige Hoffnung bewillkommnen, um die bestehende Ordnung der Dinge aufrechtzuerhalten. Der Einwand käme nicht von Deutschland, sondern aus unseren eigenen Ländern. Weder das britische Imperium, noch Amerika würden einer Besetzung Deutschlands zustimmen. Frankreich allein könnte solche Last nicht tragen. Wir würden deshalb wieder auf die Politik der Blockade Deutschlands zurückgeworfen werden. Das müßte unweigerlich Spartakismus vom Ural bis zum Rhein bedeuten, mit der unvermeidlichen Folge einer

die Rheinüberquerung anstrebenden gewaltigen roten Armee. Auch zweifle ich sehr daran, daß die öffentliche Meinung uns tatsächlich ohne weiteres erlauben würde, Deutschland auszuhungern. Wenn es sich zwischen Deutschland und uns bloß darum handelt, ob wir ihm entehrende oder gemäßigte Bedingungen geben, so möchte ich sehr daran zweifeln, daß die öffentliche Meinung die überlegte Verurteilung von Millionen Frauen und Kindern zum Hungertode dulden würde. Wenn dem so wäre, so hätten sich die Alliierten bloß die moralische Niederlage eines Versuchs zugezogen, Deutschland Bedingungen aufzuzwingen, denen Deutschland sich erfolgreich widersetzt hatte.

Von jedem Standpunkt, will mir darum scheinen, müssen wir uns bemühen, eine Ordnung des Friedens zu entwerfen, als wären wir unparteiliche Schiedsrichter, die die Leidenschaften des Krieges vergessen haben. Diese Ordnung muß drei Ziele im Auge behalten. In erster Linie muß es den Alliierten gerecht werden in Anbetracht von Deutschlands Schuld am Ursprung des Krieges und für die Art, wie er ausgefochten wurde. Zweitens muß es eine Regelung sein, die eine verantwortliche deutsche Regierung in dem Glauben unterzeichnen kann, die darin enthaltenen Verpflichtungen erfüllen zu können. Drittens muß es eine Regelung sein, die nicht in sich selbst die Herausforderungen künftiger Kriege trägt und ein Gegengewicht zum Bolschewismus bildet, weil sie sich jeder vernünftigen Meinung als eine anständige Ordnung des europäischen Problems empfiehlt.

II.

Es genügt indes nicht, einen gerechten und weitblickenden Frieden mit Deutschland zu entwerfen. Wenn wir Europa ein Gegengewicht zum Bolschewismus bieten sollen, so müssen wir aus dem Völkerbund sowohl einen Hort für die Nationen machen, die bereit sind zu anständigem Ver-

handeln mit ihren Nachbarn, wie auch eine Drohung für solche, die in die Rechte ihrer Nachbarn eingreifen, gleichgültig ob sie imperialistische Kaiserreiche oder imperialistische Bolschewisten sind. Ein wesentliches Element der Friedensregelung ist darum die Aufrichtung des Völkerbundes als kraftvollen Beschützers internationalen Rechtes und internationaler Freiheit in der ganzen Welt. Sollte dies geschehen, so ergibt sich als erste Notwendigkeit, daß die führenden Mitglieder des Völkerbundes untereinander zu einer Verständigung über die Rüstungen gelangen. Für mein Gefühl ist es ein eitles Bemühen, Deutschland eine dauernde Begrenzung seiner Rüstungen aufzuzwingen, ohne daß wir geneigt sind, uns gleicherweise solche Beschränkung aufzuerlegen. Bis Deutschland zur Ordnung zurückgekehrt ist und praktische Beweise für das Aufgeben seiner imperialistischen Ziele erbracht hat und bis auch Rußland bewiesen hat, daß es keinen militärischen Kreuzzug gegen seine Nachbarn anzutreten beabsichtigt, ist es wesentlich — das gebe ich zu —, daß die leitenden Mitglieder des Völkerbundes beträchtliche Kräfte zu Wasser wie zu Lande beibehalten, um die Freiheit der Welt sicherzustellen. Aber wenn sie eine geeinte Front gegen die Kräfte der Reaktion sowohl wie der Revolution darstellen sollen, so müssen sie untereinander über ihre Rüstungen zu einer Übereinkunft gelangen, die jeden Argwohn der Mitglieder des Völkerbundes bezüglich ihrer Absichten gegeneinander unmöglich werden läßt. Wenn dem Bund seine Arbeit für die Welt gelingen soll, so müssen die Mitglieder des Bundes ihm selbst vertrauen und keine Rivalitäten und Eifersüchteleien wegen der Rüstungen unter sich aufkommen lassen. Die erste Bedingung für den Erfolg des Völkerbundes ist darum eine entschlossene Verständigung zwischen dem britischen Imperium, den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Italien, daß es kein Wettbauen von Flotten und Ar-

meen zwischen ihnen geben soll. Wenn das nicht vor der Unterzeichnung des Bundes erreicht ist, so wird die Liga der Nationen nur eine Schande und ein Spott sein. Es wird dies — mit Recht — als ein Beweis angesehen werden, daß seine Hauptförderer und Beschützer kein Vertrauen in seine Wirksamkeit haben. Aber haben erst einmal die führenden Mitglieder des Völkerbundes klar ausgesprochen, daß sie zu einer Verständigung gekommen sind, die dem Völkerbund sowohl die zum Schutze seiner Mitglieder notwendige Kraft sichert, als auch jedes Mißverständnis, jeden Argwohn hinsichtlich der Wettrüstungen unter ihnen unmöglich macht, so wird seine Zukunft und seine Autorität sichergestellt sein. Er wird dann imstande sein, nicht nur Deutschland, sondern alle kleineren Staaten Europas zur Begrenzung der Rüstungen und zur Abschaffung der Wehrpflicht zu veranlassen: die wesentliche Bedingung zur Sicherstellung des Friedens. Wenn den kleinen Nationen gestattet wird, stehende Heere zu organisieren und zu erhalten, Armeen von jeweils Hunderttausenden, so werden Grenzkriege unvermeidlich sein und ganz Europa wird hineingezogen werden. Gelingt es uns nicht, die allgemeine Beschränkung durchzusetzen, dann werden wir weder einen dauernden Frieden, noch die beständige Einhaltung der deutschen Rüstungsbeschränkungen zustandebringen, die wir jetzt zu erzwingen versuchen.

Ich möchte gern fragen, warum Deutschland nicht zum Völkerbund zugelassen werden soll, wenn es die Bedingungen annimmt, die wir als gerecht und anständig betrachten. Warum nicht auf jeden Fall, sobald es eine gefestigte und demokratische Regierung sich geschaffen hat. Wäre es nicht für Deutschland zugleich ein Antrieb, die Bedingungen zu unterzeichnen und dem Bolschewismus zu widerstehen? Wäre es nicht sicherer, es innerhalb als außerhalb des Völkerbundes zu wissen?

Schließlich glaube ich, daß bis zu dem Zeitpunkt, da die

Autorität und Wirksamkeit des Völkerbundes sich erwiesen haben wird, das britische Imperium und die Vereinigten Staaten Frankreich eine Sicherung gegen die Möglichkeit eines erneuten deutschen Angriffes geben sollten. Frankreich hat besonderen Grund, nach solch einer Sicherheit zu verlangen. Es ist zweimal in einem halben Jahrhundert von Deutschland angegriffen, zweimal mit Krieg überzogen worden. Es wurde deshalb so angegriffen, weil es der Haupthüter der freiheitlichen und demokratischen Zivilisation gegen die mitteleuropäischen Autokratien auf dem Kontinent von Europa war. Es ist nur richtig, daß die anderen großen westlichen Demokratien an einem Unternehmen teilnehmen, das Frankreich ihren Beistand gegen eine Invasion zu gegebener Zeit sicherstellt, falls Deutschland es jemals wieder bedrohen sollte, oder bis der Völkerbund seine Fähigkeit erwiesen hat, den Frieden und die Freiheit der Welt zu erhalten.

III.

Will indessen die Friedenskonferenz wirklich einen Frieden herbeiführen und der Welt einen vollständigen Ordnungsplan vorlegen, in dem alle vernünftigen Menschen eine dem Anarchismus vorzuziehende Alternative erkennen, so müssen wir uns mit der russischen Lage befassen. Der bolschewistische Imperialismus bedroht nicht allein die Staaten an Rußlands Grenzen. Er bedroht das ganze Asien und ist Amerika ebenso nahe wie Frankreich. Es ist ein eitler Glaube, daß die Friedenskonferenz, mag sie einen noch so gesunden Frieden mit Deutschland getroffen haben, auseinandergehen kann, wenn sie Rußland so läßt, wie es heute ist. Ich schlage jedoch nicht vor, die Frage des Friedens mit Deutschland durch Hineinbringen einer Diskussion über das russische Problem zu komplizieren. Ich erwähne es einfach, um uns selbst daran zu ermahnen, wie wichtig es ist, uns sobald als möglich damit zu befassen.

Umrisse der Friedensbedingungen.

I. Teil.

Beendigung des Kriegszustandes.

Die Beendigung eines Krieges — d. h.: der Austragung von Feindseligkeiten — kann nur einmal und endgültig geschehen. Wenn der künftige Vertrag die Überleitung der verbündeten Länder in einen Frieden ermöglichen, seine Durchführung festen Fuß fassen und die Demobilisierung vollenden soll, so muß er dem Kriegszustand ein Ende setzen.

II. Teil.

Der Völkerbund.

1. Alle hohen vertragschließenden Parteien, die als Teilnehmer am Friedensvertrage Mitglieder des Völkerbundes werden — sein Abkommen wird als getrennter Vertrag von den zu ihm zugelassenen Mächten unterzeichnet werden — unterwerfen sich den folgenden Bedingungen:

(I.) Einem Abkommen zwischen den hauptsächlichsten Mitgliedern des Völkerbundes bezüglich der Rüstungen, das dem Wettbewerb zwischen ihnen ein Ende setzen soll.

(II.) Die kleineren Mitglieder des Völkerbundes der Verpflichtung, die Rüstungsbeschränkung und die Abschaffung der Wehrpflicht anzunehmen.

(III.) Einem Abkommen, das zwischen allen Mitgliedern des Völkerbundes zum Zwecke der Beschaffung gleichwertiger und verbesserter Arbeitsbedingungen in den betreffenden Ländern geschlossen werden soll.

III. Teil.

Politisches.

A. Abtretung deutschen Gebietes und die sich daraus ergebenden Anordnungen.

Östliche Grenzen Deutschlands.

(1.) Polen bekommt einen Korridor nach Danzig. Er ist jedoch unabhängig von Erwägungen der Strategie und des Transports so abzugrenzen, daß er die geringstmögliche Zahl von Deutschen umfaßt.

(2.) Verbesserung der böhmischen Grenze. (Ist noch nach Anhörung des Berichts der tschechoslowakischen Kommission zu entscheiden.)

Westliche Grenzen Deutschlands.

(3.) Kein Versuch soll unternommen werden, die Rheinprovinzen vom übrigen Deutschland zu trennen. Diese Provinzen sind zu entmilitarisieren; das soll heißen: den Bewohnern des Gebietes wird nicht gestattet werden, Waffen zu tragen oder irgendwelche militärische Ausbildung zu erhalten oder sich in irgendeine militärische Organisation aufnehmen zu lassen, weder auf der Grundlage von Freiwilligkeit, noch von Wehrpflicht; das Vorhandensein von Festungen, Depots, Einrichtungen, Eisenbahnbauten oder Werken irgendwelcher Art, die militärischen Zwecken nutzbar gemacht werden, soll in dieser Zone nicht gestattet werden. Keine Truppen dürfen in diese Zone, zu welchem Zwecke immer, gesandt werden ohne vorherige Mitteilung an den Völkerbund. Da Frankreich natürlich wegen eines Nachbarn beunruhigt ist, der zweimal mit überraschender Geschwindigkeit in sein Land eingebrochen ist und es verwüstet hat, nehmen das britische Imperium und die Vereinig-

ten Staaten es auf sich, Frankreich mit allen Kräften zu Hilfe zu kommen, im Falle Deutschland seine Truppen ohne Zustimmung des Völkerbundes über den Rhein in Bewegung setzt. Diese Garantie soll andauern, bis sich der Völkerbund als eine gleichwertige Sicherheit erwiesen hat.

(4.) Deutschland tritt Elsaß-Lothringen an Frankreich ab.

(5.) Deutschland tritt Frankreich die Grenze von 1814 ab, oder aber, um Frankreich für seine zerstörten Kohlenfelder zu entschädigen, die gegenwärtige Grenze von Elsaß-Lothringen und die Nutzung der Kohlenminen des Saartales auf die Dauer von 10 Jahren. Deutschland verpflichtet sich nach Ablauf der 10 Jahre, der Ausfuhr der Ausbeute dieser Kohlenminen nach Frankreich kein Hindernis in den Weg zu legen.

(6.) Abschaffung der Zollunion mit Luxemburg und andere luxemburgischen Fragen. (Noch zu entscheiden.)

(7.) Deutschland tritt Malmedy und Moresnet an Belgien ab.

(8.) Helgoland und Düne. (Noch zu entscheiden.)

Nördliche Grenzen Deutschlands.

(9.) Deutschland tritt bestimmte Teile Schleswigs an Dänemark ab, wie von der dänischen Kommission vorgesehen.

Deutsche Überseebesitzungen und Rechte.

(10.) Deutschland tritt alle Rechte in den ehemals deutschen Kolonien und in dem Pachtgebiet von Kiautschau ab.

B. Anerkennung neuer Staaten, die kein deutsches Gebiet erhalten.

C. Russische Abteilung.

(1.) Deutschland verzichtet auf alle Rechte aus dem Frieden von Brest-Litowsk.

(2.) Deutschland verzichtet auf alle Rechte aus dem Frieden von Bukarest.

(3.) Deutschland verzichtet auf alle Abmachungen von alliierten und assoziierten Regierungen mit Bezug auf ehemals russisches Gebiet, einschließlich besonderer Abmachungen mit neuen Staaten.

D. Türkische Abteilung.

(1.) Deutschland erkennt an, daß die Türkei ihr ganzes Gebiet an Mandatare abtritt, die dem Völkerbund verantwortlich sind. Soweit Deutschland in Frage kommt, sollen die Mandate von den alliierten und assoziierten Mächten geordnet werden.

Bemerkung. — Die türkische Abteilung wird auch eine Anzahl von Vorkehrungen umschließen, die aus dem Bericht der Finanzkommission und der Kommission über den Bericht der Kriegsgesetze hervorgehen. Z. B., die Auslieferung der in Deutschland sich verbergenden Türken samt ihrem Eigentum. Ebenso Deutschlands Verpflichtung, an die Bedingungen des Friedensvertrages mit der Türkei gebunden zu sein. Ferner die Anerkennung des englischen Protektorates über Ägypten mit Verzicht auf die exterritorialen Vorrechte und Anerkennung der Übertragung der Sultansrechte unter der Suez-Kanal-Konvention an Se. Majestät Regierung.

E. Verschiedenes.

(1.) Annahme der Waffenkonvention durch Deutschland.

(2.) Aufgabe der Rechte aus der Berliner und Brüßler Akte und, falls verlangt, Annahme eines neuen Instrumentes zu ihrem Ersatz.

(3.) Annahme eines neuen Regimes an Stelle des Vertrags von 1839 über Belgien.

(Andernfalls die Ansprüche Belgiens gegen Holland unbeachtet bleiben.)

(4.) Öffnung des Kieler Kanals für Schiffe aller Nationen.

(5.) Besondere Abmachungen für die Kontrolle von Rhein, Oder, Weichsel, Njemen und Elbe.

(6.) Rhein-Donau-Kanal.

(7.) St.-Gotthard-Bahn.

(8.) Annahme neuer Abmachungen über die europäische Donaukommission.

(9.) Andere vielseitige politische Verträge; Annahme ihrer Abschaffung (wenn von den Alliierten gewünscht).

(10.) Verzicht auf alle Vorkriegsansprüche gegen alliierte und assoziierte Mächte, sowohl in bezug auf Regierungen wie Privatpersonen.

(11.) Annahme aller Entscheidungen und Befehle des alliierten Prisen-Gerichtshofes.

IV. Teil.

Rüstungsbeschränkungen.

Wie in der Vorrede bereits erklärt, ist die Entwaffnung Deutschlands der erste Schritt zur Rüstungsbeschränkung aller Nationen.

(a) Militärische Bedingungen.

(b) Maritime Bedingungen } denen bereits zugestimmt

(c) Luft-Bedingungen } wurde.

(d) Fragen über die Rückgabe der Kriegsgefangenen und Internierten.

(e) Verzicht Deutschlands auf alle Ansprüche bezüglich der Kriegsgefangenen und Internierten.

V. Teil.

Reparationen.

(1.) Deutschland verpflichtet sich zur vollen Reparationszahlung an die Alliierten. Es ist schwierig, die Höhe der Deutschland aufzuerlegenden Summe unter diesem Titel festzusetzen. Es kommt selbstverständlich im höchsten Grade darauf an, was Deutschland nach jeglicher Berechnung zu zahlen imstande ist. Es wird darum vorgeschlagen, daß Deutschland für eine bestimmte Anzahl von Jahren jährlich eine Summe zahlen solle. Diese Summe wird unter den alliierten und assoziierten Mächten abgemacht werden. Deutschland soll eine Anzahl von Jahren zugestanden werden, in deren Verlauf es sich zur Zahlung der vollen Jahressumme heraufarbeiten soll.

Es ist vorgeschlagen worden, eine permanente Kommission einzusetzen, an die sich Deutschland um Erlaubnis der Stundung eines Teiles der Jahreszahlung wenden könne, unter Angabe triftiger Gründe. Die Kommission würde befugt sein, die Verzinsung der gestundeten Zahlungen in den allerersten Jahren zu streichen. Die von Deutschland erhaltene Summe soll in folgendem Verhältnis geteilt werden:

50 vom Hundert an Frankreich
30 vom Hundert an Großbritannien
20 vom Hundert an andere Nationen.

Teile der deutschen Zahlungen sollen zur Tilgung der Schulden der Alliierten untereinander verwendet werden.

(2.) Rückgabe von Reliquien usw., die von den Türken aus Medina fortgenommen und den Deutschen ausgehändigt wurden.

(3.) Rückgabe von Gegenständen heimatlicher Verehrung, die aus Deutsch-Ostafrika fortgeführt wurden.

VI. Teil.

Verletzungen der Kriegsgesetze.

(1.) Forderung und Auslieferung des Kaisers und aller für den Krieg verantwortlichen Persönlichkeiten, die für unmenschliche Verletzungen der Kriegsgesetze verantwortlich sind.
(2.) Schaffung eines Gerichtshofes.
(3.) Rechtsprechung und Gerichtsverfahren.
(4.) Bestrafung der Übeltäter.

VII. Teil.

Wirtschaftliches.

Deutschland soll vollen Zugang zu allen Märkten und Rohmaterialien der Welt unter den gleichen Bedingungen, wie die Alliierten erhalten, unmittelbar, nachdem es den Friedensvertrag unterzeichnet hat. Die alliierten und assoziierten Mächte werden alles tun, was sie können, um Deutschland wieder auf die Beine zu helfen. Wir erwarten hierzu den Bericht der Wirtschafts- und Finanzkommissionen, wollen aber folgendes noch einfügen: —

(1.) Ordnung der Vorkriegsschulden; nach dem Plan des Clearing-House.
(2.) Regelung von Vorkriegsverträgen zwischen alliierten und feindlichen Personen.
(3.) Ordnung von Ansprüchen, die aus Geschäften usw., liquidierten, verkauften usw., erwachsen.
(4.) Wiederbelebung von Wirtschaftsverträgen.
(5.) Vorkehrungen für Industriebesitz (Patente, Schutzmarken usw.).
(6.) Vorkehrungen für die Freiheit des Transitverkehrs.
(7.) Vorkehrungen für die internationale Nutzung von Eisenbahnen, Häfen, Wasserwegen, soweit sie sich allgemein anwenden lassen.

(8.) Annahme der entworfenen Handelsklauseln (Entwurf A vom 6. März 1919 der Wirtschaftsabteilung).
(9.) Erzwingung der Zollkontrolle (wenn nötig).
(10.) Verpflichtung, die Opium-Konvention zu ratifizieren und durchzusetzen.

Paris, 25. März 1919."

Clemenceau las das Schriftstück: erbittert und abwehrstarr bei jedem Vorschlag, ohne den wirklichen Willen zu irgendeiner Erkenntnis, daß England hier Frankreich vorwärtshelfen wollte. Er las das Dokument mit restlosem Übergehen sämtlicher Zugeständnisse und der ernsthaften Bereitschaft, zu denen Lloyd George sich verpflichten wollte. Mit beißender Verachtung für seinen Versuch, durch einen Rest von Maß gegenüber den Besiegten gerade jene Sicherheit des Friedens aufzurichten, auf die Georges Clemenceau sich jeden Tag berief, die Lloyd George durch Warnung vor äußerster Verzweiflung und äußerster Verbitterung des Geschlagenen erstrebte, die Clemenceau aber nur durch Wehr und Waffen, durch dauernde Niederhaltung des Feindes verbürgt sah. Sein „bester Mann" Tardieu, der Träger, Schöpfer und erbarmungslose Verfechter des ganzen französischen Friedensprogrammes, entwarf eine Entgegnung auf das „Dokument von Fontainebleau". Sie schien dem Ministerpräsidenten nicht ausführlich genug. Drei Tage nach dem Empfang von Lloyd Georges Schriftstück antwortete er selbst:

„Allgemeine Bemerkungen zu Mr. Lloyd Georges Note vom 26. März.

(1.) Die französische Regierung befindet sich mit dem allgemeinen Ziel von Mr. Lloyd Georges Note in vollem Einklang: das heißt, einen dauerhaften und folglich gerechten Frieden zu schließen.

Sie glaubt andererseits nicht, daß der Grundsatz, den sie teilt, tatsächlich zu den in der fraglichen Note gezogenen Schlußfolgerungen führt.

(2.) Die Note schlägt vor, Deutschland in Europa gemäßigte territoriale Bedingungen aufzuerlegen, um nach dem Frieden nicht ein tiefes Gefühl des Ressentiments zu hinterlassen.

Diese Methode könnte Wert haben, wenn der letzte Krieg für Deutschland ein europäischer Krieg gewesen wäre. Das war jedoch keineswegs der Fall. Vor dem Kriege war Deutschland eine große Seemacht, deren Zukunft auf dem Wasser lag. Die Weltmachtstellung war Deutschlands Stolz; es wird sich nicht darüber trösten, sie verloren zu haben.

Aber ohne sich durch Furcht von derartigen Ressentiments abschrecken zu lassen, sind Deutschland genommen worden oder sollen ihm genommen werden seine sämtlichen Kolonien, seine ganze Kriegsflotte, ein großer Teil seiner Handelsflotte (in Gestalt von Reparationen) und seine ausländischen Märkte, die es beherrschte. So trifft man es an seiner empfindlichsten Stelle, und Leute glauben, man könnte es durch eine gewisse Milderung territorialer Bedingungen beschwichtigen. Das ist reine Illusion, und das Heilmittel steht in keinem Verhältnis zu dem Übel.

Wenn man nach einem Mittel, um Deutschland Genugtuung zu verschaffen, sucht, sollte es nicht in Deutschland gesucht werden. Es ist eitel, auf diese Weise einen Ausgleich schaffen zu wollen, falls man Deutschland seine Weltpolitik nehmen will. Wenn es notwendig erscheint, es zu versöhnen, sollten ihm koloniale Kompensation, maritime Kompensation oder Kompensationen in bezug auf seine kommerzielle Ausbreitung angeboten werden. Die Note vom 26. März zieht jedoch einzig territoriale Kompensation in Europa in Betracht.

(3.) Die Note Mr. Lloyd Georges spricht die Befürchtung aus, daß allzu schwere territoriale Bedingungen dem Bolschewismus in Deutschland in die Hände spielen werden. Muß man wirklich befürchten, daß die vorgeschlagene Methode gerade dieses Resultat haben wird?

Die Konferenz hat beschlossen, eine bestimmte Anzahl neuer Staaten ins Leben zu rufen. Kann die Konferenz aus Rücksicht für Deutschland, ohne eine Ungerechtigkeit zu begehen, diese opfern, indem es ihnen unannehmbare Grenzen zuspricht?

Wenn diese Völker, besonders Polen und Böhmen, bis jetzt imstande waren, dem Bolschewismus zu widerstehen, so geschah das nur dank ihres Nationalgefühls. Falls dieses Gefühl verletzt wird, werden diese beiden Völker eine leichte Beute des Bolschewismus, und das einzige Bollwerk, das gegenwärtig russischem Bolschewismus und deutschem Bolschewismus entgegensteht, wird zertrümmert werden.

Das Ergebnis würde entweder eine Konföderation Ost- und Zentraleuropas unter der Herrschaft eines bolschewistischen Deutschlands sein, oder dank der allgemeinen Anarchie, die Versklavung der gleichen Länder durch ein reaktionäres Deutschland. In beiden Fällen hätten die Alliierten den Krieg verloren. Im Gegensatz hierzu zielt die Politik der französischen Regierung resolut darauf ab, mit Unterstützung der liberalen Elemente in Europa diesen jungen Völkern zu helfen und nicht eine unwirksame Abschwächung des Deutschland durch den Frieden zugefügten kolonialen, maritimen und kommerziellen Unglücks auf Kosten dieser Völker zu versuchen. Wenn man gezwungen ist, diesen jungen Völkern Grenzen zuzusprechen, ohne die sie nicht leben können, ihrer Oberhoheit die Söhne derselben Deutschen, die sie versklavt haben, zu unterstellen, so ist das zu bedauern und muß mit Mäßigung geschehen, aber es läßt sich nicht vermeiden.

Mehr noch, wenn man Deutschland gänzlich und endgültig seiner Kolonien beraubt, weil es die eingeborene Bevölkerung quälte, mit welchem Recht kann jemand dann Polen und Böhmen die Zuteilung normaler Grenzen verweigern, da die Deutschen sich eigenmächtig auf polnischem und böhmischem Boden als Bürgen eines unterdrückenden Pangermanismus installiert haben?

(4.) Mr. Lloyd Georges Note legt Gewicht auf die Notwendigkeit — und die französische Regierung befindet sich damit in Übereinstimmung —, einen Frieden zu schließen, der Deutschland als ein gerechter Friede erscheint. Aber im Hinblick auf die deutsche Mentalität ist es keineswegs sicher, daß die Deutschen Gerechtigkeit so auffassen, wie sie von den Alliierten aufgefaßt wird.

Außerdem sollte man nicht vergessen, daß dieser Eindruck der Gerechtigkeit nicht für den Feind, sondern gleichfalls und in erster Linie für die Alliierten überzeugend sein muß. Die Alliierten, die Seite an Seite gekämpft haben, müssen den Krieg durch einen billigen Frieden beschließen. Was aber wäre das Resultat, wenn man der durch die Note vom 26. März vorgeschlagenen Methode folgte? Die seebeherrschenden Nationen, die niemals eine Invasion erduldet haben, hätten eine bestimmte Anzahl umfassender und endgültiger Garantien erreicht. Die Übergabe der deutschen Kolonien wäre vollständig und definitiv. Die Auslieferung eines großen Teiles der deutschen Handelsflotte wäre vollständig und definitiv. Der Ausschluß Deutschlands von den ausländischen Märkten wäre vollständig und würde ein Zeitlang dauern. Andererseits hätten die kontinentalen Länder, das heißt jene Länder, die am meisten unter dem Kriege zu leiden hatten, nur eine teilweise und vorübergehende Lösung erreicht. Die für Polen und Böhmen vorgeschlagenen verkürzten Grenzlinien würden eine unvollständige Lösung bedeuten. Das Frankreich angebotene Defensivabkommen zum Schutze seines

Gebietes wäre nur eine vorübergehende Lösung. Die vorgeschlagene Herrschaft über die Saarkohlenfelder wäre nur vorübergehend. Das wäre eine Ungleichheit der Bedingungen, die einen schlechten Eindruck auf die Nachkriegsbeziehungen unter den Alliierten machen könnte, und diese erscheint wichtiger als die Nachkriegsbeziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten.

In Paragraph 1 ist der Nachweis geführt worden, daß es eine vergebliche Hoffnung wäre, durch territoriale Zugeständnisse für Deutschland einen befriedigenden Ausgleich für das Weltunheil zu schaffen, das es erlitten hat. Es sei mir gestattet, noch hinzuzufügen, daß es eine Ungerechtigkeit wäre, die Last dieser Kompensationen auf die Alliierten abzuwälzen, die die Wucht des Krieges am schwersten empfunden haben.

Nach den Kriegsaufwendungen können diese Länder unmöglich die Ausgaben für den Frieden auf sich nehmen. Es ist notwendig, daß auch sie das Gefühl eines gerechten und billigen Friedens haben sollten. Geschieht das nicht, dann ist der Bolschewismus nicht nur für Zentraleuropa eine Gefahr, denn bekanntlich ist kein Boden für seine Propagierung günstiger als ein Boden nationaler Enttäuschung.

(5.) Für den Augenblick wünscht sich die französische Regierung auf Bemerkungen allgemeiner Natur zu beschränken.

Sie schenkt den Absichten, die das Memorandum Mr. Lloyd Georges inspiriert haben, volle Anerkennung. Aber sie glaubt trotzdem, daß die in der vorliegenden Note gezogenen Schlußfolgerungen der Gerechtigkeit und dem allgemeinen Interesse aller entsprechen.

Von diesen Erwägungen wird sich die französische Regierung in den künftigen Sitzungen leiten lassen, wenn die von dem britischen Premierminister vorgeschlagenen Bedingungen zur Diskussion gelangen."

Lloyd George las Clemenceaus Erwiderung und — brauste auf. Er tat es in der ihm eigenen Art. Den brutalen Hohn des französischen Ministerpräsidenten beantwortete er mit eiskalten, bissigen, rücksichtslosen Wahrheiten. Wenn Clemenceau in Lloyd Georges Vorschlägen nichts an Wertvollem fand, um so besser: dann konnte der englische Premierminister seine Zugeständnisse auch alle wieder zurückziehen. Er wollte es am liebsten gleich tun. Er wollte sie sogar einzeln, aufgereiht und offiziell zurücknehmen, wenn auch die Form nicht so sehr diplomatisch wie höhnisch sein sollte. Immer hatte Lloyd George bisher gewisse formale Mäßigung geübt, selbst bei schwerstem, sachlichen Zusammenstoß, immer hatte er bisher voll Mitgefühl mitangehört, wenn Clemenceau seine Forderungen „vom Standpunkt der größeren Leiden Frankreichs" ableitete. Und Clemenceau leitete seine sämtlichen Forderungen nur von diesem Standpunkt ab, ein femininer Klageansager trotz seines losgeherischen, brutalen Ingrimms, immer wie mit dem Witwenschleier, ein Schmerzgebeugter, dem man seinen Willen lassen sollte, „nach allem, was Frankreich durchgemacht". Aber einmal wollte auch Lloyd George kein Blatt mehr vor den Mund nehmen. Hatte der französische Ministerpräsident, was man auch immer tat, stets nur die Hysterie beleidigter Primadonnen, so wollte er sich einmal gefaßt auf solch ein Zerwürfnis einrichten. Er begann, an einer Antwort zu stilisieren:

„Wenn das Dokument, das Clemenceau als Antwort auf meine Erklärung aufgesetzt hat, wirklich die Haltung Frankreichs gegenüber den verschiedenen Fragen, die sich für ein Abkommen ergeben, widerspiegelt, dann kann es keine Schwierigkeiten bieten, mit Deutschland zu einem Friedensschluß zu gelangen, der jedermann, speziell die Deutschen, befriedigen wird.

Wenn man nach dem Memorandum urteilen darf, scheint Frankreich keinen Wert auf die reichen deutschen, afrikanischen Kolonien, die es in Besitz genommen hat, zu legen. Es legt keinen Wert auf Syrien, es legt keinen Wert auf Indemnitäten und Kompensationen, obgleich ihm nicht einmal eine überragende Priorität in Sachen der Kompensationen, wie ich das in meinem Memorandum vorschlug, eingeräumt ist. Es legt auch auf die Tatsache keinen Wert, daß es Elsaß-Lothringen mit der Mehrzahl der Eisenbergwerke und einem erheblichen Teil des deutschen Kalis besitzt. Es legt keinen Wert darauf, einen Teil der deutschen Schiffe an Stelle der durch Unterseeboote versenkten französischen Schiffe zu erhalten oder einen Teil der deutschen Schlachtschiffe zu bekommen. Es legt keinen Wert auf Deutschlands Entwaffnung zu Lande und zur See. Es legt keinen Wert auf eine britische und amerikanische Garantie der Unverletzlichkeit seines Bodens. All dieses wird als eine Sache hingestellt, die nur „Seevölker, die keine Invasion kennengelernt haben", berührt. Worum Frankreich wirklich besorgt ist, das ist, daß die Deutschen Danzigs den Polen ausgeliefert werden. Mehrere Monate hartnäckigen Streites um Syrien und um Kompensationen und um die Entwaffnung Deutschlands und um die Garantie der Unverletzlichkeit französischen Bodens usw. usw. hat mich zu dem Schluß geführt, daß Frankreich diesen brennenden Fragen eine überragende Wichtigkeit beimesse. Doch M. Clemenceau kennt Frankreich am besten, und da er meint, alle diese Dinge seien nicht der Erwähnung wert, bin ich wohl oder übel gezwungen, meine Anschauungen über diese Dinge zu revidieren. Einem großen Teil der öffentlichen Meinung in England, der verstrickende Bündnisse unlieb sind, wird es hochwillkommen sein, zu erfahren, daß M. Clemenceau keinen Wert auf das Versprechen legt, das ich ihm in Vertretung Britanniens anbot, Frankreich zu Hilfe zu kommen, wenn der Angreifer

droht. M. Clemenceau deutet an, daß der von uns vorgeschlagene Friede ausschließlich den Interessen Britanniens entspricht. Ich fordere nichts für Britannien, was Frankreich nicht gleichfalls erhalten würde. Obwohl der Krieg einschließlich der Kriegskosten Britannien genau so viel wie Frankreich gekostet hat, schlug ich zum Ersatz vor, daß Frankreich zweimal soviel von den Entschädigungen erhalten sollte, und wenn meine Vorschläge M. Clemenceau als Begünstigung Britanniens erschienen, so liegt das daran, daß ich, bis ich sein Dokument las, unter der Illusion stand, daß Frankreich auch Wert legte auf Kolonien, Schiffe, Kompensationen, Entwaffnung, Syrien und auf eine britische Garantie, Frankreich im Falle eines Angriffs mit seiner gesamten Macht beizustehen. Ich bedauere meinen Irrtum und werde Sorge tragen, ihn nicht zu wiederholen.

Es mag mir gestattet sein, eine von vielen falschen Darstellungen meiner Denkschrift zu berichtigen. Es ist wahr, ich schlug eine vorübergehende Inbesitznahme des ganzen Saarkohlenbeckens mit Garantien für einen dauernden Zugang zu den Kohlen vor, doch dieser Vorschlag wurde als Alternative zu einem anderen gemacht, den ich zuerst festlegte — nämlich die Wiederherstellung der Grenze von 1814. Insoweit jedoch M. Clemenceau dieses Anerbieten als einen weiteren Beweis britischer Selbstsucht betrachtet, ziehe ich es prompt zurück.

gez. D. Lloyd George."

Jeder der beiden Ministerpräsidenten wollte darauf achten, daß auch der Präsident der Vereinigten Staaten nicht ohne Abschrift ihres Briefwechsels blieb. Der Geist von Clemenceaus Denkschrift und von Lloyd Georges Konzept spiegelte zugleich restlos die Stimmung, in der in den letzten Tagen des März die „Großen Vier" um eine Verständigung kämpften.

Noch einmal wurde damals das Schicksal der Saar umstritten, noch einmal Rheinland und Reparationen. Lloyd George stellte sich an die Seite des Präsidenten der Vereinigten Staaten: beide gegen den französischen Ministerpräsidenten.

Frankreichs Absichten auf das Saarland lagen unverhüllt. Es wollte nicht nur die Ausbeutung der Kohlenbergwerke, auch seine politische Oberhoheit sollte dort aufgerichtet werden. In der Botschaft der „Vierzehn Punkte“ hatte Wilson die Wiedergutmachung des Unrechts gefordert, das Frankreich 1871 widerfahren sei. Aber niemals hatte er von irgendwelchen französischen Grenzen von 1814 gesprochen, auf die der französische Ministerpräsident, was die Saar betraf, hartnäckig immer wieder zurückkam. Jetzt wollte Wilson Frankreich die Verwertung aller Kohlenschätze, aller Minen im Saarland zugestehen, doch ohne das Land selbst wegzugeben, ohne Annexion. Dem französischen Ministerpräsidenten war Ausbeutung allein zu wenig. Er berief sich darauf, daß auch der englische Premierminister „den größeren Teil“ seiner Forderungen bereits gebilligt hätte. Aber auch Lloyd George war gegen ausgesprochene Landfortgabe. Er hatte in bezug auf die Saar tatsächlich nur einen „Alternativ-Vorschlag“ gemacht: entweder die Grenzen von 1814 für Frankreich oder „die Ausnützung der Kohlenminen des Saartales auf die Dauer von zehn Jahren“. Bei solcher Entscheidung sollte die Ausbeutung des ganzen Saartales von Frankreich betrieben werden, gleichgültig, wie 1814 die Grenzen gewesen waren. Obendrein hatte Lloyd George unbehinderte Kohlenausfuhr für Frankreich auch nach Ablauf der zehnjährigen Frist verlangt. Die Stimmung des Augenblicks war keineswegs so, daß der englische Premierminister Auslegungen billigte, die der französische Ministerpräsident geradezu zu einem völligen Einverständnis mit ihm über die Besitzergreifung der Saar machte.

Clemenceau blieb zäh. Wenn die restlose Annexion nicht gelang, so wußte er einen Ausweg, der gleichen Zweck in anderer Form erreichte. Sein neuer Vorschlag war, daß die Saar dem Völkerbund unterstellt werden sollte. Der Völkerbund vergab das Gebiet als Mandat dann an Frankreich. Das Mandat sollte fünfzehn Jahre lang währen.

Wiederum lehnte der Präsident der Vereinigten Staaten ab. Der französische Ministerpräsident hatte als Abschluß des Mandats eine Volksabstimmung in der Saar gefordert. Seine Bewohner sollten nach den fünfzehn Jahren selbst entscheiden, ob sie bei Deutschland bleiben oder in Zukunft lieber zu Frankreich gehören wollten. Aber Wilson wußte, daß Volksabstimmungen nach so langer Fremdherrschaft und, womöglich unter ihrer Aufsicht, nur selten echt waren. Daß in das „Selbstbestimmungsrecht" bei solcher Gelegenheit auch andere, befehlende, drohende Stimmen sprachen. Er blieb hartnäckig wie Clemenceau. Sein Standpunkt war wie immer: Sachverständige sollten die Saarminen, die Zustände in der Saar prüfen. Sie sollten feststellen, wie es möglich wäre, dort die Minenerträgnisse für Frankreich zu verbürgen, ohne dies mit politischen Zielen zu verknüpfen. Alle Vorschläge Clemenceaus über die Saar waren abgelehnt. Der französische Ministerpräsident war weder einverstanden. Noch verbarg er seine Entrüstung.

Von einer Abtrennung des Rheinufers von Deutschland wollte der Präsident der Vereinigten Staaten — obwohl er den Gedanken erst erwogen hatte — zum Schlusse auch nichts wissen. Der englische Premierminister wollte schon gar nichts davon hören. Wenn das Rheinland unbedingt besetzt werden mußte, um die Einbringung der Reparationen und die Ruhe im Westen Europas zu sichern, so sollte die Besetzung doch beschränkt werden. Wurde die Wiedergutmachung, die Deutschland zu leisten hatte, auf dreißig Jahre verteilt, so sollte die Besatzungsdauer nicht

einmal auf so lange Frist ausgedehnt werden. Andere Auswege waren schon seit einiger Zeit von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und von Lloyd George vereint erwogen worden, um Clemenceau die „Sicherheit“ Frankreichs zu verbürgen, wenn seine Furcht vor einem möglichen, neuen Krieg mit Deutschland so übergroß war. Beide hatten dem französischen Ministerpräsidenten bereits vor zwei Wochen von einem Sonderbund gesprochen, in den Amerika und England mit Frankreich eintreten wollten. Die angelsächsischen Staaten sollten zur Hilfeleistung sofort verpflichtet sein, wenn Frankreich angegriffen würde. Der Präsident hatte die Vertragsbindung sogar schriftlich ausgearbeitet. Jetzt legte er sie Georges Clemenceau vor:

„Eine Bürgschaft der Vereinigten Staaten unterstellt der Billigung des Exekutivrates des Völkerbundes, Frankreich unverzüglich zu Hilfe zu kommen, sobald irgendeine unprovozierte, aggressive Handlung gegen Frankreich von Deutschland unternommen wird — Bürgschaft hieran festzuhalten, bis die vertragschließenden Mächte erreicht haben, daß der Bund selbst genügenden Schutz zu gewähren vermag.“

Der französische Ministerpräsident tat, als mache das Wilsonsche Angebot auf ihn keinen allzu großen Eindruck. Gewiß war die Zusage der Angelsachsen wertvoll. Aber mit der Rheinbarriere hatte der Truppenaufmarsch der Verbündeten für Frankreich nichts zu tun. Im Gegenteil: die Barriere war für den Aufmarsch erst recht nötig. Beides bekam erst den rechten Sinn, wenn es sich ergänzte. Auch hier gab es keine Einigung. So blieben als Unterhaltungsstoff nur mehr die Reparationen.

Die Forderung auf die Saar war abgelehnt. Der französische Ministerpräsident wollte nunmehr wenigstens durchsetzen, was der französische Finanzminister sich über die Geldeintreibung von Deutschland ausgedacht hatte. Außer von der vor acht Tagen eingesetzten Sonderkom-

mission der Finanzsachverständigen war noch ein gemäßigterer Vorschlag, als die Kommission ausgedacht hatte, von dem Amerikaner Davis an den englischen Premier gelangt. Die Deutschen sollten fünfundzwanzig Milliarden Dollars bezahlen. Mehr überstiege ihre Kraft. Mit einem Seufzer hatte Lloyd George dazu erklärt:

„Uns bleibt nichts andres übrig, als unser Volk mit den Tatsachen bekanntzumachen, daß wir es uns nicht leisten können, auch nur annähernd die Summe einzutreiben, die wir erwartet hatten."

Aber gleich darauf waren Lloyd George seine Wahlreden in London wieder eingefallen:

„Die Taschen werden wir diesen Deutschen durchsuchen" — —

Jäher Schreck befiel ihn, wenn er im Zusammenhang damit an die Konservativen daheim in England dachte, denen er, abgesehen von der Vernichtung der deutschen Flotte, den lebendigen deutschen Kaiser vor einem Londoner Gericht und vor allem phantastische Reparationssummen versprochen hatte. Ob er das Kaiserschauspiel durchsetzte, wurde allmählich zweifelhaft. Es schien, daß die für diesen Gegenstand eingesetzte Kommission die Frage lieber wollte fallen lassen. Auch hatte man bei der holländischen Regierung angefragt, ob sie Kaiser Wilhelm ausliefern werde. Das kleine Land hatte den Weltmächten mit einer Ablehnung geantwortet. Zum Schlusse kam Lloyd George unter Umständen doch ohne Kaiser nach London zurück. Die Lösung der Kolonialfragen war schwierig, sie schwebte noch in der Ferne. Irgend etwas aber mußte Lloyd George nach London mitbringen. Im „Dokument von Fontainebleau" hatte er dem französischen Ministerpräsidenten Englands Bescheidenheit beweisen wollen. Frankreich allein sollte die Hälfte der ganzen Reparationssumme bekommen. Mit vollständig leeren Händen kam Lloyd George nach England heim, wenn die Summe von

fünfundzwanzig Milliarden alles war, das man Deutschland aufbürdete. Den nachsichtigen Reparationserrechner Montagu hatte er darum schon wieder fortgeschickt, er hatte sich die weniger nachsichtigen Konservativen Cunliffe und Summer aus London kommen lassen. Es war doch besser, für andere, wesentlich höhere Ziffern zu sein.

Die amerikanischen Sachverständigen hatten, wenn auch ihr Präsident die Festsetzung einer bestimmten Schuldsumme und bestimmter Zahlungsfrist für Deutschland wünschte, doch noch nach anderem Ausweg gesucht. Vielleicht war es möglich, der Schwierigkeit des ganzen Problems beizukommen, wenn man eine gewisse Schuldsumme nach oben wie nach unten festsetzte, wenn man die wirkliche Schuld Deutschlands zwischen den beiden Grenzlinien bestimmte, je genauer man die von den Deutschen angerichteten Schäden umranden konnte. Eine eigene, groß ausgebaute, dauernde „Reparationskommission", mit starker Selbständigkeit versehen, sollte die Schäden feststellen, ansagen und verrechnen. Bis die ganze Schuld in vorgeschriebener Gesamtzeit getilgt war — —

Zum erstenmal hatten damit die Amerikaner den vollen Beifall der Franzosen gehabt. Noch hatte sich der Präsident zu dem Vorschlag nicht geäußert. Aber der französische Finanzminister Klotz griff ihn geradezu begeistert auf. Er war unbedingt und sogleich, ohne den geringsten Widerspruch, für die Errichtung einer solchen „Reparationskommission". Sie sollte immerzu Schadenersatzansprüche feststellen. Sollte jeweils errechnen, was Deutschland zu zahlen hätte. Nur die unbequemen Grenzlinien für Summenhöhe und Zeit sollten wegfallen:

„Je nach der Summe der so ermittelten Schuld, wird sie dann die Höhe der jährlichen Ratenzahlungen und die Dauer ihrer Leistungen festsetzen."

Jetzt war auch Lloyd George begeistert. Erleichtert atmete er auf. War die ganze Angelegenheit unbestimmt,

war für die Zahlungspflicht der Deutschen überhaupt kein Ende gesetzt, so konnte er immer noch die Mahner in England vertrösten. Außerdem erwog er ja, ob er nicht überhaupt alle Zusagen an den französischen Ministerpräsidenten umstoßen sollte. Auch die zugesagte Hälfte der Reparationen für Frankreich. Jedenfalls schloß er sich den Vorschlägen des französischen Finanzministers an. Er konnte dann um so leichter doch noch zu den versprochenen einhundertfünfzig Milliarden kommen, an die er selbst nicht glaubte. An denen ihm für das Weltreich gar nichts lag. Aber die er auf einem Faß versprochen hatte.

Er arbeitete selbst rasch noch einen Entwurf. Es war also kein Betrag für Reparationen abzustecken. Diesen nicht abgegrenzten, wenn man wollte, nie erlöschenden Schuldbetrag sollten die Deutschen unbedingt bezahlen:

„Was immer es sie kosten möge!" — —

Endlich fand Lloyd George sich in einem Punkte, wenigstens auf einem Schlachtfeldwinkel, einig mit Clemenceau, indem er freilich gleichzeitig beschloß, sich gegen ihn zu stellen. Mit der Zurückziehung aller Zugeständnisse wollte er ihm auch den zugesagten Löwenanteil der Reparationen wieder abnehmen und lieber möglichst viel für sich behalten. Aber wieder stand der Präsident der Vereinigten Staaten im Wege. Ein Schuldner, dem man seine Schuld nicht ansagte, den man nicht einmal wissen lassen wollte, wie lange Zeit er eigentlich zu zahlen hatte, war kein Schuldner mehr, sondern ein wehrloses Opfer der Ausplünderung. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands mußte festgestellt werden. Lloyd George selbst hatte in seinen „Friedensbetrachtungen" die Verwischung des Kriegsandenkens in einer Generation verlangt. Mehr als eine Generation sollte auch nicht mit Zahlungsverpflichtungen belastet sein.

Die Sitzung über das Problem brach ab. Lloyd George studierte und stilisierte verärgert in der Rue Nitot weiter

an seiner bissigen Antwort auf Clemenceaus höhnische Note. Er wollte sie dem französischen Ministerpräsidenten so schnell wie möglich überreichen. Noch in voller Entrüstung über die Behandlung seines ganzen „Sicherheitsprogramms“, über Saar, Rheinland und überhaupt alles durch den „Rat der Vier“ studierte Clemenceau drei Tage später den ätzenden Spott Lloyd Georges, den ganzen Hochmut dieses Engländers, der ihm jetzt auch noch den Rücken kehrte. Er sagte der Konferenz ab: er drohte mit Rücktritt — —

Alles war verfahren. In diesem Augenblicke erkrankte der Präsident der Vereinigten Staaten.

an einer blutigen Antwort auf Chruschtschows zündende Rede. Es würde ein dem französischen Nationalcharakter entsprechendes Konzert sein, ein gewaltiges [illegible]. [illegible] Störung über die Lautsprecher [illegible] Durchsage: „Ist der Präsident der Vereinigten Staaten [illegible]" [illegible] Tage später [illegible] [illegible]

Alles war verfahren. In Bonn, [illegible] des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Wilsons anderes Gesicht

Eine Fieberattacke warf ihn hin. Sein Zustand schien im Anfang ernst. Sein Arzt Grayson sprach von einem Anfall spanischer Grippe, große Erschöpfung hatte den Ausbruch der Krankheit begünstigt. In das Krankenzimmer hinter dem Studio, wo die Beratungen weitergingen, trat manchmal Oberst House mit einer Meldung ein. Aber die Verbindung des Präsidenten mit den Geschäften der Konferenz war lose. Einsam blieb er seinen Gedanken überlassen.

Wenn er sich die Wahrheit eingestehen wollte, so mußte er sich sagen, daß er trotz scheinbaren Anfangssieges tatsächlich nichts bisher auf dieser Konferenz erreicht hatte, daß er in schlimmerer Lage sich befand als zu Beginn, da man die Konferenztische zurechtgerückt hatte, daß sein Werk, seine Absichten von allen Seiten umstellt waren: Kampf hatte er in Europa, Kampf wartete in Amerika.

Von Amerika, unmittelbar aus dem Präsidentenzimmer im „Weißen Hause" war er in den fernen, trümmerüberdeckten, von Leidenschaften rauchenden Kontinent hinübergefahren, den er vorher nie gesehen hatte. Er hatte Ordnung machen wollen unter den entmenschten, kriegführenden Völkern. Aber die Völker kannte er nicht, weder ihre Art noch ihr Kommen und Gehen, weder ihre Geographie noch ihre Geschichte. Es war ihm fremdes, wildfremdes Land, und er hatte sich selbst gar nicht danach gefragt, ob es genügte, ein amerikanischer Professor der Geschichte zu sein, um das Schicksal von einigen hundert Millionen Menschen zu entscheiden, die ihm unbekannt waren, in allem, wie sie lebten und was sie brauchten. Er trug den Willen, die Flamme der Gerechtigkeit in sich. Er

mußte nur überschauen, wie der Weltbrand entstanden war, mußte Schuld und Unschuld feststellen, dann wußte er ganz genau, was er in seiner Gerechtigkeit zu tun hatte. Frieden wollte er erzwingen, dauernden Frieden für alle Völker. Und die Schuldigen bestrafen.

Die Schuldigen am Weltkriege waren die Deutschen. Ihr Kaiser, ihr Gewaltsystem in der ganzen Welt, das ganze Volk. Deutschland war 1914 in Belgien einmarschiert. Es hatte ein kleines, friedfertiges Volk, das keinem Deutschen ein Leid angetan, mit seinen wilden, die Roheit feiernden Horden überfallen. Die ganze Welt hatte aufstehen müssen, um solch Unrecht in Sühne und wieder in Recht zu wandeln. Jetzt wollte er Einrichtungen schaffen, die niemals die Wiederkehr eines Verbrechens, wie an Belgien, eines Verbrechens am friedlichen Nachbar und an der Ruhe harmloser Völker gestatteten. Mit der Untersuchung, ob sein Schuldspruch nicht vielleicht unvollständig, nicht ein Fehlspruch überhaupt sein konnte, gab er sich nicht ab. Er brauchte nur auf Belgien hinzudeuten. Das Unrecht lag vor aller Blicken. Er hatte zu viel Geschichte studiert, wenn es auch nur amerikanische Geschichte war, als daß er sich irren konnte. Bei Deutschland lag die Schuld.

Nicht einen Augenblick lang hatte dieser Grübler über Moral und Recht, über Verfassung und Staat, dieser beharrliche Abwäger der Bedeutung jeden Wortes, der Überdenker jeder möglichen Folge, die aus einem einzigen Worte kommen konnte, nicht einen Augenblick lang hatte er auch darüber nachgedacht, ob der Einmarsch in Belgien mit dem Ursprung des Krieges, mit der Verantwortlichkeit am Kriege überhaupt etwas zu tun hatte. Er sah den Einmarsch. Daß vorher auch noch etwas gewesen sein mußte, daß der Einmarsch nur die Folge von Zusammenhängen sein konnte: dies fragte er sich nicht. Ihn kümmerte nicht, was etwa Rußland dazu beigetragen hatte, den

Brand in die Welt zu schleudern. Der Thronfolgermord in Serajewo war kein Ereignis, das nach seiner Ansicht irgendwie den Krieg und Kriegsausbruch betraf. Der von der Wiener Regierung zur Untersuchung entsandte Sektionsrat Wiesner hatte in einer fahrlässig übereilten Depesche seine persönlichen Eindrücke von dem Komplott gemeldet, er hatte die serbische Regierung entlastet, ohne die wirklichen Ergebnisse der Untersuchung abzuwarten. Die Ergebnisse interessierten auch den Präsidenten nicht. Was der russische Außenminister Sasonoff tat, um die Katastrophe, vor der der Zar selbst zurückschreckte, im äußersten Augenblick noch zu erzwingen, war eine Angelegenheit, die nichts mit Belgien zu tun hatte. Und wenn die Untersuchung in Serajewo dann doch ergab, daß die Regierung Serbiens in jedem Falle schwer durch den Mord belastet war, daß wirklich alles in dem Königreiche auf die Zerreißung und Vernichtung Österreich-Ungarns hingearbeitet hatte, bis die Monarchie, verzweifelt um ihr Dasein, sich zur Wehr setzte, wenn sie schließlich Nachweise zu haben glaubte, daß selbst das Königshaus in das Attentat verwickelt war, so besagte auch das zur Entstehungsgeschichte des Krieges für den Präsidenten nichts. Außerdem war Österreich-Ungarn der Staat des Unrechts an sich. Es ließ sich nicht leugnen, daß er ihm im Anfang, selbst über den Kriegsausbruch hinaus, eine gewisse Freundlichkeit entgegengebracht hatte. Aber seine südslawischen Freunde, auch der tschechische Professor Masaryk, hatten ihm dann rasch die Augen über die Wahrheit in Österreich-Ungarn geöffnet. Sicherlich hätte der Präsident, wenn er auf Aufklärung einigen Wert gelegt hätte, sich über die Frage von Schuld und Unschuld am Kriege zu unterrichten vermocht. Lebende Zeugen gab es genug, die wußten, wie die Vorgänge gewesen waren. Ihre Versammlung ohne Drohung, unter dem Schutze des mächtigen Präsidenten, der nur die Wahrheit suchte, ihre Aussagen hätten auch die Archive aller Beteiligten am Kriege

zum Sprechen gezwungen. Oder die Weigerung, die Archive zu öffnen, hätte die Aussagen, die Anschuldigungen bestimmter Parteien entwertet. Aber der Präsident dachte gar nicht an so schwierige Ermittlungen. Sie waren überflüssig. Belgien war überfallen worden. Auch war es Nebensache, ob Deutschland in zugestandener, völkerrechtswidriger Notwehr gehandelt hatte, nachdem der Krieg einmal ausgebrochen war. Mit dem Überfall auf Belgien begann für den Präsidenten der Vereinigten Staaten Schuld und Krieg. In diesem Punkte war seine Haltung entschieden: Deutschland, überhaupt die Mittelmächte, waren die Übeltäter. Sie brauchten nicht mehr gehört zu werden. Sie waren zu bestrafen. Es gab keinen Appell. Nie fiel ihm ein, weder vorher noch jetzt, daß er, ob Deutschland nun in anderer Art mitschuldig war am Kriege oder nicht, hier in jedem Falle Ursache und Folge, Ursprung und Ergebnis verwechselte: er, der Professor, der Gelehrte, der zwischen erschütternden Weltgeschehnissen hinstarrte nur auf ein Fragment, nur auf einen Zwischenfall im Ablauf des Ganzen, den er rechthaberisch, ohne es zu wissen, unbelehrbar, weil er als Gerechtigkeitsapostel Belehrung nicht brauchte und nicht annahm, für den Ausgangspunkt des Ganzen hielt. Was dieses Thema betraf, so war er nach Europa herübergekommen, blind wie die Göttin der Gerechtigkeit, die die Binde trägt. Niemand riß sie ihm von seinen Augen. Die Verbündeten zogen sie noch fester. Er ahnte nicht, kam gar nicht darauf, daß er so statt der Gerechtigkeit vielleicht selbst das nackte, unverantwortliche Unrecht vorbereitete. Daß er den Kopf zwar unabhängig in den Wolken trug, hoch über allen, aber zugleich so, daß er kein Wort von unten hören wollte. Daß darum die Stimme, die ihr Verdikt hinabsprach, in Wahrheit nicht dem Richter angehörte, sondern dem Staatsanwalt. Daß er ein Gericht abzuhalten im Begriffe war, ohne Richter, ohne Verteidiger, nur durch den Staats-

anwalt. Belgien war überfallen worden. Damit war das Studium der Verantwortlichkeitsfrage am Kriege für den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu Ende. Er kannte den Zweifel nicht.

Dann stand er in der Alten Welt, der Apostel aus der Neuen, ein Fremder unter Fremden, hilflos — der tschechische Professor Masaryk sah seinem Freunde zu: „Ein Kind in allen europäischen Problemen.“ Auch in sie hatte sich Wilson, obgleich er sie lösen wollte, nicht vertieft. Es kam nicht darauf an, daß der amerikanische Gelehrte kaum die Länder alle wußte, die den europäischen Kontinent bedeckten. Auch machte es nichts aus, wenn etwa der italienische Abgesandte Salandra bedenklich den Kopf schüttelte, da er den Präsidenten der Vereinigten Staaten, im Verein mit Lloyd George, die ganze, große Wandkarte mühsam nach einem Orte absuchen sah, den jeder Schuljunge kennen mußte. Es lag nichts daran, wenn sie beide, der Präsident und der Premier, wie Salandra sich sagte, „Ignoranten der europäischen Geographie“ waren. Sachverständige konnten sich mit den Einzelheiten abgeben, deren Kenntnis sie mitbringen mußten. Aber der Präsident der Vereinigten Staaten hatte sich auch in das Wichtigste nicht vertieft, hatte sich überhaupt nicht damit beschäftigt: um das Vorstudium des staatsmännischen und diplomatischen Geländes, auf dem er den Friedensbau errichten wollte, hatte er sich nicht gekümmert. Seine Auffassung war, daß es genügte, mit dem Gegner einen Waffenstillstandsvertrag zu schließen, der zugleich die Grundsätze des Friedens festlegte. Er glaubte wirklich, daß dann alle den Vertrag auch halten würden, ohne daß sie auf frühere Verträge untereinander zurückgriffen. Er wußte von solchen früheren Verträgen nichts. Oder vielmehr für ihn bestanden sie nicht. Zwar hatte Professor Masaryk im Jahre 1918 einmal ausdrücklich und in klaren Worten, so klar, daß er nicht mehr in einem schriftlichen Memoran-

dum wie sonst darauf zurückkam, dem Präsidenten vom Londoner Abkommen von 1915 gesprochen. Wilson wußte also von der Bindung. Aber er achtete nicht darauf. Obgleich darin offenbar bestimmte Verpflichtungen von Großmächten enthalten waren, fragte er gar nicht nach ihnen und stellte selbst Bedingungen für einen Frieden auf, von denen es — eben um jener früheren Verträge willen — unsicher war, ob sie gehalten werden konnten. Denn Vertrag stand dann gegen Vertrag, wobei die anderen sich auf die älteren Verpflichtungen berufen konnten. Lord Balfour war im Frühjahr 1918 in Amerika gewesen. Zu Oberst House hatte er vom Bestehen gewisser Geheimverträge gesprochen. Oberst House hatte das Thema nicht anders behandelt wie der Präsident. Keinesfalls ging Wilson dieser Angelegenheit nach. Vom Londoner Abkommen wußte auch der Staatssekretär Lansing. Mit den Sachverständigen des von Oberst House geleiteten Untersuchungsausschusses hatte der Staatssekretär sich einmal über den von England mit Japan abgeschlossenen Geheimvertrag unterhalten. In plötzlicher Anwandlung, vor allem in Verärgerung über Italiens Ansprüche nach dem Krieg, hatte in der Mitte des Novembers 1918 das französische Außenamt dem amerikanischen Außenamt in aller Form den Vorschlag gemacht, zunächst erst, bevor man in Friedensberatungen eintrat, alle Geheimverträge aufzuheben. Keine Antwort war erfolgt. Aber erstaunt vernahm jetzt der Präsident der Vereinigten Staaten in Europa, daß es ein Londoner Abkommen gab. Verwundert, wie in plötzlichem Erwachen aus tiefem Schlaf, vernahm er von rumänischen, japanischen Bindungen, von geheimen Verpflichtungen Englands seinen Dominien gegenüber. Nie hatte er darüber nachgedacht, was Sieger verlangen könnten, daß es ihnen nicht nur um Selbstbestimmung und Völkerbundideale, sondern um Land und Erz, um Schiffahrt und Häfen, um Gold und Menschen gehen könnte. Sprachlos saß er

da, ein Träumer aus anderem Sittenreich, als er von der verabredeten, von den Siegern beschlossenen Aufteilung der Türkei hörte. Solch sorglose Versäumnis, die „Tatsachen“ vorher zu prüfen, ehe er sich in Bedingungen einließ, solch unbeschwerte Beurteilung von Welt, Dingen und Zusammenhängen machte die Trauer nicht wieder gut, mit der er sich in Paris zu spät zwischen Überraschungen sah, die längst sein Wissen sein mußten, und auch der Ekel nicht, mit dem der Staatsmann mit dem „einseitig gerichteten Denken“ sich im „Rat der Vier“ vor türkischen, japanischen, italienischen Annexionen schüttelte.

Er selbst hatte gewußt, daß er Einzelheiten nicht beherrschte. Das „Sachverständigenprinzip“ war ihm, schon um der Gerechtigkeit willen, wichtig. Nicht nur für „die Liste von Gegenständen“, die in Europa zu erledigen war. Auf Sachverständige, auf Beherrscher ihres Sonderapparates, war er auch in seiner Staatsführung daheim, in den Einzelheiten seiner ganzen Geschäftsführung angewiesen. Aber er verfügte über einen Staatssekretär, der, wie er selbst, die Wichtigkeit eines Abkommens gleich dem Londoner Vertrag nicht erkannte. Der die Note des französischen Außenamts liegen ließ, statt sogleich, mit dem Präsidenten, den Konferenzboden zu reinigen. Der an seiner Seite saß, wenn Beschlüsse gefaßt wurden, sie anhörte, genau seine Absichten kannte und sofort ihr Gegenteil zuließ, wenn der Präsident sich entfernt hatte. So hoch dieser Präsident in den Wolken schwebte, so undurchsichtig und unerklärbar verschenkte er Neigung oder Abneigung, so urteilslos bildete er sich Meinung und Endbeschluß, wenn es sich um nichtamerikanische Angelegenheiten handelte, die ihm Vertraute, freundschaftliche Berater nach ihrem Wollen darstellten. Sein katholischer Sekretär hatte ihm das katholische Österreich-Ungarn erst in freundlichem Lichte gezeigt. Er sah das Reich eine Zeitlang mit Wohlwollen an. Professor Masaryk war stärker als der

Sekretär. Da sah er Österreich-Ungarn feindlich. Persönlicher Umgang, Wissen aus persönlichem Umgang, die Meinung Außenstehender war ihm mehr als Minister, Beamtenschaft und ihre Berichte. Ihm war es lieber, daß er aus der Erfahrung lebendigen Verkehrs wichtige Stellen mit richtigen Männern besetzte. Oberst House wußte und verstand selten, was man politisch mit ihm sprach. Grundsätzliches erkannte er gar nicht. Gegensätze begriff und bemerkte er nicht. Den subalternen Kopf hätte kein europäischer Kleinstaat an irgendeinem Platz geduldet. Aber zwischen dem Senat und dem Präsidenten, zwischen ihm und den Ministern, die von fremder Regierung mit folgenschweren Eröffnungen kamen, lief er, stets voll Wichtigkeit, hin und her. Der Präsident machte, da er zum Ausbau des ihm so wichtigen „Sachverständigenprinzips" einen Mann besonderer Fähigkeiten brauchte, Colonel House zum Haupt des Untersuchungsausschusses — —

Der Präsident hatte sich um die Vorgeschichte des Krieges nicht gekümmert. Die Vorgeschichte des Friedensvertrages hatte er vernachlässigt. Er hatte nicht einmal gefragt, ob solch eine Vorgeschichte da war. Selbst dann nicht, als man von ihr zu ihm sprach. Sich selbst hatte er mit Helfern umgeben, deren Horizontlosigkeit und Unfähigkeit größer war als Amerikas Macht. Mit ihnen war er nach Europa gefahren. Ganz Europa war ihm ein dunkles, fernes, in seinen Vorstellungen unbeherrschtes Etwas. Europa wollte er den leuchtenden, freien Geist Amerikas bringen. Aber es stellte sich heraus, daß der Professor amerikanischer Geschichte auch den Geist Amerikas nicht kannte. Amerika wollte durchaus nicht, was der Präsident aufzurichten gedachte. Er hatte Amerika in den Krieg geführt, hatte sich und die Union in Dinge eingemischt, die weder das Leben noch die Sicherheit der Vereinigten Staaten bedrohten. Amerika hatte eine Weile den Triumph des Weltentscheiders gespürt. Aber jetzt sah es nur Ver-

wicklungen. Amerika begann, vom „üblen Ort Europa" zu sprechen. Eigentlich ging er Amerika gar nichts an. Stimmen mochte es geben, die die Einmischung drüben eine Unsittlichkeit nannten, wenn man dann — da durch Amerika der Sieg einer Partei einseitig entschieden war — ohne weitere Kümmernis um Zukunftsentwicklungen den Erdteil seinem Schicksal überließ. Aber das amerikanische Schatzamt verlangte nur, daß Europa seine Schulden der Union bezahle. Mehr verlangte fast kein Amerikaner. Die Opposition gegen den Präsidenten im Senat, die ganze Öffentlichkeit vermochte auf einmal gar nicht zu begreifen, wieso der Präsident, wieso überhaupt ein Amerikaner das Grundgesetz der Union vergessen, sogar verletzen konnte: die Monroedoktrin.

Alles mußte versagen, was der Präsident der Vereinigten Staaten mitgebracht hatte für seinen Kampf in Europa. Seine Gegner hatte er nicht abgeschätzt. Er hatte nicht einmal gewußt, daß er Gegner hatte. Sein Aufmarschgebiet war ein Gelände, fremd wie der Mond. Die Hilfstruppen seiner Staatskunst hatten nie von solcher Kunst gehört. Nachgedacht hatte der Präsident der Vereinigten Staaten über nichts, außer über die Lieblingsidee des Völkerbunds. Was immer er unternahm in Europa, alles mußte Enttäuschung werden. Er wußte nicht, daß er dilettierte. Aber gegen seinen erkannten Dilettantismus standen alle anderen zäh, mit unerhörter, altentwickelter Spielmeisterschaft. So blieb es eine Frage seiner persönlichen Macht — wenn er wenigstens über diese nachgedacht hatte —, zugleich eine Frage persönlichen Mutes, ob er siegen konnte oder fallen mußte.

Vorläufig lag er an seiner Fieberattacke krank. Die eine seiner Gesichtshälften zeigte konvulsivisches Zucken. Sein Arzt Grayson maß die Temperatur mit 103 Graden Fahrenheit. Sein Arzt war Cary F. Grayson, Konteradmiral der Marine.

Der Sturz der Ideale

Clemenceau drohte mit seinem Rücktritt. Keine einzige seiner Forderungen hatte Frankreich bisher erreicht. Klar war, daß auch der englische Premierminister sich von dem französischen Ministerpräsidenten zurückzog. Der Präsident der Vereinigten Staaten stand zwar nach einigen Tagen von seinem Krankenlager wieder auf. Aber nicht nur Clemenceau und Lloyd George, sondern jedermann in Frankreich und in der Welt wußte gleich darauf, daß Wilson einen schweren, die ganze Konferenz mit Vernichtung bedrohenden Entschluß gefaßt hatte. Nach New York ging sein Befehl, daß die „George Washington" nach Europa abzudampfen habe. Alles schien zu Ende. Der Präsident wollte, ohne sich darüber vorher mit irgend jemand zu beraten, ohne den Versuch, doch noch zu irgendeiner Verständigung zu gelangen, zurück nach Amerika.

Die Rücktrittsdrohung Clemenceaus an sich führte ihn nicht zur letzten Entscheidung. Vielleicht hätte das Ausscheiden des französischen Ministerpräsidenten den Ton, die Härte der Verhandlungen gemildert. Aber der Präsident wußte, daß sachlich damit nichts gewonnen war. Clemenceau war nur die Stimme Frankreichs, noch nicht die schrillste, im Fordern rücksichtsloseste Stimme. Der Ministerpräsident konnte gehen: wahrscheinlich kam dann der Präsident der Republik selbst, der noch fanatischere, noch verbissenere Poincaré. Zwischen dem amerikanischen und dem französischen Friedensprogramm gab es keine Brücke. Es blieb dem Präsidenten nur der Schluß, durch Machtmittel seine Gedanken durchzusetzen oder die Kon-

ferenz zu verlassen. Seine Machtmittel waren zwei Millionen Amerikaner. Hätte er der Entwaffnung Deutschlands nicht zugestimmt, so hätte dies Heer im Augenblick die Einhaltung seiner Grundsätze, Bedingungen und Versprechungen verbürgt. Schon das Hindeuten auf Amerikas bewaffnete Macht vor noch bewaffnetem Gegner hätte Frankreich sogleich dazu gebracht, auch für sich anzuerkennen, was es mit den „Vierzehn Punkten" angenommen hatte. Kein neuer Krieg wäre daraus entstanden, nur geänderte Situation: das Nachgeben der Franzosen. Sie wären unsicher auch Englands gewesen, das mehr auf der Seite des Präsidenten als Clemenceaus stand und auf jeden Fall heimkehren wollte. Aber der Präsident hätte sich kaum — selbst wenn sie noch möglich gewesen wäre — zur Berufung auf Macht und rohe Gewalt entschlossen, um Recht und Versprechungen zu sichern. Er war ein Kämpfer für Ideen, der Streitherr der Abrüstung, er hatte die vorbehaltlose Macht nur Deutschland gegenüber gestützt und angewandt, weil sein Unrecht bestraft werden sollte. Seinen Sachverständigen hatte er auf der ersten Europafahrt der „George Washington" erklärt, wie er seinen Weltfrieden gerecht durchfechten wollte: „Wenn möglich im Guten, im Bösen, falls erforderlich" — — Aber für alle Gedanken an Machtaufbietung war es zu spät. Deutschland zählte nicht mehr. Überhaupt kam er gar nicht auf den Einfall, daß auch die Deutschen sich wehren oder gar Seite an Seite mit ihm sich sollten wehren dürfen. Frankreich klirrte in Waffen, wohin man blickte. Der Präsident hatte gar keine Machtmittel. Die Stunde vor dem Waffenstillstandsabschluß war die letzte Möglichkeit gewesen, sie bereitzustellen, sie anzusagen als Garantie des Rechts und sie auszuspielen für das Recht. Damals wußte er nicht, daß er in dieser Stunde seine Weltträume begrub. Aber damals war er in jeder Beziehung ohne jedes Wissen nach Europa herübergekommen. Jetzt wußte er mehr.

Auch daß alle Macht ihm fehlte. Prophetenhaft, als ein erzürnter Verkünder jüngsten Gerichts, hatte er sich eingemischt in Europas Schicksal. Als die Verwirrung durch ihn vollendet war, nachdem die Tatsache der größeren Gewalt durch ihn eine Entscheidung gebracht hatte, blieb ihm nichts, als sich verstimmt, verbittert zurückzuziehen und es „den Völkern" zu überlassen, wie sie sich nun zurecht fanden. Kapitulieren wollte er nicht. Scham hemmte ihn, seine Grundsätze offen, sichtbar aller Welt durch Nachgeben in ihr Gegenteil zu verkehren. Sie alle sollten jetzt tun, was sie für richtig hielten. Ohne ihn. Er wollte heimfahren.

Vielleicht konnte eine Hoffnung ihn noch halten: daß er doch noch den Völkerbund, die Annahme seiner Monroeklauseln rettete. Er kam immer wieder auf den Bund zurück. Welt, Staatskunst und, was es für seine Bundesgenossen an wahren „Kriegszielen" gab, hatte er jetzt erkannt. Er besserte die Welt nicht, in der er lebte. Wenn er schon den Frieden nicht errichten konnte, wie er ihn sich gedacht: wenn er den Völkerbund durchsetzte, dann hatte er den Leuchtturm wenigstens aufgebaut, der in die Zukunft blinkte. In eine Zukunft, in der die Völker besser geworden — — Dies war ein Preis, nicht nur, um doch vielleicht zu bleiben. Selbst um die Starrheit eigener Forderungen abzumildern, sogar, um in mancherlei vor den Andern einzuwilligen.

Auch konnte die Heimfahrt aussehen wie Flucht. Heimfahrt bedeutete das Eingeständnis größten Mißerfolgs. Amerika selbst konnte ihn, wenn er gar nichts erreicht, bei seiner Rückkehr fragen, wozu er denn eigentlich ausgezogen war in den Krieg. Ein Kabelgramm kam von seinem Sekretär Tumulty:

„Der Befehl an die ‚George Washington', nach Frankreich zurückzukehren, wird hier als eine Tat der Ungeduld und Launenhaftigkeit von seiten des Präsidenten betrachtet

und weder von Freund noch von Feind gut aufgenommen... Rücktritt äußerst unklug und birgt hier und im Auslande sehr gefährliche Möglichkeiten... Präsident sollte... die Verantwortung für einen Abbruch der Konferenz denen aufbürden, die sie eigentlich trifft... Ein Rücktritt in jetziger Zeit würde einer Desertation gleichkommen."

Allein in seiner Verdüsterung, unentschlossen und noch von Krankheit schwach, schwankte der Präsident. Mit wenigen sprach er. Mit Lloyd George, der ebenso unerwartet wie heftig auf seinen Reparationsträumen bestand, der seine Kolonien für die Dominien und noch anderes verlangte und sich damit zurückzuziehen schien, mit Lloyd George beriet er nicht mehr. Mit Clemenceau, der auf seinem Militärfrieden beharrte, wie am ersten Tage, wollte er überhaupt nicht sprechen. Es war ihm auch gleich, ob sich die Beiden endgültig überworfen hatten oder nicht. Er merkte gar nicht, daß über Clemenceau unvermittelt eine jähe Bewegung gekommen war. Der französische Ministerpräsident aber vergaß ganz, daß er mit Rücktritt gedroht hatte. Clemenceau sah, beispiellos erschreckt, nur eins: der Präsident der Vereinigten Staaten hatte die „George Washington" nach Europa befohlen.

Wenn Wilson abreiste, war die Konferenz zu Ende. Wenn Wilson abreiste, ging der Krieg weiter. Nie würden die Deutschen unterschreiben. Dann war das Chaos da, Ordnung gelang höchstens noch durch das nackte Eisen, der Fluch davon fiel offen auf Frankreich. Wenn Wilson abreiste, ging auch England fort. Wenn Wilson abreiste, fuhr auch das Sonderbündnis, der Garantiepakt davon. Immer hatte der Ministerpräsident getan, als bedeute das Abkommen mit den Angelsachsen ihm nicht das Wichtigste. Aber in Wahrheit war es ihm höchste Errungenschaft, heiligstes Ziel der Konferenz. Vielleicht hatte er

das Spiel doch zu weit getrieben. Alles durfte eher geschehen, als dies eine, daß Wilson abreiste. Die heimlichsten Wünsche des Präsidenten, seinen großen Traum kannte Clemenceau. Am Völkerbunde wollte er ihn zurückhalten.

Er suchte den Präsidenten. Er traf ihn abgemattet, zerquält und unsicher. Er traf ihn allein, von niemand gestört, auch von Lloyd George unbeeinflußt, denn Lloyd George war nach London gefahren. Undurchsichtig blieb, wer den ersten Schritt unternahm: zur Kapitulation, was den Präsidenten betraf, zum Kompromiß, was den Ministerpräsidenten anging. Clemenceau wollte die Aufnahme der Monroeklauseln in den Völkerbundsvertrag durchsetzen. Der Präsident wollte darein willigen, daß der Völkerbund den Franzosen das Saartal auf fünfzehn Jahre als Mandat übertrug. Sie sollten dann auch seine Bewohnerschaft abstimmen lassen können, ob sie zu Frankreich, ob sie zu Deutschland wollten. Wilson brach zusammen. Die Frage der Reparationen hatte Oberst House, während der Krankheit des Präsidenten, ohnedies eigenmächtig im Sinne der Franzosen entschieden. Er hatte wieder den Charakter der Sitzung und den Inhalt der Gespräche verkannt. Er hatte als Vertreter des Präsidenten zugesagt, daß den Deutschen weder eine Summe noch eine Frist für ihre Zahlungen zugebilligt werden sollte. Es war unklar, ob der Oberst böswillig gehandelt hatte oder wieder nur als ein Kind voll Zuversicht ohne Kopf. Der Präsident kapitulierte. In der Frage der Rheinlandbesetzung würde sich ein Ausweg finden. Ein Lichtfunken stob vor Wilsons Augen auf, der Völkerbund wurde Gestalt und Ereignis. Da ergab sich der Schwachgewordene dem französischen Programm vollständig. Sachverständige wollten ihm in der Kommissionssitzung vom 10. April noch Schwierigkeiten wegen der Monroeklausel machen — französische Sachverständige nach der Zusage Clemenceaus. Hochmütig und herrisch,

von oben aus den Wolken, als wäre er wieder der alte, ohne weitere Einwände zu hören, schrie er die Sachverständigen nieder. Die Klauseln waren beschlossen. Der Völkerbund war endgültig da. Er hatte den Franzosen die Saar gegeben und die Reparationen. Er gab dem Ministerpräsidenten auch das amerikanische Sonderbündnis. In sechs Tagen kapitulierte er in einem rasenden Sturz, der die Waffenstreckung der Deutschen an Zusammenbruch überbot. Von Oberst House, der immer gleich freundlich und hilfsbereit blieb, der mehr als je in diesen Tagen hin und wieder lief, gibt es eines seiner kleinen Billetts an den Präsidenten:

„Lieber Chef! Ich sah Clemenceau gestern wieder, nachdem Sie uns verlassen hatten. Er war schlechthin entzückt über das, was ich ihm bezüglich der syrisch-armenischen Angelegenheiten und der Zeitdauer der Okkupation (des linken Rheinufers) mitteilen durfte."

Der Präsident hatte also auch in die Besetzung des Rheinlandes endgültig gewilligt. Die Franzosen sollten sich dazu noch Syrien nehmen, wenn sie wollten. Auch wenn die Engländer sich dann Mesopotamien nahmen. Auch wenn die ganze Kolonialfrage darüber umstürzte. Alles gab er her. In einem Rausch des Kapitulierens — vor sechs Tagen noch ein Fels der Abwehr — in einem Paroxysmus des Selbstverrats.

Die Fortgabe der Saar hatte die Wendung gebracht. Wenn er eins gab, konnte er mehr geben. Wenn er den Völkerbund bekam, konnte er fast alles geben. Er hatte die Abmachung über das Saarland schon am 13. April getroffen. Beide wußten, der Präsident der Vereinigten Staaten und der französische Ministerpräsident, daß in der Folge auch jede andere Einigung sicher war. Aber beiden fiel auch ein, daß die Welt auf den Frieden wartete. Daß sie den Abschluß wollte. Daß sie über

Verzögerung murrte. Höchste Zeit war es tatsächlich geworden.

Am Tage des Saarabkommens wurde ein Beschluß gefaßt: die Deutschen sollten kommen. Sofort sollte man sie wissen lassen, daß sie ihre Friedensabgesandtschaft nach Versailles zu schicken hätten. Die Welt hatte ein Recht darauf, daß Schluß gemacht würde. Auch die Deutschen sollten endlich erfahren, von welcher Art der Frieden war, den sie zu unterschreiben hatten.

Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten technischer Art gab es naturgemäß auch noch nach der großen Einigung zwischen Wilson und Clemenceau. Aber das große Grundproblem des Friedens war wenigstens für die geklärt, die ihn errichten wollten. Geklärt war, wie sie ihn errichten wollten, ohne selbst als Feinde auseinanderzugehen. Lloyd George kam von London erst nach der Einigung zurück. Er traf den französischen Ministerpräsidenten im Triumph, den Präsidenten „ganz anders geworden, müde und mürb". Lloyd George hatte keinen Grund, durch neue Hemmungen die wichtigste Errungenschaft, die amerikanisch-französische Einigung wieder zu erschüttern. Das Rheinland blieb, wenn auch die Besetzung beschlossen war, doch bei Deutschland. Danzig kam — trotz der Neigung von Wilsons Berater Lord — nicht zu Polen. Es wurde Freistaat. Die schlesische Frage war vorläufig noch nicht entschieden. Daß der erste Gedanke Clemenceaus, ganz Schlesien mit seiner Hauptstadt Breslau zu Polen zu schlagen, unausführbar war, wußte Lloyd George. Jetzt kam es darauf an, daß die Kommissionen mit voller Kraft arbeiteten, daß die Einzelheiten, Bedingung um Bedingung, Paragraph um Paragraph, ausgearbeitet wurden. Im ganzen taten die Kommissionen ihre Arbeit in größter Hast, ihrer Unterlagen nicht immer gewiß, dabei doch sicher im Bewußtsein, daß Irrtümer

und einseitige Vorschrift aus einseitigem Material nicht schwer wogen, weil der Gegner ohnedies ohne Widerspruch unterschreiben sollte. Der „Rat der Vier“ prüfte die Texte. Einmal hatte der französische Ministerpräsident eigenmächtig angeordnet, daß trotz anderer Abrede etwa die Aushebung und Verwendung farbiger Truppen auch zur Verteidigung Frankreichs, nicht nur der Kolonien, nach den Vertragsbestimmungen erlaubt sein sollte. Auf erfolgten Einspruch achtete er nicht: die Niederschrift geschah, wie der Ministerpräsident befahl. Zwischenfälle gab es, die von außen kamen, wie der Versuch der französischen Militärs, eine „Rheinische Sonderrepublik“ aufrichten zu lassen, da der politische Kampf um die Loslösung des Rheinufers in Paris mißglückt war. Der Oberkommandant der Amerikaner am Rhein und auch der Führer der britischen Besatzungsarmee machten einen Strich durch die Rechnung. Wilson und Lloyd George, beide sofort verständigt, erhoben Protest bei dem französischen Ministerpräsidenten. Clemenceau zuckte nur verächtlich mit den Achseln:

„Pah, das sind die Generale“ — —

Er schlug die Politikversuche der Militärs nieder. Die Begeisterung der Rheinländer für eine eigene Republik blieb fortan bei den Generalen nur heimlich. Größere Erregung, heftigere Meinungsunterschiede brachte — auch sie waren keine Gefahr mehr für Konferenz und Vertragsabfassung — der Fortgang der Rüstungsfragen. Es blieb bei der völligen Entwaffnung Deutschlands. Hier war die Auffassung des Präsidenten der Vereinigten Staaten noch schärfer als sogar die Auffassung Marschall Fochs und Clemenceaus. Lloyd George war für die Abrüstung Deutschlands und aller Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, und zwar so, daß sie den Anfang zur allgemeinen Abrüstung machen sollten. Das ganze Abrüstungsproblem war aufgerollt schon seit Wochen und Monaten. Mit dem

polnischen Abgesandten Dmowski, über seine Denkschrift, über die von ihm als Bollwerk zwischen Rußland und Deutschland geforderte starke Polenarmee hatte es große Auseinandersetzungen gegeben. Endlich wollte man, als die Konflikte der Großen bereinigt schienen, einmal ausführlich „die Kleinen" hören. Alle Kleinen. Der Präsident der Vereinigten Staaten sollte selbst den Vorsitz führen. Da der große Sturm vorbei war, da es nicht um die Mächtigsten ging, wiederholte sich nur in erregten, nicht mehr gefährlichen Wirbeln, was die Großmächte durch Heftigkeit der Gegensätze beinahe auseinandergetrieben hätte.

Der tschechoslowakische Außenminister Beneš hatte, als er zu der mit Betonung angesetzten Beratung erschien, zunächst den Eindruck, daß ihr gleichwohl eine absonderliche Wichtigkeit von den Großmächten nicht beigemessen sein konnte. Denn nur der Sekretär, der ihn zur Sitzung eingeladen hatte, nicht der Präsident selbst wußte, worum es sich dabei handeln sollte. Um so besser war der Außenminister vorbereitet. In einer Vorkonferenz hatten der Klaviervirtuose Paderewski als Vertreter Polens, der rumänische Ministerpräsident Bratianu, der serbische Abgesandte Vesnič und der Außenminister Beneš sich über die Taktik geeinigt, mit der sie vor die Großmächte und namentlich vor den Präsidenten Wilson treten wollten. Die Vorkonferenz war stürmisch gewesen, denn der Abgesandte Paderewski betonte leidenschaftlich die Souveränität jeden Staates gegen den Standpunkt der Macht, von dem aus die Großmächte ohne Zweifel bei den kleineren Staaten sich würden einmischen wollen. Er tat es noch leidenschaftlicher als der rumänische Abgesandte Bratianu, der bei dieser Gelegenheit die Frage der Bevölkerungsminoritäten im Staatsgebäude aufwarf und sich über dieses Problem erhitzte. Aber so sehr Ansichten und Themen auch auf-

einandergeprallt waren, zum Schlusse hatten „die Kleinen“ dennoch eine Einheit in den gemeinsamen Forderungen zur Rüstungsfrage erzielt: abrüsten wollten die vier Abgesandten überhaupt nicht, die Höhe ihrer Truppenzahl, ihren Geschützpark, ihre Flieger wollten sie sich nicht diktieren lassen.

Der tschechoslowakische Außenminister, sonst nicht wortarm, hatte in der Vorkonferenz am wenigsten gesprochen. In der Sitzung mit den Großmächten stellte der englische Premierminister vor dem Präsidenten der Vereinigten Staaten eigentlich mehr Fragen, als daß er Vorschläge tat. Lloyd George war für Abrüstung. Er schien nicht übermäßig gut gelaunt, die Polen liebte er ja nicht, dem Abgesandten Paderewski warf er heftige Worte an den Kopf. Der französische Ministerpräsident schwieg. Der tschechische Außenminister hatte sonst zwar den Eindruck, daß die Loyalität Clemenceaus gegenüber den Großmächten außer Zweifel sei, gegen die kleinen Staaten empfand er ihn brutal. Der tschechische Abgesandte führte in seiner schnellen gestenreichen Art beiläufig aus:

„Wir sind ein neuer Staat. Wir haben noch nichts, keine Offiziere, keine Armee. Wir sind von Deutschland umklammert. Wir wissen nicht, was die Magyaren tun werden. Die Deutschen können mit dem technischen Material, das sie haben, eine Armee zustandebringen. Auch Ungarn — —

Was wird geschehen, wenn eine nationale Bewegung ausbricht?

Wer wird uns Hilfe bringen?

Können Sie uns Garantien geben, daß das und das nicht geschehen wird? Wir zählen dreißigtausend Mann, nein, wir sollen dreißigtausend Mann haben. Die Magyaren haben vielleicht in drei Wochen 200000 Mann. Daher sind selbst 40000 Mann kindisch — —

Diese Schwierigkeiten werden noch lange bestehen. Die

Konsolidierung geht nicht so schnell, wie man hofft. Daher ist es am Tage der Geburt schwer, den Nationalstaaten die Macht abzusprechen. Wir haben Schwierigkeiten in Deutschböhmen und der Slowakei — —

Die zweite Frage ist: wenn etwas geschieht — was werden Sie machen? Werden Sie uns zu Hilfe kommen?

Einverstanden. Auch mit 40000 Mann. Aber dann brauchen wir Garantien — —"

Lloyd George erklärte:

„Man hat nie eine definitive und totale Abrüstung gewollt."

Aber eine bestimmte Grenze der Abrüstung gab er nicht an. Zu der Anregung einer Garantie erklärte er nichts. Der Präsident der Vereinigten Staaten wollte sich weiter mit dem Abrüstungsgedanken beschäftigen. Die Frage wurde wieder zurückgestellt. Ihre Einzelheiten fanden sich noch immer. Auch war sich der Präsident des Erfolges selbst bei den kleinen Mächten nicht ganz sicher. Sie wußten so gut wie er selbst, daß Frankreich nicht eine einzige Batterie abrüsten wollte. Unsicher war, ob die Kleinen sich fügen würden. Alles war ja jetzt, da der Präsident seine Grundsätze im Großen zerbrochen hatte, auf ganz andere Grundlagen gestellt. Er ließ den Dingen ihren Gang. Überdies war der Völkerbund da — —

Um so schärfer wandte sich der Präsident dem Abrüstungsproblem in Deutschland zu. Marschall Haig hatte angeregt, daß Deutschland in Zukunft eine Armee von Freiwilligen halten sollte. Sie wäre kostspielig, darum nicht nach Belieben, sondern höchstens nach dem Vorhandensein von Mitteln zu vergrößern. Marschall Foch und Clemenceau fürchteten nicht bloß Deutschlands neue Stärke, wenn ihm eine größere Armee in Zukunft erlaubt würde. Sie fürchteten zugleich das Gegenteil: eine zu kleine Armee und dadurch Deutschlands übergroße Schwäche. Sie sahen dann die Möglichkeit bolschewistischen Zerfalls in

Deutschland und das Übergreifen in andere Länder. Auch wenn General Weygand über solche Gefahr für Sieger gelächelt hatte. Zerfiel aber das Reich in Bolschewismus, so bedeutete dies Deutschlands Unfähigkeit zu Reparationsleistungen. Endlich schlug Clemenceau vor, daß dem Reiche zweihunderttausend Soldaten erlaubt sein sollten. Lloyd George stimmte weder zu noch lehnte er ab. Er dachte nach seiner Gewohnheit nur an die Forderungen des Augenblicks, an die Heimkehr der Truppen, an schnellen Frieden. Ohnehin kam in der Ferne etwas wie Abrüstung. Er überlegte nicht, daß eine gewisse Macht in Europa keinesfalls abrüstete: Frankreich. Daß Frankreich dadurch der ausschließliche Herr des Kontinents würde. Daß er die uralte englische Überlieferung vom Gleichgewicht der Kräfte auf dem Festland durchriß. Der Präsident der Vereinigten Staaten aber vertrat die Auffassung, daß auch die Franzosen den Deutschen noch zuviel zugebilligt hatten. Er setzte die Ziffer auf hunderttausend Mann herab. Lloyd George war auch mit solcher Ordnung, er war mit jeder Ordnung einverstanden, wenn sie nur ein schnelles Ende machte. Durch nichts wollte er dies Ende mehr erschwert wissen. Gar keine Verzögerung wollte er weiter hinnehmen. Die Deutschen sollten kommen — —

Da setzte plötzlich ein besonderes, über Nacht instrumentiertes Zwischenspiel des italienischen Ministerpräsidenten Orlando ein. Über Nacht zeigte sich Orlando maßlos aufgebracht. Energisch erhob er Einspruch dagegen, daß man die Deutschen rufe.

Monatelang hatte Orlando schweigsam bei den Konferenzen gesessen. Monatelang hatte er allem zugestimmt, was Wilson, was Lloyd George und Clemenceau wollten. Monatelang hatte er darauf gewartet, daß endlich Italiens Anteil an den Erwerbungen des Friedens verhandelt würde. Niemand hatte es damit eilig gehabt: jetzt aber

wollte er sich nicht länger vertrösten lassen. Die Regelung, wie Österreich-Ungarn zerteilt werden, was Italien von türkischen Ländereien bekommen sollte, die Bestätigung aller erhofften Gewinste wünschte er für Italien schwarz auf weiß zu haben, bevor er seine Unterschrift unter den Friedensvertrag mit Deutschland setzte. Aber anders wurde alles, was Frankreich und England verlangten, anders alles behandelt, was Italien begehrte. Seine Ansprüche wurden auf ein Nebengeleise gebracht, Deutschland war allen die Hauptsache. Wenn er dem Friedensabschluß seine Unterschrift versagte, war dem Vertrag die Einheitlichkeit im Vorgehen der Alliierten genommen. Italien hätte dann den Völkerbundpakt nicht unterschrieben, der dem Präsidenten der Vereinigten Staaten das Wichtigste war. Am Tage der endgültigen Einigung Wilsons mit Clemenceau erklärte Orlando, daß Italien nur dann der Berufung der Deutschen zustimme, wenn seine Ansprüche sogleich geregelt würden. Seine Ansprüche waren groß, sein Erstaunen ebenso groß: denn er stieß auf Widerstand.

So kalt und nüchtern sein Außenminister Baron Sonnino alle Geschäfte betrieb, die sich aus dem Londoner Vertrag, aus dem Abkommen von St. Jean de Maurienne ergaben, so starr er sich auf unterschriebene Dinge versteifte und ihre Rechtsverbindlichkeit verfocht, so unruhig, so wild durcheinandergewirbelt brachte der italienische Premierminister, obgleich er bisher die Ruhe selbst gewesen war, jetzt hundert Nachweise und ebenso viele Begründungen vor, warum er den Londoner Vertrag ganz erfüllt und außerdem den Besitz von Fiume heimbringen wollte, den eben der Londoner Vertrag nicht ihm, sondern den Jugoslawen zusprach. Den Vertrag von London erkannte der Präsident der Vereinigten Staaten nicht an. Er blieb dabei. Darin schien er unbelehrbar. Er versteifte sich immer heftiger. Denn einmal wenigstens wollte er

seine Grundsätze beachtet wissen. Wenn es schon nicht vor England und Frankreich geglückt war, so sollte doch die Einheit, die nunmehr zwischen den drei Mächtigsten geschaffen war, wenigstens vor dem Schwächeren siegen und die Italiener bezwingen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hatte auch die Verhältnisse in Südtirol nicht studiert. Er bereute es bitter, daß er trotz des von ihm verfochtenen Selbstbestimmungsrechtes die Deutschen dieses Landes mit der Brennergrenze den Italienern schon zugesprochen hatte. Aber wenn das schon geschehen war, so wollte er ihnen wenigstens Dalmatien nicht lassen und Fiume schon gar nicht, das ihm seine Sachverständigen — trotz aller Versuche der Italiener, sie zu beeinflussen — als unerläßlichen, einzigen Hafen jugoslawischen und ungarischen Hinterlandes bezeichnet hatten. Orlando hatte immer geglaubt, daß ihm die Verbündeten, wenn er sein Ja zu allen ihren Forderungen gab, zum Schlusse auch ihr Ja zu Italiens Wünschen geben würden. Erbittert erlebte er das Gegenteil. Ein Mann des Affekts, ein Redner von beweglicher Darstellungskraft, der sich bisher nur zurückgehalten hatte, überraschte er nach solcher Erkenntnis Wilson täglich, fast stündlich durch Temperament und Wortaufwand. Wilsons Vorschlag, auch die Jugoslawen zu seinen Forderungen zu hören, lehnte er ab. Mit den Jugoslawen wollte er überhaupt nichts zu schaffen haben. Er hatte ganz vergessen, daß Serbien ein Alliierter war, wie alle anderen Verbündeten. Die Jugoslawen waren Italiens „Feinde", naturgemäß als Nachfolger der Österreicher. Außerdem hatte Italien den Neunten der „Vierzehn Punkte" gar nicht angenommen, mit dem Wilson die italienischen Zukunftslinien „nach den natürlichen Sprachgrenzen" angesagt hatte. In der Tat sprach Orlando hierin die Wahrheit. In den Beratungen vor Waffenstillstandsabschluß im November 1918 hatte er sich gegen den neunten Punkt verwahrt. Oberst House

hatte wieder nicht erkannt, was die Verwahrung bedeutete, den Präsidenten hatte er nicht einmal davon unterrichtet. Aber Wilson war entschlossen, diesmal seine Überzeugungen nicht umbiegen zu lassen. Das einzige, was Orlando ihm abrang, war das Versprechen, daß der Präsident seine Sachverständigen nochmals befragen wolle. In aufblinkender Hoffnung, daß der Präsident sich doch noch werde umstimmen lassen, gab Orlando nunmehr sein Einverständnis, daß man die Deutschen rufe. Aber sein Kampf war noch lange nicht ausgetragen. Im Gegenteil: er begann erst.

Italiens Kunst, mit zwei Parteien zugleich zu verhandeln, von beiden Parteien möglichst viel zu erreichen, bestimmte auch Orlandos wirre Staatskunst. Seiner Meinung nach pfiffig, richtete er seine Stellung so ein, daß er Lloyd George und Clemenceau erklärte, der Londoner Vertrag bestehe zu Recht, daß er aber gleichzeitig anerkannte, für den Präsidenten der Vereinigten Staaten bedeute der Geheimvertrag keine Bindung. England und Frankreich sollten ihm zu den Erwerbungen aus dem Londoner Vertrage verhelfen, zu nichts mehr und nichts weniger, als sie versprochen hatten. Aber der Präsident der Vereinigten Staaten sollte ihm, trotz seiner Abneigung, Fiume geben. Dann war gegen den Londoner Vertrag nicht verstoßen. Und Italien hatte mehr als die Errungenschaften nur aus diesem Vertrag...

Im „Rat der Vier“ nahmen die Auseinandersetzungen darüber allmählich drohenden Ausdruck an. Lloyd George und Clemenceau bekannten sich endlich zur Einhaltung des unglückseligen Londoner Abkommens, widerwillig, weil alle Verhältnisse sich durch Österreich-Ungarns Auflösung geändert hätten und die Grundlagen des Vertrages daher völlig verschoben waren. Dennoch bekannten sie sich zu dem ganzen Inhalt des Vertrages. Aber eben dieser Vertragsinhalt schloß auch für sie die Übergabe Fiumes an Italien aus. Der sonst so höfliche, zurückhaltende Orlando begann in immer lautere Aufregung zu geraten. Jetzt

standen die Großen Drei einheitlich gegen ihn. Kritiker hatte er selbst unter italienischen Staatsmännern, die ihm vorwarfen, daß er völlig unvorbereitet zur Friedenskonferenz gekommen war. Wirklich begründete er hier eine Forderung mit Dingen, deren Herzählung seine nächste Forderung widerlegte und ausschloß. Die Großen Drei wiesen ihm seine Unlogik nach. Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten erklärte er, daß er ohne Fiume nach Italien nicht zurückkehren dürfe. Der Präsident versicherte, daß er eine so große Ungerechtigkeit dem italienischen Volke nicht zutraue, den jungen, slawischen Völkern den einzigen, wirklichen Adriahafen nehmen zu wollen. Orlando versicherte das Gegenteil. Der Präsident reckte sich auf: „Ich kenne die Italiener besser als Sie" — —

Der Präsident hatte genug. Es schien ihm doch das Beste, an das Volksgewissen selbst zu appellieren, und diese ganzen widerwärtigen Geschäfte der Öffentlichkeit anzuzeigen. Er setzte einen Aufruf auf . . . Übergab ihn sogleich der Presse. Italien selbst sollte entscheiden, was gerecht war, was nicht. Er nannte dies Volk „einen vornehmen Treuhänder der neuen Ordnung". Verlangte von ihm „den edelsten Beweis von Größe, Großmut, freundschaftlichem Edelmut, den Sieg der Gerechtigkeit über Interessen zu bezeigen". Orlando fuhr trotzdem empört zum Bahnhof. Er reiste ab. Nach der Einigung der Großen Drei war einen Augenblick lang tatsächlich noch einmal völlige Verwirrung da. Und das Einbekenntnis davon in greller, voller Öffentlichkeit.

In Rom schlug Sturm und Entrüstung hoch. Orlando gab die Antwort auf Wilsons Aufruf sofort. Daß Lloyd George und Clemenceau ihm ein von Lord Balfour verfaßtes Memorandum mitgegeben hatten, das England und Frankreich einig mit dem Präsidenten in der ganzen Frage zeigte, verschwieg er sorgsam. Der Präsident der Vereinigten Staaten, angegriffen von allen Seiten, war den Italienern der

einzig Schuldige. Es war nur schlimm, daß es für Italien außer Fiume noch andere, wirtschaftliche Fragen gab. Daß die Frage der Reparationen, soweit sie für Italien bestimmt werden sollten, ins Schwanken und Ungewisse geriet, wenn Italien sich wirklich absonderte und die Unterschrift des Friedensvertrages verweigerte. Einen Augenblick lang, knapp vor seiner Abreise von Paris, hatte Orlando ernsthaft gedroht, daß er die gesamte italienische Friedensabgesandtschaft von der Konferenz zurückziehen wolle. Nur auf Lloyd George hatte die Drohung einigen Eindruck gemacht. Er verhandelte, leicht erschreckt, vertraulich mit Baron Sonnino sogar weiter um eine Basis, die Italien durch andere Entschädigungen beruhigen konnte. Um die wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht aus den Augen zu lassen, hatte Orlando übrigens trotz Drohung und Abreise den italienischen Sachverständigen Crespi in Paris zurückgelassen, von dem er wußte, daß er Falkenaugen hatte. Nun wartete er in Rom, daß Wilsons Starrheit sich wende, daß die Konferenz ihn zurückhole. Aber Wilsons Starrheit wandte sich nicht. Auch holte ihn niemand. Im Parlamente hatte der italienische Ministerpräsident dann endlich Balfours Denkschrift vertraulich gezeigt. Die Betrachter lasen bestürzt, daß der Kampf also nicht allein gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten, sondern auch gegen den englischen und französischen Ministerpräsidenten geführt werden mußte. Zum Überflusse fiel Orlando in diesem Augenblicke ein, daß Italien sich eben um amerikanische Kredite bemühte. Er wußte jetzt tatsächlich nicht, wo der wahre „sacro egoismo“ war: bei den heiligen Aspirationen auf Fiume oder bei der Dollaranleihe. Während er den Zwiespalt bedachte, hörte er aus Paris, daß der Friedensvertrag auch ohne Italien unterschrieben werden sollte. Der Ministerpräsident begriff in schneller Erkenntnis, daß sein Doppelspiel verloren und der ganze Aufwand, beides zu bekommen: den

„Londoner Vertrag" und Fiume — umsonst vergeudet war. Vielleicht mußte er sich sogar beeilen, wenn er nicht noch mehr verlieren, wenn er wenigstens das bekommen wollte, was ihm schon zugesichert war. Hals über Kopf war er von Paris abgereist. Hals über Kopf reiste er von Rom nach Paris wieder zurück.

Fiume bekam er nicht. In der Zuteilung der kleinasiatischen Ländereien war der Präsident der Vereinigten Staaten von gleichem Abwehrwillen beseelt. Sachverständige sollten in Kleinasien das Problem studieren. Jedenfalls sah Orlando, daß Fiume eine internationale Hafenstadt wurde, durchaus nicht unter italienischer Oberhoheit. Ferner sah er, daß die Japaner ihre Forderungen aus dem Schantungvertrage im Gegensatze zu ihm erreichten. Sie hatten sich ohne Zwischenspiele kühl auf den nackten Vertrag berufen, hatten nicht mehr verlangt, nicht weniger, nicht vieles und alles zugleich — Englands nächster Bundesgenosse hatte sich durchgesetzt trotz Woodrow Wilsons Prinzipien, die auch hier für die ihr Land zurückfordernden Chinesen, nicht für die Japaner sprachen. Endlich sah der italienische Ministerpräsident, daß ihm auch das zugesagte Smyrna entglitt. Während er drohte, mit Einschüchterungsmöglichkeiten rechnete, während in Rom die Piazza murrte und Aufläufe umzogen, hatte der englische Premierminister für alle Fälle nach Smyrna die Griechen geschickt.

Für den italienischen Ministerpräsidenten ein fataler Zwischenfall mehr. Es schien, daß er im Verlieren war. Noch war überhaupt nichts von seinen Forderungen endgültig geregelt. Aber geänderten Sinnes wollte Orlando nunmehr trotzdem unbedingt an der Friedenskonferenz weiter teilnehmen. Er wollte für Italien den Vertrag mit den Deutschen auch ohne Garantien unterschreiben.

Jetzt konnten die Deutschen wirklich kommen.

Die Besiegten

In der dritten Woche des April traf in Berlin eine kurze Depesche des Generals Nudant im Auftrage des französischen Ministerpräsidenten ein. Er forderte die Entsendung deutscher Bevollmächtigter, die in Versailles die Bedingungen für den Frieden entgegenzunehmen hätten:

„Der oberste Rat der alliierten und assoziierten Mächte hat beschlossen, die mit Vollmachten versehenen deutschen Delegierten für den 25. April abends nach Versailles einzuladen, um dort den von den alliierten und assoziierten Mächten festgesetzten Text der Friedenspräliminarien in Empfang zu nehmen.

Die deutsche Regierung wird daher gebeten, dringendst Zahl, Namen und Eigenschaft der Delegierten anzugeben, welche sie nach Versailles zu schicken beabsichtigt, ebenso Zahl, Namen und Eigenschaft der Personen, welche sie begleiten. Die deutsche Delegation soll strengstens auf ihre Rolle beschränkt bleiben und nur Personen umfassen, die für ihre besondere Mission bestimmt sind.“

Der Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau lehnte sich vor solcher Einladung gegen Art und Inhalt zugleich auf. Auch dem Sieger waren Grenzen der Sprache gezogen, der Sprache und selbst der Forderung. Wenn die Bevollmächtigten nichts sollten, als Bedingungen ohne Widerspruch annehmen und nach Hause tragen, so genügte zu solchem Amt im Grunde ein Postbote. Der Außenminister erwiderte sofort:

„Die deutsche Regierung hat die Mitteilung des französischen Ministerpräsidenten und Kriegsministers vom 18. April erhalten.

Sie wird die Herren Gesandten von Haniel, Geheimen Legationsrat von Keller und Wirklichen Legationsrat Ernst Schmitt zum Abend des 25. April nach Versailles entsenden. Die Delegierten sind mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet, den Text des Entwurfes der Friedensprälimimarien entgegenzunehmen, den sie alsbald der deutschen Regierung überbringen werden.

Sie werden begleitet sein von zwei Bureaubeamten, Herren Hofrat Walter Reimker und Diätar Alfred Lueders, sowie von zwei Kanzleidienern, Herren Julius Schmidt und Niedeck.“

Der französische Ministerpräsident verstand im Augenblick. In der vertraulichen Mitteilung der Antwort an die Verbündeten ließ er den Absatz über die Bureaubeamten und Kanzleidiener fort. Er suchte Wirkung und Mißerfolg der ersten diktatorischen Einladung zu verwischen. Seine zweite Depesche bemühte sich um größte Höflichkeit. Fast wirkte sie ängstlich:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen können nicht Abgesandte empfangen, die lediglich zur Entgegennahme des Wortlauts der Friedensartikel ermächtigt sind, so wie es die deutsche Regierung vorschlägt. Die alliierten und assoziierten Regierungen sind verpflichtet, von der deutschen Regierung zu fordern, daß sie Bevollmächtigte nach Versailles entsendet, die ebenso vollständig ermächtigt sind, die Gesamtheit der Friedensfragen zu verhandeln, wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen.“

Aber Graf Brockdorff-Rantzau gab sich noch nicht zufrieden. Er forderte die „Zusicherung, daß den Delegierten und ihren Begleitern während ihres Aufenthalts dort Bewegungsfreiheit sowie freie Benutzung von Telegraph und Telephon zum Verkehr mit der deutschen Regierung gewährleistet ist“. Er behielt sich vor, „für einzelne Friedensfragen nachträglich besondere Sachverständige zu be-

nennen“. Auch würde sich die Abreise noch verzögern. Der französische Ministerpräsident zeigte auf einmal vollständiges Entgegenkommen:

„Die deutschen Delegierten können abreisen, wann sie hierzu bereit sind. Die deutsche Regierung wird gebeten, den Termin ihrer Abreise so schnell wie möglich bekanntzugeben. Ihre Reise im alliierten Gebiet wird so geregelt, daß sie abends in Versailles ankommen, um in Ruhe sich einrichten zu können.

Die deutschen Delegierten werden jede Bewegungsfreiheit zur Erfüllung ihrer Mission haben. Ebenso haben sie völlige Freiheit für telegraphische und telephonische Verbindung mit ihrer Regierung.

Die deutschen Delegierten können schon jetzt ihre Dreimitgliederkommission nach Versailles senden, um die Unterbringung vorzubereiten.“

Jetzt sagte der Außenminister zu.

Sein Sonderzug verließ mit hundertsechzig Personen die Reichshauptstadt am 28. April. Ein Schwarm von Menschen füllte die Wagen, Beamte, Sachverständige und Journalisten, Schreibmaschinistinnen und Dienerschaft. Fünfköpfig war die eigentliche Abgesandtschaft, die der Außenminister führte: mit dem Reichspostminister Giesberts reisten als Delegierte der Präsident der Preußischen Landesversammlung Leinert und der Reichsjustizminister Doktor Landsberg, Professor Schücking und Doktor Melchior. Der Zufall wollte, daß es mit dem Haupt der Delegation sechs Preußen waren, die der Stadt zueilten, in der Preußen, ein halbes Jahrhundert vorher, das deutsche Kaiserreich errichtet hatte. Das Auswärtige Amt hatte noch den Geheimrat von Stockhammern und den früheren Ministerialdirektor Doktor Simons der Abordnung beigegeben. Der Sonderzug verließ unbemerkt Berlin.

Der Außenminister selbst war unbestimmter, vielleicht ein wenig verärgerter Stimmung. Noch knapp vor der Abfahrt hatte der Reichsfinanzminister Erzberger dem Ministerpräsidenten Scheidemann über die Entsendung des Grafen den abfälligen Diplomatenausdruck geschrieben: der Außenminister „sei nicht tanti, um die Verhandlungen zu führen". Über seine Vollwertigkeit oder Unebenbürtigkeit auf staatsmännischen Kampffeldern, über all das, was an Meinungsverschiedenheiten und Zusammenstößen in den jüngsten Wochen und Monaten hinter ihm lag, sich im Augenblicke lange den Kopf zu zerbrechen, hatte Graf Brockdorff-Rantzau freilich wenig Zeit. Denn bei Duisburg, gegen Mitternacht, stieg ein Amerikaner zu ihm in den Zug.

Colonel Conger kam und sprach im Auftrag und als Abgesandter Woodrow Wilsons. Schon unmittelbar nach der Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen hatte der Erste Generalquartiermeister Groener versucht, Verbindung mit England und Amerika zu bekommen. Der Weg zu Lloyd George war zweifellos schwerer als ein Wagnis vertraulicher Annäherung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Der Erste Generalquartiermeister hatte die Stimme Wilsons und das Gewicht dieser Stimme für mächtiger eingeschätzt als Lloyd Georges Kraft und Wunsch, den niedergebrochenen Gegner vor äußerstem Schicksal zu bewahren. Er hatte seine Schritte unternommen, unbeschadet gleicher Bemühungen des Auswärtigen Amtes, und durch den ihm befreundeten Fürstbischof Bertram hatte er tatsächlich die Verbindung zu dem Präsidenten hergestellt. Wilson bestimmte zwei Abgesandte, um vertraulich mit den Deutschen zu sprechen, bevor sie in Versailles säßen. So stand Colonel Conger vor dem Grafen Brockdorff-Rantzau, dem er durch kurze Depesche sich angesagt hatte.

Die Erklärungen des Amerikaners waren trocken und sachlich.

„Clemenceau wird etwas sagen,“ begann er, „dann werden Sie vielleicht Gelegenheit haben, auch etwas zu sagen. Es wird sehr viel von Ihrer Haltung abhängen.“

Graf Brockdorff-Rantzau hörte ihn höflich an. Aber er wollte keine Unterhaltung über allgemeine Dinge, die ihm, wenn sie auch nur theoretisch vorgebracht wurden, gefährlich bei einem Thema schienen, bei dem ihm die Zusammenfassung bestimmter Ziele, genaue Grundlagen und gegebene Ausgangspunkte das Wichtigste und das Wesentliche waren. Er ging sofort auf die „Vierzehn Punkte“ des Präsidenten Wilson über:

„Diese bilden für mich die Basis.“

Der Colonel wich aus.

„Wenn Sie nicht annehmen, so werden Sie gezwungen, zu unterschreiben.“

Graf Brockdorff hörte scharf hin. Unausgesprochenes war hinter den Worten des Amerikaners. Verdecktes sagte sich an, das kommen würde. Der Colonel sprach weiter. Bisweilen floß das Wort „Prozedur“ in seine Rede, wenn er auf die Übergabe der Friedensbedingungen hinwies. Der Außenminister blieb kühl.

„Ich verlasse mich auf das Wort des Präsidenten.“

Der Abgesandte wurde beweglich und eindringlich.

„Ich rate trotzdem, nachzugeben — das wird unvermeidlich sein.“

Graf Brockdorff wußte nur, daß es jetzt schon um den Kernpunkt seiner Sendung ging. Er lehnte alle Einzelheiten ab, die plötzlich übersprudelnd der Colonel vorbrachte. Worte schwirrten auf, die ganze Probleme bedeuteten: Danzig, Oberschlesien, Kolonien. Der Graf antwortete nicht darauf. Denn noch eins wußte er, indes der Amerikaner sprach: daß Wilson sein eigenes Programm verraten hatte. Oder es verraten wollte...

„Ich werde persönlich niemals unterschreiben," erklärte er nur, „was über die ‚Vierzehn Punkte' hinausgeht" — —

Die Mission des Amerikaners wurde völlig sichtbar:

„Ich möchte vermeiden, dies melden zu müssen."

Der Außenminister wollte ihm auf jeden Fall eine unzweifelhafte klare Antwort geben.

„Sie können nicht nur diesen Entschluß melden, sondern hinzufügen, der Präsident habe sein Wort gebrochen, und ich hätte mich darauf verlassen, daß er es halten werde."

Der Zug hielt. Der Colonel stieg aus. Die Delegation fuhr weiter.

Im Dunkel der nächsten Nacht rollte ihr Sonderzug in den Bahnhof von Versailles ein. Die Reise war durch besetztes Gebiet gegangen, die Abgesandtschaft war unbelästigt geblieben, manchmal hatten deutsche Kriegsgefangene dem Zuge zugewinkt, wenn Graf Brockdorff-Rantzau oder einer der Minister im langsamen Durchfahren einer Station sich am Fenster zeigte. Der Bahnhof von Versailles starrte von Soldaten. Ein Vertreter der französischen Regierung war da, und ein Offizier trat vor:

„Oberst Henry — ich habe den Auftrag, Sie in Empfang zu nehmen."

Der Offizier war von eisiger Korrektheit. Man sprach kein Wort weiter. Blitzlichter flammten hoch. Die Photographen arbeiteten. Die Angekommenen schritten zu den Autos, Soldaten saßen auf, man fuhr ins „Hotel des Reservoirs". Das Gepäck wurde in den Hof geworfen, Koffer, Schreibmaschinen, Siemens-Apparate, Telephonkästen türmten sich zu Bergen. Die französischen Soldaten sprangen herzu, um die Verwirrung zu lindern.

„Ihr seid nicht dazu da, das Gepäck der Deutschen zu besorgen."

Vor dem barschen Ton ihres Kommandanten traten die Soldaten zurück. Die Ankömmlinge trugen ihr Gepäck

selbst auf ihre Zimmer. Eisluft wehte. Denn auch die Nacht war kalt und trostlos.

Im „Hotel des Reservoirs“ richtete man sich rasch ein. Dem Grafen Rantzau, der mit seinem eigentlichen Stabe gereist war, hatte man den Freiherrn von Lersner als Quartiermacher vorangeschickt. Ein dritter Sonderzug kam mit dem Rest der Delegation. Alle Bequemlichkeiten äußeren Lebens wurden gewährt, — bis auf die vom Außenminister begehrte, von den Franzosen sehr begrenzt ausgelegte Freiheit, sich zu bewegen. Vor dem Tore des „Hotels des Reservoirs“ standen die Wachen mit geschultertem Gewehr.

Im Parke des Hotels weitete sich das Gefängnis dann langsam. Ein Springbrunnen, kaum in der Mitte des Parks, war erst die Grenze der Erholung. Endlich stand der ganze Park, der bis zu dem Garten von Trianon führte, den Abgesandten offen. Eines Tages fuhren — französische Begleitoffiziere im Wagen — zwei Autos vor. Dann kamen sie täglich. Wer wollte, konnte ausfahren. Man fuhr viele Stunden weit durch die Umgebung, einmal selbst nach Paris. Dort standen am Arc de Triomphe die erbeuteten deutschen Kanonen.

Auch Versailles selbst wurde freigegeben. Die deutschen Damen besorgten ihre Einkäufe. Nach vier harten Kriegsjahren suchten die Männer nach Stiefeln und Röcken, aber die Damen stürzten sich auf Seidenstrümpfe und Parfüms so hastig, wie sie schon im Sonderzug sich über die Schokoladen gestürzt hatten. Die französische Bedienung im Sonderzug hatte nachsichtig gelächelt, aber die Bürger und Bürgerinnen von Versailles entrüsteten sich. So korrekt die Polizei sich benahm, so entschlossen sie den Schutz der Fremden übte: Mob rottete sich zusammen, wenn die Käuferinnen aus den Geschäften traten, der Pöbel begann zu zetern. Der Eindruck war schlecht, und Oberst Henry machte ein schnelles Ende. Ein Drahtzaun sperrte in Zukunft die erlaubten Wege in die Stadt.

Indes begann der Stab um den Grafen Rantzau, begann Graf Rantzau selbst die Arbeiten der Delegation.

Schon in Berlin war es die Aufgabe einer besonderen Friedenskommission gewesen, sich mit dem Stoffgebiete der Friedensverhandlungen, die man erwartete, mit allen staatsrechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen vertraut zu machen, die in Versailles offenbar aufgerollt und wirklich ernsthaft verhandelt würden. Der frühere Botschafter Graf Bernstorff hatte den Vorsitz der Kommission geführt, ein Mann fortschrittlichen, friedliebenden Denkens, schon in Washington nicht ohne Ansehen — denn er hatte sich wiederholt bemüht, den Krieg zwischen Amerika und Deutschland zu verhindern —, darum auch in der Heimat von gewissem Gewicht der Meinung, des Wissens und des Urteils. Die Kommission hatte zwei Monate lang getagt, regsam in rasch eingerichtetem, eigenem Hause, trotz Graf Bernstorffs vielfältiger, politischer Geschicklichkeit mit unruhigem Hin und Her von Themen und Zielen, voll Weitschweifigkeit in zahllosen Abhandlungen ohne wirklichen Grundriß. Vermutungen waren aufgegriffen worden, da niemand der Gegner sachliche Forderungen kannte, Mutmaßungen zu schwerbändigen Verteidigungschriften verdichtet, quellenstark gegen einen Feind gewendet, der noch kein Wort gesprochen hatte. Vertreter und Sachverständige aller politischen Abteilungen der Regierung hatten in dieser Sonderkommission des Auswärtigen Amtes gearbeitet, mit vielem Fleiß, einmal einen „rechtspolitischen Zusatzvertrag", obgleich niemand wußte, was der Hauptvertrag fordern würde, ein andermal eine Denkschrift über die wahren Bevölkerungsverhältnisse im Elsaß, dann wieder eine andere über die Einwohnerschichtung in Polen. Der Geheimrat Fritsch ließ sorgfältig Abhandlungen über Schleswig, über Oberschlesien zusammenstellen, der Ministerialdirektor Simons saß

und schrieb über rein politische und rechtliche Fragen. Probleme kommender Handelsverträge wurden aufgerollt, ihre Einzelheiten wurden geregelt. In der Abteilung des Geheimrates von Stockhammern wurde wirtschaftlichen Fragen die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Tausenderlei wurde geprüft, studiert, geordnet und gesammelt, niedergeschrieben und gedruckt, für alle Fälle bereitgelegt. An zwei Themen war kein Tintenstrich verschwendet worden. Der Staatssekretär Erzberger hatte die Aufrollung von Fragen, die um den Besitz von Danzig oder des Saargebietes gehen konnten, für undenkbar gehalten. Die neugeschaffene Bibliothek der Berliner Friedenskommission verfügte darum über keinerlei Grundlagen für beide Themen. Dann war die ganze Bibliothek, als die drei Sonderzüge nach Frankreich rollten, verpackt und versiegelt in großen Kisten, mit auf den Weg genommen worden.

Sofort begann, als man sie ausgepackt hatte und man noch Zeit zu haben glaubte, erneutes Studium in Versailles. Jeden Morgen traten dort die Delegation mit den wichtigsten Mitgliedern des Rantzauschen Stabes zu Sitzungen zusammen, deren Vorsitz der Außenminister selbst führte. Bis Mittag überlegte man, was etwa noch vergessen wäre. Von den Gegnern hörte man nichts. Im nahen „Hotel Vatel" saßen die Zeitungsleute, in den Sinn vieler Vorarbeiten eingeweiht, ohne die Möglichkeit, irgendein Geschehnis nach Hause melden zu können. Längst waren die Siemensapparate aufgestellt, Antennen aufgebaut, die Telephone bereit. Sie horchten, aber sie sprachen noch nicht. Zwischen den Vorarbeiten der Fachleute, über deren Wert er selbst ein wenig skeptisch urteilte, auf weiten, einsamen Spazierfahrten, überdachte Graf Brockdorff-Rantzau, womit er gekommen war, was hinter ihm lag, was die Meinungen wollten, die er verlassen hatte, und wie zwischen all dem der Kern unberührt bleiben sollte, der ihm das Wesen seiner schweren, nahenden Arbeit schien.

Er durfte sich nicht sagen, daß er nur Freunde in Berlin zurückgelassen hatte. Inmitten stürzender Überlieferungen, die nicht mehr gelten lassen wollten, was bisher mühelos leicht auf Höhen stand, im breiten Anstieg und Aufstieg von unten, war er ein Nachfahr uralter, stets selbstbewußter Adelsherren, frondeurhaft in Schwärmen sich bückender Hofleute, unverblüfft auch vor Gefahren kaiserlichen Unmuts, trotz fortschrittlicher, vielleicht ein wenig betont demokratischer Überzeugungen ein Grandseigneur aus vielerlei ineinanderströmenden, aristokratischen Kulturen geblieben. Er überragte die meisten um Haupteslänge. Das Monokel streifte er in den Tagen sozialen Volkstums nicht ab. Seine Liebenswürdigkeit bestrickte. Er hatte — den Deutschen ein wenig gekannter Begriff — Esprit, der ihn mit blitzenden Lichtern, mit überraschenden Antworten, mit mühelos geführten Paraden nie verließ. Dänisches und französisches Blut nahm die Schwere und gab die Mischung wenig alltäglicher Persönlichkeit. Er liebte den Reiz des Geistigen, er entzündete sich an boshaften Ironien, er liebte die Tafelrunden mit flatternden Reden im Sinne Voltaires. Keinen schonte sein Witz, und über alle streifte, ob auch sein ganzer Charme sie umspann, unsichtbar kühler Hochmut aus unvergessenen Vergangenheiten. Über sein Lassen und Tun gingen Gerüchte, die dem Bürger romantisch waren. Er schlief des Tags, er schrieb des Nachts, er liebte den Champagner wie den Esprit, er schätzte alten französischen Kognak, ob Nacht, ob Tag. Umstürzler sahen sich geehrt, wenn der feudale Graf mit ihnen wie mit seinesgleichen sprach, die meisten fürchteten ihn, seine Zunge, die stach, seine Liebenswürdigkeit, die verwickelte, seinen Hochmut, der plötzlich Abstand ohne Ansage schuf. Bisweilen stand er auf, unvermittelt, in der Öffentlichkeit, im Kabinett unter den Ministern und führte Degenhiebe nach allen Seiten. Niemand vergaß, daß er launenhaft war. Manche nannten ihn

eitel. Als Minister war er im Verlangen nach Entscheidungen oft herrisch. Von Anbeginn durfte er sich nicht sagen, daß er, der bestrickte, Freunde hatte — —

Seine Politik liebte klare Linien. Auf Richtungen oder Entschlüssen, die er gefaßt hatte, beharrte er ohne Lust zu Zugeständnissen, die den immer Ausgleichenden, immer mit vielfachen Mitteln Erfinderischen unbequem sind. Sie sahen oft Eigensinn, wo nur Haltung war. Im Kriege hatten mancherlei Tastversuche, namentlich zu den sozialistischen Lagern, über das Kopenhagener Gesandtschaftshaus, darin Graf Brockdorff-Rantzau saß, nach Stockholm geführt. Seine Verbindungen zu den sozialistischen Männern der neuen Zeit blieben. Er baute sie mit der großen, nicht erlernbaren diplomatischen Geschicklichkeit aus, die er immer gehabt hatte, immer hatte, wenn er nicht gerade mit Meinungsverschiedenheiten zwischen Kabinettsmitgliedern stand. Seinen demokratischen Neigungen, seiner Kenntnis und seiner Arbeit mit dem sozialistischen Führermaterial hatte er es zu danken, daß die neue Regierung ihn, der unter der noch vorhandenen Diplomatie als der fähigste Kopf galt, an ihren Tisch rief. In der Nationalversammlung hatte der neue Außenminister bald erklärt — ein wenig mit Emphase:

„Ich hoffe, Ihnen zu beweisen, daß man zugleich Graf und überzeugter Demokrat sein kann. Demokratie bedeutet ja nicht die Herrschaft der Masse als solche; herrschen und führen sollen immer nur die Besten“ — —

In der Öffentlichkeit hatte er sich sein Echo rasch erzwungen. Noch weniger war er im Kabinett zu überhören.

Obgleich das unruhige, jeder leisen Einwirkung nachgebende Spiel seiner Nerven leicht sichtbar wurde: die inneren Reizungen, ihre Verschlüsse, ihre Druckzentren bezwang er. In den stürmischen Januartagen des Jahres

1919, als die Reichshauptstadt, vom Aufruhr durchzogen, dem Untergang verfallen, das Chaos unentwirrbar und die Staatsgewalt nicht mehr kenntlich schien, störten ihn auch die Aufläufe nicht, die damals um das Reichskanzlerpalais murrten. Er nahm gelassen den Vorsitz der Ressortchefs an, wenn sie etwa über eilige, wichtige Vorschläge des Staatssekretärs Erzberger aus Trier zu beraten hatten und der kaum je aus dem Gleichgewicht gebrachte, an diesem Tage aber durch die Ermordung des Sozialistenführers Liebknecht tief erschütterte und völlig abgelenkte Erste Volksbeauftragte ihn darum bat. Und in einer der Januarnächte von 1919 stand der holsteinische Graf trotz aller Demokratie hochmütig und kalt mit der Forderung nach der Sprache der Macht gegen den nicht eben zuversichtlich gewordenen Oberkommandanten und Volkskommissar Noske auf. In der bewegten Sitzung unter Fritz Eberts Vorsitz verlangte er eine Demonstration zuverlässiger Truppen. So ginge es nicht weiter. Das Auswärtige Amt sei offiziell von ihm bereits geschlossen worden. Die Meldung darüber hätte er öffentlich bekanntgeben lassen. Denn er wünsche nicht, die Beamten später in Kategorien einteilen zu müssen: in eine Gruppe, die trotz drohender Lebensgefahr ihren Dienst versehen hätte, und in eine andere, die zu Hause geblieben wäre — —

„Ich habe nicht genug Truppen“, war damals die Antwort des Oberkommandanten gewesen. Er wolllte nicht, daß ein Fehlschlag die wirkliche Macht der Regierung noch kleiner zeige. Der Oberkommandant bestand darauf, die Demonstration zu verschieben.

„Es handelt sich jetzt nicht darum, eine Schlacht zu schlagen,“ erklärte Graf Brockdorff-Rantzau, „aber wenn keine Demonstration stattfindet, bin ich nicht in der Lage, auswärtige Politik zu machen.“

Der Oberkommandant schwankte noch. Aber am nächsten Morgen schickte er dem Außenminister seinen Beschluß:

„Ja, ich werde mit den Truppen einziehen.“

Der Außenminister hatte, wie sehr er zu gewinnen wußte, wenn er es wünschte, dennoch selten einschmeichelndes Wesen. Er bot ohne weiteres seinen Rücktritt an, wenn es nicht gerade ging, wie er wollte. Der Reichspräsident schätzte, achtete ihn um der Wirkung willen, die von ihm und seiner Haltung ausging. Schlecht stand Graf Rantzau mit dem Staatssekretär Erzberger, der Deutschlands Möglichkeiten im Nachgeben vor der Gewalt allmächtiger Sieger sah, der das gereizte Frankreich nicht weiter reizen wollte, der immer auf den französischen Vermittler Haguenin hörte, mit dem Graf Brockdorff-Rantzau zu sprechen ablehnte. Der Außenminister hoffte durch aufrechte Betonung, daß Deutschland immer noch nicht bedingungslos annehmen müsse, was man von ihm fordere, hoffte durch Betonung von Macht, die gerade der Schwache zwischen den Zerwürfnissen der Starken hätte, für die kommenden Verhandlungen über einen Frieden zu retten, was überhaupt zu retten war. Aus Trier, wo über die erste Erneuerung des abgelaufenen Waffenstillstandes beraten oder befohlen wurde, hatte der Staatssekretär Erzberger dem Grafen die Notwendigkeit telephoniert, die neuen Bedingungen des Marschalls Foch ohne Einschränkung anzunehmen. Der Außenminister hatte erklärt, daß er darüber vorerst den Ersten Volksbeauftragten befragen wolle.

„Für mich aber lehne ich ab“ — —

Der Staatssekretär wurde unruhig:

„Welche Bedenken liegen vor?“

Der Außenminister verwies auf Notwendigkeiten vor allem der Landwirtschaft, auf Zugeständnisse, die unbedingt für sie erwirkt werden müßten. Der Staatssekretär schien dies einzusehen.

„Ich werde versuchen, durchzusetzen, was ich kann, um die Bedenken zu beheben.“

Dann depeschierte er, daß die Bedingungen dennoch ohne

Einschränkung hätten angenommen werden müssen. Ein Kabinettsrat konnte später nichts Wesentliches, konnte überhaupt nichts mehr daran ändern. Schwer drückte Unabsehbares damals auch im Innern des Reiches auf das Kabinett, da der Sozialistenführer Liebknecht und die Kommunistenführerin Rosa Luxemburg ermordet worden waren. Überall schlugen und zuckten, Stunde um Stunde, unerwartet mit drohender Ansage, stets neue Flammen am Gerüst des unfertigen, neuen Staatsbaues auf — —

Der Außenminister sprach sich gleichwohl gegen die Annahme der neuen Waffenstillstandsbedingungen aus. Der Staatssekretär Matthias Erzberger war aus Trier inzwischen zurückgekommen. Unmöglich sei es gewesen, die Unterschrift noch länger hinauszuziehen, wenn man nicht den Vormarsch der Alliierten ins wehrlose Reich wollte. Er wies auf ein Protokoll hin. Er wüßte nichts davon, daß er mit dem Außenminister selbst gesprochen hätte. Die Auskunft am Fernsprecher hätte wiederholt gelautet, daß Graf Brockdorff-Rantzau „immer erst fragen müsse". Aber die Franzosen hätten weniger Lust zum Warten gezeigt als zum Marschieren.

Der Außenminister hatte geschwiegen. Dann wieder mit dem Rücktritt gedroht. Aber Rücktritt hatte ernsthaft hier keinen Sinn. Die Verhandlungen über den Frieden kamen erst, Waffenstillstand war kein Friedensvertrag. Eins wußte er: auf starke Unterstützung einer Politik, wie er sie sich für die nahen Ereignisse dachte, durfte er bei dem Staatssekretär Matthias Erzberger nicht rechnen. Dem Außenminister war der Staatssekretär ein Politiker der Demut. Dem Staatssekretär war der Außenminister ein Enfant terrible.

Die Harmonie war schlimm.

Kabinettssitzungen hatten nach Waffenstillstandsabschluß über das Friedensproblem beraten. Hart stießen

die Meinungen gegeneinander, schon im Februar, dann im März, am stärksten im April. Nicht nur der Staatssekretär Matthias Erzberger stand gegen die Auffassungen und Forderungen des Außenministers. Der Staatssekretär war aus den waffenstarrenden Gebieten des Rheines zurückgekehrt, er hatte, wie Andere auch, dort vollendete Bereitschaft gesehen: farbige Soldatenmassen, zu jederlei Greuel entschlossen, wenn man sie losließ, die tatenlüsterne Stimmung der Befehlshaber, die den Vormarsch ersehnten, die abwartende, drohende Verdrossenheit eines Marschalls, der seinen Sieg noch sichtbarer machen wollte, damals womöglich durch den Einmarsch in Berlin. Der Staatssekretär fürchtete die Verwüstung Deutschlands. Auch war er von Sünden und Fehlern der deutschen Schicksalslenker bei Kriegsausbruch überzeugt.

„Wir müsse alles zugebe“, erklärte er in seinem breiten Schwäbisch, „und alles zugebe, dann werde sie uns verzeihe.“

Die Frage der Schuld am Kriege kam im Kabinette stets wieder. Noch waren die Archive unerschlossen. Noch hatte kein Staatsmann die Motive des Handelns, den Ablauf der Geschehnisse oder nur einen Teil ihrer Zusammenhänge entrollt. Zwar stand es fest, daß die Frage der Schuld am Kriege die Härte der Bedingungen mitbestimmen, als Begründung nach außen vielleicht sogar allein bestimmen würde. Aber nicht nur der Staatssekretär Erzberger wich aus, indem er Demut als besseres Hoffnungsmittel pries. Schon im Kriege, bei den Versuchen in Stockholm, über die Arbeiterschaft und ihre oft gerühmte Zusammengehörigkeit auf neutralem Boden zu einem Ende des Mordens zu kommen, hatten die Mehrheitssozialisten sich zur Hälfte festgelegt. Ihr Führer David hatte alle deutsche Schuld zuerst geleugnet. Indes war seine Überzeugung umgefallen und war zum Gegenteil geworden, jetzt sah er überhaupt nur deutsche Schuld, gleich den Kommunisten, deren Urteil bündig war:

„Schuld sind wir allein“ — —

Unbequem war das Thema auch dem Truppenoberbefehlshaber Noske, dessen ganze Arbeit und ganzes Denken anderer Zeit, lebendigster, nächster Gegenwart und ihren Forderungen galt. Wenn man über Schuld oder Nichtschuld in Versailles sprechen wollte, so konnte es kommen, daß man auch über Verfehlungen im Kriege selbst sprach. Dann waren, ganz abgesehen von allen Friedensfragen, die Grenzen der Verantwortlichkeit unendlich geworden, innerhalb deren die Gegner Forderungen ohne Maß erheben konnten. Wenn sie darauf bestanden, daß die Auslieferung angeschuldigter Offiziere durchgeführt werden müsse, so konnten auf der Liste der Auszuliefernden auch die Namen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und des Generals Ludendorff stehen. Des Oberbefehlshabers junge Armee bestand nur aus Resten des alten Heeres in schnell zusammengefaßter, noch nicht eiserner Form. Das Heer der deutschen Republik kannte den Begriff der Überlieferung noch nicht. Aber die Begriffe noch nicht begrabener Vergangenheit, die Erinnerungen an große, heroische Anspannung, an heiß erlebte Triumphe, obgleich man sie jetzt sinnlos nannte: all das war doch auch noch im neuen Heer. Der Oberbefehlshaber mußte vorsichtig sein. Die Auslieferung der Generale wollte er vermeiden. Er war gegen die Aufrollung der Schuld am Kriege.

Völlig anders dachte der Außenminister. Er glaubte, daß auch Deutschland nicht ohne Verfehlungen in den Julitagen, in den Augusttagen von 1914 war. Er wußte nicht, daß gerade um die Zeit, da er in den Kabinettssitzungen gegen Besorgnisse und Bedenken über die Behandlung der Schuldfrage kämpfte, oder auch schon ein wenig früher, serbische Sucher im Auftrage ihrer Regierung die Wiener Staatsarchive nach schwer belastenden, im Kriege in Belgrad aufgefundenen Akten durchstöberten, um so schnell

und so gründlich es ging, die bedenkliche und durch jene Akten klar gewordene Geheimgeschichte des Attentats von Serajewo zu beseitigen. Aber über zwei Dinge war Graf Brockdorff-Rantzau sich völlig klar. Wenn es eine Schuld von Einzelnen am Kriege gab, so saßen Schuldige in allen Ländern. Sie allein waren gewiß nicht die Entscheidung gewesen. Der Außenminister sah in dem großen, europäischen Gewitter die schweren Ballungen und Stauungen, die endlich die Gefäße zerrissen hatten. Ihm bestand gar kein Zweifel darüber, daß Rußland den Krieg gewollt, Frankreich die Gelegenheit genutzt, Serbien das Feuer angezündet hatte. Es konnte sein, daß England minder schuldig war, obgleich gerade an Englands Wort damals Europas Schicksal hing. Die Einseitigkeit von Deutschlands Belastung lehnte er ab. Aber er war sich auch darüber klar, daß gerade die Häufung von Schuld auf Deutschland allein die letzte, große Offensive des Gegners und der Versuch zu Deutschlands endgültiger Vernichtung sein werde. Wenn Deutschland schuldig war, so mußte es alles tun. Wenn Deutschland zugab, daß es schuldig war, so geschah seine Bestrafung mit Recht. Wenn Deutschland nicht entschädigen, nicht den Preis der Kriegskosten in irgendeiner Form bezahlen, sondern bestraft werden sollte, so war keine Bedingung hart genug und jede gerecht. Sicher wußte man auch drüben, daß der ganze Streit um Schuld, Nichtschuld, Mitschuld nur Gefechte heuchlerischen Scheines waren. Es konnte sein, daß man über die Schuld am Kriege auch drüben nicht würde sprechen wollen, daß man alles versuchen würde, bloß die Beschuldigung auszusprechen, ohne die Wahrheit zu untersuchen. Nicht um dem Reuigen, der Buße tat, dann in Großmut zu verzeihen, wie der Staatssekretär Erzberger sich's dachte, sondern um alles zu fordern, alles ohne Widerspruch erzwingen zu können. Aber es sollte hier nicht nur Ankläger geben und einen Angeklagten. Wenn es um staatsanwalt-

schaftliche Dinge ging, so saßen die Angeklagten überall. Es galt nur, den Gegnern dies klarzumachen. Sie wurden dann vielleicht milder, wo sie mit Richtergebärden sonst befehlen konnten. Der Außenminister war für die Aufrollung, für die Aufhellung, für die Ausnutzung, für das Kampfmittel der Schuldfrage.

Fast jedes Problem der neuen Friedensordnung war in den Beratungen des Kabinetts aufgetaucht, alle undeutlich und unbestimmt, denn niemand wußte, was der Gegner wollte. Es galt eigentlich nur, schon jetzt eine Abwehr zu finden, wo man einen Angriff vermutete. Der Außenminister wollte selbst den Angriff durch die Feststellung der Mitverantwortung aller am Kriege. Dann dachte er durch zähe Verhandlung, Schritt um Schritt, die schwersten Opfer abzuwenden. Jeder im Kabinett rechnete mit Landverlust. Jeder mit unvermeidlich großen Summen, die Deutschland auferlegt würden, um die Wiedergutmachung der Kriegsschäden im Lande des Feindes durchzuführen. Die Schäden in den zerstörten Gebieten hatte der Staatssekretär Erzberger mit einer Summe von siebeneinhalb bis neun Milliarden Mark angegeben. Er stellte fest, daß er sich diese Ziffer durch besondere Sachverständige genau hätte errechnen lassen. Sein Plan war, die Kolonien Deutschlands widerspruchslos hinzugeben, wenn ihr Preis auf die Reparationssumme getilgt würde. Den Wert der Kolonien bezeichnete er mit ungefähr neun Milliarden. Reparationen und Kolonien hoben sich auf. Deutschland, ausgeplündert in vier Kriegsjahren, mußte dann wenigstens kein bares Geld bezahlen. Er rechnete nüchtern. Er sah nur die übermächtige Gewalt drüben, die mit Kanonen, Bajonetten, Brand und Totschlag ohnehin durchsetzen konnte, was nur begehrenswert schien. Er sah bloß die Macht, die Deutschland verloren, die Frankreich besaß und der man nicht entrinnen konnte: Moralisches und

Strömungen des Gefühls, die auch dem Besiegten eine äußerste Richtung gaben, waren ihm keine Ziffern in einer Rechnung brutaler Zwangsgeschehnisse. Deutschlands Wiederaufbau sah er in innerer Arbeit. Die Kolonien schienen ihm kein Lebensnerv. Die Wunde, die ihr Fortfall dem Volksgefühl schlug, wollte er nicht überschätzen. Das Kabinett dachte anders. Auch der Außenminister dachte anders. Niemand konnte sagen, daß die deutsche Republik schon ein festgefügtes Reich und eine Einheit von Parteien war, die sich beugte, wenn unvermeidliches Opfer nach außen beschlossen werden mußte. Das Eingeständnis der Abtrennung von den großen Meeren, das schon im Angebot der Verrechnung lag, die freiwillige Preisgabe der stolzesten Errungenschaften der jüngsten Jahrzehnte waren gleich gefährlich für die Stimmung im eigenen Volke. Auch konnten die Gegner die Notwendigkeit deutscher Kolonien bestreiten, wenn Deutschland selbst einen Handel damit anfing. Das ganze Problem war empfindlich und in seiner Regelung schwer. Nach dem Umsturz hatte der Staatssekretär Solf das Kolonialamt behalten wollen. Der Ministerpräsident Philipp Scheidemann hatte erklärt:

„Es geht nicht“ — —

Schon damals war die Frage aufgeworfen worden, ob man ein Kolonialamt überhaupt beibehalten wolle oder nicht. Aber wenn man das Amt aufgab, so war dies auch schon ein grundsätzlicher Verzicht auf die Kolonien selbst. Es war nötig, wenigstens zum Schein noch einen Kolonialminister zu ernennen, wenn es auch nicht der Staatssekretär Solf sein konnte. Der Erzbergersche Plan wiederum hatte die Gefahr, daß die Alliierten die Kolonien nahmen, von denen Deutschland zugab, daß es sie nicht brauchte, und daß sie trotzdem auf der Tilgung der Reparationsschuld bestanden.

Vorläufig waren die Kolonien noch deutsches Eigentum

oder ein deutscher Wert. Zumindest konnte man sie dafür ausgeben. Daß Deutschland sie nicht behalten würde, wußte jeder. Ob etwas dafür einzutauschen war, mußte man abwarten. Um ihre Einstellung kämpfen, wenigstens als Ziffer, konnte man auf alle Fälle erst später.

Brannte die Wunde der zweifellos verlorenen Kolonien auch schmerzhaft: noch brennender, noch schmerzhafter war, wie das Schicksal von Elsaß-Lothringen sich entscheiden mußte. Um Elsaß-Lothringen hatte Frankreich den Krieg geführt. Daß auch nur ein Marktflecken dieses Bodens in Zukunft Deutschland verbleiben würde, war unwahrscheinlich. Selbst im deutschen Volke hatte niemand andere Gewißheit. Dennoch waren im Kabinette nicht alle Stimmen einig. Der Erste Generalquartiermeister Groener hatte in der Mitte des April seine Auffassungen vorgetragen. Er hatte als Militär gesprochen. Was jetzt sich abspielte, war für Deutschland schlimm. Aber wenn auch das Kabinett zunächst Auswege aus dem schweren Heute suchen mußte, so wollte der Erste Generalquartiermeister darum die Möglichkeiten deutscher Zukunft nicht vergessen. Das Kabinett sollte jeden Bodenstreif erwägen, den Deutschland fortgab. Der General stand in jener Beratung da, vor großer Karte, gab Erklärung um Erklärung, gestützt auf den Degenknauf. Das Halten eines Teiles von Elsaß-Lothringen forderte er um jeden Preis. Nie wäre sonst wieder ein Offensivkrieg Deutschlands möglich.

„Es muß ein Kinderspiel sein", rief er aus, „da Wilson auf unserer Seite steht, unsere Forderungen durchzusetzen."

Der General, in offener Rede meist von starkem, rhetorischem Schwung, nicht ohne die Kraft klaren Zusammenfassens lebendiger Worte, hatte sich selbst in eifriges Glauben gesteigert. Der Außenminister aber sah den Optimismus hier nur als schwere Gefahr für die Verhandlungsmöglichkeiten, die ihm noch geblieben waren.

„Von Kinderspiel“, erklärte er, „ist hier ebenso wenig die Rede, wie von Kriegsspiel.“

Der Gedankengang des Ersten Generalquartiermeisters war, daß ein völlig entmanntes, zu jeder eigenen Tat unfähig gewordenes, von niemand mehr gefürchtetes Deutschland keine Möglichkeit des Aufstieges in der Zukunft der Staaten hätte. Wenn niemand mehr Deutschland suchte, auch als den bescheidensten Helfer nicht mehr, dann war sein Schicksal ein unbeachtetes, verachtetes Verkommen. Den ganz Armen, den ganz Schwachen, der nur Brosamen und Wohltaten nehmen, der gar nichts bieten, gar nichts geben konnte, würde keiner ehren. Alles müßte geschehen, um Deutschland trotz seines Niederbruchs als Macht, sogar als Großmacht zu erhalten. Nichts vom Gegenteil hatte der Präsident der Vereinigten Staaten als Absicht verkündet. Auch nach dem Kriege, auch trotz eines schweren Friedens, müsse Deutschland gesucht bleiben als Bundesgenosse. Bündnisfähig müsse das Reich wieder werden: bündnisfähig zuerst — —

Der Außenminister legte seine eigenen Gedanken darüber sofort fest. Über Mittag diktierte er sie in ein Stenogramm. Aber die Verlesung der Aufzeichnung vor dem am gleichen Nachmittage wieder versammelten Kabinett verhinderte Tücke des Objekts. Der Außenminister begann, das Licht versagte, das Kabinett saß im Dunkeln. Das Licht flammte wieder auf, Graf Rantzau begann von neuem, gleich darauf sprach er abermals im Finstern — —

Die Sitzung wurde aufgehoben. Die Aufzeichnung schickte der Außenminister dem Reichspräsidenten Ebert. Überdies las er sie dann noch dem Ersten Generalquartiermeister vor. Ihr Schluß sprach von Deutschlands „Bündnisfähigkeit“:

„Das Volk muß leistungsfähig gemacht werden! Dann erst werden wir bündnisfähig!“ — —

Der Erste Generalquartiermeister war später, wenige Tage vor der Ausreise nach Versailles, zu Graf Brockdorff-Rantzau mit dem General von Winterfeldt und zwei Offizieren seines Stabes gekommen. Um ironisches Überwinden einer für ihn verwunderlichen Situation war der Außenminister nie verlegen. Dann konnte er unangenehm sein, um seiner Überzeugung willen ungerecht sogar gegen Verfechter anderer Meinung und feindselig spitz:

„Wie kommt dieser Glanz in meine Hütte?"

Den Ersten Generalquartiermeister hatten Unruhe und Sorge zu Graf Rantzau gedrängt.

„Es besteht Gefahr", erklärte General Groener, „daß die Regierung schlapp machen wird. Ich bin hier im Auftrage des Generalfeldmarschalls."

Die Antwort des Außenministers war sehr höflich:

„Ich bin dankbar für das Vertrauen des Feldmarschalls" — —

Dennoch war er schon in einem seiner schnellen, schroffen Übergänge von der Ironie zur Attacke, von der Verbindlichkeit zu unverdecktem Aufbrausen. Er ließ einen Stenographen holen.

„Wie kommt man dazu, die Regierung, der ich angehöre, zu verdächtigen? Wenn die Regierung in solcher Situation ist, so ist sie das, weil wir den Krieg verloren haben!"

Der Außenminister dachte gar nicht daran, „schlapp zu machen". Oder selbst dazu beizutragen, daß die Regierung „schlapp" würde. Ausdrücklich wollte er dies festgestellt wissen — —

Bald darauf war es mit den Versailler Sonderzügen fortgegangen . . . Wenn Graf Brockdorff-Rantzau im Park des „Hotels des Reservoirs", wenn er auf den einsamen Spazierfahrten überlegte, was er an Meinungen über sich, über seine Arbeit, seine Ziele, über seine Fähigkeiten in der Reichshauptstadt zurückgelassen, so durfte er alles von der Berliner Politik erwarten, — nur Eines nicht: das

Mitgehen mit ihm um jeden Preis, das Mitgehen um des Glaubens willen, den alle etwa seiner besonderen, wenn auch ein wenig unbequemen Persönlichkeit zuzubilligen gedächten.

Vor Wilsons Botschaft von den „Vierzehn Punkten“ hatte das Deutsche Volk die Waffen gestreckt. Sie war in der Tat von neuem Geist erfüllt gewesen, der uralt überkommene, seit undenklichen Zeiten geübte Überlieferungen im Verkehr der Völker, vertreten durch einige wenige machtbekleidete Männer an ihrer Spitze, in einen Abgrund gestürzt hatte. Die Worte von Politik und Staat verblaßten durch ihren Inhalt. Sie, die bisher allein geherrscht hatten, wurden unter den Begriff von Menschheit und Menschlichkeit gebeugt. Die bisher Beherrschten, in deren Namen alles geschehen war, ohne daß man sie befragte, obgleich sie in Wahrheit die Herrscher sein sollten, die Unmündigen sollten endlich die Mündigkeit des allein bestimmenden und unter allen Völkern befehlenden Wortes erhalten. Woodrow Wilson war auch für Deutschland der Bannerträger der großen Revolution der Welt, die Hymne von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit war die Heilandslehre, die er vom Einzelnen zur Gesamtheit, vom Volke zur großen Familie aller erdbeschwerten, erdleidenden Nationen trug. Die Völker lauschten ihm. Die neue Melodie war berauschender noch als die Lieder von 1793, denn sie sang nicht von Gewalt und Schwert und Blut, die sie überwunden hatte. Die Sittlichkeit der Menschheit, ihre Würde sollte der letzte Sieg des schmerzgeborenen, neuen, ewig währenden Zeitalters sein.

Alle Gedanken des Außenministers Graf Brockdorff-Rantzau umkreisten den Kern der großen Wilsonschen Weltbotschaft: ihre Ethik. Deutschland hatte keine Machtmittel mehr. Seine Geschütze brachte niemand mehr zum Feuern. Nur die Batterien der Andern standen. Seine Sol-

daten brachte niemand mehr zum Marschieren. Aber endlos waren die Heeressäulen der Andern. Es gab, wenn noch weiter gekämpft werden sollte, nur die Möglichkeit, die fortgeworfenen Waffen liegen zu lassen und neue zu schmieden. Nur die Weltbotschaft Wilsons selbst konnte das Arsenal von Deutschlands letzter, einsamer Verteidigung sein.

Die Gerechtigkeit unter den Völkern, seit Jahrtausenden vergewaltigt, verleugnet überhaupt seit dem Bestehen der Welt, war dem Präsidenten der Vereinigten Staaten das oberste Gesetz der neuen Ordnung. Der Präsident hatte Worte in die leidgepeinigten Seelen der Völker geschleudert, die Fanfaren waren: daß sie „im Spiel der Mächte nicht wie Schachfiguren hin und her geschoben werden“ dürften . . . daß sie das Recht begehren, das Recht üben dürften, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Die Ethik nahm Graf Brockdorff-Rantzau auf, nur aus der Ethik wollte er seine Waffen holen. Er spürte die fast religiöse Kraft, die aus der Wilsonschen Botschaft in alle Nationen strömte. Es konnte nicht der Sinn des Wilsonschen Evangeliums sein — wenn Wilson ein Prophet der Wahrheit war —, daß ein Volk von siebzig Millionen von allen anderen, vielen an Zahl kleineren, an edlen, inneren Gütern vielleicht sogar ärmeren Völkern sollte ausgestoßen werden. Wollte es der Präsident der Vereinigten Staaten so, so war selbst die Mitteilung der Heilsbotschaft an Deutschland überflüssig. Dann hätten die Batterien einfach weiterfeuern, die Heeressäulen einfach weitermarschieren können. Aber die letzte große Schlacht des Krieges, ein Jahr lang angesagt, über ein Jahr lang vorbereitet, hatte der Präsident mit seinen „Vierzehn Punkten“ geschlagen. Gerade durch sie hatte er Deutschland besiegt, hatte er Deutschland besiegen und anders machen wollen, als es bisher gewesen war: mittelalterlich in seinem Geist, ein polternder Patron der Faust. Gerade Deutschland mußte in

Zukunft ein brauchbares, geläutertes Mitglied der neuen Völkergesellschaft werden, die ihm Ziel, Traum, Inhalt seines ganzen Denkens war. Sollte aber Deutschland kein Ausgestoßener unter den Völkern, sollte unter ihnen fortan nur mehr die Gerechtigkeit die höchste Herrscherin sein, dann mußte Deutschland nicht nur gewähren, was Gerechtigkeit forderte, dann durfte selbst das besiegte Deutschland auch für sich fordern, daß man ihm Gerechtigkeit gebe. Der Präsident der Vereinigten Staaten hatte aus der neuen Welt neue Waffen nach Europa gebracht. Er hatte sie — noch siegreicher als Marschall Foch — gegen Deutschland nicht nur gekreuzt: er hatte sie Deutschland zugleich in die Hand gedrückt. Wilsons Verkündigung war Graf Brockdorff-Rantzaus einzige Wehr. Wilsons Waffen die einzige Möglichkeit, selbst weiter zu fechten. Die Waffen Wilsons wollte Graf Brockdorff-Rantzau annehmen, als Kampfmittel gelten lassen. Nur wollte er sie auch umkehren.

Nicht ganz zu übersehen war vorerst, gegen wen er sie zu führen hatte. Ob gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten selbst, wenn sich über die Auslegung der verschiedenen Evangelien ein Meinungsstreit erhob, oder ob gegen seine alliierten Freunde, wenn der Streit weniger über die Auslegung als über die Ausbeutung ging. Die wirkliche Macht des Präsidenten der Vereinigten Staaten im Rate seiner Freunde war aus der Ferne nicht abzuschätzen. Aber es war gleichgültig für den Grafen Brockdorff-Rantzau, ob er durch die Botschaft Wilsons den Präsidenten bekämpfte, ob seine Freunde durch den Appell an ihn oder unmittelbar die Reihe der Anderen, wenn sie, die den Präsidenten — selbst schweigsam — bisher hatten sprechen lassen, allzu gnadenlos fordern und Unmögliches befehlen wollten. Die Ethik der Wilsonschen Botschaft war zweifellos eine heroische Erneuerung des Weltgeistes. Fast war sie eine Religion, eingegeben von göttlich-irdischen Funken, da die Menschheit endlich zu erwachen schien. Waren die Völ-

ker wirklich reif, die neue Religion auszurufen und zu befolgen, so wollte Graf Brockdorff-Rantzau die Skepsis beugen, die ein Teil seines Wesens war. Nicht dem Gefühle nach, aber durch eigenes, kühles, geistiges Überschauen spürte er, welch ungeheure Mission hier erfüllt werden konnte, wenn die Religionsaufrichtung wirklich gelang. Sein unruhiges, stürmisches, ja ehrgeiziges und im Ehrgeiz rasch entschlossenes Wesen war an der Seite des Fortschrittes immer gewesen, oft hatte er, viel zu ungeduldig und zu geistig, um sich mit Vergangenem und Überlebtem allein zu bescheiden, den Fortschritt selbst mit vorwärts zu reißen versucht. Alles wollte er tun, um die neue Welt mit aufzurichten, um selbst mitzuhelfen, die Menschen zu erlösen. Er sah sehr deutlich das Große in der neuen Menschheitswendung nach dem Krieg. Aber er gab sich auch nicht verloren, wenn die Menschen trotz Wilsons Heil doch nur die alten Menschen blieben. Unter den Völkern, die alle befreit werden sollten, stritt er im Innersten doch zunächst für Deutschland, das niemand knechten sollte. War Woodrow Wilson ein Phantast, ein Stubengelehrter zwischen Brevieren weltfremder, unmöglicher Seligkeiten, dann wollte Graf Brockdorff-Rantzau die Skepsis, die immer Rüstzeug, Kampfzeug und Abwehr gibt, eben stärker werden lassen als das Ideal. Verlor der Präsident der Vereinigten Staaten den Inhalt seiner Botschaft, weil die Macht seines Willens am Ende schwächer war als die Beutegier seiner Freunde, so wollte doch Graf Brockdorff-Rantzau die Technik nicht verlieren, die eben die Botschaft des Präsidenten Wilson als Kampfmittel ihm geschenkt hatte. Ob Weltaufbau, ob staatsmännische Auseinandersetzung, ob Religionsstiftung oder Diplomatenschlacht, ob es um ethische Güter gehen würde oder mit ethischen Worten um nüchternen Besitz, ob Inhalt oder Technik: der Wortschatz des Präsidenten, seine Forderungen und seine fest-

umrandeten Begriffe blieben dem Grafen Brockdorff-Rantzau das einzige Arsenal. Er wog, prüfte die Friedensprobleme Schritt für Schritt, wie er sie vor Wilson gegen Wilson, mit der durch Wilson geschenkten Technik entfalten konnte und wollte, um zu retten, was zu retten war. Vorläufig war der Skeptiker stärker als der Idealist, die technische Sicherung schien ihm heimlich noch wichtiger als das Vertrauen auf Ethik.

Wo Graf Brockdorff-Rantzau hinsah: überall galt es nur die Abwehr, die er würde versuchen müssen, um Deutschland so unversehrt, wie es nur anging, aus seiner großen Niederlage hinauszuführen. Seine Gegner wollten Deutschlands Kolonien. Frankreich wollte Elsaß-Lothringen. Seine industriellen Gruppen bewiesen, daß auch sie Ansprüche erheben konnten, wie die deutschen Industriellen in hoffnungsfroheren Kriegstagen, als sie noch vom Besitze der Erzbecken von Briey träumten. Die französischen Industriellen vermeinten jetzt, ohne die Kohlengruben des Saarlandes nicht wirtschaften zu können. Wenn die alliierten Mächte Deutschland die Kriegsflotte nahmen, weil die Sicherheit der Meere dann ungestört blieb, so ging es England neben der Kriegsflotte um die deutsche Handelsflotte. England brauchte sie nicht, um sich zu bereichern. Aber bei Deutschland war solcher Besitz die Gefahr, die England vernichten wollte. Landesabtretungen würden die Polen, die Dänen, vielleicht sogar die Tschechen verlangen. Und sicherlich würde das alte französische Ziel wieder auftauchen, überliefert seit Ludwigs XIV. landlüsternen Reunionsfeldzügen: das Rheinland vom Reiche abzuspalten, sein linkes Ufer diesmal als selbständigen, von Frankreich abhängigen Staat einzurichten, ihn als Pufferstaat zwischen Preußen und Frankreich einzuschieben. Wenn es durchzusetzen war, versuchten die Franzosen ohne Zweifel, selbst die Mainlinie neu in die künftige

deutsche Karte einzuzeichnen. Überall mußte der Zugriff kommen. Und es war nicht deutsches Land allein, konkrete, fest zu umgrenzende Stücke von Grund und Boden und Menschen, um die Deutschland ärmer und schwächer werden sollte. Das Armsein und Schwachsein in der Zukunft ließ sich auch durch andere Mittel noch verschärfen und erhalten.

Deutschland allein sollte wiederaufbauen, was englische, französische, amerikanische Granaten in vernichtender Begegnung mit den deutschen Geschossen auf den belgischen und französischen Schlachtfeldern zerstört hatten. Deutschland allein sollte offenbar seine leergewordenen Staatskassen mit den Steuergeldern nächster Generationen stets aufs neue auffüllen, nur um die Kriegskosten aller aus ihnen zu bezahlen. Ein mächtiger Schuldner, zumal er sich erholen konnte, zahlte schwer. Um ihn zu zwingen, war vielleicht ein neuer Krieg zu führen. Deutschland sollte alle Waffen ablegen, damit solch neuer Feldzug im schlimmsten Falle der gefahrlose Marsch bewaffneter Steuereinhebungskommission würde. Auch war die Gefahr dann ausgeschaltet, daß der jetzt zur Verzweiflung Gedrängte und schonungslos Gedemütigte sich doch noch eines Tages zu Rache und Vergeltung erheben konnte. All das stand nicht in Wilsons Programm. All das war gegen das Programm des Präsidenten. Aber all das konnte der Gegner fordern, selbst wenn er die „Vierzehn Punkte" vorschützte. Es kam für ihn nur darauf an, wie man sie auslegte, für den Grafen Brockdorff-Rantzau, wie er die Auslegung zuließ.

Er wollte gelten lassen, was billig war. Aber den Krieg hatten alle herbeigeführt, alle in gleicher Schuld. Deutschland sollte aufbauen, was es zerstört hatte, aber es sollte keine Kriegskosten bezahlen. Daß Frankreich Elsaß-Lothringen an sich nehmen wollte, den unvergessenen Wunsch aus frühen Jahrhunderten begriff er. Aber die Gemein-

schaften der Menschen sollten doch nicht wie „Steine auf einem Schachbrett“ hin und her geschoben werden. Viele im Grenzland waren wirklich deutsch. Was der Präsident der Vereinigten Staaten über das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündet hatte, galt für Elsaß-Lothringen so gut wie für Tschechen oder Italiener, für deutsche Schlesier so gut wie für Polen. Vielleicht wollten die Elsässer gar nicht zu Frankreich, sondern lieber bei dem geschlagenen Deutschland bleiben. Sie selbst sollten sprechen und entscheiden. Der Außenminister wollte die Abstimmung fordern. In der Tat war dies neue Selbstbestimmungsrecht der Völker nur ein Akt später Gerechtigkeit in der Welt. Vor einem Aeropag neuer Wilsonschen Volksrechte würde er als selbstverständlich verlangen, daß er verbiete, Landstreifen nur deshalb aus dem Reiche zu reißen, weil die französischen Industrien Kohle zu ihrem Erz wünschten. Der Präsident der Vereinigten Staaten mußte sich selbst verleugnen, wenn er all dies zugab. Im Grunde ordneten sich unter der Kuppel seines Gerechtigkeitstempels alle Fragen beinahe von selbst. Wenn alle Welt schrie, daß Deutschland seine Kolonien ausgepreßt, verknechtet und mißhandelt hätte, daß sie gerade darum ihm genommen werden müßten, so wollte er den Nachweis erbringen, daß Deutschland in seinen Kolonien nicht schlimmer gewesen war, als die anderen auf ihrem Besitz, daß man die Kolonien also allen nehmen und sogar die Farbigen ihr Schicksal selbst bestimmen lassen müsse. Oder auch Deutschland behielt, was sein eigen war, wobei er einen sehr nützlichen Vorschlag hatte. Damit alle Kolonien fortan in Wahrheit gerecht verwaltet würden, sollte eine Kontrolle aller Staaten geübt werden. Die große „Liga der Nationen“, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten überhaupt das Wesen der neuen Welteinrichtung schien, ihr weiser, unbestechlicher Schiedsgerichtshof war nichts anderes für die mündige, weiße Welt, als solch eine Richter-

gesellschaft über alle Vorfälle in den Kolonien. Es war nur selbstverständlich, daß der großen „Liga der Nationen“, die der Präsident der Vereinigten Staaten aufgestellt wissen wollte, auch die höchste Gewalt und die Mittel der Gewalt gegeben werden sollten, ein Heer, womöglich aus allen Völkern beigebracht, die sich vor Krieg und Überfall eines mutwilligen, beutelustigen Angreifers endlich schützen wollten. Dann mußte auch Deutschland, das natürlich gleichfalls seine Zahl zu den neuen Aufsichtssoldaten Europas beisteuerte, ein ebenbürtiges, vom neuen Weltgeist geachtetes Mitglied in der Gerechtigkeitshalle der Nationen sein. Wenn die Botschaft des Präsidenten Wilson zu Recht bestand, so fand Graf Brockdorff-Rantzau jede Abwehr. Deutschlands Opfer wurden dann wenigstens erträglich. Er fand sogar mehr. Er wollte zeigen, daß auch das niedergebrochene, unter Erschütterungen noch bebende Deutschland fähig war, das gewaltige Friedenswerk des Präsidenten durch eigene Gedanken zu bereichern.

Die Welt war zu erneuern nicht bloß um Grenzen, die gerecht sein sollten in Zukunft, um Land und Städte und Menschen, die fortan den Nationen angehören sollten, deren Wesensbesitz sie waren. Wenn alles Unrecht aus der Welt gebracht werden sollte, so gab es nicht bloß Unrecht politischer Art. Der Begriff von Volk und Staat mußte in Zukunft eine Einheit werden, die keine Fremdherrschaft mehr zuließ. Aber überall war der Staat bisher nur der große, äußere nationale Rahmen, der vor allem die soziale Struktur zu umfassen suchte, darin meist unter Mühsal seine Menschen lebten. Mitten unter den Völkern, zwischen ihnen, ein Volk für sich von Marx herauf, lebten die Arbeitermassen der Erde, seit Jahrzehnten mit dem Suchen nach Geschlossenheit und Ordnung, seit Jahrzehnten im Kampf um Lebensrecht und Menschenrecht. Sie hatten im Kriege ihre Opfer eigentlich den Zielen anderer Ideenwelten gebracht, sie hatten in den zahllosen Schlach-

ten des Krieges, oft ihrem Volkstum verfallen, oft von Gewalt beherrscht, größere, zum wenigsten zahlreichere Opfer gebracht als irgendeine Gruppe staatlicher Gesellschaft. Sie hatten schlecht schon vor dem Kriege gelebt, schlechter, als ihre harte Arbeit es hätte gewähren müssen. Hatte ihre Not sich aufgebäumt, so hatten Gewehre gelegentlich geantwortet. Aber niemand wollte vom großen, ungeheuren Volk der Arbeiter ernstlich auch jetzt sprechen. Unrecht war gutzumachen auch hier, mehr noch als an mancher beengten „Minderheit“ irgendeines Volkes. Bei dem endgültigen politischen Ausgleich sollten die Völker vor dieser Frage nicht stehen bleiben, nie war die Gelegenheit günstiger, das soziale Elend der Welt zu vernichten. Wo alles durch Vernunft, durch Einsicht und Schiedsgericht sich ordnen ließ, mußte auch die Menschwerdung des Arbeiters endlich zu erzwingen sein. Wenn Deutschland gründlicher als irgendwer einen neuen Aufbau aller Dinge beginnen mußte, so war es nur natürlich, daß gerade Deutschland auch mit der wahren großen sozialen Reform begann. Der Außenminister wollte mit den Völkern die Arbeiter befreit wissen. Das anders gewordene Deutschland sollte die kapitalistischen Gewaltverträge umstoßen, die es selbst noch vor Jahresfrist, noch im Vertrauen auf Kanonen und Bajonette, in Brest-Litowsk und Bukarest hundert Millionen Menschen und mehr aufgezwungen hatte. Deutschland wollte vor den obersten Areopag der Welt nicht einzelne, sondern sämtliche Fragen, alle Qual, alle Rechtsansprüche der Arbeiterschaft bringen. Was auf den sozialen Kongressen von Leeds und Bern angebahnt war, sollte mit vollem Herzen auf überwältigende Art durch den Friedensvertrag vollendet werden. Arbeiterschutz sollte, wenngleich er in Deutschland in mancherlei Rücksicht schon bestand, endlich überall geschaffen, Altersversorgung nach vieljähriger Arbeit sichergestellt werden, unbekümmert ob der Arbeitsmüde den Abend seines Lebens,

wenn er in fremdem Lande gewirkt hatte, dort oder in der Heimat verbringen wollte. Sein Körper war in schwererer Gefahr, als bei irgendeiner anderen Klasse, schleichende Krankheit traf ihn schneller. Einrichtungen zu seiner Sicherung, für alle Staaten als Gesetz aufgestellt, mußten schnellstens getroffen, die Arbeiterfrauen in ihrer Mutterschaft geschützt werden, die zwischen Arbeit und Geburt, zwischen Niederkunft und hastig wieder aufgenommener Arbeit eine Schonung bis auf den Tag kaum kannte. Wenn die Schutzgesetze für die Arbeiterschaft, ihre Arbeitszeit, die Fortbildungsmöglichkeiten ihrer Jugend niedergeschrieben wurden, mußten dabei auch die Sprecher ihrer großen Organisationen als Räte gehört werden. Sie mußten dem Schiedsgerichtshof mitangehören, der als oberste Macht und Entscheidungsstelle alle Fragen und Streitigkeiten der Arbeiterschaft mit dem Staat, mit dem Arbeitgeber und mit eigenen Gruppen genau so richten sollte, wie es der „Liga der Nationen" bestimmt war, die Zwiste der Völker zu ordnen. Die Zwiste der Völker brachten den Krieg. Die Zwiste der Arbeiterschaft brachten den Streik. Im Entwicklungsgange der Menschheit waren beide nur hemmende, zerstörende Krankheit. Deutschland wollte alles tun, um an der Weltgesundung mitzuarbeiten. Deutschland wollte zeigen, daß es bereit war, um der Weltzukunft willen, wenn man mit ihm verhandelte, in allen Fragen jeden sittlichen und materiellen Einsatz zu leisten.

Wenn man mit ihm verhandelte. Hier drohte die Krisis in allen Mühen um einen Frieden, nicht nur in dem wahrscheinlichen Streit um den einzigen, positiven Gewinn, den das Deutsche Reich aus einer auf alle Fälle schweren und verlustreichen Einigung heimbringen konnte: im Streit um die endliche Heimkehr der Österreicher in ihr Mutterland. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker galt für alle und sollte für alle angewendet werden. So schien es un-

zweifelhaft klar, daß es in dem einzigen Falle nicht ausgeschaltet werden durfte, da es auch für Deutschland anzuwenden war. Aber abgesehen von dem heiklen Thema des einzigen, möglichen deutschen Landzuwachses — nicht ein einziges Friedensproblem war ohne Aussprache, ohne Verhandlung, ohne das Abwägen für und wider zu lösen. Nach allem, was bisher aus dem Lager der Gegner bekanntgeworden war, nach der ersten, herrischen Aufforderung des französischen Ministerpräsidenten, Abgesandte zur Entgegennahme der Friedensbedingungen zu schicken, nach all dem beabsichtigte die Friedenskonferenz, Verhandlungen überhaupt nicht zuzulassen. Was sich unter den Verbündeten ereignet hatte, was sich täglich noch ereignete, wußte der Außenminister nicht. Offenbar lagen ihre Bedingungen schon fertig. Er mußte die Möglichkeit der Verhandlung also erzwingen. Die „Vierzehn Punkte" des Präsidenten Wilson hatten ihm, ganz abgesehen von ihrem ethischen Wollen, eine innere Technik gezeigt, um im Notfall die Gegner zu bekämpfen, wenn die Ideale der Wilsonschen Botschaft sanken. Aber jetzt sah der Außenminister, daß er noch nicht einmal die äußere Technik sicher hatte, um die andere, innere Technik anwenden zu können. Nicht nur von den Vorgängen im Lager der Gegner, auch von dem Inhalt und Umfang gegnerischen Wollens wußte er unmittelbar durch sie gar nichts. Er mußte aufspüren, wo der Einsatz war, um aus dem Diktat ein Gespräch, aus dem Gespräch eine Verhandlung, aus den Verhandlungen eine Einigung werden zu lassen. Der erste Waffengang mußte um die Technik gehen, um rein formale Wege, um an die Dinge, an ihre Bestimmer selbst heranzukommen. Dann ergab von selbst sich vielleicht alles. Vorläufig galt es, den Anfang der Andern abzuwarten.

Um sie so schnell wie möglich beginnen zu lassen, eben dazu war Graf Brockdorff-Rantzau mit seiner Abgesandtschaft nach Versailles gekommen.

Aber vier Tage waren verstrichen, seit die deutsche Delegation in Versailles eingetroffen war: nichts hatte die Beratungen im „Hotel des Reservoirs“, die der Gesandte von Haniel täglich gewissenhaft zu Protokoll brachte, nichts die Erwägungen des Grafen Brockdorff-Rantzau bisher gestört. Die deutsche Kommission schien für die alliierten Mächte nicht vorhanden zu sein, die sie gerufen hatten. Sie wußte nicht, daß die Verbündeten sie so hastig in erster Linie deshalb herbeigeholt hatten, um durch das Schaustück über den eigenen, schweren und langen Zwist zu täuschen. Endlich meldete sich, am 5. Mai, Oberst Henry. Er überbrachte ein Schreiben, das eigentlich an ihn selbst gerichtet war, und das er im Wortlaut weitergab. Die Vollmachten der Abgesandten sollten auf beiden Seiten geprüft werden. Jules Cambon sei zum Präsidenten der Kommission bestimmt, der für die alliierten Mächte die Prüfung der Papiere oblag. Mit den Herren Bonar Law, Withe und Jishi wolle Cambon den Grafen Brockdorff-Rantzau und seine Bevollmächtigten am Nachmittage zu bestimmter Zeit im Hotel Trianon erwarten. Das Spiel begann. Graf Brockdorff-Rantzau antwortete. Nicht ohne sich zugleich zu verwahren.

Da er selbst für seine Kommission den Austausch der Vollmachten leitete, so war es billig, daß mit den Bevollmächtigten der Gegner zugleich auch der französische Ministerpräsident Clemenceau erscheine. Er forderte, daß der Ministerpräsident anwesend sei, aber der Präsident der Friedenskonferenz lehnte ab. Aus solchem Vorwand wollte Graf Rantzau den Abbruch der Verhandlungen vermeiden. Dem Ministerpräsidenten kündigte er darum sein Erscheinen gleichwohl an, nicht indes, um die Vollmachten selbst zu prüfen: lediglich den Reichsjustizminister Doktor Landsberg würde er vorstellen, den er als Führer der deutschen Abgesandtschaft mit der Prüfung der Dokumente beauftragt hätte.

Vor dem Hotel Trianon hielt dann das Auto des Außenministers mit den Bevollmächtigten Landsberg, dem Ministerialdirektor Simons und dem Geheimrat Gauß, wie erbeten worden war, um 3 Uhr 15 nachmittags. Adjutanten standen im Vestibül, Menschen im bürgerlichen Rock, Sekretäre und Andere. Die Vier schritten durch das Schweigen. Ein Adjutant führte sie in einen kleinen Raum. Fünf oder sechs Personen waren da, der Ministerpräsident fehlte, ein Japaner stand unbeweglich zwischen den Blattpflanzen in einer Ecke. Er verzog keine Miene. Ein Engländer war mitgekommen: Lord Hardinge.

Jules Cambon tat einen Schritt vorwärts. Alles ging schnell, wie oft geübt, die Worte flogen in gedämpfter Eile. Jules Cambon begann. Er wisse, in welcher Situation die Deutschen sich befänden. Er glitt sofort auf den Gegenstand der Zusammenkunft über. Er stelle seine Mitarbeiter vor. Graf Brockdorff-Rantzau antwortete deutsch. Da Clemenceau nicht erschienen wäre, so wolle er klar machen, daß auch er selbst mit dem Akt des Vollmachtenaustausches nichts zu tun habe. Seine Nervosität zuckte manchmal auf, die Stimme vibrierte ein wenig. Er stelle den Reichsjustizminister Doktor Landsberg vor, als Führer beim Austausch der Vollmachten. Cambon nahm leise das Wort wieder auf, unmittelbar zu dem Außenminister gewandt, aber Graf Brockdorff-Rantzau lehnte ab. Der Reichsjustizminister, nicht er selbst, sei der Führer dieser Kommission. Die zehn Personen standen einen Augenblick stumm in dem kleinen Raum. Dann mehr ein Murmeln als ein Sprechen: die Dokumente der Vollmachten wurden überreicht.

Fünf Minuten waren im Ganzen verronnen. Der Austausch war vollzogen. Förmliche Verbeugungen. Die Deutschen gingen. Der Japaner stand wie eine Bronze. Das Auto ratterte davon.

Das Studium der Vollmachten war kurz. Der Botschafter Jules Cambon antwortete der deutschen Abgesandtschaft nach wenigen Tagen, daß der mit der Prüfung betraute Ausschuß der Friedenskonferenz die Schriftstücke als gültig anerkenne. Ihm erwiderte der Minister Landsberg das Gleiche mit einigen Anmerkungen über verschiedene Unstimmigkeiten, die sich bei der Durchsicht der Vollmachten der alliierten Vertreter ergeben hatten. Die Beglaubigungen für zwei Mächte, die mit Deutschland im Kriege lebten, — Montenegro und Costarica —, fehlten unter den Dokumenten. Andererseits hatte der arabische Staat Hedjas Vertreter und Vollmacht entsandt. Mit ihm befand sich Deutschland schon deshalb gar nicht im Kriegszustande, weil es das neue Staatswesen weder kannte noch anerkannt hatte. In seinen Anmerkungen setzte der deutsche Minister voraus, daß der neue Staat, einstmals ein Teil der Türkei, natürlich auch von der ottomanischen Regierung anerkannt sein müsse. Ferner hatten der Sammlung Vollmachten für Abgesandte der tschechoslowakischen Republik beigelegen, aber die Beglaubigungen für die Vertreter des neuen polnischen Staates hatten gefehlt. Kroaten und Slowenen waren plötzlich unter Deutschlands Gegnern in der Friedenskonferenz, denn sie hatten sich dem serbischen Königreich bereits angegliedert. Der deutsche Vorsitzende zur Prüfung der Vollmachten stellte die kleinen Unstimmigkeiten fest, er verwies darauf, daß Deutschland, was die tschechoslowakische Republik betraf, keinerlei Krieg mit ihr habe. Dann sandte er die Vollmachten zurück.

Der Botschafter Cambon übergab die Anmerkungen seiner Kommission. Aber wichtiger war, daß gleichzeitig bei der deutschen Abgesandschaft, die „Tagesordnung der Sitzung im Hotel Trianon-Palast in Versailles am 7. Mai 1919“ eintraf: die „Mitteilung der Friedenspräliminarien an die deutschen Delegierten“ — —

Um die dritte Nachmittagsstunde dieses Tages sollten die Friedensbedingungen den deutschen Bevollmächtigten überreicht werden.

Der Ministerpräsident Georges Clemenceau selbst wollte die deutschen Delegierten über die Umstände unterrichten, unter denen der Friede von Versailles geschlossen werden sollte. Die „Mitteilung der Friedenspräliminarien" sagte den deutschen Abgesandten sogleich an, „daß es keinerlei mündliche Unterhandlung geben soll, und daß ihre Bemerkungen schriftlich vorgebracht werden müssen". Vierzehn Tage gab der Oberste Rat den Deutschen frei, um Rückfragen, nichts weiter als Rückfragen zu stellen. Sie hatten dies in englischer und französischer Sprache zu tun. Das Schriftstück nannte noch die Stoffgebiete, über die das Friedenstraktat entscheiden würde: Völkerbund — Geographische Grenzen Deutschlands — Europäische politische Klauseln — Außereuropäische politische Klauseln — — In den Klauseln waren mit knappen Namen fast alle Probleme aufgereiht, um die der Frieden ging. Nach den Rückfragen der Deutschen würde der Oberste Rat entscheiden, bis wann die „Gesamtantwort" der deutschen Regierung zu erfolgen hätte, ob sie den beschlossenen Frieden unterzeichnen wolle oder ablehne.

Viel Zeit, zu solcher „Mitteilung" irgendwie Stellung zu nehmen, blieb nicht. Vermutlich hätte sie überhaupt eine Stellungnahme ohne Hoffnung auf Antwort bedeutet. Der Außenminister konnte vor der Friedenskonferenz erscheinen oder er konnte abreisen. Eine andere Entscheidung gab es nicht. Die Abreise war das Weitergehen des Krieges unter Verzicht auf staatsmännischen Kampf. Am 7. Mai 1919, nachmittags knapp vor 3 Uhr, fuhr darum Graf Brockdorff-Rantzau mit den Bevollmächtigten nach dem „Trianon Palast-Hotel".

[illegible]

Die Stunde der Vergeltung

Durch das große Parkgitter, unmittelbar an der Straße, die von Paris nach Versailles hinausführt, durch die Menschenschwärme, die an beiden Seiten die Gitterenden und Straßenborde säumten, bogen die Automobile der Deutschen nach der Rückfront des Palastes ein. Nur eine Abteilung von Jägern zu Fuß stand unbeweglich unter den alten Bäumen des Parkes, der Offizier mit hocherhobenem Degen. Oberst Henry und ein englischer Generalstabsoberst eröffneten den einfahrenden Zug. Ihren Wagen und das graue Auto des Grafen Brockdorff-Rantzau, alle Autos steuerten französische Chauffeure. Einen Augenblick stand die Gruppe der Angekommenen im Vestibül, unfeierlich im Anzug, rund um den schwarzgekleideten Außenminister, der blaß, ohne Bewegung, ohne Eile, auf seinen Krückstock gestützt, die Ankunft seines ganzen Stabes abwartete. Dann schritt er, von ihm gefolgt, durch den schmalen Korridor dem Sitzungssaale zu, von hundert spähenden Blicken belauscht, die ihn und sein Gefolge durch Türritzen und Fensterspalte aus Nebenräumen und Garderobenzimmern suchten. Die englischen Offiziere und die französischen Kapitäne stiegen auf Rauchtische und Klubsessel, um die Erregung des Augenblicks nicht zu verlieren, ihre amerikanischen Kameraden bliesen Zigarettenrauch vor sich hin, und, wer keinen Rauchtisch, keinen Klubsessel mehr zu besserem Sehen fand, kletterte auf einen Sofarand. Ein Lakai blinzelte durch den leise geöffneten Türschlitz, sie alle wurden photographiert, — aber schon war der Zug über den hallenden Steinfliesen vorbei,

schon meldete, militärisch kurz und scharf, die Stimme des Obersten Henry am Saaleingang:

„Die deutschen Herren Delegierten!"

Dem Außenminister, allen, die ihm folgten, schien es zunächst, als schritten sie ins Leere. Einige Tische waren vor ihnen, niemand saß daran. Ein Rauschen, Scharren oder Aufstehen schlug an ihr Ohr, sie schritten weiter und standen im nächsten Augenblick geblendet. Von acht großen Fenstern, von einer riesenhaften Gartentür fiel ein Meer von Licht in diesen Raum, der nichts als Weiß an seinen Wänden trug, selbst die Waffen und Feuerkörbe als einzigen Schmuck darauf in weißer Pressung hielt, das Licht von weißen Säulen in vier funkelnde, kristallüberladene Lüster warf und den grellen Tag auf riesiger Spiegelwand verzehnfachte, die die Eingetretenen zuerst gar nicht sahen. Nur ein grüner Rasenschimmer, ein verträumtes Idyll von blühenden Bäumen, von nachlässig zerstreuten Baumgruppen auf verlassenem Wiesenparkett, traf erst den Blick, der durch das Lichtmeer mühsam drang. Aber das Rauschen zwang zur Wendung nach links: jetzt wurde ohne Übergang, in furchtbarem Überblick die ganze Versammlung sichtbar, die diesen Augenblick erwartete, ein szenisch abgestuftes Amphitheater, der harrende Gerichtshof der Welt, bewußt den Überraschten, den Geblendeten mit einem einzigen, jähen Schlage enthüllt.

Der Außenminister verneigte sich stumm. Wortlos die andern. Der Ablauf dumpf erhoffter Geschehnisse, das Auskosten oft ausgemalter Visionen inbrünstig erflehter Erfüllung glitt dem Sieger hier in Sekunden vorbei. Das Rauschen ging weiter, die sechs deutschen Abgesandten saßen gleich darauf tief unten am Ende des Saales, auch der Aeropag hatte sich wieder niedergelassen. Weit oben, über langer, doppelt besetzter Tafel, über dreiundfünfzig Abgesandten aller Staaten der Welt, viele für die vereinsamten Sechs kaum mehr als ein fremder Begriff, kaum

mehr als ein wahr gewordener, exotischer Niederschlag aus verlöschten Schulerinnerungen, weit oben über den dreiundfünfzig erwartungsvollen, in Zügen, Farben, Rassenausdruck einander meilenfernen, hier aber ehrfürchtig, einheitlich schweigsamen Häuptern, hoch oben saß der Rat der Vier. Niemand wußte, warum der Platz des italienischen Ministerpräsidenten Orlando leer war. Zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Premierminister Lloyd George erhob sich der Ministerpräsident George Clemenceau.

Er trug eine dunkle Redingote, klein stand er da und untersetzt, die vollen Hände im grauen Handschuh wie zur Faust geballt, obgleich er die Hände gar nicht schloß, die Lippen verdeckt unter weißem, buschigem Bart, das runde, dennoch eckige, fast vierschrötige Gesicht gespannt von einem wilden Willen, der über bitteren, längst eingegrabenen Falten, aus drohendem, ruhelosem, gefährlichem Blick die Versammlung abmaß. Rauh setzte seine Stimme ein, von jahrzehntelang verhaltener Kraft unmenschlich hart zusammengefaßt, sie zitterte nicht, obzwar der breite Brustkasten des Sprechers sich sogleich rascher zu heben und zu senken begann, noch beherrscht von dem Bewußtsein des Augenblicks, dessen Erlebnis jede Zukunft aufbewahren und verzeichnen würde, aber vorwärtsgepeitscht und dunkel aus lange verborgenen Tiefen gehetzt, in denen das Vergangenheitsleid und seine Vergeltung lag. Was werden konnte, wenn Generationen über diesem Tag versunken waren, sah jetzt der Ministerpräsident George Clemenceau nicht. Er hatte sein Land gesichert und gedeckt, so gut jede Vorsicht klaren, alles bedenkenden Geistes es vermochte: er sah nur sechs Abgesandte, herbefohlen aus niedergebrochenem, besiegtem und ohnmächtig gewordenem Volk, denen er die Vergeltung, vor einem halben Jahrhundert als Schwur seinem Volk in Bordeaux zugelobt, in später, wunderbarer, grausamer Er-

füllung in die verachteten und verhaßten Gesichter schleudern wollte. Wort um Wort hatte er gesucht und studiert, aber es war die befreite, endlich von ihren Fesseln losgerissene Stimme der Rache, die sich an den Text nicht mehr hielt, die Stimme der Heimzahlung, die durch den Raum schnitt, unbarmherzig über die aufhorchenden, zum Schauspiel hergeholten Großen der Welt, gnadenlos bis zum Ende des Saals, wo die Verdammten saßen: stumm, in nie erlebter Einsamkeit, waffenlos — —

„Meine Herren Delegierten des Deutschen Reiches!

Hier ist weder die Stunde, noch die Gelegenheit zu überflüssigen Worten. Sie haben vor sich die Versammlung der Bevollmächtigten der großen und kleinen Mächte“ — —

Einen Augenblick hielt Clemenceau inne. Aber ein losstürzendes, nicht mehr eindämmbares Verlangen, einmal alles sagen zu dürfen, einmal alles aufzureißen — Tiefen, Wunden, Schreie, die noch von den Schlachtfeldern von 1870 herüberhallten —, all das riß ihn gleich darauf fort:

„Sie haben uns den Krieg aufgedrungen! Es wird dafür gesorgt werden, daß nicht ein zweiter Krieg in dieser Form entstehen kann — —“

Er faßte sich mit unerhörter Kraft. Nichts von solchen Worten war in seinem Konzept. Mit gewaltiger Ruhe zwang er sich gleich darauf in den sich selbst vorgezeichneten Rahmen seiner Rede zurück:

„Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren.

Wir übergeben Ihnen das Buch des Friedens. Jede Muße zu seiner Prüfung wird Ihnen gegeben werden. Ich rechne darauf, daß Sie diese Prüfung in dem Geiste der Höflichkeit vornehmen werden, welche zwischen den Kulturnationen vorherrschen muß, der zweite Versailler Frieden ist zu teuer von uns erkauft worden, als daß wir es auf uns nehmen könnten, die Folgen dieses Krieges allein zu tra-

gen. Um auch die andere Seite meines Gedankens zu Ihrer Kenntnis zu bringen, muß ich notwendigerweise hinzufügen, daß dieser zweite Versailler Friede, der den Gegenstand unserer Verhandlungen bilden wird, von den hier vertretenen Völkern zu teuer erkauft worden ist, als daß wir nicht einmütig entschlossen sein sollten, sämtliche uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete berechtigte Genugtuung zu erlangen.

Ich werde die Ehre haben, die Herren Bevollmächtigten von dem Unterhandlungsverfahren, welches gutgeheißen worden ist, in Kenntnis zu setzen.

Wenn dann noch jemand Bemerkungen vorzubringen hat, so wird ihm natürlich das Wort erteilt werden."

Der Ministerpräsident war zu Ende. Unbeweglich saß die Versammlung da, regungslos Graf Brockdorff-Rantzau. Aber jetzt wollte er sofort erwidern. Er erhob leicht den Arm:

„Ich wünsche das Wort" — —

Clemenceau stand noch. Er schüttelte den Kopf.

„Es muß erst die Übersetzung gemacht werden!"

Er suchte. Unruhe entstand. Der Ministerpräsident rief:

„Die Übersetzer! Wo sind die Übersetzer?"

Sie traten vom Tisch der Sekretäre hervor, der hinter dem Rate der Vier aufgestellt war. Die Übertragung begann.

Der deutsche Außenminister saß wieder reglos. Aber sein Entschluß war gefaßt. Vor ihm lagen geteilte Blätterbündel. Noch gestern hatte er zwei Entwürfe als Antwort auf eine Ansprache des Präsidenten der Friedenskonferenz ausgearbeitet. Hier lag das eine Konzept, dessen Text er sprechen wollte, wenn Georges Clemenceau die äußerste Rücksicht nicht verlor, die auch der Geschlagene, gerade der Machtlose fordern mußte:

„Wir sind bereit, nachdem die Waffen gegen uns entschieden haben, die Bedingungen anzunehmen, für die die

Vorverhandlungen die Basis geben. Wir sind bereit, bis an die Grenze des Möglichen zu gehen, diese Grenze aber wird dargestellt durch die Würde und die Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes.

Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Ergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen gezeichnet werden kann."

Aber er sprach die Sätze nicht. Damit war es jetzt vorbei. Der französische Ministerpräsident hatte nicht mit den Bevollmächtigten eines großen, tragisch getroffenen Volkes gesprochen, das sie hierher gesandt hatte, um vor Mächtigeren mit ehrlichem Willen eine unverschuldete Erbschaft im Vertrauen auf versprochene, bessere Ordnung der Welt zu begleichen. Er hatte Angeklagten den Tag des Gerichts und der Sühne angekündigt. Er hatte sie mit Schuld beladen, sie allein, die als Büßer und Verurteilte bezahlen sollten, obgleich er wissen mußte, daß niemals einem selbst schuldigen Deutschland die ausschließliche Verantwortung für all das Unglück aufzubürden war, das nunmehr vier Jahre lang über die Welt heraufbeschworen war. Hier lagen Sinn und Grundmotiv des großen Gerichts: die Herausforderung nahm Graf Rantzau an, stark im Überschauen der ganzen Wahrheit, in der allein für Deutschland die Rettung war. Gerade hier, angesichts der ganzen Welt, wollte er sie einmal aussprechen, ohne allen Rückhalt, gerade hier mit einer Stimme, die niemand überhören konnte, und gerade vor den Sendboten der ganzen Welt wollte er dartun, daß auch noch das geschlagene Reich, wenn der französische Ministerpräsident die Würde vergaß, keine Demütigung annahm. Noch im Auto hatte er den ihm vertrauten Ministerialdirektor Doktor Simons gefragt:

„Würden Sie aufstehen oder sitzenbleiben?"

„Exzellenz, das ist eine Frage, die man nur persönlich

entscheiden kann," hatte Doktor Simons erwidert, „nach meinem Empfinden würde ich aufstehen."

Der Ministerialdirektor hatte einen Augenblick lang den Eindruck gehabt, daß der Außenminister ihm die Antwort übelnahm. Er war dann in Grübeln versunken. Jetzt aber hatte Georges Clemenceau selbst entschieden: wenn diese Friedensversammlung nicht zur Versöhnung zusammengekommen war, so mußte der Kampf eben weitergehen. Monoton klangen die Worte der Übersetzer durch den Raum. Der Außenminister wandte sich, indes sie noch sprachen, leicht seinen beiden Nachbarn zu. Halblaut, kaum hörbar, erklärte er seinen Entschluß, mit der Bitte, ihn weiterzugeben:

„Die große Rede" — —

Inzwischen waren die Übersetzer fertig. Vom Rat der Vier schritt der Sekretär der Friedenskonferenz Dutasta herab, er trug einen weißen, großen, vielblätterigen Band. Vor dem Tische der deutschen Abgesandten trat er auf den Grafen Brockdorff-Rantzau zu:

„Ich nehme mir die Ehre, Ihnen die Bedingungen für einen Frieden zu überreichen" — —

Der Außenminister erhob sich kaum merklich: nur eine Sekunde lang. Er setzte sich wieder und legte den Band neben sich. Er sah ihn nicht an, er blätterte ihn nicht auf. Wie innerlich beschäftigt warf er, scheinbar unabsichtlich, mit nebensächlicher Geste seine schwarzen Handschuhe auf den weißen Einband. Von den zwei Blätterbündeln nahm er das umfangreichere Manuskript. Durch die große, schwarz umränderte Hornbrille, die ihm tief auf die Nase herabhing, suchte er kurz. Zwei deutsche Übersetzer traten hinter ihn. Und dann begann er:

„Meine Herren!

Wir sind tief durchdrungen von der erhabenen Aufgabe, die uns mit Ihnen zusammengeführt hat: der Welt rasch einen dauernden Frieden zu geben. Wir täuschen uns nicht

über den Umfang unserer Niederlage, den Grund unserer Ohnmacht."

Er wurde unterbrochen. Der französische Ministerpräsident rief von seinem Sitze, hoch oben von der entgegengesetzten Seite herab, laut in den Saal. Er gab sich keine Mühe, seine Nerven zu beherrschen. Er verstand die Übersetzer nicht. Sie hatten mit der Übertragung der ersten Sätze begonnen, die Graf Brockdorff-Rantzau, obgleich seine Stimme leicht zu vibrieren schien, doch fast mit skandierender Betonung gesprochen hatte. Die Übertragung gaben Übersetzer der deutschen Abgesandtschaft, statt französischer Dolmetscher nach internationalem Brauch, den der französische Ministerpräsident selbst umgestoßen hatte. Er hatte für sich Franzosen, für die Deutschen deutsche Vermittler verlangt. Jetzt verstand er sie nicht. Er gestikulierte nervös, rief rauh:

„Lauter! Ich verstehe kein Wort!"

Die Übersetzer wiederholten mit kräftigerer Stimme. Aber der Ministerpräsident vermochte noch immer nicht zu verstehen.

„Näher herankommen!" befahl er. Die Üersetzer traten in die Mitte des Hufeisens, das die Tafel der Versammlung war.

„Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist", sprach Graf Brockdorff-Rantzau weiter. „Wir kennen die Macht des Hasses, die uns hier entgegentritt, und wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, daß die Sieger uns zugleich als Überwundene zahlen lassen und als Schuldige bestrafen sollen."

Seine Stimme hob sich. Sie wurde frei. Er war endlich völlig an seine Rede, an ihre Überzeugung, an ihren Ausdruck hingegeben. Er sah die Miene des Präsidenten Wilson nicht, die unwillig war. Er sah den britischen Premierminister Lloyd George nicht, mehr Erstaunen als Unmut im wohlgepflegten, rosigen Gesicht — Lloyd George schien

nur ein wenig unangenehm berührt. Die Drei im Obersten Rat der Vier sprachen leise, aber heftig aufeinander ein. Über den französischen Ministerpräsidenten hinweg, der in der Mitte saß und in Wort und Blick seine Entrüstung nicht verhehlte, neigte sich der lange Oberkörper Wilsons dem britischen Premier zu. Mit hartem Wort tadelte, beschwerte er sich über die Haltung des Grafen Brockdorff-Rantzau. Aber schon las der Außenminister weiter von seinem Blatt:

„Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkriege kam und daß er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen. Die Haltung der früheren deutschen Regierung auf den Haager Friedenskonferenzen, ihre Handlungen und Unterlassungen in den tragischen zwölf Julitagen mögen zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist.

Keiner von uns wird behaupten wollen, daß das Unheil seinen Lauf erst in dem verhängnisvollen Augenblick begann, als der Thronfolger Österreich-Ungarns den Mörderhänden zum Opfer fiel. In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Vergeltung wie die Politik der Expansion und die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hat zu der Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkrieg ihre Krisis erlebte. Die russische Mobilmachung nahm den Staatsmännern die Möglichkeit der Heilung und gab die Entscheidung in die Hand der militärischen Gewalten.

Die öffentliche Meinung in allen Ländern unserer Gegner hallt wider von den Verbrechen, die Deutschland im

Kriege begangen habe. Auch hier sind wir bereit, getanes Unrecht einzugestehen. Wir sind nicht hierher gekommen, um die Verantwortlichkeit der Männer, die den Krieg politisch und militärisch geführt haben, zu verkleinern und begangene Frevel wider das Völkerrecht abzuleugnen. Wir wiederholen die Erklärung, die bei Beginn des Krieges im Deutschen Reichstag abgegeben wurde: Belgien ist Unrecht geschehen, und wir wollen es wieder gutmachen.

Aber auch in der Art der Kriegführung hat nicht Deutschland allein gefehlt. Jede europäische Nation kennt Taten und Personen, deren sich die besten Volksgenossen ungern erinnern. Ich will nicht Vorwürfe mit Vorwürfen erwidern, aber wenn man gerade von uns Buße verlangt, so darf man den Waffenstillstand nicht vergessen. Sechs Wochen dauerte es, bis wir ihn erhielten, sechs Monate, bis wir Ihre Friedensbedingungen erfuhren. Verbrechen im Krieg mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschehen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das nationale Dasein, in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker stumpf macht. Die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Überlegung getötet, nachdem für unsere Gegner der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen.

Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Worte kommen, der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert, und wir wiederholen die Forderung.

Bei dieser Konferenz, wo wir allein, ohne Bundesgenossen, der großen Anzahl unserer Gegner gegenüberstehen, sind wir nicht schutzlos. Sie selbst haben uns einen Bundesgenossen zugeführt: das Recht, das uns durch den

Vertrag über die Friedensgrundsätze gewährleistet ist. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in der Zeit zwischen dem 5. Oktober und dem 5. November 1918 auf den Machtfrieden verzichtet und den Frieden der Gerechtigkeit auf ihr Panier geschrieben. Am 5. Oktober 1918 hat die Deutsche Regierung die Grundsätze des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis vorgeschlagen, am 5. November hat ihr der Staatssekretär Lansing erklärt, daß die alliierten und assoziierten Mächte mit dieser Basis unter zwei bestimmten Abweichungen einverstanden seien. Die Grundsätze des Präsidenten Wilson sind also für beide Kriegsparteien, für Sie wie für uns und auch für unsere früheren Bundesgenossen, bindend geworden.

Die einzelnen Grundsätze fordern von uns schwere nationale und wirtschaftliche Opfer. Aber die heiligen Grundrechte aller Völker werden durch diesen Vertrag geschützt. Das Gewissen der Welt steht hinter ihm; keine Nation wird ihn ungestraft verletzen dürfen.

Sie werden uns bereit finden, auf dieser Grundlage den Vorfrieden, den Sie uns vorlegen, mit der festen Absicht zu prüfen, in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen Zerstörtes wieder aufzubauen, geschehenes Unrecht, in erster Linie das Unrecht an Belgien, wieder gutzumachen und der Menschheit neue Ziele politischen und sozialen Fortschritts zu zeigen. Bei der verwirrenden Fülle von Problemen, die der gemeinsame Zweck aufwirft, sollten wir möglichst bald die einzelnen Hauptaufgaben durch besondere Kommissionen von Sachverständigen auf der Grundlage des von Ihnen vorgelegten Entwurfs erörtern lassen. Dabei wird es unsere Hauptaufgabe sein, die verwüstete Menschenkraft der beteiligten Völker durch einen internationalen Schutz von Leben, Gesundheit und Freiheit der arbeitenden Klassen wieder aufzurichten.

Als nächstes Ziel betrachte ich den Wiederaufbau der

von uns besetzt gewesenen und durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Die Verpflichtung hierzu haben wir feierlichst übernommen, und wir sind entschlossen, sie in dem Umfang auszuführen, der zwischen uns vereinbart ist. Dabei sind wir auf die Mitwirkung unserer bisherigen Gegner angewiesen. Wir können das Werk nicht ohne die technische und finanzielle Beteiligung der Sieger vollenden; Sie können es nur mit uns durchführen. Das verarmte Europa muß wünschen, daß der Wiederaufbau mit so großem Erfolg und so wenig Aufwand wie möglich durchgeführt wird. Der Wunsch kann nur durch eine klare geschäftliche Verständigung über die besten Methoden erfüllt werden. Die schlechteste Methode wäre, die Arbeit weiter durch deutsche Kriegsgefangene besorgen zu lassen. Gewiß, diese Arbeit ist billig. Aber sie käme der Welt teuer zu stehen, wenn Haß und Verzweiflung das deutsche Volk darüber ergreifen würde, daß seine gefangenen Söhne, Brüder und Väter über den Vorfrieden hinaus in der bisherigen Fron weiterschmachteten. Ohne eine sofortige Lösung dieser allzulange verschleppten Frage können wir nicht zu einem dauernden Frieden gelangen.

Unsere beiderseitigen Sachverständigen werden zu prüfen haben, wie das deutsche Volk seiner finanziellen Entschädigungspflicht Genüge leisten kann, ohne unter der schweren Last zusammenzubrechen. Ein Zusammenbruch würde die Ersatzberechtigten um die Vorteile bringen, auf die sie Anspruch haben, und eine unheilbare Verwirrung des ganzen europäischen Wirtschaftslebens nach sich ziehen. Gegen diese drohende Gefahr mit ihren unabsehbaren Folgen müssen Sieger wie Besiegte auf der Hut sein. Es gibt nur ein Mittel, um sie zu bannen: das rückhaltlose Bekenntnis zu der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität der Völker zu einem freien und umfassenden Völkerbund.

Meine Herren! Der erhabene Gedanke, aus dem furchtbarsten Unheil der Weltgeschichte durch den Völkerbund den größten Fortschritt der Menschheitsentwickelung herzuleiten, ist ausgesprochen und wird sich durchsetzen; nur wenn sich die Tore zum Völkerbund allen Nationen öffnen, die guten Willen sind, wird das Ziel erreicht werden, nur dann sind die Toten dieses Krieges nicht umsonst gestorben.

Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den vereinbarten Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Frieden, der nicht im Namen des Rechts vor der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufrufen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unerfüllbar. Niemand könnte für seine Ausführung die Gewähr, die in der Unterschrift liegen soll, übernehmen.

Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen gezeichnet werden kann."

Der deutsche Außenminister hatte gesprochen: den Schluß seiner Rede mit ruhiger, langsamer Betonung. Die Übersetzer gaben wieder die Übertragung weiter. Eigentlich war der Staatsakt, der Gerichtsakt, um dessen willen man hierher gekommen war, zu Ende. Graf Brockdorff-Rantzau erhob sich, alle erhoben sich und die deutsche Abgesandtschaft schritt der Spiegeltüre zu, dann wieder durch den langen Korridor, die hallenden Steinfliesen entlang, über die der Weg zu dem Staatsakt geführt hatte. Noch einmal spähten die Blicke durch Türritzen und Fensterspalte, aus Nebenräumen und Garderobenzimmern, und die Lakaien blinzelten durch die Spiegelschlitze — —

Die Sekretäre der deutschen Delegation kamen nach. Sie nahmen ihre Mäntel, ihre weichen Hüte, über die die

französischen Journalisten lachten, ihre Regenschirme. Das Scharren des Aufbruchs dauerte eine Weile.

Auf der Treppe in dem Garten stand Graf Brockdorff-Rantzau, auf den Krückstock aus Ebenholz gestützt: eine schwarze, schlanke Silhouette, über weißem, hohem Kragen ein blasses, ruhig beherrschtes Gesicht. Er wartete auf seinen Stab. Über die Photographen hinweg, über die Offiziere und Ehrenwache sah er, verschlossen und hochmütig, allein unter vielen, deren Neugier ihn umkreiste, Trauer im Blick und Verachtung zugleich, unnahbar für alle in die Weite.

Zwischen den Lippen, die leise zitterten, hielt er eine Zigarette, die er im Hinuntergehen unter dem Säulentor des „Trianon-Palast-Hotel" nachlässig sich angezündet hatte.

Der Kampf gegen den Friedensvertrag

Das Instrument des Friedensvertrages — über dreihundert Seiten stark, links der Wortlaut der Franzosen, rechts die Fassung der Engländer — war vom nächsten Augenblicke an das Studium der deutschen Bevollmächtigten. Indes der ungeheure Text, dessen Wortzahl die amerikanischen Berichterstatter mit großer Wichtigkeit ihren Zeitungen schon vorher hatten melden können, der deutschen Regierung in der Nacht vom 7. zum 8. Mai auf dem Draht der Bevollmächtigten übermittelt wurde, schuf der Ministerialdirektor Simons die Übersicht und Einteilung, nach denen der gesamte Inhalt des Vertrages, nach Stoffgebiet und in den Einzelheiten, so rasch wie möglich durchgearbeitet werden sollte. Das Vertragsexemplar, das dem Außenminister überreicht worden war, genügte nicht. Der Ministerialdirektor hatte unmittelbar nach der Überreichung eilig um mehrere Kopien gebeten. Er erhielt sie am gleichen Abend. Die Bände wurden nach Abschnitten zerrissen, alle Übersetzer arbeiteten fieberhaft.

Sie arbeiteten vom Augenblicke an, da die Bevollmächtigten von der großen Sitzung im „Trianon-Palast-Hotel" in das „Hotel des Reservoirs" zurückgekommen waren, bis in die Nacht des nächsten Tages. Fast wurde der Text, um jegliche Minute auszunützen, den einzelnen Kommissionen von Blatt zu Blatt übermittelt. Unter Weisung und Entscheidung des Außenministers hatten — so war von Graf Brockdorff-Rantzau die Delegation im Wesentlichen gegliedert — drei Hauptkommissionen die Friedensbedingungen zu prüfen. Alle politischen und

militärischen Fragen waren von einer Gruppe von Sachverständigen zu untersuchen und zu beleuchten, in der für den politischen Teil der Staatssekretär im Auswärtigen Amte von Haniel, für den militärischen Teil der Generalleutnant von Seeckt die nächsten Wegziele und vor dem Außenminister die Gutachten abgaben. Eine Unterkommission wurde der Hauptprüfungsgruppe angegliedert, um der Behandlung der Schuldfrage im Friedensvertrage nachzugehen. Der Umfang und die Wichtigkeit aller Wirtschaftsprobleme waren so groß, daß auch die besonders für sie geschaffene Gruppe sogleich unter ihrem Führer Ministerialdirektor von Stockhammern mit mehreren Untergruppen arbeiten mußte. Der Großbankier Max Warburg leitete die Finanzkommission als bedeutendste dieser Untergruppen. Was die rechtspolitische Hauptkommission an Schlüssen, Urteil und Standpunkt aus den Friedensbedingungen ziehen mußte, behielt sich zu zusammenfassendem Vortrag der Ministerialdirektor Simons selbst vor. Der Minister Giesberts, unterstützt von dem Arbeiterführer Legien, ordnete und begutachtete in seiner Hauptkommission, was zur Behandlung sozialpolitischer Themen durch den Gegner zu sagen war.

Achtundvierzig Stunden währte es, bis der erste, große Überblick über Inhalt und Geist eines Friedensvertrages geschaffen war, dessen Stoffanordnung und Abgrenzung, dessen Forderungen im Großen wie im Kleinen den deutschen Bevollmächtigten bis zu diesem Augenblicke ein völliges Geheimnis geblieben waren. Im ersten Lesen war den sprachfesten Mitgliedern der Kommissionen eine schwer erklärbare Unsicherheit, Ungenauigkeit oder Unebenheit des sonst alle Dinge so klar feststellenden Französischen aufgefallen. Auch hatte es ihnen geschienen, daß einzelne Bedingungen Widersprüche zu anderen Forderungen oder zu bestehenden Tatsachen aussprachen. Aber auf solche Wahrnehmungen, die in der Eile des ersten

Studiums auch trügerisch sein konnten, kam es gar nicht an. Der Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau mußte vorerst Gesamteindruck und Gesamtbild der Einzelkommissionen haben, um dann über den Friedensvertrag, in den er sich in der Zwischenzeit gleichfalls vertieft hatte, zu einem Endurteil zu gelangen. Das Endurteil wurde vernichtend.

Er berief die Führer der Kommissionen am Abend des neunten Mai zu großer Sitzung zusammen. Sie begann nach der achten Abendstunde und währte lange. Nur allgemeine Gesichtspunkte wurden ausgetauscht, die einzelnen Kapitel des Friedensvertrages in großem Umrisse gestreift. Aber jeder einzelne Kommissionsleiter sprach hier schon seine Meinung aus, voll Empörung und mit entschlossenem Abwehrwillen, jeder schnell bereichert um das Bild, das von seinem Durchsuchen des Vertrages der Andere gab, und das so trostlos war wie das Ergebnis des eigenen Suchens und Findens. Alle Sachverständigen glaubten, daß unannehmbar sei, was der Gegner vorschlug, forderte oder vielmehr diktierte. Alle beschlossen die Erklärung, daß die Annahme solch eines Friedensvertrages unmöglich sei. Der Außenminister hatte von dem Wesen der Bedingungen keinen anderen Eindruck:

„Das dicke Buch war ganz überflüssig. Es wäre einfacher gewesen, man hätte erklärt: L'Allemagne renonce à son existence“ — —

Ein Bevollmächtigter schlug vor, auf die Bedingungen mit der Abreise aller zu antworten. Die meisten Abgesandten nahmen den Vorschlag auf, ihre Entrüstung rauchte, sie waren für den vollständigen und sofortigen Abbruch und Aufbruch. Andere wollten besonnen bleiben. Bei dem Grafen Brockdorff-Rantzau lag die Entscheidung. Der Außenminister bewahrte die Erinnerung an alle Versuche der Demütigung, die der französische Ministerpräsident Clemenceau vor kaum achtundvierzig Stunden gegen ihn

unternommen hatte. Milde war von den Friedensbedingungen nicht zu erwarten gewesen. Es kam immer wieder nur darauf an, was er durch geschickte Mittel, durch verhandelnde Technik von der Härte der Andern für Deutschlands Zukunft niederzwang. Er gab seine Beschlüsse kund. Man werde nicht abreisen. Noch einmal wolle er versuchen, Fühlung mit dem Gegner zu bekommen, noch einmal, Verhandlungen durchzusetzen — —

Der Entschluß des Außenministers hielt immerhin die Stimmung und einen Rest von Hoffnung bei den Bevollmächtigten hoch. Sie gingen auseinander. Es war morgens drei Uhr.

Graf Rantzau machte dem Präsidenten der Friedenskonferenz noch am gleichen Tage davon Mitteilung, daß schon die erste Durchsicht der Friedensbedingungen die Feststellung von Forderungen ergeben hätte, die der Außenminister „für kein Volk erträglich" nannte. Überdies würden seine Sachverständigen den Nachweis erbringen, daß Vieles, das der Vertrag bestimmte, tatsächlich unerfüllbar sei. Alle nötigen Bemerkungen, alle Aufschlüsse darüber wolle er der Friedenskonferenz schnellstens zugehen lassen.

Der Außenminister wußte, daß er nicht sämtliche Schärfen und nicht überall das Übermaß der Bedingungen umbiegen konnte. Aber über das Schmerzhafteste und Brennendste wollte er — wenn es auch nur durch List, auf Umwegen oder sonstwie war — eine Aussprache erzwingen. Der französische Ministerpräsident antwortete kurz und kalt:

„Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte können keinerlei Diskussion über ihr Recht zulassen, die Grundbedingungen des Friedens in der Gestalt aufrechtzuerhalten, wie sie festgesetzt worden sind.

Sie können nur die Anregungen praktischer Art in Er-

wägung ziehen, welche die Deutschen Bevollmächtigten ihnen etwa zu unterbreiten haben sollten."

Graf Rantzau überging bewußt den ersten Satz des Schriftstückes. Er griff die Möglichkeit auf, die dennoch der Abweisung folgte. Nichts von den wichtigsten Themen sollte vergessen werden, wenn also „Anregungen praktischer Art" gegeben wurden. In viereinhalb Wochen arbeiteten die Kommissionen der deutschen Bevollmächtigten als „Anregungen" siebzehn Noten. Sie fragten wegen Unklarheiten, die sie im Friedensvertrag in den Abschnitten über den Völkerbund fanden. Sie verstanden nicht, warum Deutschland das Statut eines solchen Bundes unterschreiben sollte, wenn das Reich ihm selbst gar nicht angehören sollte. Sie wünschten Auskunft, ob der Ausschluß nur für den Augenblick beabsichtigt oder wenigstens die Möglichkeit späteren Eintritts gesichert sei. Und da der Außenminister schon eine Note über das Thema des Völkerbundes sandte, so fügte er — denn sicher enthielt er die eine oder andere Anregung — gleich auch die eingehenden und sorgfältig durchdachten Vorschläge bei, die er selbst über eine weltumspannende Völkergemeinschaft hatte arbeiten lassen. Er griff die weniger heiklen Punkte aus der ungeheuren Fülle schmerzhafter Bestimmungen zuerst heraus. Nach der Darlegung über den Völkerbund sprach er über Arbeiterrecht — es war natürlich, daß er, der ein neues Deutschland ohne die so gefürchteten Waffen einrichten sollte, mit den friedfertigen und rein menschlichen Dingen begann. Nach der Beschäftigung mit dem Arbeiterrecht der neuen Zeit suchte er das Schicksal der deutschen Gefangenen zu lindern, dann erst griff er die Schuldfrage, Wirtschaftsfragen und die Frage der Landabtretung auf: die bittersten Kapitel nach verlorenem Krieg, der die Ohnmacht besiegelte und, wenn der Sieger wollte, jedes Recht ausschaltete. Die Noten folgten einander in Abständen ganz weniger Tage. Arbeiterrecht und die Gefangenenfrage

behandelten sie zweimal in besonderen Schriftstücken. Immer war ihr Ton höflich, voll sachlicher Bestimmtheit, stets berief sich ihr Inhalt auf das feste Abkommen, das die beiden Kriegführenden nach ihrer Einigung auf das Programm des Präsidenten Wilson geschlossen hatten, um den Streit der Waffen auszusetzen und zu einem Frieden zu kommen. In den Bedingungen des überreichten Friedensvertrages waren von den deutschen Bevollmächtigten Übergriffe oder Auslegungen festgestellt worden, die den angenommenen Friedensgrundlagen unmittelbar widersprachen. Wenn der Präsident der Friedenskonferenz vielleicht gerade darum keine Erörterung oder Verhandlung über das Friedensinstrument zulassen wollte, so versuchten die deutschen Kommissionen um so mehr, im Rahmen der ihnen gestatteten Anregungen die Abwehr der Übergriffe durchzuführen. Sie wollten nicht an die Nachsicht des Gegners sich wenden. Sie sprachen auch nicht mit dem betonten Stolz des Schwachen, die eine berechnende Hoffnung ist. Sie riefen die Gerechtigkeit an, die allen Völkern verbrieft worden war. Was der Friedensvertrag forderte, sah fast in allen Punkten anders aus, als der Präsident der Vereinigten Staaten im Grundriß des nahen Weltfriedens verheißen hatte. Seine Verheißung aber war eine Bindung gewesen. In ihren „Anregungen“ forderten die deutschen Bevollmächtigten für Deutschland nur die Wahrung der Zusicherungen aus dem Novemberabkommen von 1918. Da der Präsident der Vereinigten Staaten sie verbürgt hatte, so durfte die Friedenskonferenz, so meinten sie, die Zusicherungen nicht umstoßen.

Aber der französische Ministerpräsident Clemenceau dachte offenbar anders. Erstens schien er gar nicht der Meinung, daß die Friedensbedingungen gegen das Programm von Woodrow Wilson verstießen. Was an Kämpfen zwischen ihm und Wilson, zwischen ihm und Lloyd George, zwischen beiden und ihm lag, wußten die Deutschen nicht,

die ganze Schwere der Zusammenstöße wußte auch die Welt nicht. Eine zweifelhafte Frage war, ob sie es nach der Einigung der Drei jemals erfahren würde und schon gar, ob solche Kenntnis dann an unterschriebenem Vertrag etwas zu ändern vermöchte. Zweitens dachte Clemenceau gar nicht daran, sich gerade jetzt darüber in eine Auseinandersetzung einzulassen, da alle Macht in seinen Händen lag.

Die deutschen Noten beantwortete er mit ausgesuchter Höflichkeit in der Form. Wenn die Kommissionen der deutschen Bevollmächtigten ihre Einzelnoten in größter Anspannung, oft auch fast über Nacht arbeiteten, so achtete der Präsident der Friedenskonferenz trotz geringeren Eifers seiner eigenen Abteilungen doch darauf, daß alle Antworten bei den Deutschen spätestens nach zehn Tagen eintrafen. Aber nirgends wollte er entgegenkommen. Brachten die deutschen Bevollmächtigten Vorschläge, die an den Völkerbund, an die ethischen Ausstrahlungen des Friedenswerkes und ihre Verbesserung rührten, so fand Clemenceau, daß „die in dem Friedensvertrag gemachten Vorschläge viel praktischer und geeigneter" waren. Regte das deutsche Völkerbundsprogramm die Schaffung von „Versöhnungskommissionen" an, die in Streitfällen — ohne Bindung an das Völkerbundgericht — eingreifen und eine Untersuchung anstellen sollten, so war es für den Präsidenten der Friedenskonferenz schon äußerstes Zugeständnis, wenn er den Deutschen sagen ließ, „daß in dem Friedensvertrag nichts enthalten ist, was der Anwendung von Kommissionen solcher Art entgegensteht". Immer sprach aus den Konferenznoten der oberste Gerichtshof der Welt, der alle Regelung darin auf das Beste und unübertrefflich ergründet und darum die Durchführung ohne Änderung beschlossen hatte. Und die Höflichkeit der Form hielt den Präsidenten der Konferenz nicht ab, stets aufs neue in seine Antwortnoten den einen oder andern Satz einzustreuen, der, in den meisten Fällen von

Clemenceaus ausarbeitendem Sekretär Mandel erdacht, die deutschen Bevollmächtigten die Stellung noch einmal wissen ließ, in der sie, in der das deutsche Volk sich hier eigentlich befanden. Sie hatten nicht nur ohne Widerrede zu unterschreiben, was der „Oberste Rat der Vier" erdacht und für gut befunden, sie hatten auch, wenn sie schon den ganz überflüssigen Notenwechsel durchaus haben wollten, immer noch auf der moralischen Anklagebank, auf der sie in der großen Sitzung im „Trianon-Palast-Hotel" gesessen hatten, Belehrung und Verweisung hinzunehmen. Die Noten des Präsidenten der Friedenskonferenz rühmten sich der Weisheit der „alliierten und assoziierten Demokratien, die eine sehr lange Erfahrung in den demokratischen Einrichtungen gehabt haben", woraus ohne weitere Worte hervorging, daß die deutschen Vorschläge über Arbeiterrecht nichts enthalten konnten, das nicht wiederum der Friedensvertrag längst besser geordnet hatte. Wenn die Deutschen an besondere „Maßnahmen sozialen Fortschrittes" dachten, so vergaß der Konferenzpräsident bei seiner Ablehnung bestimmt die Erklärung nicht, daß solche Maßnahmen „zweifelsohne schon hätten verwirklicht werden können, wenn der Angriff Deutschlands nicht das Streben und Denken der ganzen Welt von ihnen abgewendet und auf den Kampf für die Freiheit hingelenkt und die Völker nicht gezwungen hätte, die Bemühung um ein anderes Ideal der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit unterzuordnen". Der deutsche Außenminister mußte seine ganze Überlegenheit und Kälte zusammennehmen, um über Ausfall und Angriff des Gegners den Zweck nicht zu vergessen, dem seine bittere Arbeit geweiht war. Gelegentlich ließ er, wo der französische Ministerpräsident über das Diktat der Forderungen hinaus, um sie zu begründen, zu Anschuldigungen überging, die weder logisch noch nach Tatsachen begründet waren, hart zurückschlagen. Wenn Graf Brockdorff-Rantzau für die Freilassung der Kriegsgefange-

nen Gegenseitigkeit forderte, wenn er darauf hinwies, daß Deutschland selbst die wegen Verbrechens oder Vergehens Angeklagten bedingungslos freigegeben hätte, wenn er gleiches Maß für alle forderte, so stand in der Antwortnote des Präsidenten der Friedenskonferenz der Satz: „Da keinerlei Vergleich der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und durch die alliierten und assoziierten Mächte andererseits möglich ist, so kann in dieser Hinsicht keine Gegenseitigkeit gefordert werden". Es war schon viel, daß sich der Konferenzpräsident, was die Frage der Aburteilung von Angeklagten in der Fremde betraf, zum Nachweis eines Falles entschloß, in dem ein deutscher Soldat einen französischen Landwirt mit einem Gartenmesser ermordet hatte. Aber hier wußte der Außenminister seine Antwort sofort. Er forderte die Untersuchung der Kriegsgefangenenbehandlung durch eine Kommission. Und wenn der Präsident die Geschichte von einem Mann mit dem Gartenmesser erzählte, so war zu erwidern: „Unter den heimbeförderten Angehörigen einer einzigen der alliierten und assoziierten Mächte befanden sich sieben Personen, die sich während der Gefangenschaft der Tötung von Menschen schuldig gemacht haben, 155 der gleichen Nation Angehörige waren wegen Sittlichkeitsverbrechen, insbesondere Notzucht und Kinderschändung, verurteilt. Einer der schwersten Fälle ist der des Soldaten Viulleques, Emile, 35. französisches Infanterieregiment, der eine alte deutsche Bäuerin mit Axthieben erschlagen hat." Die deutsche Kommission wußte noch mehr. Sie fügte für den Präsidenten der Konferenz die Abschrift eines Briefes bei:

„St. Etienne du Rouvray, den 15. Februar 1919.

Mein Herr!

Entschuldigen Sie, wenn wir Frauen von Einberufenen uns erlauben, Ihnen zu schreiben. Wir möchten Ihnen mitteilen, was sich in unserer Stadt St. Etienne abspielt:

Die deutschen Gefangenen, die auf der Eisenbahn beschäftigt sind, werden wie Sträflinge behandelt. Sie werden wie die Hunde geschlagen und schlecht ernährt. Das bricht uns Frauen und Müttern der Einberufenen das Herz. Denn wir sehen, daß diese Männer vor Hunger sterben. Trotzdem es uns selbst an Brot fehlt, können wir nicht anders, als ihnen von Zeit zu Zeit, wenn der Zufall es gestattet, Brot zuzuwerfen. Sie stürzen sich darauf wie ausgehungerte Tiere. Die französischen Wächter behandeln sie roh, nur wegen eines Bissens Brot. Wir hoffen, mein Herr, daß Sie in dieser Angelegenheit einschreiten werden, um ihr Los zu verbessern. Wir haben deswegen schon an mehrere Stellen geschrieben, leider aber ohne jeden Erfolg.

Wir begrüßen Sie.

Eine Gruppe Arbeiterinnen aus St. Etienne du Rouvray bei Rouen (Seine-Inférieure)."

Der Präsident der Friedenskonferenz antwortete auf den sentimentalen Gegenstand nicht mehr. Seinen Standpunkt in der Frage an sich änderte er nicht. Alle Einwände — ob Tatsachen, ob nicht — waren ihm gleichgültig. Waren die deutschen Bevollmächtigten nicht damit zufrieden, daß er seine wahre Meinung über sie, ihr Land und deutsche Rechtsansprüche bisher immerhin in stilisierter Art hatte verlauten lassen, so konnte er auch schweigen. Das Bauernblut erwachte in ihm. Er war gewohnt, sich sonst mit derberen Zitaten auszusprechen. Aber selbst ihm schien dies in keinem Wortwechsel erlaubt, der zugleich für Verbündete sprach. So war sein Schweigen drastisch genug — —

Der ganze Notenwechsel war bisher ein Kämpfen ohne Ergebnis und so ohne Sinn. Natürlich lag dem deutschen Außenminister, wenn er zweimal seine Vorschläge über Arbeiterrecht machte, indes vielleicht noch wichtigere, jedenfalls greifbarere Dinge der Erledigung zu harren

schienen, nicht bloß an den angestrebten sozialen Reformen. Er hatte Nebenabsichten. Er wollte die Arbeiterschaft der ganzen Welt, ihre mächtige Stimme unmittelbar in die Friedensverhandlungen hineinziehen. Er hoffte, daß die rücksichtslose Gewalt der Gegner sich würde Zügel anlegen müssen, wenn ein Kongreß der Arbeiter aus aller Welt durch ihre Gewerkschaften unmittelbar in Versailles tagte und zunächst in Arbeiterfragen, dann in der Weiterwirkung vielleicht auch bei anderen Themen mitsprach. Der Außenminister hoffte, daß er, der Arbeiterschaft nicht fremd, noch unsympathisch, den Weg auf Umwegen sogar zur französischen Arbeiterschaft finden könnte, deren Stimme, wenn auch sie sich gegen Gewalt und Vergewaltigung erhob, der Kongreß nicht überhören konnte. Aber Clemenceau durchkreuzte auch diesen Plan. Er lehnte den Vorschlag ab, in Versailles eine internationale Arbeiterorganisation zusammentreten und über Gesetze beraten zu lassen, die für die Arbeiter aller Länder eine Bindung wären.

„Die Arbeiter irgendeines Landes sind noch nicht dazu bereit", schrieb er dem Grafen Brockdorff-Rantzau zurück, „sich in jeder Sache von Gesetzen binden zu lassen, welche ihnen Vertreter anderer Länder auferlegen würden. Daraus folgt, daß die internationalen Abmachungen, so wie sie der Friedensvertrag vorsieht, für den Augenblick wirksamer sind als eine eigentliche internationale Arbeitergesetzgebung."

Im Gegenteil: der Präsident der Friedenskonferenz spielte gegen den Plan des Grafen Brockdorff-Rantzau den Nationalismus von Frankreichs Arbeiterschaft aus. Ob der französische Ministerpräsident mit seinem Glauben im Rechte war, konnte zweifelhaft sein. Jedenfalls aber hatte er die Macht, die Einbeziehung, den möglichen Versuch einer Einwirkung der französischen Arbeiterschaft auf Dinge zu verhindern, die sich in Versailles abspielten.

Überall war er der Stärkere. Überall sprach er, schon um Fürbitter abzuwehren, die vielleicht von irgendwoher sich melden konnten, schon um die übermäßigen Forderungen des Friedensvertrages als verdiente Härte zu erklären, zu den deutschen Bevollmächtigten mit der eisigen Korrektheit, die man selbst für Verbrecher nach dem Urteil hat. Gegen das Urteil gab es keinen Appell. Weder von außen, noch von innen. Deutschland war seines Verbrechens überführt. Seine Schuld hatte es durch das Abkommen vom 5. November 1918 selbst zugegeben. Der Friedensvertrag stellte diese Tatsache im Abschnitt über die Wiedergutmachung ausdrücklich noch einmal fest. Übeltäter, die man niedergeworfen hatte, besaßen kein Recht, Forderungen zu erheben. Sie hatten zu hören, zu unterschreiben. Der deutsche Außenminister, von Anbeginn seiner Aufgabe dem Kern zugewandt, von dem aus alle Forderungen, alle Übergriffe sich herleiteten, sah sehr schnell ein, daß er so nicht weiterkam, daß seine Noten fast von nebensächlicher Bedeutung und obendrein ohne Aussicht auf Erfolg waren, solange er nicht eben jenen Kern traf und zerschlug. Er war wieder bei der Schuldfrage angelangt. Von ihr hing alles ab. Er nahm sie noch einmal auf.

Die deutsche Abgesandtschaft wußte, daß von der Friedenskonferenz heimlich eine besondere Kommission eingesetzt worden war, die sich mit der Frage der Kriegsschuld, der Verantwortlichkeit Einzelner sowohl für den Ausbruch des Krieges wie für bestimmte Maßnahmen im Kriege und mit der Möglichkeit befassen sollte, die Auslieferung der Angeschuldigten zu verlangen und sie vor einen internationalen Gerichtshof zu stellen. Namentlich die eine Frage schien der Friedenskonferenz wichtig, deren beispielgebende Lösung hauptsächlich Lloyd George in seinen Reden stets aufs neue in Aussicht gestellt hatte, die Auslieferung und Ladung Kaiser Wilhelms II. vor ein Ge-

richt, das die Schuld an allem, was geschehen war, vor der ganzen Welt festsiegeln sollte. Den Arbeiten und Feststellungen einer Konferenzkommission über die Kriegsschuld mußte die Friedenskonferenz die größte Bedeutung beimessen, denn was der französische Ministerpräsident brauchte, um seinen Wünschen nach Vergeltung, nach Ersatz und sonst nicht berechtigten Vorteilen Frankreichs einen Rechtsschein zu geben, war nötig für die Verbündeten und Freunde Frankreichs, wenn sie in moralischer Selbstberuhigung zusehen wollten, was man im Ganzen mit Deutschland tat. Die Friedenskonferenz stellte auf alle Fälle fest, daß die Sünden bei Deutschland lagen, die zu büßen waren. Zur Not mußte man, da die Macht bei der Konferenz war, sich auf Untersuchungen darüber nicht einlassen. Wenn aber die Sonderkommission die deutschen Verfehlungen, die deutsche Verantwortlichkeit sowohl für Geschehnisse als auch für einzelne Persönlichkeiten unzweifelhaft dartun konnte, so war die moralische Lage der Konferenz in der Tat noch besser. Die Sonderkommission hatte in großer Eile zu arbeiten. Sie hatte schnellstens, was sie fand, dem Rat der Vier vorzulegen.

Vertrauliche Mitteilungen über die Suche einer Schuldkommission im Rahmen der Friedenskonferenz waren um die Mitte des Mai auch den deutschen Bevollmächtigten zugegangen. Und man wußte bei der deutschen Abgesandtschaft mehr als nur die Tatsache, daß die Sonderkommission arbeitete, man wußte auch das Ergebnis ihrer Arbeiten oder doch wichtige Teile davon. Eine Verantwortlichkeit Kaiser Wilhelms II. für den Kriegsausbruch herzuleiten, seine Auslieferung zu verlangen und ihn abzuurteilen, — daß bei Kaiser Wilhelm zur Zeit des Kriegsausbruches eine gewaltige Macht für Entscheidungen lag, leugnete niemand —, hielten die amerikanischen Sachverständigen der Sonderkommission in ihrem Gutachten für eine juristische Unmöglichkeit. Die japanischen Sachver-

ständigen wollten überhaupt nichts von solcher Angelegenheit wissen. Wenn man einen einst mächtigen Monarchen ohne weiteres vor Gericht stellen konnte, so war es nicht unmöglich, daß man in beliebigem Zusammenhang eines Tages auch für den Mikado das gleiche Verfahren vorschlagen und durchführen konnte. Für sie stand der Monarch über jeder Verantwortlichkeit. Sie fürchteten für die Unantastbarkeit des Souveräns. Die Arbeiten der Sonderkommission waren nicht so recht vorwärtsgekommen. Die Frage der Auslieferung des Kaisers fiel. Auf die Klarheit der Schuldfrage, die Deutschland allein belasten sollte, wirkte solche Entwicklung nicht sehr günstig zurück. Die Akten der Sonderkommission lagen bei dem „Rat der Vier", der nichts an neuen oder unanfechtbaren Einzelheiten aus ihnen schöpfen konnte. Über Arbeit und Ergebnis in der Schuldfrage war Graf Brockdorff-Rantzau unterrichtet. Er ging zum Angriff über.

Abgesehen von seiner Umgebung, von dem Vertrauten seiner Gedanken und seinem überzeugten Helfer Ministerialdirektor Doktor Simons, von den Mitarbeitern der Abgesandtschaft, unter denen kein Zwiespalt der Meinungen auch über diesen Punkt war, stand Graf Brockdorff-Rantzau doch auf vereinsamtem und heiß umdrängtem Posten. Der Außenminister hatte, herausgefordert durch die Sprache Clemenceaus, das Schuldmotiv schon im „Trianon-Palast-Hotel" angeschlagen: aus eigenem Entschluß, in Abwehr und Erkenntnis, daß er den Gegner in Versailles nicht einfach ein Verdikt über einen Übeltäter aussprechen lassen durfte, der sich reuig selbst zur Justifizierung hergab. Wenn der französische Ministerpräsident sprach, wie er geglaubt hatte, sprechen zu dürfen, so sollte er wissen, daß auch seiner Partei vieles vorzuwerfen war, daß Graf Rantzau aus unerwiesenen Anschuldigungen nicht den Rechtstitel für Vergewaltigung herleiten ließ. Am Tisch des „Rats der Vier" mochte man darüber verstimmt sein. Der

Außenminister hatte das Thema, das er als Grundlage und Begründung der ganzen Friedensbedingungen vorausgesehen hatte, keineswegs begonnen. Daß er es von Clemenceau aufnahm und zur Verteidigungswaffe schmieden wollte, war dem Gegner natürlich unbequem. Bequemer war es sicherlich, wenn die Deutschen jetzt schon zu allem schwiegen. Aber nicht nur der „Rat der Vier" war verstimmt darüber, daß Graf Brockdorff-Rantzau nicht wortlos alle Schuld auf Deutschland nahm. Deutschland selbst war verstimmt. Oder vielmehr: die deutsche Regierung.

Die Berliner Depeschen, die die Eröffnung einer Aussprache über die Kriegsschuld berührten, häuften sich bald nach dem Tage, da der Außenminister den Empfang der Friedensbedingungen mit seiner großen Rede bestätigt hatte. Zwar war das Berliner Kabinett über den Text der Friedensbedingungen, der ihr mit einer stattlichen Anzahl von Sinnfehlern in einer rasch in Berlin hergestellten, eigenen Übersetzung vorlag, nicht minder entsetzt, als es Graf Rantzau und seine Sachverständigen schon nach der ersten, flüchtigen Durchsicht gewesen waren. Vom Berliner Reichskanzlerpalais hielt der Reichspräsident Ebert und der Ministerpräsident Philipp Scheidemann an die Straßenmenge Reden, in denen der Ministerpräsident das Wort von der „verdorrten Hand" hinabrief, die solch ein Friedensdiktat nicht unterschreiben würde. Sie wollten sich wehren. Dennoch waren sich Kabinett und Friedensabgesandtschaft über die Wege nicht ganz einig, auf denen den Forderungen der Gegner entgegenzutreten war.

Der Reichsminister Erzberger stellte sich immer wieder, immer heftiger gegen die Vorbringung und Untersuchung der Schuldfrage in Versailles. Etwa vierzehn Tage nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages, die er in gewissem Sinne als sein Werk hinstellen konnte — und er sah das Waffenstillstandsabkommen gefährdet,

wenn aus erbitternden Gegensätzen in der einen Schuldfrage die ganze Friedensmöglichkeit sich zerschlug —, etwa vierzehn Tage nach der Unterschrift im Walde von Compiègne waren in der deutschen Reichshauptstadt die ersten beiden Regierungsvertreter eingetroffen, die Frankreich wieder in das Land des Feindes schickte. Die beiden Professoren Haguenin und Hesnard, beide ihrem wissenschaftlichen Ursprung nach Germanisten, Haguenin einstmals viele Jahre lang Professor an der Berliner Universität, beide der deutschen Sprache völlig Herr, waren von dem Präsidenten der Republik Poincaré und dem Ministerpräsidenten Clemenceau nach Deutschland auf einen Beobachterposten gesandt worden. Bis wieder ein französischer Geschäftsträger in das Botschaftspalais der Republik einziehen könnte, sollten sie nach Paris alles an Wahrnehmung aus einem Lande berichten, von dessen Innerem, von dessen jetzt in Wahrheit treibenden Kräften und unterirdischen Entwicklungen weder die Regierung in Paris noch die Friedenskonferenz irgendein Bild hatte. Die Verbindung zwischen den beiden Professoren und dem Reichsminister Erzberger war rasch hergestellt. Von den Franzosen dankbar begrüßt, weil sie so leichter über Stimmungen und Vorgänge im Kabinett, überhaupt in dem weiten, im Augenblick unruhigen und unübersichtlichen Deutschland unterrichtet werden konnten, vom Reichsminister Erzberger noch dankbarer, weil über die Franzosen — von Professor Haguenin wußte er, daß er in unmittelbarem Gedankenaustausch mit dem Ministerpräsidenten Clemenceau stand — doch ab und zu wenigstens ein schmaler Lichtstreif aus dem Dunkel letzter Absichten in Versailles dringen konnte. Die deutsche Abgesandtschaft erfuhr unmittelbar kein Wort über Pläne oder Vorgänge im andern Lager. Das Kabinett in der Reichshauptstadt war auf die Berichte beschränkt, die von ihren Bevollmächtigten eintrafen. Aber der Reichsminister Erzberger

hatte auf einmal eine Brücke, die nach Frankreich führte. Im Grunde war er jetzt der einzige, mit dem Frankreich überhaupt sprach, wenn es auch nur über die beiden berichterstattenden Professoren war. Die Verbindung nahm er wichtig, bis zu gewissem Grade war sie es auch, und jedenfalls gelang es ihm, dem Kabinette das Gefühl von Wichtigkeit für seine Unterredungen mit den Franzosen zu geben.

Von rastloser Beweglichkeit, ein Mann von großer, schnell malender, ihn trotz nüchterner Ansätze stets heftiger fortreißenden Phantasie, die die gewollten Dinge wesentlich rascher vollendet als die Schwierigkeit ihrer Durchführung sah, ehrgeizig mit der Überzeugung, unbedingt nur das Richtige zu wollen und vor Andern zu sehen, von aufrichtigem Willen getrieben, mit dem niedergebrochenen Deutschland zunächst nur wieder vorwärtszukommen, vieljähriger Schreckenszeit ein Ende zu setzen und vor allem den Frieden zu schaffen, wie er den Waffenstillstand durch sich erwirkt zu haben glaubte, dabei eine Arbeitskraft von ungeheurer, sich nie abnützender Entfaltungsmöglichkeit: so war der Reichsminister den beiden Franzosen eine stets interessante, von Ideen übersprudelnde, in ihrer ungedämmten Beredsamkeit nur anregende Persönlichkeit. Sie hörten an, was Matthias Erzberger ihnen über seine Vorstellung von einer großartigen Wiedergutmachung in Belgien und Nordfrankreich auseinandersetzte. Seine Phantasie hatte die zerstörten Städte, alles, was dort vernichtet und zerbrochen worden war, mit ganzen Armeen deutscher Arbeiter wiederaufgebaut. Alles war funkelnagelneu gedacht, viel großartiger nach der Vollendung, als es jemals vorher gewesen war, modernste Technik sollte mithelfen, elektrische Kraft die Hauptrolle dabei spielen, die Arbeitsaufträge sollten zwischen französische und deutsche Industrie verteilt, das Ganze von besonderer französischer Kontrollkommission überwacht und befehligt

werden. Allen wäre geholfen: dem zerstörten Land, den deutschen Arbeitern, den Industrien, wodurch auch — was die Betrauung der deutschen Industrien mit Aufträgen anging — der Sache der Reparationen mit barem Gelde ein gut Stück gedient war.

Die beiden Franzosen hörten zu. Professor Haguenin schrieb über solche Pläne vielleicht auch nach Paris. Keinesfalls hatte er Veranlassung, dem Reichsminister, der in der Bezeugung besten Willens und in blendendem Vortrag keine Erschöpfung kannte, unliebenswürdige Worte zu sagen. Auch Professor Haguenin schien der Auffassung zuzuneigen, daß es nunmehr genug an Mißverständnissen bedauerlicher Art zwischen zwei großen Nationen gegeben hätte. Er zweifelte nicht, daß einmal die Zukunft die ganze und endgültige Versöhnung bringen werde. Auch schien er nicht der Auffassung, daß alles ganz so schwer zu nehmen sei, wie es vorläufig in den Friedensbedingungen niedergeschrieben sei. Verlangen, unterschreiben, durchführen seien drei Dinge, durch die die Zeit ging. Milde konnte man später vielleicht walten lassen, man nahm später sicher nicht alles so haargenau und messerscharf, wie jetzt begehrt war. Ob es dem Gedanken späterer Milde half, wenn man in Versailles störrisch war, wenn man Schwierigkeiten schaffte, sich auf Rechtsstandpunkte dort versteifte, wo im Grunde doch die einzige Entscheidung nur die Macht hatte, die alles durchsetzen konnte: gerade dies war eine andere Frage. Professor Haguenin konnte sich vorstellen, daß es das Beste war, jetzt nachzugeben und später desto mehr vom freien Geben des Feindes von gestern zu gewinnen. Dem Reichsminister leuchtete der freilich nur sehr allgemein hingeworfene Gedankengang des Professors ohne weiteres ein. Dem Katholiken und Zentrumsführer Erzberger lag an sich auch eine Ideenwelt nahe, in der es Reue und Bußetun gab, Abbitte und Wiedererhöhung und Belohnung

des Reuigen. Von seinen Gesprächen mit den Franzosen kam er in das Kabinett. Er stellte Inhalte von Gehörtem, die niemand überprüfen konnte, als Ausblicke mit ziemlich sicherem Untergrund dar. Er selbst glaubte an die Inhalte, seine Phantasie festigte sie zu kommenden Tatsachen, im Kabinett machte er sie zu vertraulichen Botschaften, für die er sich verbürgte. Jedenfalls konnte er begründen, warum er nicht wollte, daß die deutschen Bevollmächtigten in Versailles ohne Rücksicht die Schuldfrage anrührten. Wie würden die Gegner verzeihen, wenn man sich verbockte, nichts würde man erreichen, wenn man, geschlagen wie man war, auch noch den Trotz ausspielte — —

Im Kabinett war man unsicher. Trotz der Auffassungen und Darlegungen des Reichministers Erzberger war ein Teil der Regierung skeptisch gegenüber Prophezeiungen der Milde. Aber was der Reichsminister von seinen Unterhaltungen mit den beiden Franzosen brachte, war das einzige, das überhaupt gebracht wurde. Richtig war, daß man den Gegner keinesfalls reizen sollte. Vielleicht war die Auseinandersetzung über Schuld oder Nichtschuld auch wirklich zunächst nur ein moralisches Kapitel. Sämtliche anderen Kapitel im Friedensvertrag waren wichtiger. Der Einfluß des Reichsministers Erzberger drang durch. Graf Brockdorff-Rantzau sollte das verfängliche Thema ausschalten. Das Kabinett begann zu telegraphieren. Die Depeschen hatten mit stets anderem Wortlaut die immer dringendere, gleiche Weisung: die Schuldfrage sollte überhaupt nicht verhandelt werden.

Aber in Versailles hielt sie Graf Brockdorff-Rantzau nicht bloß für ein moralisches Kapitel. Hinter ihr sah er verschiedene Dinge, die nur nach Deutschlands Verdammung der Gegner zu fordern den Mut haben konnte. Der Außenminister war, was das Ausland betraf, der verantwortliche Leiter der deutschen Politik. In Verteidigung angewiesen vor allem auf sich selbst, hatte nur er hier

in Versailles über Technik und Taktik seiner Politik zu bestimmen, niemand sonst. Er kehrte sich an die Berliner Weisungen nicht. Hatte seine Arbeit nicht die Billigung der Reichsregierung, so sollte der Reichspräsident ihn abberufen — —

Aber dem Ministerialdirektor Doktor Simons befahl er, die beschlossene Schuldnote fertigzustellen.

Deutschlands Verpflichtung, die Wiedergutmachung aller durch den Krieg verursachten Schäden, ob sie die Verwüstung von Landstrecken und Industrien oder das Eigentum von Einzelpersonen betrafen, begründete die Friedenskonferenz mit einem einzigen Satze:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und alle Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.“

Der Ministerialdirektor Doktor Simons stellte in der Note vom 13. Mai das große Mißverständnis fest, das mit der apodiktisch ausgesprochenen Beschuldigung Deutschlands und dem Hinweis darauf, daß Deutschland den wahren und berechtigten Inhalt solcher Beschuldigung bereits im November 1918 anerkannt hätte, eine Bußpflicht für das deutsche Reich aufbaute, der überhaupt keine Grenzen gezogen waren. Er verwahrte sich in der Note dagegen, „daß aus einer Schuld der früheren deutschen Regierung an der Entstehung des Weltkrieges ein Recht oder Anspruch der alliierten und assoziierten Regierungen auf Entschädigung durch Deutschland für die durch den Krieg erlittenen Verluste abgeleitet werden könne“. Er erhob Einspruch gegen das Mißverständnis: nie hätte Deutschland sich für schuldig am Kriege erklärt. Die von

der Friedenskonferenz herangezogene Erklärung sei im November 1918 abgegeben worden, ohne daß über die Schuld am Kriege verhandelt worden wäre. Ganz abgesehen davon, daß es dem Geiste des Wilsonschen Friedenswerkes widersprach, wolle man das neue, demokratisch gewordene Deutschland für ethische und andere Verfehlungen büßen lassen, die eine frühere, jetzt abgeschaffte Regierung begangen.

Der Ministerialdirektor dachte Deutschland keineswegs völlig reinzuwaschen von dem, was 1914 geschehen war. Aber weder war Deutschland allein am Kriege schuld, noch war es der ärgste Übeltäter gewesen. Die Friedenskonferenz hätte ja eine „Kommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges" eingesetzt. Die deutschen Bevollmächtigten scheuten eine Aussprache über das Thema nicht. Die deutsche Abgesandtschaft bitte um den Bericht jener Kommission — —

Clemenceau antwortete wiederum mit Eiskälte, indem er diesmal die deutsche Anerkennung der Schuld am Kriege durch Kommentar ableitete. Nur dann könne man verstehen, daß Deutschland nicht schuldig sein wolle, wenn es sich schuldig fühle. Klar hätte es im November selbst erklärt, daß es die Schäden aus seinem „Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft" wiedergutmachen müsse. Zu spät, wenn es jetzt wieder versuche, seine Schuld zu leugnen.

Was die Haftbarkeit des neuen Deutschland für die Sünden des früheren Reiches betraf, so hätte Deutschland 1871 die französische Republik auch nicht gefragt, ob sie für das kaiserliche Frankreich aufkommen wolle oder nicht. Und in Brest-Litowsk hätten die Deutschen auch darauf bestanden, daß das neue Rußland Bedingungen annehmen müsse, die noch mit dem Zarentum abrechneten. Daß eine Kommission der Friedenskonferenz die Schuldfrage untersucht hatte, leugnete der französische Ministerpräsident

nicht. Aber die deutschen Bevollmächtigten gingen Vorgänge im Lager der Alliierten nichts an. Schon gar nichts geheime Urkunden, die der „Rat der Vier“ über eine Frage sich vorlegen ließ.

Der Präsident der Friedenskonferenz hatte sich für seine Antwort eine Woche Zeit gelassen. Vier Tage später unterzeichnete der deutsche Außenminister seine neue Entgegnung zur Verantwortlichkeit für die Kriegsschäden. In der neuen Note hatte der Ministerialdirektor Doktor Simons das Entscheidende herauszuarbeiten versucht: die große, gedankliche Verdrehung des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau. Deutschland hatte im November 1918, hatte beim Abschlusse des Waffenstillstandes zugegeben, daß es sich bei Kriegsbeginn völkerrechtlich versündigt hätte, indem es das neutrale Belgien angriff und mit Kriegsschrecken überzog. Dies war der Angriff, dessen Folgen wiedergutzumachen Deutschland sich für verpflichtet erklärt hatte. Jetzt drehte der Präsident der Friedenskonferenz die anerkannte Haftpflicht für einen völkerrechtswidrigen Einzelvorgang in das deutsche Eingeständnis von Urheberschaft und Gesamtschuld am Weltkriege um. Die Anerkennung der deutschen Regierung vom November 1918 erweiterte er nachträglich selbständig; von der Erweiterung erklärte er, daß sie im November schon von den Deutschen unterschrieben, nunmehr also eine längst bestehende, erledigte Angelegenheit sei. Um den Begriff „Angriff“ hatte es sich gehandelt, vornehmlich um den Angriff auf Belgien: den Begriff „Krieg“ hatte der Ministerpräsident dafür eingesetzt. Eine Untersuchung über die Verschiebung der Begriffe wollte Clemenceau verhindern. Eben diese Untersuchung wollte die deutsche Abgesandtschaft herbeiführen. Es war der Versuch zur Antastung dessen, was der Präsident der Vereinigten Staaten, um die Völker zur Versöhnung zu bringen, in hochtönenden Botschaften verkündet hatte: „Keine

Annexionen, keine Kontributionen, keine Strafzahlungen" — „kein Racheakt irgendeiner Art" — — „Die deutsche Delegation", schrieb der Ministerialdirektor Doktor Simons darüber an Clemenceau, „möchte die Worte Eurer Exzellenz nicht dahin verstehen, daß die Zusagen der alliierten und assoziierten Regierungen damals nur eine Kriegslist waren, um den Widerstand des deutschen Volkes zu lähmen, und daß die Zusage heute zurückgenommen werden soll".

Über den Versuch der Friedenskonferenz hinaus, jetzt umzustoßen, was der Präsident der Vereinigten Staaten als Friedensfundament aufgerichtet hatte, hatte der französische Ministerpräsident nach der Ansicht der deutschen Rechtssachverständigen eine unzweifelhafte Fälschung begangen. Er baute Folgerungen und Folgen auf einer Voraussetzung auf, die nicht gegeben, die nur ihm selbst von sich selbst gegeben war. War der „Angriff zu Lande, zu Wasser und in der Luft", um den es sich im November 1918 gehandelt hatte, der Angriff auf Belgien, so war nur das wiedergutzumachen, was in Belgien zerstört worden war. Da man völkerrechtswidrig durch Belgien nach Nordfrankreich marschiert war, galt gleiche Pflicht auch für dieses Gebiet. Bedeutete indes der „Angriff" das gleiche wie „der Krieg", so war an Belgien, an Frankreich, an Italien, an Rumänien, Serbien, Montenegro, an jedem Lande „wiedergutzumachen", wo nur einmal ein deutscher Soldat gestanden. Die Schuldfrage war also keineswegs nur ein moralisches Kapitel. Von ihr und ihrer Klärung hing ungeheure Last in Zukunft für Deutschland ab. Die neue deutsche Note wiederholte die Forderung nach den Akten der Schuldkommission bei der Friedenskonferenz. Sie lehnte sich gegen die Gedankenfälschung des französischen Ministerpräsidenten, gegen die durch ihn geschaffene Verwirrung der Begriffe auf. Sie wollte endlich wissen, woher die Friedenskonferenz eigentlich eine Alleinschuld des deutschen Volkes herleitete, da sie keinen Beweis für solche

Behauptung erbrachte, noch je in Wahrheit solche Schuld vom deutschen Volke auf sich genommen worden sei.

Die deutsche Abgesandtschaft behielt sich vor, auf die wichtige Angelegenheit noch einmal besonders zurückzukommen. Vorläufig blieb die neue Note über die Schuldfrage bei der Friedenskonferenz ohne jede Wirkung. Aber in Berlin erhielt in diesen Tagen der frühere Botschafter Graf Wolf-Metternich vertrauliche Anfrage: „ob er unter Umständen die Verhandlungen in Versailles übernehmen wolle“ — —

„Die Frage hat nur einen Sinn,“ antwortete der Graf, „wenn man Graf Rantzau abberufen will. Aber ich bin mit seiner Haltung vollkommen einverstanden.“

Vierzehn Tage nach der Überreichung der Vertragsbestimmungen stellte Graf Rantzau fest, daß die Bewältigung seiner Arbeit in Versailles in der von dem Präsidenten der Friedenskonferenz festgesetzten Frist von fünfzehn Tagen undurchführbar sei. Kaum flüchtig hatte er selbst die wichtigsten und einschneidendsten Fragen behandeln lassen können, geschweige denn, daß sie erschöpft oder geordnet worden wären. Wenn er selbst das Thema der Landabtretungen auch hatte streifen lassen, die dekretierte Abgabe von Elsaß-Lothringen, des Saargebiets, der Kreise Eupen und Malmedy, von Preußisch-Moresnets, die schlesischen Abtretungen, die befohlenen Verluste in Posen, Westpreußen und Ostpreußen: mehr als ein Antasten der Gebietsprobleme hatten die deutschen Bevollmächtigten bisher nicht zu leisten vermocht. Die Aufrollung jeder Einzelfrage erforderte die Beibringung von Einzelbelegen. Die Anerkennung der Neuordnung der Welt binnen zwei Wochen auszusprechen, sie verantwortlich dabei durchgeprüft zu haben, dazu reichte selbst bei größter Arbeitsüberlastung der Kommissionen die gewährte Zeit nicht. Graf Rantzau ersuchte den Präsidenten der Friedenskonferenz am 20. Mai,

die Frist zur Behandlung der verschiedenen, so verwickelten Fragen zu verlängern. Abgesehen von sechs Sondernoten, die er über wichtige Punkte in Aussicht genommen, kündigte er der Friedenskonferenz eine „Zusammenstellung der Bemerkungen“ an, „zu denen der Entwurf des Friedensvertrages in seinen Einzelbestimmungen der deutschen Regierung Anlaß bietet“. Dem deutschen Außenminister schien die „Zusammenstellung der Bemerkungen“ die entscheidende, ausführliche deutsche Gesamtantwort auf die Friedensforderungen der Konferenz. Denn was bisher geschrieben und entgegnet war, bedeutete kaum mehr als Vorarbeit, Feststellung und Bloßlegung der Themen. In einer großen Mantelnote wollte er die allgemeinen Rechtsgrundlagen auseinandersetzen, auf denen allein ein Friedensvertrag zwischen den Gegnern und Deutschland zustande kommen konnte. Im allgemeinen Teil — im „Mantel“ — wollte er mit Namen und Umrandung alles Tatsächliche vorbringen, worin die Friedensbestimmungen gegen die vereinbarten Grundlagen des Wilsonschen Programms verstießen. In der Note selbst wollte er dann die genaueren Ausführungen seiner Sachverständigen vorlegen, nach Themen geordnet und so vertieft, wie es die Umstände zuließen. Gleichzeitig sollten Anregungen, erträgliche Durchführungsmöglichkeiten, Ausgleiche, Versöhnungswege vorgeschlagen werden. Aber dazu brauchte Graf Brockdorff-Rantzau Zeit. Der französische Ministerpräsident antwortete sofort: Noch acht Tage — —

Die „Mantelnote“ blieb die einzige große, zugleich die letzte Möglichkeit, bei der Friedenskonferenz bessere Bedingungen für Deutschland zu erreichen oder sie zu zwingen, wegen mancher Fragen sich doch an den Tisch mündlicher Verhandlungen zu setzen. So selbständig der Außenminister seine Haltung und sein Vorgehen in Versailles auch bestimmte, der große, letzte Vortrag bei der Friedenskonferenz war doch so wichtig und im Inhalt —

ob er Zugeständnis oder Ablehnung betraf — von so schwerwiegender Bedeutung, daß das Berliner Kabinett mitbefragt werden mußte. Technisch war es nicht auszuschalten, denn auch in Berlin waren Sachverständige für manche Einzelumstände zu befragen. Überdies hatte Graf Brockdorff-Rantzau nicht nur das Gefühl, sondern auch das Wissen, daß das Berliner Kabinett nur mit geteilter Zustimmung seiner Arbeit und seinen Plänen folgte. Gegen die Ausarbeitung und Überreichung einer großen „Mantelnote" wurde auch vom Berliner Kabinett kein Widerspruch erhoben. Im Gegenteil: das Kabinett steuerte selbst einen Entwurf bei, wie es sich solch eine zusammenfassende Antwort an die Konferenz dachte, einen Entwurf über alle Hauptfragen, den der Reichsminister Erzberger mit seinem Stabe und mit der ganzen Arbeitsschnelligkeit verfaßt hatte, deren er zu jeder Stunde fähig war.

Graf Brockdorff-Rantzau studierte den Berliner Entwurf genau. Aber nicht nur er selbst, auch Sachverständige seiner Kommissionen kamen rasch zu dem Eindruck, daß die Grundfragen, um die es sich in Versailles handelte, in der Berliner Arbeit mit allzu großer Eile, flüchtig, ohne tieferes Eingehen behandelt waren. Der Außenminister faßte den Entschluß, den Entwurf der Regierung als Antwortnote nicht zu verwenden. Er wollte eine gründlichere, bessere, stärker unterbaute Abwehr für die Anschläge der „alliierten und assoziierten Mächte". Solche Arbeit wollte er doch lieber auf sich selbst und seine Sachverständigen nehmen.

„Sie brauchen sich", meinte dazu der Ministerialdirektor Doktor Simons, „als Minister des Äußeren keine Noten vorschreiben zu lassen, sondern können sie sich selbst machen."

Graf Brockdorff-Rantzau suchte nach einem Ausweg. Vielleicht war es das Beste, sich mündlich mit dem Kabinette auszusprechen. Überhaupt konnten dann manche Gegensätze zwischen Außenminister und Kabinett, die

unterirdisch vorhanden und bis nach Versailles spürbar waren, bereinigt und sogar endgültig ausgeschaltet werden. Nach Berlin wollte der Außenminister nicht reisen. Er sah es nicht ganz in seiner Würde, daß er erst zur Berichterstattung fortreiste. Der Ausweg einer Zusammenkunft wurde gefunden.

Der Außenminister fuhr nach Spa. Seine wichtigsten Sachverständigen fuhren mit. Das Kabinett entsandte Mitglieder dahin. In Spa sollte harmonisch beraten werden, was mit einheitlichem Vorgehen zu geschehen hatte.

Zur Harmonie wollte Graf Brockdorff-Rantzau sich gern zurückfinden, obgleich ihm die Nachrichten, die er gerade in den jüngsten Tagen aus Berlin hatte, seinen Zwiespalt mit den Auffassungen des Kabinetts nur bestätigten. Von den unmittelbaren Depeschen der Regierung an ihn wollte er gar nicht reden. Unkontrollierbar und als Tastversuche, als Anfragen, von denen man niemals wußte, wer sie als Anreger eigentlich gestellt und wohin sie zum Schlusse getragen wurden, waren fast während der ganzen Zeit, da die deutsche Abgesandtschaft in Versailles saß, Unterhaltungen und Themen in Berlin herumgesponnen worden, die von allen Enden der Welt in die Reichshauptstadt mündeten. Sie wurden von irgendeiner Persönlichkeit, mit der Abwicklung verschiedenartiger Geschäfte von den Gegnern in Versailles betraut, scheinbar nebenher aufgeworfen, doch unzweifelhaft und wiederholt mit der Absicht, bestimmten Auskünften in der Reichshauptstadt nachzugehen. So hatte ein in England ansässiger, dänischer Kaufmann in unverbindlichem Zusammenhang mit dem Außenminister über den Austausch von Gefangenen zu sprechen gehabt. In Kopenhagen hatte er bald danach einen deutschen Bekannten gefragt:

„Wird Deutschland unterzeichnen oder nicht?“

„Graf Brockdorff-Rantzau hat ja schon erklärt,“ war die

Antwort des Deutschen gewesen, „daß er nicht unterzeichnen wird. Dann tut er's auch nicht."

„Ich spreche ja gar nicht vom Grafen Brockdorff-Rantzau", hatte der englisch-dänische Kaufmann erwidert. „Das ist gleichgültig, ob Graf Rantzau unterzeichnet oder nicht. Dann tut es eben Erzberger."

Der Außenminister hatte sogleich den Kammerherrn Grafen Rantzau zum Reichspräsidenten gesandt:

„Es ist die größte Gefahr, wenn das Ausland diese Dissonanz im Kabinett erfährt" — —

„Lieber Graf," hatte der Reichspräsident dem Kammerherrn erwidert, „Sie können ganz beruhigt sein. Ihr Bruder hat das ganze Kabinett und die ganze öffentliche Meinung Deutschlands hinter sich."

Aber der Reichspräsident selbst hatte zugegeben, daß die Haltung des Reichsministers Erzberger gegenüber der deutschen Abgesandtschaft, daß seine ganze Beurteilung der Arbeit in Versailles nicht frei von gewisser Eifersucht sei. Den Reichsminister hatte Graf Brockdorff-Rantzau freilich im April eingeladen, mit der Delegation an den Verhandlungen in Versailles teilzunehmen.

„Aber das paßte ihm nicht," hatte der Reichspräsident geschlossen, „denn er wollte der Führer der Delegation sein. Beruhigen Sie Ihren Bruder vollkommen. Ich stehe absolut hinter ihm."

Tatsächlich hatte der Reichspräsident mit dem Reichsminister vor seiner Abreise nach Spa auch noch gesprochen. Widerspruch und Kampf zwischen den beiden Ministern und ihren Meinungen waren dann in Spa eigentlich geringer, als beide vielleicht erwartet hatten. Die Verhandlungen im Kurhaus — mit Matthias Erzberger war der Ministerpräsident Scheidemann gekommen — verliefen zum Schlusse sogar in versöhnlicher Art. Der Ministerpräsident überließ, selbst voll Zurückhaltung, dem Reichsminister die Führung. Eine Reihe von Stunden wurde die

Denkschrift durchberaten, die Matthias Erzberger als ein Programm dessen, was annehmbar sei, aus Berlin mitgebracht hatte. Graf Rantzau lehnte es ab, gerade die Fassung dieser Denkschrift als Gesamtnote der Abgesandtschaft an die Friedenskonferenz weiterzuleiten. Aber ein Ausgleich wurde gefunden, als man die Beratung im Kurhaus noch einmal aufnahm. Was die Denkschrift angab, sollte die grundsätzliche Stellung des Kabinettes zu den einzelnen Problemen in großen Zügen sein. Die Ausarbeitung, alle Einzelheiten der beabsichtigten „Mantelnote" sollten der Abgesandtschaft und ihrem Führer überlassen bleiben. Im Grunde hatte der Außenminister erreicht, was er wollte: dem Gegner konnte er, unabhängig im Wort, im Material und in der Heranziehung der Fragen, mit der Billigung des Kabinetts antworten, was er für richtig hielt.

Die Abgesandtschaft fuhr nach Versailles zurück. Die „Mantelnote" wurde gearbeitet.

Rechtsgelehrte und Industrielle, Militärs und Finanzkoryphäen trugen Stein um Stein zusammen, um den Wall aufzurichten, an dem noch einmal der begehrliche Willen des Gegners sich brechen sollte. Der Kampf ging jetzt um Land, um Menschen, um Ehre und Sicherheit, um Nationalvermögen und um Antastbarkeit oder Unantastbarkeit sogar von Einzelbesitz. Deutschland weigerte sich, Bestimmungen anzuerkennen, die fast überall gegen das Abkommen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten waren, die Abgesandtschaft versuchte noch einmal den Nachweis, wo überall die Wilsonschen Grundsätze in den Friedensbedingungen mißachtet, umgeworfen und zerbrochen wurden.

Die deutsche Delegation verwahrte sich gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens ohne vorhergehende Abstimmung, gegen die Lostrennung des Saarlandes auf Zeit, gegen den Willen Frankreichs, das Saargebiet unter seine aus-

schließliche Oberhoheit unter dem Vorwande zu bringen, daß nur so der Besitz und Ertrag der saarländischsen Kohlengruben gesichert sei, die den Ersatz für die zerstörten Bergwerke in Nordfrankreich zu erbringen hätten. Ersatz für Kohlengruben und politische Herrschaft wären zweierlei, hier wäre nur Entschädigung auf wirtschaftlicher Basis festzusetzen, aber keine Frage politischer Abhängigkeit neu zu regeln in einem Lande, das dem deutschen Reiche mit deutschen Menschen zugehöre seit dem Vertrage von Meersen im Jahre 870. Die deutsche Friedensabgesandtschaft müsse nochmals Verhandlungen über das ganze Problem und die nötige, einzig mögliche wirtschaftliche Lösung erbitten. Der Kampf der Delegation ging um Westpreußen, um Ostpreußen, um Oberschlesien. Sie wußte nicht, daß der Präsident der Vereinigten Staaten, wie Clemenceau es wünschte, ursprünglich für die Abtretung Schlesiens überhaupt, selbst der Hauptstadt Breslau, gewesen war. Sie wies mit Ziffern und Geschichtsdaten nach, daß damit — ganz entgegen jeder Selbstbestimmung eines Volkes — ohne Ausnahme deutsches Land vom Reichskörper losgerissen werden sollte. Sie weigerte sich. Sie gab selbst an, wo Abtretungen berechtigt waren. Land mit wirklich polnischer Bevölkerung sollte an das neue Polen fallen. Aber Danzig konnte Deutschland nicht verlieren. Danzig war eine uralte deutsche Stadt. Ging es nur darum, daß Polen den Zugang zum Meere brauchte, so konnte man ihm außer Danzig noch zwei andere Häfen einrichten. Aber die Städte konnte Deutschland nicht an Fremde geben. Es war ferner „Abtretung unbestreitbar deutscher Gebiete“, wenn Deutschland die Kreise Eupen und Malmedy an Belgien auslieferte. Beklagte sich Belgien, daß dort der Krieg die Wälder vernichtet oder schwer geschädigt hatte, so war dies durch „Abmachungen über Lieferungen an Holz“ als Wiedergutmachung, aber nicht auf andere Art zu regeln. Wilsons Forderung nach der Selbstbestimmung der

Völker wollte Deutschland überall achten. Selbst in Schleswig gegenüber Dänemark, obgleich der Präsident der Vereinigten Staaten von einer schleswigschen Frage gar nichts gesprochen und Deutschland mit Dänemark gar keinen Krieg gehabt hatte. Lange vor der Friedenskonferenz hatte schon Prinz Max von Baden den Ministerialdirektor Doktor Simons zu Graf Moltke, dem dänischen Gesandten in Berlin, mit der Ankündigung geschickt, daß die deutsche Regierung „wegen einer Revision der deutsch-dänischen Beziehungen unmittelbar mit Dänemark" zu Verhandlungen bereit sei. Aber der Begrenzung des Abstimmungsbezirkes, wie sie die Friedenskonferenz für Schleswig nun befehle, der gestellten Frist der Abstimmung, ihrer vorgeschriebenen Art und Weise vermochte die deutsche Abgesandtschaft nicht zuzustimmen. Überdies forderte sie — in diesem einzigen Falle — die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes auch für Deutschland: was Deutsch-Österreich und den Schutz deutscher Minderheiten in fremden oder abgetretenen Ländern betraf. In der deutsch-österreichischen Frage war zwar eigentlich nur der Ministerialdirektor Simons für den Anschluß der Österreicher an das Deutsche Reich. Der Ministerialdirektor von Stockhammern, mitbefragt bei dem Problem, sprach sich gegen Österreichs Einbeziehung aus. Graf Rantzau selbst schwankte. Aber eine günstige Lösung gerade dieser Frage stellte die einzige Möglichkeit eines Gewinnes im Friedensvertrage von Versailles dar. Wenn Wilsons Grundsatz galt, so konnten die Österreicher tun, was ihnen beliebte. Die Abgesandtschaft forderte für Österreich das Recht freier Entschließung.

Die Abschnitte der großen Denkschrift über „Wiedergutmachungen" arbeitete Doktor Simons, wobei den finanziellen Teil wiederum der Sachverständige Warburg übernahm. Der Ministerialdirektor, dem auch die Schlußredaktion der Denkschrift zufiel, entgegnete im Verein

mit dem Geheimrat Gauß der Friedenskonferenz außerdem über „Staatsverträge“ und „Strafbestimmungen“. Der Außenminister hatte ihn längst zum „Generalkommissar der deutschen Friedensdelegation“ ernannt. Sicherlich war Doktor Simons der am schwersten belastete und in seinem Rechtsansehen am häufigsten in Anspruch genommene Sachverständige.

Er hatte über die Kriegsschuldfrage schon zweimal gesprochen. Jetzt wiederholte er das Thema beim Problem der Wiedergutmachung, die er für Deutschland begrenzt verlangte und allein durch die Klarstellung der Kriegsschuldfrage beschränkbar zeigte. Doktor Simons gab auch den Gedankengang für den Artikel über Österreich, und die Beleuchtung des elsässisch-lothringischen Themas — wenn man von der Bearbeitung der eisenbahntechnischen Fragen absah — ging fast ausschließlich auf ihn zurück. Es war natürlich, daß der Widerstand gegen die Bedingungen außer in dem Außenminister selbst sich in dem Generalkommissar festigte, versteifte und von ihm aus sich organisierte: der vorgelegte Friedensvertrag erschien der ganzen Abgesandtschaft als ein einziger großer Rechtsbruch, und der bedeutende Rechtsgelehrte war nicht nur der erste, selbstverständliche Fahnenträger gegen das Unrecht, sondern auch des Rechtsbruchs bester Entwaffner. Schließlich gab er überall dort, wo der Minister Giesberts etwa mit dem Sozialistenführer Legien über „Arbeit“, der Geheimrat von Stockhammern über die „Wirtschaftlichen Leistungen“ oder im Verein mit dem Geheimrat Gauß über „Deutsche Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands“, die Industriellen Röchling und Hilger mit dem Sozialdemokraten Zechlin, unterstützt von Mitarbeitern aus dem Auswärtigen Amte, über das oberschlesische Problem, über polnische und andere Grenzfragen gesprochen hatten, die äußerste, stilistische Feile. Die Denkschrift war Widerstand und Abwehr auf der ganzen Linie, bei allem guten, oft betonten

Willen, an Opfern zu bringen, was Billigkeit und Zusage zu dem Abkommen vom 5. November 1918 geboten. Auch die Denkschrift vermochte nur die wichtigsten Probleme zu behandeln. Auch sie nicht in erschöpfender Art. Sie forderte, daß die eigentlichen Verhandlungen jetzt erst beginnen müßten. Ausgeschlossen sei, daß Deutschland den überreichten Vertrag in der bestehenden Form, ohne Gewährung geforderter Änderung oder ohne Vereinbarung, wie Änderungen zu erzielen wären, mit bindender Verantwortung unterzeichnen könne.

Graf Brockdorff-Rantzau setzte seinen Namen unter die Ausführungen, die seine Sachverständigen mit vieler Mühe so knapp, so anschaulich und an Belegen so reich wie möglich gearbeitet hatten. War ihre Hauptarbeit vor allem die Zusammenstellung dessen gewesen, was Deutschland abwehren und versagen zu müssen glaubte, so bot der Außenminister in dem ausführlichen Begleitschreiben, mit dem die Denkschrift an den Präsidenten der Friedenskonferenz abgehen sollte, eine klare, große Zusammenfassung dessen, was Deutschland als berechtigtes Opfer geben wollte. Er zählte deutsch, englisch, französisch auf, wozu Deutschland bereit war: der Militärstaat von einst sollte sich mit einem Heer von 100000 Mann begnügen. Er werde sich im Übrigen völlig entwaffnen. Daß Deutschland sogar auf die ihm zugestandenen fünf oder sechs Kriegsschiffe verzichten wolle, wenn es in den Völkerbund eintrete, hatte Graf Rantzau die Friedenskonferenz schon vor Tagen wissen lassen. Der Außenminister zählte dann die Landverzichte auf. Bis zur Höchstsumme von 100 Goldmilliarden wolle das Reich Zahlungen auf sich nehmen. In den nächsten zehn Jahren werde Deutschland 140 Millionen Tonnen Kohlen allein als Ersatz für die zerstörten nordfranzösischen Bergwerke liefern. Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg sollten mit Kohle auch noch darüber hinaus, sie sollten mit Benzol, mit Steinkohlenteer, mit Farbstoffen, Arz-

neimitteln, mit allem möglichen versorgt werden. Deutschland wollte „seinen gesamten Handelsschiffsraum in einen Weltpool einbringen, einen Teil der Frachten den Gegnern zur Verrechnung auf den Schadensersatz zur Verfügung stellen und ihnen für eine Reihe von Jahren auf deutschen Werften Tonnage in einer ihre Forderungen übersteigenden Höhe bauen“. Deutschland wollte Flußfahrzeuge liefern, die als Ersatz für die zerstörten belgischen und französischen Flußschiffe gelten sollten. Endlich bot es „zur beschleunigten Erfüllung seiner Entschädigungspflicht“ dem Gegner eine Beteiligung an seinen Industrien an.

Eine einzige Forderung erhob der deutsche Außenminister in seinem Begleitschreiben und unterstrich sie. Auf Klarheit und Feststellung, auf eine internationale Untersuchung der Schuldfrage wollte er nicht verzichten. Denn nur die Reinigung einer Frage, die im Augenblick alle Völker mit Mißtrauen erfüllte, vermöchte die Atmosphäre für einen Völkerbund zu schaffen.

Graf Brockdorff-Rantzau unterfertigte auch das Begleitschreiben. Die Note, die Ausführung der Einzelheiten, die zahlreichen, als „besondere Rechtsfragen“ von Geheimrat Gauß gearbeiteten Anmerkungen gingen an die Friedenskonferenz am 29. Mai ab. Seit einer Antwortnote des Präsidenten Clemenceau, die er fünf Tage vorher über Territorialfragen und über die verlangte Regelung in der Saar ohne jedes Zugeständnis der deutschen Abgesandtschaft hatte übermitteln lassen, war kein Wort mehr im „Hotel des Reservoirs“ eingetroffen. Jetzt hatten die deutschen Bevollmächtigten alles zu den Friedensbedingungen erklärt, was Deutschland in so knapper Frist nach bester Überzeugung zu sagen vermochte. Sie konnten nichts weiter tun, als abwarten, was damit doch vielleicht erreicht war.

Ereignislos verliefen die nächsten Tage. Die deutschen Bevollmächtigten unternahmen nach der fieberhaften Hast der jüngsten Spanne die ihnen gestatteten Ausfahrten. Oder sie arbeiteten Material auf, stellten neue Daten für die Themen zusammen, die vielleicht — wenn sich der Gegner noch besann — zur Verhandlung kämen. Einmal sprach, um die Unterschriftbereitschaft zu ergründen, bei Graf Brockdorff-Rantzau ein französischer Journalist vor. Er begann mit ironischer Schmeichelei:

„Exzellenz, Sie haben doch gewiß hier in der ‚Galerie des Maréchaux' das Bild des Marschalls Josias Rantzau wiedergesehen? Sie kennen doch die Legende, Exzellenz, nach der Ludwig XIV. ein natürlicher Sohn dieses französischen Marschalls war?"

„Jawohl," antwortete der Graf, „eine Überlieferung über dieses Thema existiert seit zwei Jahrhunderten in unserer Familie. Was mich dabei beruhigt, ist, daß die Rantzaus, wenn die Überlieferung wahr ist, keine außerehelichen Bourbons, sondern die Bourbons Bastarde der Rantzaus sind."

Der Franzose ging. Ein Engländer löste ihn ab, der Wichtigeres brachte. Es schien sogar, daß er nicht ohne Wissen und Willen des englischen Premierministers Lloyd George sich meldete. Ein leiser Umschwung stand offenbar im Lager der Andern bevor oder er war bereits eingetreten. Tatsächlich hatte Lloyd George angesichts des Widerstandes der deutschen „Mantelnote" eine jähe Beklemmung befallen. Sie steigerte sich nach seiner Art sofort zur unbeherrschten Angst, daß die Abwehr des Gegners in Wahrheit unterschätzt worden sei, daß er zum Schlusse doch nicht unterschreiben würde. Die Bedingungen sah und nannte Lloyd George auf einmal allzu hart. Er war für Entgegenkommen. Manches ließ sich auch anders lösen. Am Ende der ersten Juniwoche kam die deutsche Delegation zu der sicheren Auffassung, daß der Gegner

sich in einigen Punkten doch zu größerer Milde wolle bestimmen lassen. Die losen Gespräche mit dem Emissär streiften Zugeständnisse, die England vielleicht zugunsten von Handelsflotte und Kolonien, Frankreich zugunsten von Reparationen, Rheinprovinz und Ostgrenzen an Deutschland bewilligen würde. Aus der Reichshauptstadt wurde — am 7. Juni — ein unverbürgtes, von keiner Stelle verantwortetes Gerücht zur deutschen Abgesandtschaft herübergetragen, daß Deutschland den Friedensvertrag unterzeichnen wolle. Auch schien es, daß den Verbündeten zur gleichen Zeit darüber eine eigene Meldung zugegangen war, die ihre Haltung aufs neue anders bestimmte. Der Emissär des englischen Ministerpräsidenten meldete sich seit diesem Tage nicht wieder. Lloyd George sprach drüben zur Abwechslung von harter Entschlossenheit, die Forderungen des Friedensvertrages mit allen Mitteln zu erzwingen. Vom Umschwung im Lager der Andern war nichts mehr zu merken.

Acht Tage später wurden die deutschen Bevollmächtigten alarmiert. Die Nachricht traf ein, daß ihnen die Friedenskonferenz endgültige Mitteilung zu machen habe. Einschneidende Änderungen als Folge von Graf Brockdorff-Rantzaus Mantelnote seien erreicht worden. Im Gartensaale des „Hotels des Reservoirs“ sollten die neuen Bedingungen überreicht werden. Der Außenminister ließ erwidern, daß er den Generalkommissar der Friedensdelegation zur Entgegennahme schicke.

Oberst Henry holte mit einem Offizier am 17. Juni Doktor Simons ab, den Freiherr von Lersner zu begleiten hatte. Den geraden Weg quer über den Innenhof des Hotels lehnte der französische Offizier ab. Er führte die beiden Herren zur Straße hinaus, hinter den Drahtzaunwegen zwischen schauender, schweigender Menge an zwei Straßenecken vorbei, umschritt das Karree des Baues, um

nach erreichtem Schauspiel durch das Hintertor in das Hotel und den Gartensaal wieder einzutreten. Der Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta übergab dem Ministerialdirektor ein neues Exemplar der Friedensbedingungen. In drei Tagen hätte die deutsche Abgesandtschaft sich für die Unterschrift oder Nichtunterschrift zu entscheiden. Sofort erhob der Ministerialdirektor Einspruch gegen die zu kurze Frist. Die Abgesandtschaft allein könne den Entschluß zur Unterzeichnung nicht auf sich nehmen. Der Generalkommissar verwies auf die Bindungen, die durch Deutschlands Verfassung im Augenblick gegeben wären. Die Zustimmung der einzelnen Länder sei nötig für Annahme oder Ablehnung. Der Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta nahm den Einspruch zur Kenntnis. Dann ging der Weg wieder zurück aus dem kleinen Hofsalon, durch das Hintertor auf die Straße, hinter den Drahtzaunwegen zwischen den beiden französischen Offizieren durch die Menge, die voll Anstand blieb und schwieg.

Graf Brockdorff-Rantzau ließ seine Sachverständigen sofort zur Beratung bitten. Man sah den gleichen, starken, weißen Band, den der Außenminister sechs Wochen zuvor im „Trianon-Palast-Hotel" erhalten hatte. Einige, wenige Sätze waren mit roter Tinte durchstrichen und durch Bestimmungen anderer Art ersetzt, gleichfalls mit roter Tinte handschriftlich eingetragen. Hier lag das einzige Exemplar der endgültigen Beschlußfassung der Friedenskonferenz „der alliierten und assoziierten Mächte". Die „einschneidenden Änderungen" wurden festgestellt: nicht Frankreich allein wollte die politische Oberhoheit im Saarland ausüben, vielmehr der Völkerbund durch fünf Hochkommissare, von denen einer ein Franzose, einer ein nichtfranzösischer Saarländer, die übrigen drei weder Franzosen noch Deutsche sein sollten. Deutschland war die Oberhoheit genommen. Die polnische Frage war ganz

gelöst. In Oberschlesien sollte Abstimmung gewährt werden.

Es war zu wenig, um zu unterschreiben. Nichts von Aussprache, nichts von Verhandlungen, nichts an Möglichkeit, durch beigebrachte Belege zu erhärten, wo dem Besiegten unzweifelhaftes Unrecht geschah oder Undurchführbares begehrt wurde. Voll Niedergeschlagenheit verlief diese letzte Sitzung zu Versailles, dennoch voll Festigkeit, vor der Nationalversammlung selbst die Unmöglichkeit der Unterschrift zu vertreten. Unterbrochen wurde die Sitzung durch einen Abgesandten des Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau. Er überbrachte ein schriftliches Ultimatum. Worte seien nunmehr genug gewechselt. Die Friedenskonferenz verlangte in kürzester Zeit zu wissen, ob unterschrieben würde oder nicht. Als Frist gab sie nunmehr fünf Tage. Die Verlängerung um achtundvierzig Stunden hatte der Einspruch des Generalkommissars Doktor Simons erwirkt.

Aber der Aufschub änderte am Tatsächlichen nichts. Der Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau teilte mit, daß er mit der deutschen Abgesandschaft am gleichen Abend zum Sitze der Deutschen Nationalversammlung nach Weimar abreise.

Es wurde in größter Eile gepackt. Nur die Dokumentenkoffer sollten mitfahren. Oberst Henry schickte die Autos, die die deutschen Bevollmächtigten zum Bahnhof von Neuilly bringen sollten, von dem der Sonderzug nach Deutschland abzugehen hatte. Die Zahl der Autos reichte nicht, den Behörden, die für jede Bereitschaft in Versailles zu sorgen hatten, kam der Beschluß der Abreise zu überstürzt. Nicht überstürzt genug kam die Ansage des Aufbruchs, um es nicht dennoch, da die Deutschen abreisten, ohne die Unterschrift geleistet zu haben, zu Kundgebungen kommen zu lassen.

Die ersten Wagen fuhren in die Abenddämmerung hinaus. Wieder umlagerten Menschenhaufen das „Hotel des Reservoirs“, aber die Menge, die am Vormittag noch geschwiegen hatte, war abends Pöbel geworden, der murrte, lärmte und schrie. Die „Ligue des patriotes“ hatte Streitkräfte aufgeboten. Die Polizei stand ruhig. Sie wehrte nichts. Die ersten Wagen brachten die Unterbeamten fort. Im „Hotel des Reservoirs“ blieb, mit einem Bruchteil der Abgesandtschaft, nur der Gesandte von Haniel zurück. Der Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau nahm das letzte Auto. Ihn begleitete der heftigste Lärm. Der Mob begann zu heulen und zu johlen, er suchte nach Steinen am Wege. Die Autos fuhren ziemlich langsam, die Wut der Menge verstärkte sich. Endlich begannen die Steine zu fliegen. Im Wagen des Ministers Giesberts klirrte eine Scheibe entzwei, seine Sekretärin blutete aus einer Kopfwunde. Jetzt gaben die französischen Offiziere schärferes Tempo an. Man war schließlich in Neuilly. Der Zug fuhr...

Er fuhr mit großer Langsamkeit. Die Reise nach Weimar war mit zwei Nächten und dem dazwischenliegenden Tage bemessen, die Abgesandtschaft wollte und mußte die Fahrzeit zur Arbeit verwenden, um die für die Nationalversammlung bestimmte Denkschrift fertigzustellen. Die Beratungen der Einzelkommissionen lenkte Graf Brockdorff-Rantzau. Die Stoffgliederung und die Gesamtredaktion der Denkschrift nahm wiederum der Ministerialdirektor Doktor Simons vor. In der zweiten Nacht diktierte er auf Grund der Kommissionsberatungen am Vortage den Bericht der Abgesandtschaft, zugleich den Ablehnungsantrag für die Nationalversammlung. Vor der Einfahrt in den Weimarer Bahnhof unterzeichneten alle Bevollmächtigten den Antrag. Seine Einzelheiten hatte Ministerialdirektor Doktor Simons zuletzt mit dem Minister Giesberts durchgesprochen. Müde, erschöpft meinte im Einfahren der Minister:

„Zu der Unterschrift bin ich im Halbschlaf gekommen“ — —

Der Zug hielt in Weimar am 19. Juni in den Morgenstunden. Der Außenminister fuhr zum früheren großherzoglichen Schlosse, in dem die Mitglieder des Kabinetts versammelt waren.

Die Unterwerfung

Vor dem Kabinett vertrat Graf Brockdorff-Rantzau seinen ablehnenden Standpunkt in der Frage der Vertragsunterschrift noch einmal. Mit ihm waren die Minister Giesberts und Landsberg gekommen. Sie wußten keinen anderen Ausweg als der Führer der Abgesandtschaft. Graf Rantzau entwickelte, als er seinen Bericht geendet, die Gedankengänge, die seine Haltung mit letzter Entscheidung bestimmt hatten.

„Es gibt zwei Schlagworte", erklärte er vor den Ministern, „gegen die ich gekämpft habe während der ganzen Dauer des Krieges. Die beiden Schlagworte heißen: ‚Durchhalten' und ‚Die Zeit läuft für uns'. Diese beiden Schlagworte sind es, die ich — so eigen das klingt — jetzt selbst aufnehmen muß."

Er verwies das Kabinett darauf, daß unter den Gegnern wegen der Vielfältigkeit ihrer Interessen, aus Habgier und Beutelust zweifellos in kürzester Zeit Uneinigkeit aufkommen müsse. Er wußte nicht, daß sie indes zur Einigung tatsächlich bereits gelangt waren. Daß der Erfolg seiner Politik vor allem darum verloren war, weil das sichtbare Schwanken der Regierung, die überall herumgetragene Voraussage ihrer Nachgiebigkeit, bei den Verbündeten den Glauben an die Standhaftigkeit seiner Weigerung erschüttert hatten.

„Wenn wir durchhalten, und zwar durch zwei bis drei Monate, sind unsere Gegner entzweit, weil sie sich über die Teilung des Raubes nicht einigen können. Dann werden wir bessere Bedingungen bekommen. Wenn wir unterschreiben, so wird nachher niemand fragen, ob wir das

unter Zwang getan haben oder nicht, sondern wir werden ihnen mit unserer Unterschrift einen formellen Rechtstitel für ihre Forderungen liefern."

Noch einmal wiederholte er:

„Nicht unterschreiben — wir müssen dann durch ein Fegefeuer gehen, das zwei, höchstens drei Monate dauert. Wenn wir unterschreiben, wird es eine schleichende Krankheit. Dann geht das Volk zugrunde" — —

Eigentlich hatte Graf Brockdorff-Rantzau weiter nichts mehr zu sagen. Die Minister hörten zu, ohne eine Entscheidung zu treffen. Ihre Auffassung war weder für den Außenminister klar erkennbar, noch war sich das Kabinett selbst in diesem Augenblicke bewußt, wie die Entscheidung fallen würde. Nur der Truppenoberbefehlshaber Noske versicherte dem Außenminister, als Graf Rantzau die Sitzung verließ:

„Ich bin vollkommen frei. Ich verstehe Ihren Standpunkt vollkommen."

Graf Brockdorff-Rantzau suchte den Schloßpark auf. Er hatte den Eindruck, alles gesagt zu haben, was zur Entscheidung des Kabinetts nötig war. Je nach der Entscheidung wollte er sein Verhalten einrichten. Jetzt aber wollte er frische Luft schöpfen.

Das Kabinett beriet weiter. Aber nach Graf Brockdorff-Rantzaus Bericht und durch seine Darlegungen wurden die Gegensätze wieder schärfer, die für oder gegen die Unterzeichnung waren. Der Ministerpräsident Philipp Scheidemann hatte sich durch seine große Berliner Rede bereits festgelegt. Er mußte bei der Ablehnung der Unterschrift beharren. Oder er mußte die Ministerpräsidentschaft niederlegen. Bisher war der Reichspräsident Ebert gleichfalls gegen die Unterschrift gewesen. Seine Haltung in diesem Augenblicke war nicht zu erkennen. Der Kriegsminister Reinhardt mußte schon um des Offizierskorps

willen gegen die Annahme der Bedingungen sein, die ihre Führer im Kriege vor Gericht stellen wollten. Aber Matthias Erzbergers Überzeugung war nicht anders geworden, als sie bisher gewesen war. Nur in der Unterwerfung sah er die Möglichkeiten neuer deutscher Zukunft. Er malte die Schrecknisse, die der Absage an die Friedenskonferenz unmittelbar folgen müßten. Der Eindruck seiner Ausführungen war groß. Einzelne Kabinettsmitglieder schwankten. Noch einmal wollte man den Grafen Brockdorff-Rantzau hören. Der Reichsminister Erzberger sollte ihn suchen lassen. Inzwischen schickte man nach dem Ministerialdirektor Doktor Simons und hörte ihn in Einzelfragen. Dann stellte Matthias Erzberger fest, daß der Außenminister nicht zu finden wäre. Der Reichsminister Dernburg schickte in den Schloßpark. Der Graf kam zurück.

Vielleicht war es möglich, die Unterschrift zu leisten, wenn Deutschland sich nicht verpflichten mußte, den früheren Kaiser und die Heerführer auszuliefern. Darüber sollte beraten werden.

Der Truppenoberbefehlshaber Noske war aus dem Saal geholt worden, denn die Truppenführer waren zu einer Beratung zusammengetreten, über die der Oberbefehlshaber unterrichtet sein wollte. Von den Truppenführern wurden noch einige Stimmen laut, daß kriegerischer Widerstand geleistet werden könnte, wenn das Volk aufgerufen würde. Der Oberbefehlshaber ließ sich Pläne und Einzelheiten solchen Versuchs zum Widerstande vortragen und prüfte sie. Die Absicht der Truppenführer war zugleich an den Feldmarschall von Hindenburg weitergeleitet worden. Der Generalfeldmarschall antwortete dem Truppenoberbefehlshaber:

„Wir sind bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten militärisch in der Lage, im Osten die Provinz Posen zu-

rückzuerobern und unsere Grenzen zu halten. Im Westen können wir bei ernstlichem Angriff unserer Gegner angesichts der numerischen Überlegenheit der Entente und deren Möglichkeit, uns auf beiden Flügeln zu umfassen, kaum auf Erfolg rechnen. Ein günstiger Ausgang der Gesamtoperationen ist daher sehr fraglich, aber ich muß als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen.“

Den Widerstand durch Heer und Volkserhebung hielt der Truppenoberbefehlshaber nunmehr für aussichtslos. Ins Kabinett zurückgekehrt, ließ er, nüchtern und hart im Ausdruck, wie er gegen jeden Verfärbungsversuch sich immer gestellt hatte, darüber eine Unklarheit gar nicht erst aufkommen. Hier in Weimar sah das neue Kriegsexperiment noch anders aus als an den Grenzen, über die der Feind marschierte. Und an den Grenzen machte der Feind nicht halt.

„Es ist ja sehr schön,“ tat Noske den Vorschlag ab, „wenn hier fünfzehn Helden sitzen und nicht unterschreiben wollen. Aber hinter ihnen steht ein Volk, das verludert und verlumpt ist, und da nützt der Heldenmut von fünfzehn Führern nichts.“

Der Truppenoberbefehlshaber war nunmehr, entgegen seiner Auffassung vom Vormittage, die Graf Brockdorff-Rantzaus Haltung billigte, aus ganz anderen Gedankengängen, aus völlig anderer Richtung bei den Entschlüssen des Reichsministers Erzberger angelangt. An die Milde der Gegner glaubte er nicht. In den Vertragsbedingungen sah er den ungeheuerlichsten Gewaltakt. Aber die Nation hielt er für verfault. Darum mußte unterschrieben werden. Widerstand war Wahnsinn. Mehr als „Va banque“-Politik, deren Vorwurf der Reichsminister Erzberger jetzt dem Grafen Brockdorff-Rantzau ins Gesicht schrie — —

Matthias Erzberger erbitterte sich über die Vorschläge des Außenministers, die Folgen des „Nein!“ in Versailles

auf sich zu nehmen. In der Annahme, daß Graf Brockdorff-Rantzau jetzt noch an Kanonen und letzte, heldische Schlachten dachte, irrte der Reichsminister. Daß das deutsche Volk für kein kriegerisches Selbstopfer mehr zu haben wäre, glaubte Graf Brockdorff-Rantzau so gut und überzeugt, wie der Truppenoberbefehlshaber Noske oder wie Matthias Erzberger selbst. Aber von dem Gedanken, daß Unfrieden im Lager der verbündeten Mächte den Frieden für Deutschland rasch erleichtern werde, ließ er sich nicht abbringen. Das Kabinett spaltete sich in fast gleiche Teile. Der Kampf zwischen den Ideen des Außenministers und dem Erzbergerschen Gedankengang blieb abermals unausgetragen. Stiller, als er bisher gewesen, stand der Reichspräsident zwischen den uneinigen, unter der schweren Verantwortung unentschlossenen Kabinettsmitgliedern. Nachts sprach Graf Brockdorff-Rantzau mit dem Reichspräsidenten allein. Die Zurückhaltung des Präsidenten war in sichtbare Bedrücktheit übergegangen.

„Nachdem der Zwiespalt nach außen sichtbar geworden ist,“ erklärte der Außenminister, „haben wir jedes Atout bei den Verhandlungen mit den Gegnern verloren.“

Der Reichspräsident erwiderte nichts. Der Minister fuhr fort:

„Da die Solidarität des Kabinettes als nicht mehr vorhanden von den Gegnern eingeschätzt wird, müssen wir dieser Lage Rechnung tragen.“

Der Reichspräsident fragte nicht mehr, wie der ausgesprochene Gedanke zu deuten war. Ob der Außenminister jetzt selbst der Auffassung zuneigte, daß die Zustimmung zur Unterschrift endlich den einzigen Ausweg darstelle, oder ob er dächte, daß der Reichspräsident mit dem ganzen Einsatz seiner Autorität die Einheit im Kabinett wiederherzustellen versuchen müsse, um diesen Frieden abzulehnen. Müde gab der Reichspräsident nur die Antwort:

„Ja, wir müssen“ — —

Dem Außenminister blieb nur der Rücktritt. Es war lediglich ein Zufall, daß er am nächsten Tage von der Absicht des Staatenhauses Kenntnis erhielt, auch dort vor den versammelten Vertretern der deutschen Länder und ihrer Regierungen über die Frage des Friedensvertrages zu verhandeln. Graf Rantzau hatte noch einen äußersten Versuch beschlossen. Erst vor dem Staatenhaus, dann auch noch vor der Nationalversammlung wollte er dafür sprechen, daß Deutschland die Unterschrift versagen solle. Er entwickelte abermals seine Gedankengänge. Aber der Reichsminister Erzberger ließ sich auch hier die Erwiderung nicht nehmen.

„Wenn wir nicht unterschreibe, dann komme die Schwarze und schände unsere Fraue und Mädche und Kinder“ — —

Die deutschen Südstaaten und Weststaaten neigten der Unterschrift zu. Sie waren den feindlichen Heeren am nächsten. Sie fürchteten Landverheerung, Racheakte und Plünderungen, Kriegsgreuel aller Art. Ihnen genügte völlig, was der Reichsminister Erzberger in Aussicht stellte. Er sprach von Dingen, die sicher kämen, der Außenminister von Wendungen, die höchstwahrscheinlich und hoffentlich eintreten würden. Der Vertreter von Hessen erhob sich. Er gab seine Meinung ab:

„Das ist ja alles sehr gut, was der Staatssekretär Schön gesagt hat. Aber da ist nichts zu machen — es sind ja nur Kombinationen.“

Jemand verbesserte:

„Graf Brockdorff-Rantzau.“

Auf Namen oder Person kam es nicht an. Der Vertreter von Hessen wiederholte:

„Also, dann ist es der Herr Brockdorff. Was ich von Herrn Schön gesagt habe, gilt auch für Herrn Brockdorff-Rantzau.“

Der Außenminister gab den Kampf auf. Für die National-

versammlung hatte er eine große Rede vorbereitet. Es kam nicht mehr dazu, daß er die Rede hielt. Er hatte seinen Kampf verloren: — auch wenn er seine Ideen, seine Haltung nicht als besiegt ansah. Er schrieb dem Reichspräsidenten Ebert:

„Weimar, 20. Juni 1919

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Als ich die Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands übernahm, habe ich es als meine Aufgabe bezeichnet, dem Deutschen Reiche die Einheit zu erhalten und dem deutschen Volke einen erträglichen Frieden zu verschaffen. Ich habe damals an die Übernahme des Amts gewisse politische Bedingungen geknüpft, die mir redlich und nach Kräften gehalten worden sind.

Die auswärtige Politik, die ich geführt habe, konnte ich nur auf geistige Waffen stützen. Deutschland war durch seine militärische Niederlage, seine politische Revolution und durch die wirtschaftlichen Bedrängnisse des Waffenstillstands als materieller Machtfaktor ausgeschaltet. Trotzdem glaube ich, sagen zu dürfen, daß es mir möglich gewesen ist, seinen politischen Kredit im Auslande zu heben. Ich schreibe diesen Erfolg dem Umstande zu, daß ich die Linie, auf die ich die auswärtige Politik des Reiches anlegte, in keinem Augenblick verlassen habe.

In vollem Bewußtsein ihrer Tragweite habe ich für den kommenden Frieden, gewisse Mindestforderungen in so scharfer Form aufgestellt, daß ich sie nicht fallen lassen kann, ohne mich als ernst zu nehmenden Politiker selbst auszuschalten. Diese Mindestforderungen beziehen sich namentlich auf die territorialen Fragen, auf die Ablehnung der ungerechten Beschuldigung unseres Volks und auf die Behauptung unserer sozialen und wirtschaftlichen Freiheit. Absichtlich habe ich mich in dieser Frage vor der Öffentlichkeit festgelegt und den Feinden

gegenüber gebunden, denn sie sollten wissen, daß ihrem Siegesübermut in einem festen Willen eine Grenze gesetzt war.

Ich bin von Versailles zurückgekehrt in der zuversichtlichen Hoffnung, mit meiner Politik zu einem Erfolge zu kommen, wenn das Deutsche Volk hinter mir stand und bereit war, die schweren Gefahren, mit denen die Feinde es bedrohen und einzuschüchtern versuchen, und die ich keineswegs verkenne, auf sich zu nehmen. Die Verhandlungen in Weimar haben mich überzeugt, daß Gründe der inneren Politik, besonders die überwiegende Auffassung von dem seelischen Zustande unseres schwer geprüften Volkes, es für die Regierung unmöglich erscheinen lassen, den Einsatz zu wagen, ohne den ich mein Spiel nicht gewinnen kann. Und es war — davon bin ich überzeugt — kein leichtfertiges Va Banque-Spiel. Es setzte nur Festigkeit und Selbstvertrauen voraus. Ich habe das Vertrauen in mich nicht verloren. Das deutsche Volk ist jetzt in der Welt der Vorkämpfer der demokratischen Idee. Es handelt sich um eine Weltmission, die es berufen ist, zu erfüllen, die es aber nur erfüllen kann, wenn es sich selbst nicht aufgibt. Die klare, unzweideutige Vertretung einer Politik demokratischer Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit ist künftig die Daseinsberechtigung des deutschen Volkes, sie und die unerbittliche Kampfansage gegen den Kapitalismus und Imperialismus, dessen Dokument der Friedensentwurf seiner Gegner ist, sichert ihm eine große Zukunft.

In der Gegenwart freilich muß ich vor der Türe des Erfolges umkehren. So ist es für mich unmöglich geworden, die auswärtige Politik Deutschlands weiterzuleiten. Ich will damit nicht behaupten, daß ein Reichsbeamter das Recht hätte, seine Mitarbeit zu verweigern, wenn der Zwang der Umstände Entschließungen der Regierung herbeiführt, die er sachlich für unrichtig hält.

Es kommt nicht darauf an, ob mir persönlich die Führung einer Politik, die auf der Annahme der feindlichen Friedensbedingungen aufgebaut ist, erträglich erscheint oder nicht. Ich würde es aber für einen schweren Fehler und für die auswärtige Politik des Reiches als verhängnisvoll erachten, wenn ich jetzt im Amt bliebe. Für jeden anderen deutschen Minister ist eine Schwenkung in der Haltung gegenüber den Friedensbedingungen aus dem Ausland möglich und gerechtfertigt, wenn die inneren Verhältnisse sie gebieterisch verlangen. Ein Minister des Auswärtigen, der diese Schwenkung mitmacht, nachdem er sie öffentlich für sich abgelehnt hat, gefährdet aber die Würde und den Kredit des Reiches. Hat sich seine Politik als undurchführbar herausgestellt, dann muß er vor dem Ausland verschwinden.

Wenn Deutschland jetzt die Friedensbedingungen der Feinde annimmt, so ist der politische Erfolg, den dieses ungeheuerliche Opfer eintragen soll: die Beruhigung unserer äußeren Lage, die Entspannung der Haß- und Rachegefühle, die Zurückziehung der feindlichen Truppen, die Anbahnung wirklicher Friedensverhandlungen. Dieser Vorteil würde gefährdet, vielleicht gar preisgegeben, wenn die neuen Beziehungen von demselben Manne angeknüpft werden müßten, der die Bedingungen der Gegner so scharf verworfen hat wie ich.

Wird unterzeichnet, sei es mit oder ohne Vorbehalt, werden jetzt Wege versucht, um durch Konzessionen über die von mir gesteckte Grenze hinaus noch Erleichterungen der Friedensbedingungen zu erkaufen, an die ich nicht glaube, so muß die Politik von einem neuen Minister des Auswärtigen getrieben werden, von einem Manne, der weniger „belastet“ ist als ich. Ich bedauere tief, der Regierung und namentlich Ihnen, hochverehrter Herr Reichspräsident, durch meine Weigerung Schwierigkeiten zu bereiten, aber ich halte mich in meinem Gewissen als heute noch verant-

wortlicher Leiter der deutschen auswärtigen Politik für gebunden, an meiner Bitte um Enthebung von meinem Amte festzuhalten.

Brockdorff-Rantzau."

Der Außenminister ging. Mit der Haltung des Grandseigneurs, die sein stolzestes Verdienst am Tage von Deutschlands Demütigung im „Trianon-Palast-Hotel" gewesen war. Im Kabinette konnte er nicht verbleiben, da es offenbar anderer Entscheidung zustrebte, als ihm Überzeugung und Gewissen gestatteten. Er wollte auch nicht bleiben, da er eben das Kabinett um seiner Einigkeit, um der Blößen willen vor dem Gegner für die Undurchführbarkeit seiner Politik verantwortlich machte. Ohne ihn wollte der Ministerialdirektor Doktor Simons gleichfalls im Amte nicht verharren. Ihn wies Graf Rantzau darauf hin, daß niemand nach seinem Abschiede, wenn auch der Ministerialdirektor zurücktrete, für die bisherigen Richtlinien werde eintreten wollen. Aber der Ministerialdirektor sah keine Möglichkeit, von den Richtlinien noch etwas zu retten. Er bat um seinen Abschied. Er ging, wie sein Minister.

Um die gleiche Zeit etwa stand der junge französische Professor Hesnard in lebhaftem Gedankenaustausch mit seinem Vorgesetzten Professor Haguenin. Seit vierzehn Tagen hielt Hesnard sich in Weimar auf, wohin er auf eigene Anregung mit besonderer Billigung des älteren Kameraden gekommen war, der die Reichshauptstadt nicht verlassen zu sollen glaubte. Professor Hesnard versuchte, alle Auffassungen, alle Standpunkte von Parteien, Ministern, Politikern kennenzulernen, die die Frage der Unterschrift beeinflussen konnten.

Männer der Rechten, des Zentrums, selbst der Demokraten machten ihm aus ihrer Auffassung kein Hehl, daß vor allem die „Ehrenpunkte" — die Auslieferung von Kai-

ser und Generalen — für sie unannehmbar wären. Die Männer der Linken erklärten das Gleiche über die wirtschaftlichen Bedingungen. Anders lautete eigentlich nur die Antwort einiger Kommunistenführer, da Professor Hesnard sie befragte. Die kommunistische Partei hatte freilich schon in besonderem Manifest die Forderung in alle Welt und mitten in die Versailler Verhandlungen hineingerufen, daß die Unterschrift in jedem Falle geleistet werden solle. Es war nach Graf Rantzaus Auffassung die erste große Schwächung der deutschen Abwehr gewesen. Jetzt bestätigte auch der Führer der „Unabhängigen Sozialisten" Haase dem französischen Professor, daß es zur Unterschrift kommen müsse. Dem Arbeiterführer hatte der Generalkommissar Doktor Simons zu Anfang Juni den Abgesandten Doktor Melchior geschickt, als der Bevollmächtigte sich von Versailles nach Berlin begeben mußte: ausdrücklich hatte er ihn „auf das Schädliche und Verhängnisvolle seiner Politik aufmerksam machen und darauf hinweisen lassen, daß eine der wenigen Chancen für eine Besserung der Friedensbedingungen in einer einheitlichen Gegenbewegung der Arbeiterschaft aller, auch der feindlichen Länder gegen den imperialistischen und kapitalistischen Charakter des Friedensentwurfes läge, — einer Gegenbewegung, der natürlich der Boden entzogen würde, wenn die Arbeiterschaft Deutschlands selbst sich für den Entwurf erkläre". Aber vor Professor Hesnard hatte der Parteiführer seine Auffassungen keinesfalls geändert. Natürlich hätte der Gegner — der Zusatz war als eine Art „reservatio mentalis" gesagt; wenigstens empfand es der Professor so — natürlich hätte der Gegner damit zu rechnen, daß man unterschriebe, daß aber die Bedingungen dann eben nicht würden gehalten werden können. Die Zusage der radikalen Arbeiterparteien war also sicher. Was aber das „Unannehmbar" der gemäßigten Sozialisten wegen der Wirtschaftsleistungen be-

traf, so versuchte der französische Professor, ihnen die Notwendigkeit und Unerläßlichkeit höchster Forderungen aus Büchern, Statistiken und Bildern klarzumachen, die er über die deutschen Zerstörungen in Belgien und Nordfrankreich aus Paris hatte kommen lassen und nach Weimar mitgebracht hatte. Die Sozialisten schwiegen. Auf die Frage nach der Unterschrift antworteten sie von da ab nicht mehr.

Der Reichsminister Matthias Erzberger sah den französischen Professor fast täglich. Er kam zu ihm mit heißem Gesicht, die Stirn hochgerötet:

„Die Ehrenpunkte sind unannehmbar. Das geht in keinen deutschen Kopf!"

Der junge Professor Hesnard versicherte, daß er selbst keinesfalls autorisiert sei, verantwortlich zu dem Thema etwas zu sagen. Nur wären Theorie und Praxis zweierlei auch im vorgebrachten Falle. Er wiederholte, was schon in Berlin mehr als einmal erörtert worden war: genau so, wie er, der Reichsminister Erzberger, und mit ihm die Parteien es sich vorstellten, genau so werde man mit dem Kaiser und den Generalen schon nicht verfahren. Der Reichsminister ging beruhigter fort, als er gekommen war. Er trug, was er gehört hatte, wieder unter die Minister und Parteien. Indes gab natürlich auch der Professor, was er gehört und erklärt hatte, an seinen Vorgesetzten weiter. Professor Haguenin, der die Möglichkeit hatte, sich über jede Frage mit dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten der französischen Republik zu unterhalten, vermochte wesentlich bestimmter, mit wesentlich offiziellerer Färbung, wesentlich verantwortlicher irgendeine Erklärung oder Ausdeutung abzugeben. Er wiederholte, bestätigte die Zusagen, die Professor Hesnard in unbestimmter Form, als den wahrscheinlichen Ausgang übertriebener Befürchtungen für die Zukunft gegeben hatte. Daraufhin wurde, wenn er es noch nicht war, Matthias Erzberger der beweg-

lichste aller Minister und, wenn Professor Hesnard jetzt die Männer der Demokraten, des Zentrums, selbst der Rechten über die kommende Entscheidung befragte, so klang ihr „Unannehmbar“ matt, mit unsicherem Unterton, fast wie das Gegenteil.

Jedenfalls: der französische Beobachter bekam allmählich ein ganz bestimmtes Gefühl. Er kam zu der Gewißheit, daß die Unterschrift für den Friedensvertrag — selbst so, wie er war — keinesfalls verweigert würde. Als das Kabinett noch am schwersten rang, als die Stimmengleichheit für Annahme oder Ablehnung fast noch ungeschwächt bestand, gab er seine Meldung an Professor Haguenin:

„Wie ich die Dinge sehe, wird der Frieden angenommen werden.“

Die Meldung enthielt kein Wort weiter. Unsicher war, ob Professor Haguenin die Gespräche der Milde, die sein Sendbote in Weimar geführt hatte, nach Paris wirklich berichtet hatte. Auch wenn die besänftigenden Zusagen an den Reichsminister Erzberger von ihm selbst wiederholt worden waren. Sicher aber war das Eine, daß er die Weimarer Meldung Hesnards — seine Überraschung über die bestimmt abgegebene Voraussage war groß — sofort nach Paris weitergab.

Wer in jenen Tagen in Deutschland mit Professor Haguenin über Frieden und Friedensmöglichkeit sprach, kannte den versöhnlichen Geist, der die Worte des Professors stets durchzog. Selbst ein Mann von großer Gepflegtheit, von herrenhaftem Eindruck trotz gedrungener Gestalt und starkem Nacken, war er ein melancholischer Denker, dessen Blick, in die Weite verloren, an den Sprechenden vorbeiglitt. Des Daseins freundlicher Gewohnheit an gutbesetzter Tafel zugewandt und ein Freund verwöhnter Künste wie geistiger Genüsse, schien er ganz selbstverständlich der Arbeit des Hasses, der Völkerentzweiung abhold, die noch nie die Gelehrsamkeit, Künste

und epikureïsches Dasein gefördert hatte. Seine Stellung in Deutschland, seine versöhnlichen Absichten wurden ein wenig erschwert dadurch, daß er wirklich ein Mann des Präsidenten Poincaré und Clemenceaus, daß er beiden persönlich sehr befreundet war. Der an sich mittellose Professor, seit Jahren nicht mehr gewohnt, mit Summen zu rechnen, seit ihn die französische Regierung, schon in der Schweiz während des Krieges, mit allerlei Aufträgen betraut hatte, oft überrascht durch die Großartigkeit seiner Chefs, die jeden gewünschten Betrag für ihn ohne Verrechnung anwiesen, mußte allerdings in mancherlei Beziehung Rücksicht auf die besonderen Wünsche der beiden Präsidenten nehmen. Nicht allein seine politische Laufbahn hing von Pariser Zufriedenheit oder Unzufriedenheit ab. Er durfte seine Berliner Stellung, die ganz von selbst in spätere Weiterbetrauung in der deutschen Reichshauptstadt übergehen würde, aus rein wirtschaftlichen Gründen nicht gefährden. Er brauchte viel, er hatte wenig, seine Gesundheit war von bewegter Jugend fast aufgezehrt, er mußte sich pflegen, denn er war leidend. Er scheute jegliche Aufregung. Es entsprach seinem innersten Wesen, sich versöhnlich dem niedergeworfenen Gegner von gestern zu zeigen. Wenn es ihm auch eiserne Notwendigkeit war, die mächtigen Gönner in Paris nicht zu verstimmen. Er vergab seinem Gefühl nichts, wenn er in Berlin und Weimar von einem kommenden Zeitalter der Milde sprach. Aber er durfte auch nicht vergessen, daß man im „Rat der Vier“ selbst jetzt noch keineswegs ganz sicher, sogar im höchsten Grade erregt und ängstlich war, ob Deutschland wirklich unterschreiben werde. Viel kam darauf an, ob man wußte, was geschehen würde oder nicht, ob man wußte, daß vielleicht doch noch das eine oder andere Zugeständnis nötig sei, um endlich zu einem Ende zu kommen, oder ob jedes Zugeständnis überflüssig war, weil Deutschland ohnehin alles unterschrieb. Übrigens tat der Professor Haguenin

— was mit seiner allgemeinen Bereitschaft zur Versöhnung gar nichts zu tun zu haben brauchte — nur seine Pflicht. Indes sein Kamerad Hesnard die Weimarer Gespräche fortsetzen konnte, ganz im Sinne der Aufträge seines Vorgesetzten, depeschierte Professor Haguenin an seine Regierung nach Paris:

„Deutschland werde unterschreiben. Bedingungslos. Nicht nachgeben“ — —

Um Milderung wenigstens im Allerhärtesten — um die Streichung der „Ehrenpunkte“ — um jene geringste Erleichterung, an die der scheidende Graf Brockdorff-Rantzau bei noch so weiter Opferbereitschaft der Regierung auch nicht glaubte, ging der Endkampf des in der großen Krise stürzenden und in Hast, unter Schwierigkeit neugebildeten Kabinetts. Der Friedensvertrag verlangte nicht nur die Vorführung und Aburteilung von Kaiser und Generalen, die Aburteilung aller „wegen eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges angeklagten Personen“ vor den Militärgerichten der Gegner. Er forderte von Deutschland selbst den Bütteldienst der Herbeischaffung der Angeklagten, die freiwillige Herbeischaffung von Akten und Material, auf Grund deren Deutsche vor Gericht gestellt werden konnten. Das Kabinett beschloß die einzige Form, in der ihm die Zustimmung zur Unterschrift noch möglich erschien:

„Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen.“

Der Text einer letzten Note, die noch um einen Rest äußerster Zugeständnisse, um Reste deutschen Landes und deutscher Wirtschaft kämpfte, die dem deutschen Volk wenigstens das Schauspiel des Gerichts über seine Führer

ersparen wollte, ging an den Gesandten von Haniel ab. Er hatte das Einverständnis der Friedenskonferenz einzuholen. Trotz aller Skepsis im Kabinett, kündigte einer der Minister den Erfolg wenigstens dieses letzten Schrittes an.

Aber der Widerstand lag in Agonie. In den Sonntagmorgenstunden des 22. Juni trat die Nationalversammlung zusammen, um über die Fassung des Wortlautes zu beraten, der die Regierung zur Unterschrift ermächtigen sollte. Die beiden Parteien, die ihre Minister in das neue Kabinett geschickt hatten, — Sozialdemokraten und Zentrumsführer —, schlugen die eine Formel vor:

„Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages."

Bedenken wurden laut. Von einer ausdrücklichen Billigung solchen Schrittes konnte, wollte man schließlich nicht sprechen. Anderes wurde vorgeschlagen:

„Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden."

Vertreter der Rechtsparteien riefen ihren Einspruch in den Saal. „Einverstanden" — das hieß: alles annehmen, ohne Hinweis auf die Vergewaltigung, ohne jeden Vorbehalt. Aber die Zwischenrufer wußten, daß ihr Einspruch nur theatralische Bedeutung hatte. Nur auf die Meldung des Gesandten von Haniel, nur auf die Depesche aus dem „Hotel des Reservoirs" kam es noch an. Traf sie überhaupt nicht ein, so mußte die Unterschrift entweder ohne Vorbehalt gewährt werden oder das Kabinett mußte sich für einen neuen Krieg, einen verzweifelten Verteidigungskrieg von Unbewaffneten entscheiden. Jedenfalls, die Frist lief ab, die dem Kabinett von der Friedenskonferenz gestellt war. Sie rechnete nur mehr nach Stunden.

Die Depesche des Gesandten von Haniel meldete Mißerfolg. Die Friedenskonferenz erließ von ihren Bedingungen keinen Punkt. Die Antwort hatte, schonungslos im

Inhalt, hart in der Form, diesmal der Präsident der Vereinigten Staaten statt des französischen Ministerpräsidenten stilisiert, wenngleich Clemenceau sie zeichnete. Mit kalt geordneter Grausamkeit, hochmütig nüchtern, rechnete Wilson Deutschland seine letzte Freiheit vor. Vielleicht schon im pathologischen Genießen einer Stilkunst, die gar nicht seines Amtes war und mit der er selbst, der Totengräber seiner Ideale, um so mitleidloser das Opfer treffen wollte:

„Herr Präsident!

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der Deutschen Delegation vom heutigen Tage geprüft und halten es im Hinblick auf die geringe noch verbleibende Zeit für ihre Pflicht, darauf sofort zu antworten. Von der Frist, innerhalb welcher die Deutsche Regierung ihren endgültigen Entschluß hinsichtlich der Unterzeichnung des Vertrages fassen muß, verbleiben weniger als 24 Stunden. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben sämtliche Bemerkungen der Deutschen Regierung über den Vertrag mit der größten Aufmerksamkeit geprüft. Sie haben darauf mit vollster Offenheit geantwortet und die ihnen als gerecht erscheinenden Zugeständnisse gemacht. Die letzte Note der Deutschen Delegation enthält kein Argument und keine Bemerkung, die nicht bereits von ihnen geprüft worden sind. Die alliierten und assoziierten Mächte halten sich daher zu der Erklärung verpflichtet, daß die Zeit der Erörterung vorbei ist. Sie können keinerlei Abänderung oder Vorbehalt annehmen oder anerkennen und sehen sich gezwungen, von den Vertretern Deutschlands eine unzweideutige Erklärung ihres Willens zu fordern, in seiner Gesamtheit den Vertrag in seiner endgültigen Form zu unterzeichnen und anzunehmen oder seine Unterzeichnung und Annahme abzulehnen."

Sachlich setzte der französische Ministerpräsident nur noch hinzu:

„Nach der Unterzeichnung halten die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland verantwortlich für die Ausführung sämtlicher Vertragsbestimmungen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung. Clemenceau."

Es war zu Ende. Nichts weiter blieb eigentlich zu erörtern.

Der Reichspräsident mußte jetzt wissen, was er für Deutschland wollte. Der Truppenoberbefehlshaber Noske befand sich im Augenblicke bereits auf der Rückfahrt nach Berlin. Er war um der Ordnung unaufschiebbarer Geschäfte willen mit seinem Stabe abgereist. Ein Sonderzug holte den Angehaltenen zurück. Noch einmal flog die Schicksalsfrage auf: Ob Widerstand leisten — —

Der Erste Generalquartiermeister Groener sollte noch befragt werden. Er kannte Heer, Offizierkorps, Truppe. Von seiner Auffassung, die vor zwei Monaten noch bestimmte Machtstellung für Deutschland und die Wahrung seiner Bündnisfähigkeit verlangt hatte, von seiner Einschätzung Wilsonscher Ethik oder Kraft war der Generalleutnant abgekommen. Im Großen Hauptquartier hatte er, schon fünf Wochen später, seinen Offizieren ein anderes Deutschland aus Not des Schicksals gezeigt:

„Ich habe mich damit abgefunden, daß Deutschland zu einer Macht zweiten Ranges durch diesen Krieg herabgesunken ist. Das Ziel, das wir meines Erachtens zu verfolgen haben, ist: die sechzig Millionen deutschen Volkes fest zusammenzuhalten in einem einigen Staate, möglichst in einem Einheitsstaate... Von der norddeutschen Tiefebene ausgehend muß ein neues Reich errichtet werden, zunächst auf der Stufe eines Staates zweiten Ranges. Wenn wir dies erreicht haben, haben wir schon viel gewonnen; wir haben meines Erachtens für unsere Zukunft alles gewonnen, wenn wir dann noch arbeiten, und politisch die Führer unter unserer

Jugend finden, die, den Forderungen der neuen Zeit Rechnung tragend, die alte deutsche, törichte Parteibildung, in der zum Teil Überbleibsel vergangener, durch den Lauf der Dinge längst überholter Anschauungen zu sehen sind, zu beseitigen vermögen. Dann sehe ich nicht ein, weshalb wir nicht wieder vorwärts kommen sollen, vor allem auch wirtschaftlich. Militärisch, meine Herren, bin ich persönlich überzeugt, wird's so bald nicht gehen... Ich gebe mich keinen Illusionen hin, weil ich mir über die Absichten unserer Feinde durchaus klar bin."

Am gleichen Tage, an dem die deutsche Abgesandtschaft das „Hotel des Reservoirs" in Versailles verließ, prüfte der Generalleutnant noch einmal die vier Möglichkeiten, die für deutschen Widerstand am Ostrand des Reiches blieben. Drei Pläne verwarf er in dem Augenblick, da er sie in seine Denkschrift niederschrieb, dann überrechnete er den vierten Gedanken: sich Polens zu erwehren, die Truppen des neuen Staates durch Angriff zu vernichten, zwischen Bug und Weichsel umzukehren und den anmarschierenden Verbündeten zum Endkampfe entgegenzutreten. Aber auch hier war alles, je mehr er sich in den Plan vertiefte, voll Widerspruch, voll Zweifel und Unsicherheit. Am Fernsprecher gab der Erste Generalquartiermeister darum endlich die hart abgerungene, unzweideutige Auskunft:

„Er sei verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß ein Kampf nach vorübergehenden Erfolgen im Osten im Enderfolg aussichtslos sei, und daß nur, wenn Noske in einem öffentlichen Aufruf die Notwendigkeit des Friedensschlusses darlegen und von jedem Offizier und Soldaten verlangen würde, daß er auch bei Unterzeichnung des Friedens im Interesse der Rettung unseres Vaterlandes auf seinem Posten bleibe und seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Vaterland tue, Aussicht bestehe, daß das Militär sich hinter ihn (Noske) stelle und damit jede neue Umsturzbewegung im Innern sowie Kämpfe nach außen im Osten verhindert würden."

Die Idee des letzten Widerstandes war damit endgültig gefallen. Von dem öffentlichen Aufruf, den der Erste Generalquartiermeister verlangte, hielt der Truppenoberbefehlshaber nichts. Er sah das Reich jetzt in allerschwerster Krise. Von seinen Generalen hatte eine Reihe erklärt, daß die Unterschrift ihr Abschied wäre. Dies war Chaos und Auflösung auch des Machtrestes, den Deutschland zur Aufrechterhaltung der Ordnung besaß. Besser als das Chaos war noch der Einmarsch der Fremden, der wenigstens „die Wiederbelebung des nationalen Gefühls" vorbereitete. Der Truppenoberbefehlshaber war vor drei Tagen noch eines Sinnes mit dem aus Versailles heimgekehrten Grafen Rantzau gewesen. Er schien damals gegen die Unterschrift. Er hatte vor zwei Tagen den Widerstand verworfen, hatte die Nation „verludert und verlumpt" gescholten. Er schien damals für die Unterschrift. Mit der Truppe mußte nunmehr das Rückgrat der Nation zerbrechen. Dann war alles zu Ende. Der Truppenoberbefehlshaber verweigerte jetzt seine Zustimmung zur Unterschrift. Die Fremden mochten kommen. Sein Amt wollte er niederlegen.

Dem Reichspräsidenten blieb die Entscheidung fast allein. Alle Gedankengänge hatte er durchlaufen. Die Mehrheit des Kabinetts war für die Unterschrift. Die Nationalversammlung wußte keinen Ausweg. Sie sprach nicht von Volkserhebung, sie sprach von Unterwerfung. Bis zum Schlusse hatte der Reichspräsident den Widerstand heimlich erwogen. Der Erste Generalquartiermeister hatte durch seine Auskunft selbst die Idee zum Verbrechen gemacht. Die Heere der Feinde zogen dann nicht nur vom Westen herein. Der Krieg kam auch von Polen. Vielleicht sogar von der Tschechoslowakei. Daß auch der Oberbefehlshaber ging, war sicherlich der Krise Höhepunkt. Aber die Generale würden sich umstimmen lassen, sie würden bleiben. Dann blieb wohl auch der Führer. Dann blieb die Truppe: die Ordnung wenigstens im Innern.

Ein Ende mußte gemacht werden. Ein anderes Ende gab es nicht: der Reichspräsident entschied für die Unterschrift. So, wie sie verlangt war, ohne Vorbehalt, ohne Einspruch. Der Gesandte von Haniel sollte verständigt werden.

Am Fernsprecher aber stand schon der junge Professor Hesnard. Er sprach mit dem Berliner „Hotel Adlon". Am Fernsprechapparat kritzelte der Liftboy des Hotels einen Zettel nach dem Diktate des Professors nieder. Dann hängte er den Hörer ab, fuhr im Lift hoch und schob den Zettel, wie er dies seit zwei Wochen täglich mehrmals zu tun gewohnt war, unter der Tür eines Zimmers durch.

Professor Haguenin war nicht zu Hause. Aber kaum heimgekehrt, gab er sofort dem französischen Ministerpräsidenten weiter, was der Liftboy gebracht hatte: daß Deutschland die Unterzeichnung des Friedensvertrages beschlossen hatte.

Die Unterschrift vollzogen am 28. Juni 1919 für das Deutsche Reich der Reichsaußenminister Hermann Müller und der neue Reichsjustizminister Doktor Bell. Einsame Männer in bürgerlichem Rock zwischen zahllosen Uniformen und goldstrotzenden Diplomatenröcken im Spiegelsaal von Versailles. Als die Nacht sank, lag Paris berauscht in einem Flammenmeer von Feuerwerk. Vom Dom der Invaliden dröhnten die Geschütze. Freudentrunkene amerikanische Soldaten, im Übermut Damenhüte auf dem Helm, Arm in Arm mit den französischen Siegern, lärmten über die Boulevards. Die Städte in Deutschland hißten Trauerfahnen auf Halbmast.

Die Staatsoberhäupter und fremden Abgesandten nahmen Abschied von den Festen von Paris. Der Präsident der Vereinigten Staaten verließ Frankreich ohne Aufschub.

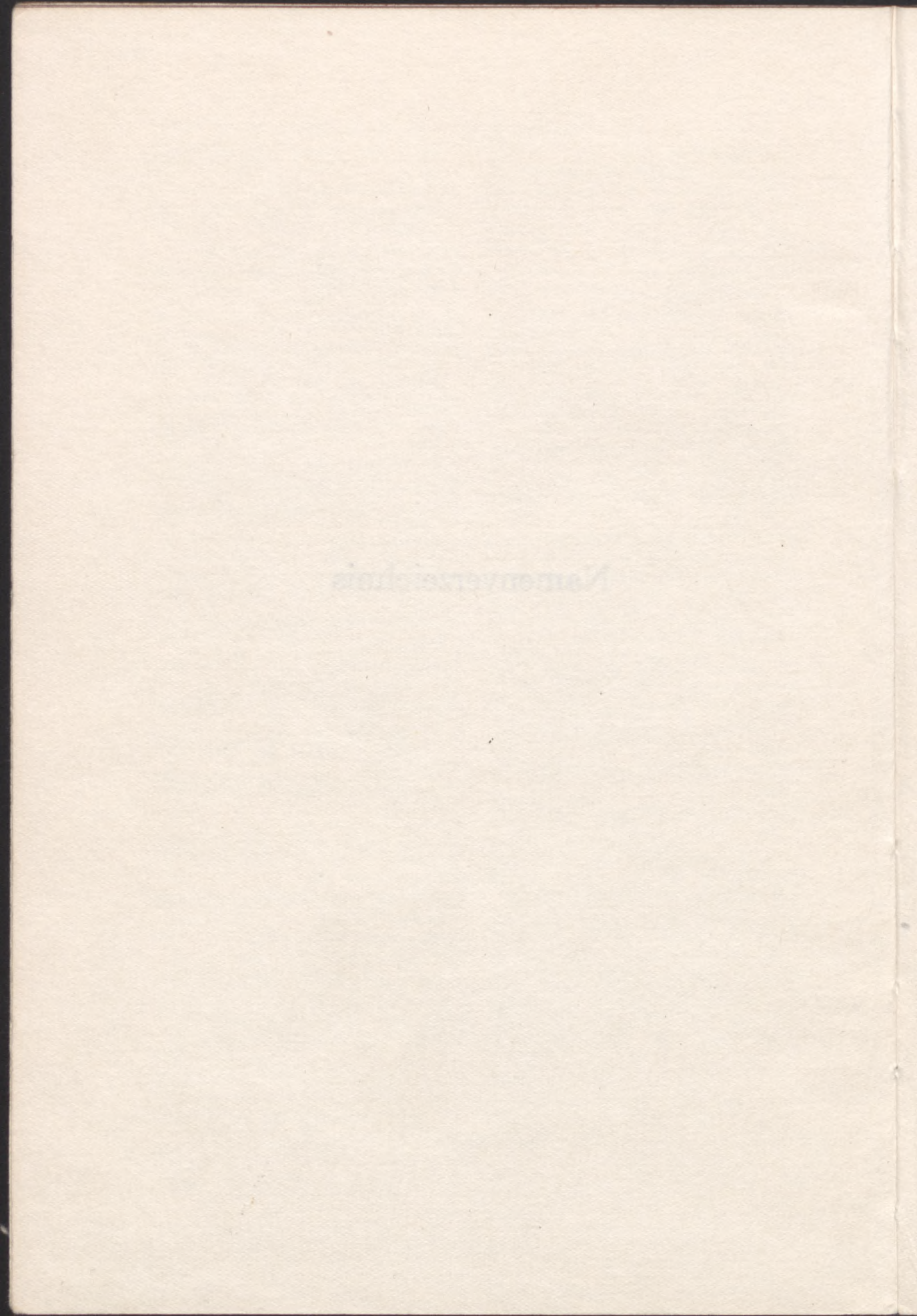
Das Friedenswerk, unter das er als Erster seinen Namen gesetzt hatte, unterschrieb der Senat nicht. Der Präsident beschloß, zum amerikanischen Volk selbst zu sprechen, um seine Ideen, um sich selbst zu erklären, um sich zu verteidigen. Er fuhr von Stadt zu Stadt, ruhelos von Rede zu Rede. Er sprach von Kanzeln, von Tribünen, von der Plattform seines Sonderzuges. Die offene Menge rief er an, im Norden, im Süden, überall. An dem Gehetzten erlebten Umgebung und Leibarzt voll Sorge, voll Erschrecken eine jähe, immer beängstigendere Wandlung auf dieser Fahrt, die als Triumphzug einst erträumt war. Der Präsident verfiel. Sein hagerer Körper begann in gespenstischer Magerkeit zu schlottern. Seine Sätze kamen oft nur mehr von mühsam und merkwürdig lallender Zunge. Wenn er von seinen Gedanken sprach, von dem göttlichen Funken der Völkerversöhnung, den er in der Tat, als einzige Tat in die Welt getragen hatte, waren seine Worte matt und, die sie anhörten, lachten darüber. Was er als ewig fühlte, war amerikanischem Denken fremd. Die Entschuldigungen seiner Haltung, die Rechtfertigung seines Selbstverrats, den er sich abzuleugnen suchte, glaubte man ihm nicht. Wenn er sich in Erregung steigerte, verließ ihn das konvulsivische Zucken nicht mehr, das sein Gesicht schon in Paris bisweilen gezeigt hatte. Er brach schließlich zusammen. Er kehrte in das Arbeitszimmer im „Weißen Hause“ nach Washington zurück, aus dem er kaum vor Jahresfrist als neuer Heiland ausgezogen war, völlig gebrochen, krank ohne Hoffnung, von ängstlichem Geheimnis umgeben, das sein Gefolge nicht zu lüften wagte: ein Gezeichneter — —

Woodrow Wilson starb am 3. Februar 1924. Die letzte Zeit lag er nach schwerem Schlaganfall gelähmt. Er starb an Paralyse.

Sachverzeichnis

Sachverzeichnis

Namenverzeichnis



KARL FRIEDRICH NOWAK

DER WEG ZUR KATASTROPHE

29. Tausend. Quellenmäßig belegte Ausgabe mit Briefen, Gesprächen, Dokumenten, Karten Umfang: 444 Seiten Großoktav

General Hoffmann über das Werk:

„Als der erste Druck des Buches im Frühjahr 1919 erschien, erhob sich, wie die meisten Leser sich wohl erinnern werden, ein Sturm von allen Seiten. Niemand wollte glauben, daß Karl Friedrich Nowak in einem solch nahen Verhältnis zu dem Feldmarschall Conrad stehe, daß er sich bei der Darstellung seines Buches vollständig auf die Meinungsäußerung und Ansichten des Feldmarschalls hatte stützen können. Sowohl General Ludendorff wie auch General von Falkenhayn protestierten-Ersterer, weil nicht anzunehmen sei, daß in dem Buche tatsächlich die Ansicht des Feldmarschalls Conrad zum Ausdruck käme, letzterer erklärte die Darstellung der Entstehungsgeschichte der Schlacht von Gorlice für falsch und nahm das Recht, zuerst die Idee zu ihr gehabt zu haben, für sich in Anspruch. Die zünftigen Historiker wollten die lebendige, außer auf Akten und Angaben der wirklich teilhabenden Persönlichkeiten beruhende Darstellung Nowaks, die damals der Fußnoten und Hinweise über die Belege für seine jedesmalig geäußerte Ansicht ermangelte, nicht als zuverlässig anerkennen. Nowak hatte mit der alten Art der Geschichtsschreibung, der Arbeit nur auf Grund von Akten, gebrochen. Er holt sich bei den betreffenden, noch lebenden Stellen sein Material zusammen, vergleicht es und verhört die einzelnen, bis keinerlei Zweifel mehr besteht — und das schreibt er. Ich persönlich finde diese neue Art besser als das Durchsuchen von Archiven und Abschreiben von Akten, denn jeder Mensch, der mit Kriegsgeschichte zu tun gehabt hat, weiß, daß die Akten zweifellos unglaublich viel gefärbte, ja unrichtige Darstellungen enthalten.
Die Briefe und sonstigen Äußerungen des Feldmarschalls Conrad, die in dem Neudruck erscheinen — auf nicht weniger als 157 Seiten, also eigentlich ein neues Buch für sich —, bringen nun klipp und klar den Beweis, daß Nowak in jeder Beziehung recht gehabt hat..."

VERLAG FÜR KULTURPOLITIK / BERLIN

KARL FRIEDRICH NOWAK

CHAOS

7. bis 10. Tausend
Umfang: 358 Seiten Großoktav

Der Erste Generalquartiermeister Groener:

„Sie haben die Gunst der Zeit benützt, um die letzten Zusammenhänge zu ergründen."

Unterstaatssekretär Wahnschaffe:

„Für mich besteht kein Zweifel, daß Ihre Darstellung richtig ist."

Feldmarschall Conrad von Hötzendorf:

„Plastik, Schwung, Fesselndes der Darstellung, Aufbau und Gliederung übertreffen wieder den in allen diesen Hinsichten schon so gelungenen ‚Sturz der Mittelmächte'."

